Analysen und Dokumente zur Auseinandersetzung mit der NPD

mit Beiträgen von

Paul Kevenhörster, Karl-Joachim Kierey,
Peter Korn und Eggert von Petersdorff

Verantwortlich: Dr. Bernhard Gebauer

Juni 1969

Herausgegeben von der Politischen Akademie Eichholz
und dem Wissenschaftlichen Institut (WIKAS)
der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und
Studienförderung e. V.

Inhalt

V o r w o r t

Wenige Monate vor den Bundestagswahlen 1969 ist die politische Auseinandersetzung mit der NPD von besonderer Wichtigkeit geworden. Leider wird jedoch in der Öffentlichkeit diese Auseinandersetzung mit zu vielen Emotionen und zu wenig Hintergrundwissen geführt. Gefordert werden muß jedoch die p o l i t i s c h e Auseinandersetzung.

Dies ist der Hintergrund für die Erarbeitung der hier vorgelegten Materialsammlung zur Auseinandersetzung mit der NPD.

In den Beiträgen wird aufgezeichnet, wie schlecht begründet und wie gefährlich die Politik der NPD ist. Der Beitrag von Kevenhörster zur Ideologie der NPD wertet das politische Lexikon der NPD, ein inoffizielles und mehr internes Informationskompendium, sowohl aus seinen ausdrücklichen Äußerungen als auch auf die dahinterstehenden Zielsetzungen aus. Der Beitrag ist der Versuch einer politisch-soziologischen und kulturellen Kritik der NPD-Politik.

Die von Peter Korn bearbeiteten Anmerkungen eines Arbeitsteams zum Programm der NPD vom November 1967 untersuchen den politischen Inhalt des offiziellen NPD-Partei-Programms und formulieren die demokratische Kritik an den Ansichten und Zielen der NPD.

Die von Karl Joachim Kierey angefertigte Kurzanalyse beschäftigt sich mit den Deutschen Nachrichten, dem Parteiorgan der NPD. Sie macht die politischen Schwerpunkte deutlich und zeigt damit den destruktiven Charakter der Partei. Der ausführliche Dokumentenanhang soll die in der Analyse aufgezeigten Tendenzen verdeutlichen und gleichzeitig hinreichendes Zitiermaterial für die Diskussion liefern.

Wir hoffen hiermit einen weiteren Beitrag zur kritischen Auseinandersetzung mit der NPD und ihren Zielen zu leisten.

Eichholz im Juni 1969

Dr. Bernhard Gebauer

Zur Ideologie der NPD

1. Zur Ideologie der NPD

Eine Auswertung ihres „Politischen Lexikons"
von Dipl.-Volkswirt Paul Kevenhörster

1.1. Vorbemerkung

Die politische Programmatik der NPD hebt sich besonders in vier Dimensionen politischer Auseinandersetzung von den politischen Zielen der demokratischen Parteien ab, und zwar in der ideologischen Basis, den sozialkulturellen Leitbildern, den politisch-systematischen Vorstellungen und den wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen. Reden, Manifeste und andere Äußerungen führender NPD-Politiker haben immer wieder auf den Gegensatz zwischen der radikalen Ideologie der NPD und den demokratischen Intentionen der anderen Parteien aufmerksam gemacht.

Diese ideologische Distanz zu den demokratischen Parteien zu betonen und zu fundieren, ist der eigentliche Zweck eines von der DN-Verlagsgesellschaft der NPD herausgegebenen vierbändigen „Politischen Lexikons". Dieses Lexikon verfolgt nach den Worten seiner Herausgeber das Ziel, „. . . das politische Geschehen der letzten 50 Jahre und der Gegenwart nicht mehr ausschließlich und einseitig unter dem Gesichtswinkel des von Deutschland verlorenen Krieges und der in diesem Krieg allenthalben zutage getretenen Barbarei, sondern unter Würdigung der gesamten Skala realpolitischer Gesichtspunkte zu betrachten." [1]

Neben den von Anrich vertretenen nationalistischen Thesen soll auch das von dem Journalisten Vollmer bearbeitete NPD-Lexikon den Agitatoren der Partei eine ideologische Orientierungshilfe geben. In den Jahren 1950–1952 war Vollmer stellvertretender Chefredakteur der neonazistischen Zeitschrift „Der Weg", die in Buenos Aires erschien. In dieser Zeitschrift hat Vollmer mehrere antisemitische Artikel veröffentlicht. Auch das „Politische Lexikon" vermittelt ein neonazistisches Weltbild; diese Tatsache wird besonders deutlich, wenn untersucht wird, wieweit die Informationen und Interpretationen des Politischen Lexikons über „Personen", „Sachworte" und „Dokumente" die Ideologie, die sozialkulturellen Leitbilder, die politisch-systematischen Ziele und die wirtschaftspolitischen Ziele der NPD propagieren und bei der Kommentierung von Einzelbeispielen konkretisieren.

Die folgende qualitative Inhaltsanalyse des NPD-Lexikons untersucht das politische und soziale Denksystem der Herausgeber und zeigt die politischen Attitüden auf, an die die NPD-Ideologen appellieren [2]; die Auswertung beschränkt sich dabei nicht auf den manifesten Inhalt der Informationen, sondern versucht, auch die latenten Intentionen aufzudecken, die die Interpretation politischer und sozialer Probleme bestimmen.

2. Aussagen des Politischen Lexikons zu vier Hauptdimensionen politischer Auseinandersetzungen

2.1. Ideologie

Die ideologische Zielsetzung des Lexikons zeigt sich vorwiegend an fünf dogmatischen Leitsätzen, die die Kommentierung weitgehend bestimmen:

Kulturkritischer Dogmatismus
Plebiszitäre Willensbildung
Ethnozentrismus (Diskriminierung von Fremdgruppen)
Orientierung der Politik an nationalen Interessen
Nationalistisches Geschichtsbild

2.1.1. Kulturkritischer Dogmatismus

Die kulturelle Entwicklung wird von der NPD grundsätzlich negativ beurteilt, liberalen Werten steht sie skeptisch, ja feindlich gegenüber. Im Humanismus sieht sie ein politisches Instrument im „. . . Kampf gegen die Autorität!" [3] und das „. . . geistige Gerüst einer neuen Linken!" [4]. Wenn „. . . liberale und soziale Tendenzen zu lebensfremden Dogmen" erstarrten, steigere sich „. . . auch das Bedürfnis breiter Volksschichten nach geordneten Verhältnissen, nach starker zielbewußter Führung – vor allem in Krisenzeiten – sowie nach einer Politik, die dem Volkscharakter entspricht . . ." [5]. Max Webers und C. J. Friedrichs methodische Kritik am Begriff des „Volkscharakters" scheint den Verfassern nicht bekannt zu sein.

Der kulturkritische Skeptizismus, der hier zutage tritt, beruht auf einem Mißtrauen in den „. . . Glauben an die Urteilsfähigkeit der Masse" [6], einem anthropologischen Pessimismus, der dem demokratischen Mehrheitsprinzip distanziert gegenübersteht und nur durch eine autoritäre Staatsverfassung, durch „starkes Führertum", überwunden werden kann. Die antiliberale Konzeption des Lexikons wird bei der Bewertung des Pluralismus besonders deutlich: Liberalismus und Pluralismus seien durch eine „. . . staatsnegierende Tendenz . . ." gekennzeichnet; beide Anschauungen führten den Staat „. . . bis an die Grenze des Anarchismus . . ." [7]).

Die Stellungnahme zur Bevölkerungsentwicklung in Europa erinnert an die nationalsozialistische Rassenideologie als Grundlage des kulturkritischen Dogmatismus aller rechtsradikalen Gruppen:

„Durch die Minderung der natürlichen Auslese (Selektion) und die Geburtenbeschränkung ist in Europa eine Erbverschlechterung festzustellen, die die Gefahr des Absinkens der Kulturhöhe und eine Umschichtung des

---

[1] Politisches Lexikon, Teil I, Sachworte, Hannover 1966, Vorwort
[2] Vgl. Silbermann, A., Systematische Inhaltsanalyse, in: König, R. (Hrsg.), Handbuch der Empirischen Sozialforschung, I. Band, Stuttgart 1962, S. 572
[3] Sachwort „Humanismus", S. 1
[4] Sachwort „Humanismus", S. 2
[5] Sachwort „Revolution", S. 1
[6] Sachwort „Mehrheitsprinzip", S. 1
[7] Sachwort „Pluralismus", S. 1

Volkes bewirkt . . ." [8]) Das Ziel einer „. . . Verbesserung der biologischen Volksstruktur" scheint für die NPD auch durch die jüngste deutsche Vergangenheit immer noch nicht ad absurdum geführt worden zu sein.

2.1.2. Biologisch-historischer Nation- und Volksbegriff

Wie der Nationalsozialismus vertritt auch die NPD einen biologisch-historischen Nation- und Volksbegriff. Für das NPD-Lexikon bedeutet „Volk" „. . . zunächst die aus einem oder mehreren Stämmen erwachsene, von gemeinsamer Geschichte und gemeinsamem Lebensraum geprägte Kultur- und Lebensgemeinschaft, die sich eine wesensmäßige staatliche Form schafft und damit bewußt zur Nation wird" [9]). Zwar besage das „. . . nicht, daß es sich unbedingt um eine Blutsgemeinschaft gleicher rassischer Herkunft handeln müsse"; andererseits könne man aber „. . . sprachliche Minderheiten nicht in jedem Fall zu einem Volke rechnen, in dem sie leben". Bei Stammesunterschieden innerhalb eines Volkes komme es darauf an, den „. . . lebendigen Prozeß der Volkwerdung . . ." in Gang zu halten. Der Begriff „Volk" wird als autonomes Wertziel idealisiert.

Nach Auffassung des Lexikons transzendiert der Begriff der Nation die Begriffe Volk und Staat: „Nation bedeutet mehr als Volk und auch mehr als Staat" [10]). Aus dieser Wertskala ergibt sich für die NPD eine Abwertung der südeuropäischen Völker und ein Überlegenheitsanspruch der nord- und mitteleuropäischen Völker, wie er aus der nationalsozialistischen Propaganda hinlänglich bekannt ist: „Bei mittel- und nordeuropäischen Nationen bleibt dabei das Volk der entscheidende Faktor, bei südeuropäischen Nationen ist es der Staat"; mit anderen Worten: Nord- und Mitteleuropa sind im „Prozeß der Volkwerdung" weiter fortgeschritten als die südeuropäischen Staaten.

Auf das Nationalbewußtsein eingehend, behauptet das Lexikon, das Zugehörigkeitsbewußtsein zu einer Nation bilde sich aus „. . . Blutsverwandtschaft sowie Bindung an Landschaft, Nachbarschaft und Heimat". Bemerkenswert ist vor allem die Reihenfolge der Faktoren, die nach Meinung der NPD das Nationalbewußtsein bestimmen; diese Rangskala zeigt, daß die Partei Nation und Volk nicht nur unter dem Aspekt eines traditionellen weltanschaulichen Erbes und als Gegenstand mythologischer Vorstellungen sieht, sondern auch einen biologisch-historisch orientierten Nation- und Volksbegriff vertritt. Mit diesen Begriffen will die NPD nationalistische Emotionen wecken, um die Wählerschaft durch dogmatische und ideologische Parolen über den Mangel an pragmatischen politischen Konzeptionen hinwegzutäuschen.

2.1.3. Ethnozentrismus

Alle Aussagen des Lexikons über ethnische Minderheiten- und Nationalitätenprobleme beruhen auf einer permanenten Diskriminierung von Fremdgruppen und verraten einen tiefverwurzelten Ethnozentrismus in der Ideologie der NPD.

Kennzeichnend für die „. . . Mentalität gerade der besonders kinderreichen Völker Asiens und Afrikas . . ." seien eine „. . . kontemplative Schicksalsergebenheit" und eine „. . . angeborene seelische Konstitution, die mit der angebotenen Hilfe nichts anzufangen weiß" [11]). „Wiedergutmachungsgeschenke" erscheinen der NPD nicht geeignet, die politischen Spannungen in der Welt zu verringern, da sie „. . . ohne Rechtsgrund lediglich auf politischen oder sonstigen Druck hin geleistet . . ." [12]) würden. Mit dieser juristisch-positivistischen Argumentation soll die politisch-moralische Verpflichtung der Bundesrepublik zur Wiedergutmachung der während der Hitler-Ära begangenen Verbrechen geleugnet werden.

Dieser Ideologie entspricht die Diffamierung der Emigranten der Nazi-Zeit und die bewußte Provokation der in der deutschen Bevölkerung gegenüber Emigranten bestehenden Ressentiments. Bei der politischen Tätigkeit Willy Brandts scheint den Autoren besonders erwähnenswert zu sein, daß „. . . mit ihm . . . erstmalig ein ehemaliger Emigrant, der eine ausländische Staatsangehörigkeit erwarb, ein höchstes Regierungsamt . . ." [13]) bekleiden konnte.

Die Aussagen des NPD-Lexikons über die Juden erinnern besonders deutlich an die antisemitische Propaganda der Nationalsozialisten. Die unter „Gastvölkern" lebenden Juden übertragen nach Meinung der Autoren „. . . den religiösen Auserwähltheitsanspruch teils bewußt, teils unbewußt auch auf das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben ihrer Umgebung" [14]). Im „Jüdischen Weltkongreß" sieht die NPD eine „Art Gesinnungspolizei", die sich häufig in die inneren Angelegenheiten mehrerer Staaten, vor allem Deutschlands und Österreichs eingemischt habe. Der Antisemitismus der Nationalsozialisten habe auf dem Verdacht beruht, „. . . daß das russische Judentum sowie jüdische Bankhäuser in Amerika bei der Entstehung des Bolschewismus eine entscheidende Rolle gespielt hätten" [15]). Mit solchen und ähnlichen Äußerungen versucht das Lexikon, den Antisemitismus und damit die in seinem Namen begangenen Verbrechen nachträglich zu rechtfertigen, ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus, wie es eindeutiger und unmißverständlicher nicht geäußert werden kann.

Der Vorwurf der Kollaboration gegenüber allen politischen Kräften im Ausland, die mit den faschistischen Regierungen zusammengearbeitet und dadurch eine totalitäre Kontrolle der einheimischen Bevölkerung erst ermöglicht haben, erscheint den Verfassern als „. . . ungewöhnlicher Schwachsinn", ein weiterer Beweis für die autoritären und rechtsradikalen Intentionen, die das Lexikon mit seiner teilweise polemischen Kommentierung und Interpretation verfolgt.

Ebenso systematisch wird die großzügige Hilfestellung der USA beim Wiederaufbau der europäischen Volkswirtschaften nach dem 2. Weltkrieg abgewertet. Der Marshall-Plan sei auf das „. . . Selbstinteresse der USA . . ." zurückzuführen, die Marshall-Plan-Leistungen seien „. . . im wesentlichen Lieferungen aus Produktionsüberschüssen und Kriegsbeständen" [16]) gewesen. Dieser Herabminderung der Leistungen anderer Staaten entspricht das Bemühen, „nationale Verdienste" des deutschen Volkes nachzuweisen, die auf einer Orientierung der Politik an „nationalen Interessen" beruhen.

---

[8]) Sachwort „Bevölkerungspolitik", S. 1
[9]) Sachwort „Volk", S. 1
[10]) Sachwort „Nation", S. 1
[11]) Sachwort „Entwicklungshilfe", S. 1
[12]) Sachwort „Entwicklungshilfe", S. 2
[13]) „Brandt", S. 1
[14]) Sachwort „Judentum", S. 2
[15]) Sachwort „Antisemitismus", S. 1
[16]) Sachwort „Marshall-Plan", S. 1

2.1.4. Orientierung der Politik an nationalen Interessen

Bei der Stellungnahme zu Grenzproblemen polemisiert das Lexikon gegen die „Siegerwillkür" [17]) und fordert, von der Gültigkeit des Münchener Abkommens ausgehend, die Rückgabe des Sudetenlandes, ohne bei der Aufrechterhaltung dieses Gebietsanspruches zu berücksichtigen, daß „. . . Adolf Hitler mit dem Einmarsch nach Prag jene Volkstumsgrenze überschritt, aus der er bis dahin seine Revisionsforderungen gegenüber dem Versailler Vertrag abgeleitet hatte" [18]).

Bei der Beurteilung prominenter Politiker in der Bundesrepublik geht das Lexikon davon aus, wieweit diese Politiker eine „unabhängige", „nationale" Politik verfolgt haben. Konrad Adenauers Politik sei durch „. . . ein nahezu bedingungsloses Eingehen auf alle westlichen Wünsche gekennzeichnet" [19]). Seine Politik sei eine „. . . Politik des einseitigen Nachgebens gegenüber allen westlicherseits vorgetragenen Wünschen . . ." [20]) gewesen. Demgegenüber wird Franz Josef Strauß als ein sehr aktiver Politiker bezeichnet, „. . . der unter Umständen künftig auch eigene Wege zu gehen vermag, sollte die weitere Entwicklung ihm und seiner Partei eine Chance bieten" [21]). Bei der Beurteilung Kurt Schumachers wird besonders hervorgehoben, daß dieser Politiker „. . . nach der Niederlage von 1945 ein neues deutsches Nationalbewußtsein" [22]) geweckt habe. An anderer Stelle werden die „. . . Verzichtsfreudigkeit der Bundesrepublik" [23]) und die „. . . Erfüllungspolitik . . ." als „. . . Anerkennung der von den Siegern verfügten einseitigen Rechtsordnung" [24]) scharf kritisiert. Ebenso wie diese Polemiken erinnern auch die Stellungnahmen zu historischen Fragen an das nationalsozialistische Vokabular.

2.1.5. Nationalistisches Geschichtsbild

Die Bewertung historischer Fakten orientiert sich an einem nationalistischen Geschichtsbild, „. . . Zweifel an der geschichtlichen Leistung . . . des eigenen Volkes . . ." [25]) erscheinen nicht angebracht. Pauschal wird die deutsche Bevölkerung vom Vorwurf des Antisemitismus und seiner Folgen freigesprochen [26]), obwohl sich auch heute noch bei Meinungsumfragen fast die Hälfte der Befragten (jeweils 41 bis 47 %) gegen Juden in Regierungsämtern ausspricht.

Zwar liegt das Protokoll der Wannseekonferenz vor, auf der am 20. Januar 1942 unter Leitung Heydrichs die Ausrottung der Juden beschlossen wurde; das Lexikon dagegen behauptet, „. . . ein Befehl zur planmäßigen Ausrottung der jüdischen Bevölkerung . . ." sei „. . . bisher anhand von Dokumenten nicht nachgewiesen . . ." [27]) worden. Der Begriff Euthanasie habe eine „. . . bedauerliche Politisierung . . ." [28]) erfahren. Euthanasiemaßnahmen werden unter Hinweis auf den NS-Arzt Catel als berechtigt bezeichnet. Der NS-Begriff des „lebensunwerten Lebens", der die NS-Morde rechtfertigen sollte, wird nach Meinung der Verfasser heute „. . . polemisch diskutiert" [29]).

An anderer Stelle werden „. . . die Ermordung jüdischer Zivilisten durch Einsatzgruppen und in Konzentrationslagern . . ." und die „. . . Austreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa . . ." [30]) auf eine Stufe gestellt: Eine Aufrechnung bietet sich geradezu an, und Deutschland erscheint von dem Vorwurf des Völkermordes moralisch und psychologisch entlastet. Zudem seien die Ursachen des 2. Weltkrieges „. . . von den Siegermächten propagandistisch entstellend [31]) als Kriegsschuld der Besiegten gekennzeichnet . . ." [32]) worden.

Der ehemalige Reichsaußenminister Walther Rathenau wird als „Erfüllungspolitiker" und „heimlicher Freund des Bolschewismus" [33]) bezeichnet. Der Untergang der Weimarer Republik wird nicht auf die Agitation und Resonanz radikaler Parteien, sondern auf die „. . . Erfolglosigkeit in der Revisionsfrage" [34]) zurückgeführt; die Verhandlungen vor dem „Volksgerichtshof" und die Nürnberger Prozesse werden in einem Atemzug als Prototypen von Schauprozessen [35]) und die politischen Reformen nach 1945 als ein „Super-Versailles" [36]) bezeichnet. Konzentrationslager werden als eine Erfindung der Engländer und der Sowjetunion dargestellt, die Zahl der ermordeten Juden mit keinem Wort erwähnt [37]); durch die Behauptung, Verbrechen in „. . . sogenannten Vernichtungslagern" seien schon vor 1945 geahndet worden, wird der Eindruck erweckt, als ob die Massenmorde in den Konzentrationslagern nicht zentral gesteuert worden seien.

Die von demokratischen Intentionen geleitete Reeducation nach 1945 sei eine „Charakterwäsche" gewesen und habe eine „. . . tiefgehende Verfremdung des Denkens und Fühlens zur Folge gehabt" [38]).

Kennzeichnend für das Geschichtsbild, das das Lexikon zu vermitteln sucht, ist schließlich auch die Stellungnahme zum Nationalsozialismus. Ohne den totalitären Charakter dieses Regimes mit einem Wort zu erwähnen, bezeichnen die Verfasser den Nationalsozialismus als „. . . den Versuch . . . die vier Grundelemente menschlichen Lebens, nämlich das biologische Element der Arterhaltung, das ökonomische der Artversorgung, das politische zur Regelung des Zusammenlebens und das religiöse zur letzten Sinndeutung des Lebens, miteinander in Einklang zu bringen" [39]).

Das Lexikon gesteht lediglich zu, daß „. . . vielfach menschliche Unzulänglichkeiten in der Parteiführung und ein Mangel an Maß zu verhängnisvollen Überspitzungen" [40]) geführt haben. Nach Ansicht des Lexikons wich die politische Realität des Dritten Reiches „ungewöhnlich weit von der ursprünglichen Konzeption

---

[17]) Sachwort „Deutschlands Grenzen", S. 1
[18]) Auf dem Prüfstand der Demokratie. Zur Analyse und geistigen Auseinandersetzung mit der NPD, Mainz 1965 S. 18
[19]) „Adenauer", S. 1
[20]) „Adenauer", S. 2
[21]) Sachwort „CDU-CSU", S. 1
[22]) „Schumacher", S. 1
[23]) Sachwort „Paneuropabewegung", S. 2
[24]) Sachwort „Verzichtpolitik", S. 1
[25]) Sachwort „Geschichtsbild", S. 1
[26]) Vgl. Sachwort „Antisemitismus", S. 2
[27]) Sachwort „Endlösung der Judenfrage", S. 1
[28]) Sachwort „Euthanasie", S. 1
[29]) Sachwort „Euthanasie", S. 2
[30]) Sachwort „Genocidium", S. 1
[31]) Gemeint ist wohl „entstellt".
[32]) Sachwort „Kriegsschuld", S. 1
[33]) „Rathenau", S. 1
[34]) Sachwort „Revisionismus I", S. 1
[35]) Vgl. Sachwort „Schauprozesse", S. 1
[36]) Sachwort „Völkerverständigung", S. 1
[37]) Vgl. Sachwort „Konzentrationslager", S. 1
[38]) Vgl. Sachwort „Konzentrationslager", S. 1
[39]) Sachwort „Nationalsozialismus", S. 1
[40]) Sachwort „Nationalsozialismus", S. 2

ab, einmal weil ein Teil der neuen Führungsschicht menschlich und sachlich versagte, ein Teil der alten Führungsschicht dagegen von Anfang an Widerstand leistete, vor allem aber, weil die Außenpolitik eines Landes nicht in dessen freie Entscheidung gestellt ist, sondern ihm zu 60 bis 90 % von den außenpolitischen Maßnahmen anderer Länder diktiert wird" [41]). Der Ausbruch des 2. Weltkrieges sei nicht auf die militärische Expansionspolitik des Nazi-Regimes, sondern auf die „kriegsauslösenden ... Provokationen" Englands und Polens zurückzuführen. Daß Hitler und seine Regierung, nicht aber primär das deutsche Volk, für den Ausbruch des 2. Weltkrieges verantwortlich zu machen sind, nimmt die NPD nicht zur Kenntnis, ebenso nicht die Bündnisverpflichtung Englands und Frankreichs gegenüber Polen [42]).

Der Nationalsozialismus habe den Klassenkampf überwunden und „... mannigfachen Spezialinteressen Betätigungsmöglichkeiten ..." [43]) geboten, eine wohl etwas euphemistische Umschreibung für das Mord- und Terrorinstrumentarium dieses Regimes. Bezeichnenderweise werden die Eigendynamik einer totalitären Diktatur nicht erkannt und die „Überspitzungen" der Nazi-Ära auf „menschliche Unzulänglichkeit" und einen „Mangel an Maß" zurückgeführt.

In dreifacher Weise versucht also das Politische Lexikon, das Geschichtsbild der Deutschen zu beeinflussen:

1. Die nationalsozialistischen Verbrechen werden – soweit überhaupt erwähnt – bagatellisiert und als „Überspitzungen" eines an sich positiven Systems interpretiert.
2. Der nationalsozialistische Angriffskrieg wird in einen Defensivkrieg umgedeutet; damit kann die Kriegsschuld Deutschland nicht zur Last gelegt werden.
3. Auf der Basis einer derartigen nationalistischen, historischen Legendenbildung werden die demokratischen Reformmaßnahmen nach dem 2. Weltkrieg als unnötige „Charakterwäsche" eines positiven „Volkscharakters" gedeutet. Das antidemokratische Konzept der NPD tritt bei einer solchen Interpretation der Geschichte offen zutage.

2.2. Sozialkulturelle Leitbilder

Bei der Interpretation politischer und gesellschaftlicher Faktoren scheinen die Kommentare des Lexikons vor allem von drei sozialkulturellen Leitbildern auszugehen, die auf ein starres, von rechtsradikalen Gruppen häufig vertretenes gesellschaftspolitisches Bezugssystem schließen lassen:

1. Traditionalistischer Dogmatismus,
2. Rassenideologie,
3. Militarismus.

2.2.1. Traditionalistischer Dogmatismus

Merkmale des traditionalistischen Dogmatismus der NPD sind die Forderungen nach einer Bewahrung des kulturellen Erbes und die tiefverwurzelte Skepsis gegenüber jeglichem Fortschrittsglauben [44]). Traditionalistisch-dogmatisch ist auch die Beurteilung des Nationalismus, der als „... Ausdruck und Bekenntnis des Nationalbewußtseins selbst" [45]) interpretiert wird.

Mit Herbert Hoover glaubt das NPD-Lexikon den „... Geist des Nationalismus ..." in der „... schöpferischen Tiefe der menschlichen Seele ..." verwurzelt. Nur die „Internationalisten" kämpften noch gegen den Nationalismus, wobei offen ist, welche Gruppen zu den „Internationalisten" zählen (vermutlich – wie auch früher in der Nazi-Propaganda – das internationale Judentum, der politische Katholizismus und die Kommunisten). Andere Darlegungen des Lexikons stützen eine solche Vermutung [46]).

2.2.2. Rassenideologie

Die Stellungnahme des Lexikons zum Phänomen des Kollektivismus läßt Rückschlüsse auf die patriarchalische Autoritätsstruktur und die neonazistische Rassenideologie zu, die von den Herausgebern vertreten werden. „Die Zugehörigkeit zu organisch gewachsenen, genetisch festgefügten Gruppen, beispielsweise zu Sippen, Stämmen oder Rassen, ist ein bleibendes, unveränderliches, ein wirkliches Indiz der Zusammengehörigkeit." „Das Bewußtsein, einem s o l c h e n Kollektiv anzugehören, führt zur Ausprägung eines natürlichen Kollektivstolzes ..." [47]).

Entsprechend sind die Stellungnahmen zu den Regierungen anderer Staaten. Der Erfolg der Wilson-Regierung hänge beispielsweise davon ab, ob es dem Kabinett gelinge, „... die gesellschaftliche und biologische Umstrukturierung des englischen Volkes entgegen allen gelegentlich immer noch auftauchenden Widerständen voranzutreiben" [48]).

England müsse sich gegen einen „biologischen Identitätsverlust" zur Wehr setzen. Der Begriff der Nation wird über den des Volkes und den des Staates gestellt; die Zugehörigkeit zu einer Nation werde „... sowohl von der Volkszugehörigkeit als auch von der Staatsangehörigkeit bestimmt ..." [49]). Wiederholt wird auf die Bedeutung rassischer Gemeinsamkeiten hingewiesen. Wie in der Rassenideologie des Nationalsozialismus wird der Begriff des Volkes vorwiegend von der biologischen Seite her definiert. Daß jedes Volk aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen besteht, wird übersehen. Die von der NPD vertretene Rassenideologie wird mit einem Ausspruch Disraelis untermauert:

„Das Rassenprinzip ... ist der Schlüssel zur Weltgeschichte, ... Sprache und Religionen machen keine Rasse, das Blut macht sie" [50]). Das NPD-Lexikon lehnt eine „... allgemeine Vermischung der verschiedenen Rassen" grundsätzlich ab. Ungeachtet der im Namen der Rassenideologie begangenen Verbrechen will die NPD eine „bewußte Rassenpolitik" als „... die positive oder negative Rassenhygiene" verstanden wissen.

2.2.3. Militarismus

Mehrere Stellungnahmen des Lexikons zu kriegerischen Verwicklungen zeigen, wie positiv die Herausgeber einer Politik militärischer Aggression und Expansion gegenüberstehen. So erscheinen die militaristische Groß-

---

[41]) Sachwort „Drittes Reich", S. 1
[42]) Vgl. Smoydzin, W., NPD – Geschichte und Umwelt einer Partei – Analyse und Kritik, Pfaffenhofen 1967, S. 176
[43]) Sachwort „Nationalsozialismus", S. 2
[44]) Vgl. Sachwort „Reaktion", S. 1
[45]) Sachwort „Nationalismus", S. 1
[46]) Vgl. Sachwort „Politischer Katholizismus"
[47]) Sachwort „Kollektivismus", S. 1
[48]) „Wilson", S. 1
[49]) Sachwort „Nation", S. 1
[50]) Sachwort „Rassenpolitik", S. 2

machtpolitik und die Expansions- und Annexionspolitik des Hitler-Regimes, die von der Weltöffentlichkeit einhellig verurteilt worden sind, den Autoren des NPD-Lexikons als eine Folge angeblicher „Präventivkriege". „Die Besetzung Norwegens 1940 durch deutsche Truppen war eine echte Prävention mit Verteidigungscharakter, ebenso der Einfall deutscher Truppen in Rußland 1941. Der Krieg gegen Polen 1939 war ein durch polnische Provokation ausgelöster Verteidigungskrieg." [51]) Dieser Umdeutung des deutschen Angriffskrieges in einen angeblichen Präventivkrieg mit Verteidigungscharakter entspricht eine latente Heroisierung des Krieges überhaupt:

Unter Hinweis auf Ergebnisse der modernen Verhaltensforschung, nach denen „. . . der Aggressionstrieb in seinen Abwandlungen ein friedliches Zusammenleben erst ermöglicht und somit einen wesentlichen Kulturfaktor darstellt" [52]), bezeichnet das Lexikon in Anlehnung an ein altgriechisches Sprichwort [53]) „den Krieg als Vater aller Dinge", um darauf etwas resigniert feststellen zu müssen: „Doch werden sich solche Erkenntnisse aus dem Bereich der Naturwissenschaften in der politischen Praxis vorerst noch kaum auswirken." Auf diese Weise werden die Folgen des Krieges bagatellisiert, der Krieg selbst mit einem Mythos versehen, der auch einen Angriffskrieg entschuldbar macht.

2.3. Politisch-systematische Ziele

Da die politisch-systematischen Ziele, die die Herausgeber verfolgen, im Rahmen eines Lexikons kaum explizit genannt werden, ist zu untersuchen, von welchen Systemnormen die Autoren bei der Bewertung unterschiedlicher politischer Systeme ausgehen.

2.3.1. Geschlossenes System der Machtausübung

Während die demokratischen Parteien das politische System der Bundesrepublik als ein offenes System der Macht interpretieren und die demokratische Willensbildung im Wechselspiel von Konsens und Dissens verwirklicht sehen, zeigen mehrere normative Aussagen des Lexikons über faschistische und autoritäre Staaten, wie sehr die NPD offensichtlich ein geschlossenes System der Macht und den Ausschluß konkurrierender, demokratischer Willensbildung anstrebt.

Zunächst einmal wird der verbrecherische (dieses Wort wird in Anführungszeichen gesetzt!) Charakter der nationalsozialistischen Staatsführung bestritten; demgemäß wird auch der aktive Widerstand gegen ein solches Regime sehr kritisch beurteilt. Das Gewissen des einzelnen hat sich der politischen und militärischen Führung bedingungslos unterzuordnen: „Man kann es nicht dem einzelnen jungen Soldaten überlassen, wann und unter welchen Umständen er sein Gewissen zu befragen hat . . ." [54]). Bei solchen Äußerungen kann es auch nicht überraschen, daß die Widerstandsbewegung gegen das Hitler-Regime für die Entstehung des 2. Weltkrieges verantwortlich gemacht und pauschal als kommunistisch und moskauhörig diffamiert wird [55]).

Auch der gesamte Antifaschismus erscheint den Verfassern lediglich als ein eo ipso verdächtiges „Schlagwort der Sowjetpropaganda" [56]). Die autoritären, antidemokratischen Intentionen der Herausgeber werden bei der Bewertung faschistischer und autoritärer Systeme und deren Politik besonders deutlich. Das Lexikon verteidigt die Apartheidpolitik Südafrikas mit der Behauptung, „daß verschiedenen Rassen auch eine verschiedene Auffassung von Recht, Sittlichkeit, Pflicht, Verantwortung, vor allem ein verschiedenes Maß an Selbstbeherrschung als Grundlage der Kulturfähigkeit eigen ist" [57]).

Daß es auf dem rechten Flügel des Parteiensystems radikale, auf Umsturz bedachte Parteien gibt, wird geleugnet, umstürzlerisch seien nur die Linksparteien: „Der Ausdruck Rechts- und Linkspartei stammt von der Sitzung der ersten Parlamente her, in denen die konservativen Parteien auf dem rechten, die umstürzlerischen oder fortschrittlichen auf dem linken Flügel Platz zu nehmen pflegten" [58]). Mit dieser Erläuterung wird der Unterschied zwischen konservativen und rechtsradikalen Parteien bewußt verwischt; radikale Parteien scheint es nur auf dem linken Flügel zu geben.

Überhaupt wird der staatliche Totalitarismus bagatellisiert: „Dem totalitären Staat sind nämlich gewisse Grenzen gesetzt, da er sich offen zu erkennen gibt und es so ermöglicht, sich ihm durch äußere Anpassung zu entziehen" [59]). Weit negativer wird der „versteckte Totalitarismus der „liberalen Kreise" bewertet, insbesondere der Einfluß der Massenmedien auf soziales und individuelles Verhalten (Familien, Sexualität etc.). Übersehen wird hierbei aber, daß die Massenkommunikationsmittel eine Fülle unterschiedlicher und sich zum Teil widersprechender Informationen und Meinungen vermitteln, der totalitäre Staat dagegen das politische Verhalten seiner Bürger in e i n e Richtung zwingt.

Typisch für das antidemokratische und antiliberale Bezugssystem der Autoren des Lexikons sind auch die Stellungnahmen zu den autoritären Regierungen der Gegenwart. So werden die Regierungen Francos in Spanien und Salazars in Portugal ganz einseitig positiv gesehen, ja geradezu verherrlicht. Die von Ian Smith in Rhodesien und Hendrik Verwoerd in Südafrika verfolgte Politik der Rassentrennung erscheint den Verfassern als „. . . eine sinnvolle Ordnung für Schwarz und Weiß" [60]), die „. . . jeder Gruppe ihre eigenen Entwicklungsmöglichkeiten . . ." gebe, „. . . jeder Rasse ihr Eigenleben sowie ihren spezifischen Gruppencharakter . . ." [61]) sichere und die innere Stabilität des Staates garantiere. Daß diese Politik aber langfristig eine Kumulation sozialer und politischer Konflikte zur Folge hat und den politischen Aktionsradius radikaler Gruppen erheblich erweitert, wird nicht beachtet.

Insgesamt zeigen also zahlreiche Sachworte und Personenbeschreibungen die starke Affinität des NPD-Lexikons zu autoritären Diktaturen, faschistischen Systemen und zu einer Politik, die auf einer wie immer definierten Rassenideologie beruht. Dieser antidemokratischen und antiliberalen Position des Lexikons entspricht eine tiefe Skepsis gegenüber allen Systemnormen parlamentarischer Regierungsweise und eine starke Präferenz für eine plebiszitäre Willensbildung.

---

[51]) Sachwort „Präventivkrieg", S. 1
[52]) Sachwort „Aggression-Angriffskrieg", S. 2
[53]) polemos pater panton
[54]) Sachwort „Landesverrat", S. 1
[55]) Vgl. Sachwort „Widerstandsbewegung" (20. Juli 1944), S. 1
[56]) Sachwort „Antifaschismus", S. 1
[57]) Sachwort „Apartheid", S. 1
[58]) Sachwort „Parteien", S. 1
[59]) Sachwort „Totalitarismus", S. 1
[60]) „Smith", S. 1
[61]) „Verwoerd", S. 2

2.3.2. Plebiszitäre Willensbildung

In der modernen parlamentarischen Demokratie existiert nach Meinung der Autoren „. . . ein Mitspracherecht des Volkes nur noch in Form der Parteien-Wahl . . .", und zwar „. . . ohne wirksamen Einfluß auf das politische Verhalten der gewählten Abgeordneten" [62]). Das „Gesetz der antizipierten Reaktionen" (C. J. Friedrich), von dem sich die Abgeordneten bei ihrer parlamentarischen Tätigkeit im Hinblick auf die nächste Wahl leiten lassen, wird hier ebenso übersehen wie die Kontrollfunktion der Massenmedien und der Öffentlichen Meinung.

Es kann daher nicht überraschen, daß sich die skeptische Einstellung, die die Verfasser gegenüber der Urteilsfähigkeit der Wähler einnehmen, bei der Beurteilung des Plebiszits grundlegend wandelt: Jetzt billigen sie der „. . . überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung . . . genug Einblick in die politischen Zusammenhänge . . ." [63]) zu, wohlwissend, daß Plebiszite in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisensituationen den Agitationsspielraum radikaler Parteien erheblich erweitern und im übrigen nach einem Wort von Theodor Heuss „Prämien für Demagogen" darstellen. Daher beschwört das Lexikon „. . . die Gefahr, daß der Wille des Volkes und der Wille seiner Repräsentanten in wesentlichen und politischen Fragen auseinandergehen, insbesondere dann, wenn sich die Volksvertreter nicht mehr als Repräsentanten der Gesamtheit, sondern nur noch als Funktionäre einer straffen Parteiorganisation betrachten . . ." [64]).

Daß die NPD bei CDU und FDP Elemente einer „straffen Parteiorganisation" entdeckt hat, zeugt nicht von ihrem Realitätssinn. Zu fragen ist ferner, ob die NPD-Landtagsabgeordneten nicht etwa selbst „. . . Funktionäre einer straffen Parteiorganisation" sind.

2.3.3. Die NPD als „Erfüller" des Grundgesetzes

In der NPD und ihren Führern sieht das Lexikon die eigentlichen „Erfüller" des Grundgesetzes. So heißt es vom NPD-Parteivorsitzenden von Thadden, dieser sei „. . . zu einer der führenden Persönlichkeiten im Rahmen der nationalen Wiederbesinnung in Deutschland" [65]) geworden und setze sich für eine „. . . bewußt deutsche Opposition in der Bundesrepublik" ein.

Der Vorwurf des Rechtsradikalismus, der der NPD häufig gemacht werde, sei ein „. . . verschwommener und nichtssagender Begriff" [66]). Die NPD meine es „. . . mit der demokratischen Haltung ernst" und wolle „. . . dem Volk ein *echtes* politisches Mitspracherecht einräumen" [67]). Bestrebungen, das Grundgesetz zu ändern, gingen lediglich von den beiden Regierungsparteien aus. Verschwiegen wird aber, daß die NPD den Parlamentarismus der Bundesrepublik ablehnt und ein plebiszitäres System bevorzugt.

Überhaupt steht die NPD allen verfassungspolitischen Bemühungen, die Stabilität der Demokratie gegenüber der Herausforderung der radikalen Parteien zu sichern, ablehnend gegenüber. Wie die Kritik an den Sperrklauseln des Bonner Parlamentarismus [68]) zeigt, polemisiert die NPD gegen alle verfassungspolitischen Sicherungen, die die Erfolgschancen radikaler Parteien verringern. Damit erscheint auch das Bonner Grundgesetz gegenüber der Weimarer Verfassung in einem weniger günstigen Licht. Volksbegehren, Volksentscheid und relativ weite politische Kompetenzen des Staatsoberhauptes bedeuten der NPD mehr als das Prinzip der parlamentarischen Verantwortlichkeit der politischen Entscheidungsträger. Auch verfassungsrechtlich – nicht nur politisch-systematisch – rückt die NPD mit einer solchen Argumentation bis an die Grenze der Verfassungsfeindlichkeit, obwohl sich im Politischen Lexikon nicht so dezidierte Äußerungen finden wie in den einschlägigen Aufsätzen der „Deutschen Nachrichten" und in der berüchtigten Rede Prof. Anrichs.

Nach Meinung des NPD-Lexikons ist das Amt des Bundespräsidenten durch einen „. . . krassen Widerspruch zwischen geringen Befugnissen einerseits und protokollarischem Aufwand andererseits . . ." [69]) gekennzeichnet. Ebenso wird die „. . . Unzulänglichkeit der vom Grundgesetz vorgesehenen Befugnisse des Präsidenten . . ." bemängelt. Solche Äußerungen gehen jedoch an der Tatsache vorbei, daß das Staatsoberhaupt in der parlamentarischen Demokratie neben symbolischen Funktionen nur Reservefunktionen (reserve power) ausüben kann, solange die originären politischen Entscheidungsfunktionen der dem Parlament verantwortlichen Regierung zustehen sollen. Extensive politische Kompetenzen des Bundespräsidenten würden, und das scheint die NPD zu beabsichtigen, gegen das demokratische Normensystem verstoßen und wären nur einem autoritären System, letztlich einer Diktatur, adäquat.

2.3.4. Zensur der Massenmedien

Der Pressefreiheit steht das Lexikon äußerst skeptisch gegenüber; die Pressefreiheit biete nämlich „. . . de facto erheblichen Spielraum für Meinungsdiktaturen durch mehr oder weniger verdeckte Interessengruppen" [70]).

Eine staatliche Zensur der Massenmedien wird mit folgenden Worten gefordert:

„Dennoch erfolgen unter den falschen Parolen der ‚Informationspflicht' und ‚Unteilbarkeit der Pressefreiheit' fortgesetzte Attentate bestimmter Presseorgane auf Anstand und Menschenwürde, Geheimhaltung und nationale Solidarität, die auf die Dauer kein Staat und keine politische Öffentlichkeit ohne Gegenwehr hinnehmen kann."

Wie die propagandistischen Leerformeln „Anstand" und „nationale Solidarität" im Einzelfall zu konkretisieren sind und in welchem Umfang die Pressefreiheit eingeschränkt werden soll, wird nicht näher erläutert.

2.4. Wirtschafts- und sozialpolitische Ziele

Zwei wirtschaftliche Zielvorstellungen sind es vor allem, die die Kommentare des Lexikons bestimmen: wirtschaftlicher Dirigismus und nationale wirtschaftliche Autarkie.

2.4.1. Wirtschaftlicher Dirigismus

Wie die Verfasser das marktwirtschaftliche System der Bundesrepublik beurteilen, wird in der Kurzinformation über Ludwig Erhard deutlich. Erhard sei „. . . belastet

[62]) Sachwort „Demokratie", S. 1
[63]) Sachwort „Volksentscheid", S. 1
[64]) Sachwort „Parlamentarismus", S. 1
[65]) „v. Thadden", S. 1
[66]) Sachwort „Rechtsradikalismus", S. 1
[67]) Sachwort „Rechtsradikalismus", S. 2
[68]) Vgl. Sachwort „Parlamentarismus", S. 1
[69]) „Lübke", S. 1
[70]) Sachwort „Pressefreiheit", S. 1

mit den Gedankengängen der liberal-internationalistischen Fortschritts- und Freihandelsideologie des 19. Jahrhunderts ..." und habe dadurch die Bundesrepublik „... in eine noch weitergehende Abhängigkeit vom Ausland ..." [71]) gebracht.

Bei einer starken Außenhandelsverflechtung wird der wirtschaftliche Wettbewerb als Ordnungsfaktor abgelehnt. Stattdessen solle der Staat „... einen Zusammenschluß der exportintensiven Unternehmen gleicher Erzeugung ..." [72]) herbeiführen.

Das „... Fundament einer ... auf Höchstproduktion ausgerichteten Volkswirtschaft" ist für die Verfasser des NPD-Lexikons die „... kapitalistische Großindustrie". Das Problem einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung wird nicht erwähnt, da Dirigismus, Höchstproduktion und Autarkie als die dominierenden wirtschaftlichen Ziele gelten, wobei allerdings übersehen wird, daß zwischen Autarkie und Höchstproduktion ein unlösbarer Zielkonflikt besteht; denn ein maximaler Binnenwohlstand setzt einen maximalen Außenhandel voraus.

2.4.2. Nationale wirtschaftliche Autarkie

Die Autarkie-Vorstellungen und die „Blut- und Boden-Ideologie" des Nationalsozialismus scheinen auf die Herausgeber des Lexikons eine magische Anziehungskraft auszuüben. So heißt es:

„Ohne gesunde Landwirtschaft wird jedes Volk zum Spielball der Interessen und der Politik fremder Mächte." „Die Landwirtschaft hat daher einen Anspruch auf Preise, die nicht lediglich kostendeckend sind" [73]).

Die folgenden Ausführungen zeigen, wie sehr die NPD besonders von der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein konservatives politisches Verhalten erwartet, das sie für die NPD zu einem interessanten Wählerreservoir macht: „... Der landwirtschaftlich tätige Bevölkerungsteil stellt aufgrund seines täglichen Umganges mit dem natürlichen Wachstum, aufgrund seiner hegenden, pflegenden Haltung und seiner Bindung an den ererbten Besitz stets ein konservatives Element dar, allem Umstürzlerischen abgeneigt. Ohne ein solches beherrschendes Element gerät ein Volk in Gefahr, allzu leicht dem Fortschrittswahn zu verfallen ..." [74]).

Die finanzpolitischen Schwierigkeiten, die sich aus der ständig steigenden Subventionslast für den Staatshaushalt ergeben, und die finanziellen Belastungen der Steuerzahler, die einen ganzen Wirtschaftsfaktor alimentieren sollen, werden dagegen verschwiegen.

Ebenso wie die außenpolitische Souveränität erscheint der NPD „... eine größere Unabhängigkeit auch in der Wirtschaft ..." [75]) erstrebenswert, wobei offen bleibt, welche konkreten Folgen eine größere wirtschaftliche Autarkie haben würde. Zur Stabilisierung der Wirtschaftslage fordert das Lexikon u. a. die „... Drosselung einer künstlichen Bedarfsweckung mit hemmungslosen Werbungsmethoden ..." [76]). Was unter einer „künstlichen" Bedarfsweckung zu verstehen ist und wann Werbungsmethoden „hemmungslos" werden, wird nicht näher erläutert.

Den Organisationen der Arbeitnehmer steht das Lexikon ablehnend gegenüber; der Auftrag freier Gewerkschaften im demokratischen Staat wird nicht anerkannt, da diese die „... Stellung des Arbeiters in unserer Gesellschaft ... gefährden ..." [77]). Am gefährlichsten jedoch erscheint der NPD die „... Kapitalüberfremdung in der deutschen Volkswirtschaft" [78]). Das Lexikon versucht den Eindruck zu erwecken, als ob das Auslandskapital in der Bundesrepublik bereits durch eine systematische Schwerpunktbildung marktbeherrschend geworden sei [79]), verschweigt jedoch, daß der Anteil amerikanischer Investitionen am deutschen Brutto-Sozialprodukt etwa im Jahre 1964 nur 0,4 % betragen hat und daß zur Zeit nur etwa 1 % aller Arbeitnehmer in Unternehmen mit amerikanischer Kapitalbeteiligung beschäftigt sind. Zudem steht das Einkommen dieser Beschäftigten mit an der Spitze der Lohnskala.

Die Nachteile der Beschäftigung von Gastarbeitern werden ausführlich dargelegt [80]); daß die deutsche Wirtschaft ohne die Mitarbeit der ausländischen Arbeitnehmer nicht ihren jetzigen Leistungsstand hätte erreichen können, wird dagegen nicht erwähnt.

Gerade die wirtschaftspolitischen Kommentare des Lexikons zeigen also, wie wenig die NPD mit ihren Parolen auf dem Boden der Realität steht. Politisch-dogmatisch setzt sie sich auch im wirtschaftlichen Bereich für eine Förderung des „nationalen Selbstbehauptungswillens" [81]) ein. Da sie die Wirtschaft als ein Instrument politischer Handlungsfreiheit betrachtet, tritt sie für nationale wirtschaftliche Autarkie und wirtschaftlichen Dirigismus ein, ohne die eigentliche Konsequenz einer solchen Wirtschaftspolitik zu erwähnen: die Verminderung des wirtschaftlichen Wohlstandes der Bevölkerung.

---

[71]) „Erhard", S. 2
[72]) Sachwort „Volkswirtschaft", S. 1
[73]) Sachwort „Landwirtschaft", S. 1
[74]) Sachwort „Ernährungspolitik", S. 2
[75]) Sachwort „Währungspolitik", S. 1
[76]) Sachwort „Marktordnung", S. 2
[77]) Sachwort „Arbeit", S. 1
[78]) Sachwort „Volkswirtschaft", S. 1
[79]) Vgl. Sachwort „Fremdkapital", S. 1
[80]) Vgl. Sachwort „Gastarbeiter", S. 1
[81]) Sachwort „Konvertibilität", S. 1

3. Konsequenzen für die politische Öffentlichkeitsarbeit der demokratischen Parteien

In mehrfacher Hinsicht bemüht sich das Politische Lexikon der NPD um Erklärungsformeln für politische und soziale Unzufriedenheit und um einen ideologischen Transmissionsriemen zwischen der rechtsradikalen Konzeption der Parteiführungsspitze und der politischen Willensbildung der Parteimitglieder. So zeigt es sich, daß bei der Kommentierung aktueller und historischer Fragen verwandten ideologischen Formeln stets die Distanz zu den anderen Parteien der Bundesrepublik und zu einem parlamentarisch-demokratischen Normensystem generell betonen.

Das Lexikon tritt ein für: kulturkritischen Dogmatismus, plebiszitäre Willensbildung, Ethnozentrismus, eine Bagatellisierung der Nazi-Verbrechen, einen traditionalistischen Dogmatismus, eine patriarchalische Autoritätsstruktur, Militarismus, ein geschlossenes System der Macht, d. h. eine Heroisierung autoritärer Diktaturen und faschistischer Systeme, eine Rassenideologie, eine Zensur der Massenmedien, wirtschaftlichen Dirigismus und nationale wirtschaftliche Autarkie. Die zugrunde liegenden Quellenbelege zeigen aber, daß diese Auffassungen nicht nur von rechtsradikalen Gruppen vertreten werden, sondern auch bei rechtskonservativen Politikern anderer Parteien anklingen. Um so erforderlicher ist es, dieser rechtsradikalen, antiparlamentarischen und antiliberalen Ideologie durch eine gezielte politische Öffentlichkeitsarbeit entgegenzutreten.

Eine wirksame Strategie der politischen Auseinandersetzung mit der Ideologie der NPD muß vor allem auf einer Gegenüberstellung der zentralen Leitbilder demokratischer Willensbildung mit den dogmatischen Maximen der NPD beruhen, wie sie sich auch aus der Analyse des „Politischen Lexikons" ergeben haben. Diese Trennungslinie durchzieht alle Hauptbereiche politischer Auseinandersetzung:

1. Während die demokratischen Parteien Politik als realistischen Pragmatismus auf der Basis repräsentativ-parlamentarischer Willensbildung, des Föderalismus, der internationalen Friedenspolitik und der Anerkennung und Achtung aller Völker und Nationen verstehen, betrachtet die NPD Politik aus der Sicht eines kulturkritischen Dogmatismus und befürwortet den Zentralismus, eine an nationalen Interessen orientierte Rechtspraxis und die Diskriminierung von Fremdgruppen (Ethnozentrismus).
2. Die demokratischen Parteien bejahen den fortschrittlichen Pragmatismus hinsichtlich des Pluralismus sozial-kultureller Werte, die partnerschaftliche Autoritätsstruktur in Familie, Beruf und Gesellschaft, das Mehrheitsprinzip als Grundlage politischer Entscheidungen, Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie. Dagegen tritt die NPD für einen traditionalistischen Dogmatismus hinsichtlich der Bewahrung des kulturellen Erbes und eine patriarchalische Autoritätsstruktur ein.
3. Während die demokratischen Parteien das politische System der Bundesrepublik als ein offenes System der Macht interpretieren und die demokratische Willensbildung auf der Grundlage des Kräftespiels von Konsens und Dissens sowie der Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit bejahen, fordert die NPD ein geschlossenes System der Macht, den Ausschluß konkurrierender Willensbildung und die Zensur der Massenmedien.
4. Allgemeine wirtschaftliche Ziele der demokratischen Parteien der Bundesrepublik sind das wirtschaftliche Konkurrenzmodell, eine leistungsorientierte Volkswirtschaft und internationale Zusammenarbeit und Arbeitsteilung. Die NPD dagegen befürwortet wirtschaftlichen Dirigismus und nationale wirtschaftliche Autarkie.

Diesen programmatischen Unterschieden werden die demokratischen Parteien der Bundesrepublik noch mehr als bisher Beachtung schenken müssen.

Quellen

DN – Verlagsgesellschaft: Politisches Lexikon, Hannover 1966
Teil I: Sachworte
Teil II: Personen
Teil III: Dokumente

Bachem, H. – Elschner, G. – Gebauer, B.: Material zum Problem des politischen Extremismus in der Demokratie, Bonn 1967

Schmelzer, H.: Materialien zur Auseinandersetzung mit der NPD, Köln 1967 (unveröffentlichtes Manuskript)

Smoydzin, W.: NPD – Geschichte und Umwelt der Partei – Analyse und Kritik, Pfaffenhofen 1967

N. N.: Auf dem Prüfstand der Demokratie. Zur Analyse und geistigen Auseinandersetzung mit der NPD, Mainz 1966

Anmerkungen zum Programm der NPD vom November 1967

4. Anmerkungen zum Programm der NPD vom November 1967

bearbeitet von Dipl.-Volkswirt Peter Korn

4.1. Vorbemerkungen

Das Programm der NPD vom November 1967 ist viel umfangreicher als das frühere Manifest dieser Partei. Während die Einleitung des Programms – Grundlagen nationaldemokratischer Politik – nach Umfang und Inhalt dem alten Manifest in etwa gleichkommt, wurden in den 15 Kapiteln (Thesen und Forderungen) verschiedene politische Sachbereiche detaillierter behandelt, als das bisher in den Veröffentlichungen der NPD der Fall war.

Diese zum Teil sehr eindeutigen Aussagen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele Ansichten und Forderungen auch in dem jetzigen Programm noch unklar sind. Insoweit entziehen sich die programmatischen Aussagen der NPD einer sachlichen Analyse: meist handelt es sich um banale Forderungen, die Allgemeingut bzw. Gemeinplätze sind. Außerdem sind Angaben über die finanzielle Verwirklichung dieser Forderungen meist nicht zu finden.

Leitgedanken der NPD, die sich wie ein roter Faden durch all ihre Äußerungen ziehen, sind: Überbetonung nationaler Gedanken in der Wirtschafts-, Erziehungs-, Verteidigungs- und Außenpolitik; Fremdenhaß; Agrarromantik; Anti-Liberalismus; Anti-Pluralismus; Aggressivität gegenüber der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Diese „Ideologie" der NPD wird an Hand der Aussagen ihres Programms erkennbar. Obwohl die Aussagen vage sind und deshalb kaum als Ideologiebeweis dienen können, darf nicht übersehen werden, daß gerade rechtsradikale „Ideologien" sich durch das Fehlen eines logischen und rationalen Aufbaus, durch einen Mangel an Geschlossenheit und Beweisbarkeit sowie durch das Anhäufen von unzusammenhängenden Forderungen auszeichnen.

5. Grundlagen nationaldemokratischer Politik

5.1. Vergleich NPD-Programm und NPD-Manifest

Ein Vergleich der beiden programmatischen Verlautbarungen der NPD ergibt, daß hinsichtlich der Sachbereiche Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik alle früheren Gesichtspunkte wiederzufinden sind. Lediglich eine Ausnahme ist festzustellen: Der Hinweis auf die angebliche Diffamierung der ehemaligen Soldaten ist im neuen Programm der NPD nicht mehr enthalten.

Die Abneigung gegen die USA, die im früheren Manifest bereits sichtbar wurde, ist im Programm der NPD im Rahmen des außen- und verteidigungspolitischen Abschnitts konkreter verankert worden. Verstärkt wird dagegen die europäische Zusammenarbeit gefordert. Die im Manifest lediglich im Ansatz vorhandenen Aussagen zu Europa werden nun im Programm an verschiedenen Stellen besonders herausgestellt.

5.2. Analyse der Aussagen

Zitat: „Fremde Gewalt lastet auf dem geteilten Deutschland und im geteilten Europa".

„Noch immer beugen sich Deutsche dem Willen der Sieger, die Deutschland und Europa unter sich aufgeteilt haben."

Hier wird an den latenten Fremdenhaß appelliert und geschichts- und tatsachenwidrig behauptet, die Bundesrepublik sei den USA unterworfen bzw. von diesen abhängig. Daß sich eine gewisse Anlehnung an den ehemaligen Sieger aus der Zwangslage der Nachkriegszeit notwendigerweise und zum Wohle der BRD ergeben mußte, wird dabei geflissentlich übersehen; ebenfalls das auf den Gesetzen der Logik und der Rationalität beruhende Prinzip der internationalen Verflechtung.

Zitat: „Aber die Politik der Aufteilung der Welt durch den amerikanischen und den sowjetischen Imperialismus wird scheitern, wenn der Wille der unterdrückten Völker den Machtmitteln der Teilungsmächte widersteht. Denn die Geschichte der Völker entscheiden nicht nur äußere Umstände, sondern vor allem die innere Haltung.

– Wir Nationaldemokraten wollen diesen Willen zur Freiheit und Selbständigkeit auch im geteilten deutschen Volke wecken.

– Wir Nationaldemokraten fordern den Widerstand gegen den Ungeist der Anpassung, des Verzichts und der Unterwerfung.

– Wir Nationaldemokraten bekennen uns zu den Kräften, die in nationaler Selbstbestimmung und Würde um ein einiges und freies Europa ringen."

Hier wird den USA ein Imperialismus unterstellt, der sich in Zielsetzung und Machtmitteln von dem der Sowjetunion nicht unterscheidet. Diese Sätze machen deutlich, mit welcher Voreingenommenheit die NPD an die politische Weltlage im allgemeinen und an die Situation in Europa im besonderen herangeht. Die NPD verkennt völlig, aus welcher geschichtlichen Situation (2. Weltkrieg) die Amerikaner die Schutzfunktion und Position in Europa erhalten haben. Die Mittel, die von der NPD gegen diese angebliche Lage herausgestellt werden, sind äußerst dürftig. Sie ruft zum Widerstand gegen den Ungeist der Anpassung auf, unterläßt es jedoch zu definieren, was mit Anpassung und Unterwerfung gemeint ist. Damit hält sich die NPD stets die Möglichkeit offen, politische Entscheidungen von Bundesregierung und Parlament als „Anpassung" zu deklarieren, ohne jeweils mit ihrem Programm in Konflikt zu geraten. Auch die an dieser und an anderen Stellen des Programms geforderte geistige Wandlung unseres Volkes dürfte kaum geeignet sein, die großen weltpolitischen Probleme allein zu lösen. Hier kommt die Auffassung der NPD über „Politik als kulturkritischer Dogmatismus" deutlich zutage.

Zitat: „Die NPD ist der organisierte Protest gegen den Ungeist des Materialismus und seiner kulturfeindlichen Folgen. Voraussetzung für seine Überwindung ist der Idealismus: ohne Vorbilder und Leitbilder gibt es keine höhere menschliche Gesinnung."

Dem Ungeist des Materialismus will die NPD die Werte des Idealismus entgegenstellen. Einen Pseudo-Idealismus hat auch der Nationalsozialismus für sich in Anspruch genommen: damals wie jetzt bei der NPD waren Vorbilder und Leitbilder dieses Idealismus ein „vulgärer Biologismus". Im Programm der NPD wird dieses Denken in den Forderungen zur sozialen Sicherheit (nur dem unverschuldet (!) in Not Geratenen soll geholfen werden – X. 1.) und zur Volksgesundheit (Eigenverantwortung der Staatsbürger, Vorsorge erste, Heilung zweite Aufgabe – XII. 14 u. 15) deutlich.

Zitat: „Wenn die Freiheit zur Ordnungslosigkeit entartet, wenn einzelne Gruppen nur noch ihre Interessen durchsetzen wollen und diese für wichtiger halten als das Wohl des Ganzen, dann beginnt die Auflösung des Volkes."

In dieser Behauptung spiegelt sich die Ablehnung des Pluralismus als Bestandteil einer demokratischen Staatsordnung wider. Eine an sich richtige Feststellung wird dazu benutzt, Front gegen Freiheit, gegen Recht auf Kritik und gegen Wahrung der verschiedenen Gruppeninteressen zu machen. Das Ideal der NPD zur Bekämpfung des Pluralismus ist eine ständestaatliche Ausrichtung aller Gruppen nach dem Muster des Faschismus und Nationalsozialismus.

Im Programm der NPD wird das besonders im Kap. IX. Ziffer 5, 8, 9, 11, 14 deutlich:

„Die Ausübung der Mitbestimmung hat nicht durch betriebsfremde Funktionäre, sondern ausschließlich durch Arbeitnehmer der Betriebe zu erfolgen . . . Die endgültige Überwindung des Klassenkampfes und Bildung einer Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden ist unser Auftrag in der industriellen Massengesellschaft . . . Gewerkschaften und Unternehmerverbände haben vornehmlich diesem Ziel zu dienen. Sie müssen die reaktionären verstaubten Standes- und Klassenvorstellungen des vergangenen Jahrhunderts endlich überwinden . . . Gewerkschaften und Unternehmerverbände müssen wahrhaft überparteilich sein. Mündige Staatsbürger brauchen keinen Verbandsfunktionär als politischen Vormund! . . . Unternehmerverbände und Gewerkschaften dürfen keine wirtschaftliche Macht ausüben, außerhalb der Parlamente Einfluß auf die Staatspolitik nehmen oder selbst als Unternehmer tätig werden."

Um diese Ziele zu verwirklichen, muß der Staat die Interessenverbände ihrer Eigenständigkeit berauben, die Tarifautonomie aufheben und Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewaltsam in Zwangsgemeinschaften pressen: dann wird die von der NPD geforderte „Leistungsgemeinschaft" erreicht sein, in der der Staat als Folge der total organisierten und zentral gesteuerten Kommandowirtschaft das alleinige Monopol auf „Allwissenheit" besitzt.

Der Pluralismus wird im Programm der NPD mit Anarchismus gleichgesetzt, und die Demokratie wird lächerlich gemacht.

Zitat: „Die NPD verabscheut Massenmord und Kriegsverbrechen aller Zeiten und aller Völker. Wir weisen die Behauptung der Allein- oder Hauptschuld Deutschlands an den Weltkriegen entschieden zurück. Die Bekämpfung dieser Lüge ist Aufgabe des ganzen Volkes. Die Forschung über die Kriegsursachen hat der geschichtlichen Wahrheit, nicht der Propaganda gegen unser Volk und seine Ehre zu dienen."

Während im früheren Manifest sowie in den Reden führender NPD-Mitglieder lediglich die Ablehnung der Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands an den Weltkriegen vorzufinden war, geht die Formulierung des Programms von Hannover noch etwas weiter. Hier wird sogar die Hauptschuld Deutschlands entschieden zurückgewiesen. Die NPD verneint damit nicht nur geschichtliche Gegebenheiten, sondern auch die richtige moralische Einstellung zur jüngsten Vergangenheit unseres Volkes. Diese Einstellung der NPD schwächt damit zwangsläufig das Bekenntnis des Vordersatzes erheblich ab und zeigt einmal mehr, wie bedenkenlos die NPD miteinander unverträgliche, also widersprüchliche Auffassungen in ihrem Programm verbindet.

Zitat: „Zur Erringung der staatlichen Einheit Deutschlands ist es erforderlich, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn endlich die Freigabe des europäischen Raumes von fremden Mächten anzustreben, die diesen seit Jalta und Potsdam noch immer besetzt und damit geteilt halten. Europa muß gleichberechtigt und unabhängig neben den Machtblöcken stehen. Ein europäischer Staatenbund muß das Ziel solchen Strebens sein.

Die Völker Europas sind stark genug, sich selbst zu behaupten und jene Verteidigungskraft zu entwickeln, die den Frieden bewahren kann. Darum fordern wir ein Bündnis freier und gleichberechtigter Partner in einem europäischen Sicherheitssystem.

Die Lösung der deutschen Frage kann nicht gegen den Willen der Nachbarn Deutschlands in Ost und West, sondern nur mit ihnen erreicht werden. Ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens und ständiger Zusammenarbeit muß das Ziel solchen Strebens sein."

Deutlicher als in den früheren Verlautbarungen der NPD wird an dieser Stelle sowie in den Kapiteln XIV und XV die europäische Komponente ihrer außen- und sicherheitspolitischen Konzeption hervorgehoben. In völliger Verkennung der militärischen Machtmittel und Möglichkeiten der Sowjetunion glaubt die NPD, durch eine verstärkte Zusammenarbeit der europäischen Staaten (ohne jede Mitwirkung der USA) die Sicherheit Europas garantieren zu können. Damit wird offenbar, wie unzureichend die Sachkenntnisse der NPD hinsichtlich der Abschreckungs- und Verteidigungspolitik der NATO sind. Schließlich läßt die Formulierung „. . . nicht gegen den Willen der Nachbarn Deutschlands . . ." darauf schließen, daß die NPD der Meinung ist, die Wiedervereinigung Deutschlands könne ohne direkte Mitwirkung der USA erreicht werden. Damit wird gleichzeitig eine für Deutschland sehr gefährliche Haltung der NPD zu der vertraglichen Verpflichtung der Alliierten, eine Politik der Wiedervereinigung zu betreiben, sichtbar.

6. Sachbereiche

I. Demokratie, Staat, Recht

Zitat: I. 1. „Die NPD bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, weil sie ein Höchstmaß persönlicher Freiheit gewährt und so viel Ordnung setzt, wie notwendig ist. Der freiheitlich-demokratische Staat muß ein Rechtsstaat sein.

I. 5. „Bei entscheidenden Lebensfragen ist das Volk zu hören. Volksbegehren und Volksentscheid sind daher einzuführen. Sie sind Ausdruck wirklicher Volkssouveränität."

Obwohl sich die NPD zunächst zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt, wird aus der wenig später folgenden Forderung nach Volksbegehren und Volksentscheid klar, daß der NPD nichts an der Erhaltung des Parlamentarismus liegt. Die Erfahrungen aus der nationalsozialistischen Zeit zeigen nämlich deutlich, daß mit Volksbegehren und Volksentscheid und der Wahl des Präsidenten durch das Volk (I. 6.) der Demagogie in Deutschland Tür und Tor geöffnet würde. Die NPD tritt also mit ihrer Forderung für die Beseitigung der heutigen Stabilität der Demokratie in der Bundesrepublik ein, die erzielt werden konnte, weil die Verfasser unseres Grundgesetzes in Kenntnis der Ereignisse in den 20er und 30er Jahren auf Volksbefragung, Volksentscheid und Direktwahl des Bundespräsidenten verzichtet haben.

Zitat: I. 6. „Der Bundespräsident ist vom Volk selbst zu wählen. Seine Rechte sind zu stärken. Er verkörpert Volk und Staat."

Hierin zeigt sich deutlich der Wunsch, die Aufgaben und Rechte des Parlaments einzuschränken und zu beschneiden und die Sehnsucht der NPD nach einem starken Führer mit erweitertem Recht in einem totalitären Staat.

Zitat: I. 4. „Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit. Sie sind keine Organe des Staates. Ihre Finanzierung aus öffentlichen Mitteln ist daher unzulässig."

Die NPD übersieht, daß die Parteien überwiegend aus eigener Kraft ihre Aufgaben erfüllen und die öffentlichen Mittel nur eine Teilfinanzierung zur Erfüllung der in Artikel 21 GG festgelegten Aufgaben darstellen. Alle westlichen Demokratien kennen im übrigen die staatliche Teilfinanzierung politischer Parteien.

Zitat: I. 11. „Die in der deutschen Innenpolitik noch immer wirkenden Gesetze der Siegermächte sind durch Revision der entsprechenden Verträge aufzuheben."

Daß seit langem im Rahmen der Diskussion der Notstandsgesetzgebung von allen Parteien des Bundestags eine Aufhebung der alliierten Sonderrechte angestrebt wird, übersieht die NPD einerseits ebenso geflissentlich, wie sie andererseits eifrig darum bemüht ist, mit Wortwahl und unterschwelliger Stimmungsmache („Siegermächte") Emotionen der Bevölkerung zu wecken.

Zitat: I. 12. „Artikel 139 des Grundgesetzes ist aufzuheben und zwecks Wiederherstellung des inneren Rechtsfriedens und der europäischen Rechtsgleichheit eine Generalamnestie für alle aus dem zweiten Weltkrieg erforderlich gewordenen Anklagen und Verfahren zu erlassen."

Die NPD will also – gleichsam in Aufrechnung gegen „Kriegsverbrechen" der Alliierten – politische Gewaltverbrecher und Massenmörder frei umherlaufen lassen, ohne Schuld und Tatbestand zu klären. Das sind extreme, von den gültigen Auffassungen zur Gestaltung der Rechtsordnung abweichende Ansichten, die zeigen, wie wenig die NPD von einem Rechtsstaat hält, den sie in These I. 1. selbst fordert.

Zitat: I. 13. „Alle öffentlichen Mittel sind dem Staat anvertrautes Gut seiner Bürger. Sparsamkeit muß daher oberstes Gebot aller öffentlichen Verwaltung sein. Der aufgeblähte Verwaltungsapparat bei Bund, Ländern und Gemeinden ist erheblich zu verkleinern."

Hier (wie auch in III. 16.) wird mit dem bekannten Unmut jedes Steuerzahlers spekuliert, dem die zu zahlende Steuer in der Regel natürlich viel zu hoch erscheint. Diese gefühlsgeladene Forderung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die NPD keine Reformvorschläge vorweisen kann. Es ist vielmehr zu erwarten, daß bei der Verwirklichung ihrer anderen Forderungen – u. a. Einrichtung einer Pressekammer (II. 2.), eines zentralen Bildungs- und Erziehungsministeriums (III. 2.) sowie einer zentralen Bundesstelle für Raumordnung und Verkehr (VIII. 3.4.5.) – und bei der Errichtung eines ständestaatlichen Verfassungssystems die Kosten für den Staatsapparat ins Ungeheure steigen werden: die Erfahrungen mit dem Dritten Reich zeigen dies deutlich.

Zitat: I. 8. „Die Praxis lehrt, daß wirklich unabhängig nur die Richter sind, die keine Beförderungschancen oder keine Beförderungsmöglichkeiten mehr haben. Dem ist durch gleichmäßige standesgemäße Besoldung aller Richter und einheitliche Berufsbezeichnung „Richter" zu begegnen."

Diese Forderung der NPD zeigt wieder einmal deutlich, wie wenig das Programm durchdacht ist und wie weit in den Bereich der Utopie die Vorschläge hineinragen. Bei der Vielzahl der Richter und bei der Vielfalt der Gerichte mit unterschiedlichen Aufgaben ist es völlig ausgeschlossen, diesen Vorschlag zu verwirklichen. Die Tradition des Richterberufs läßt sich zudem nicht ohne Störungen aufgeben. – Wie in anderen Thesen auch, fordert die NPD daneben etwas, was längst verwirklicht ist: die völlige Unabhängigkeit der Richter.

II. Öffentliche Meinungsbildung

Zitat: II. 3. „Wir fordern die Beseitigung eines undemokratischen Monopols durch paritätische Beteiligung aller Regierungs- und Oppositionsparteien an den politischen Sendungen, Kommentaren, Berichten in Funk und Fernsehen. In den kultur- und bildungspolitischen Sendungen muß ein ausgewogenes Verhältnis zwischen deutschem und fremdem Kulturgut hergestellt werden."

Im Gegensatz zu den früheren Äußerungen der NPD zu dieser Frage – z. B. im Manifest – behauptet sie hier nicht mehr ausdrücklich, daß „eine gewissenlose Clique unsere nationalen, moralischen und sittlichen Werte systematisch unterhöhlt und verächtlich macht" (Manifest). Der Versuch, eine Pressekammer zu schaffen, die Ehre und Ansehen der Staatsbürger schützen soll (II. 2.), sowie die Kritik an einer vermeintlichen Überfremdung mit „fremdem Kulturgut" (II. 3.) zeigen aber deutlich, daß es auch jetzt der NPD hauptsächlich um die Einschränkung der Pressefreiheit geht, die in ihren Augen nicht zur Förderung der Demokratie, sondern zum Verfall des Staates führt. Eine berufsständische Ordnung der Publizistik würde aber nicht den „Wahrheitsgehalt" der zu vermittelnden Information erhöhen, sondern wegen der notwendigen Kompromißbereitschaft der Beteiligten zur Verfälschung der „Wahrheit" führen.

III. Erziehung, Bildung, Schulwesen

Die Forderungen der NPD zu Erziehung, Bildung und Schulwesen sind größtenteils Allgemeinplätze bzw. Forderungen aller Parteien. Teilweise klingt selbst in diesen sachlichen Aussagen wieder die an traditionalistischen und patriarchalischen Vorstellungen einer vergangenen Zeit orientierte Ideologie der NPD an. („Die natürliche Bindung an Volk und Vaterland, Familie und Heimat muß Grundlage aller Erziehung sein" (III. 1.); „Der Lehrer muß im Volk eine geachtete Stellung einnehmen" (III. 4.). Damit zeigt die NPD einmal mehr, daß ihr Programm zur Lösung der Zukunftsaufgaben wenig Greifbares enthält, sondern daß vielmehr gerade die Erhaltung bzw. die Wiedererrichtung einer überholten und veralteten Gesellschaftsordnung angestrebt wird.

VI. Hochschule, Wissenschaft, Forschung

Zitat: IV. 2. „Die Entscheidung, ob unser Volk sich in den nächsten dreißig Jahren neben den anderen Völkern nicht in einem besonderen Rang – sondern überhaupt – erhalten kann, wird von seiner Leistung in Forschung und Wissenschaft sowie der Heranbildung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte bestimmt."

IV. 5. „Die NPD bekennt sich zum bewährten Prinzip der deutschen Universität im weitesten Sinne. Sie darf nicht zum Fachschulbetrieb rückentwickelt werden. Ziel akademischer Bildung muß der umfassend Gebildete bleiben, der über die engen Grenzen seines Fachgebietes zur Gesamtschau der geistesgeschichtlichen Erscheinungen und Entwicklungen befähigt ist."

IV. 7. „Die Gelder für den notwendigen Ausbau der deutschen Universitäten und Hochschulen sind zuerst durch rigorose Kürzung von Devisenhilfen, Waffenhilfen, Rüstungskäufen und Entwicklungshilfen aus dem ordentlichen Haushalt des Bundes bereitzustellen."

Die Herausstellung der Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für ein „entmachtetes Volk" (IV. 1.2) so wie die übrigen Forderungen dieses Abschnitts sind typische Gemeinplätze ohne jeden Wert, dazu demagogisch und dilettantisch.

Ein Bekenntnis „zum bewährten Prinzip der deutschen Universität im weitesten Sinn" (IV. 5) zeigt die Sehnsucht der NPD nach der „guten, alten Zeit"; ein solches Bekenntnis muß heutzutage aber als Zeichen finsterster Reaktion gewertet werden: alle Beteiligten und Interessierten in der Bundesrepublik fordern ja mit guten Gründen die längst fällige Reform des Hochschulwesens. Wenn die NPD in IV. 6. die Gründung neuer Hochschulen fordert, übersieht sie vollkommen, daß bereits sieben neue Universitäten gebaut bzw. im Bau oder in Planung sind. Sie scheint weiterhin nicht zu wissen, daß allein in der Zeit von 1964 bis 1966 die Wissenschaftsaufwendungen der öffentlichen Hand von 5,1 Mrd. DM um fast ein Drittel auf 6,9 Mrd. DM gesteigert wurden. Den zukunftswichtigen Wachstumsindustrien wird zudem von Bund und Ländern – ähnlich wie es bereits mit den von der Bundesregierung entwickelten Programmen für Atomforschung, Datenverarbeitung, Weltraumforschung und Meeresforschung geschieht – immer größere Bedeutung beigemessen und entsprechende Förderungsmaßnahmen ergriffen. Auch hierin zeichnet sich also das NPD-Programm durch mangelnde Sachkenntnis aus.

Die NPD geht in ihren Finanzierungsvorschlägen („Kürzung von Devisenhilfen, Waffenhilfen, Rüstungskäufen und Entwicklungshilfen" – IV. 7.) überdies einfach an der Tatsache vorbei, daß ein solcher Schritt für die Bundesrepublik schwerste außenpolitische und wirtschaftliche Schäden nach sich zöge.

In IV. 7. findet sich damit auch – im Gegensatz zu vielfältigen früheren Verlautbarungen – die einzige ausdrückliche Stellungnahme zur Entwicklungspolitik. Diese Meinung, verbunden mit der bisherigen Haltung der NPD zeigt eindeutig, daß die NPD eine Entwicklungspolitik kaum befürwortet und damit den Problemen der Dritten Welt nicht objektiv und aufgeschlossen gegenübersteht.

V. Die gegliederte Volkswirtschaft

Zitat: V. 4. „Zur Wahrung seiner politischen Handlungsfreiheit muß der Staat die Existenz der heimischen Wirtschaft vor Überfremdung mit ausländischem Kapital, vor dem Ausverkauf an Weltkonzerne und ruinöser Einfuhr schützen."

V. 6. „Die NPD hält eine kapitalstarke Großindustrie in unserer Volkswirtschaft für unerläßlich . . ."

V. 7. „Nur so kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber ausländischen Großkonzernen auf dem Weltmarkt gesichert werden . . ."

V. 8. „Gesetze zum Schutz der deutschen Industrie gegen Überfremdung durch ausländisches Kapital sind in dem gleichen Maße in Kraft zu setzen, wie dies in anderen Ländern der westlichen Welt üblich ist."

V. 9. „Die NPD fordert die Schaffung einer Energie-Marktordnung durch eine Nationale Energiebehörde, die Sicherung unserer heimischen Ernährungsbasis und die Erhaltung unserer eigenen Rohstoffbasen (Kohle, Eisenerz und NE-Metalle)."

Die Untersuchung dieser Zitate zeigt, daß die NPD weder bereit ist, mit ihrer bewußten Pflege der Fremdenfeindlichkeit noch mit ihren wirtschaftlich sinnlosen Autarkiebestrebungen zu brechen. Die NPD betont – in Unkenntnis oder, was eher zu vermuten ist, mit Absicht – die Überfremdung der deutschen Volkswirtschaft mit ausländischem Kapital. In Wahrheit beträgt jedoch der ausländische Anteil an der Kapitalausstattung aller gewerblichen Unternehmen etwa 8,4 %, der amerikanische Anteil nur knapp 4 % (1966). Diese Beteiligungen erbrachten u. a. das dringend notwendige Betriebskapital, das den deutschen Arbeitnehmern die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes sicherte. Die NPD vergißt weiter, daß eine rigorose, nationalistisch begründete Abwehrpolitik gegen ausländisches Investitionskapital zweifellos zur Folge hätte, daß das Vertrauen des Auslands schwinden und das Auslandskapital sich zurückziehen würde. Eine derartige Entwicklung hätte aber schwerwiegende Auswirkungen auf das Gefüge der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Eine so exportorientierte Volkswirtschaft wie die deutsche würde zweifelsohne durch negative Reaktionen im Ausland (Importsperren für deutsche Waren und ähnliche Maßnahmen) empfindlich in ihrer Leistungsfähigkeit getroffen werden. Darüber hinaus bedeutet ein Abzug des ausländischen Investitionskapitals aus der BRD eine gefährliche Verschärfung des Kapitalmangels unserer Wirtschaft sowie zwangsläufig den Verlust einer beträchtlichen Zahl von Arbeitsplätzen. Indem die NPD derartige Forderungen erhebt, übersieht sie völlig die Tatsache, daß eine enge internationale Kapitalverflechtung erstrebenswert und für alle Beteiligten von wirtschaftlichem Vorteil ist. Sie verkennt aber auch, daß eine enge wirtschaftliche Verflechtung nicht ohne Einfluß auf die politische Zusammenarbeit bleiben kann und so zwangsläufig einen nicht unbeträchtlichen Integrationsfaktor auch für den politischen Bereich darstellt.

Die Autarkiebestrebungen der NPD auf den Gebieten der Energieversorgung und Landwirtschaft sowie der

Rohstoffe (V. 9.10.11.) zeigen schließlich, wie wenig die Verfasser des NPD-Programms von internationaler Arbeitsteilung und erst recht von der Bearbeitung und Auslegung reinen Tatsachenmaterials verstehen. Man kann nicht auf der einen Seite Exportanstrengungen der Industrie fördern wollen und gleichzeitig den Käufern deutscher Produkte die „Bezahlung" unmöglich machen (Schutz vor „ruinöser" Einfuhr). Erst recht zeigt ein Blick in die Statistik, daß selbst bei größten Autarkieanstrengungen die deutsche Wirtschaft immer noch von ausländischen Energie- und Rohstoffvorkommen abhängig sein wird.

Zur Bemäntelung ihrer Autarkiebestrebungen fordert die NPD dann schließlich doch noch eine internationale Verflechtung (V. 12).

Mehr Widersprüchlichkeit in einem Kapitel des Programms ist wohl kaum möglich. Man kann nicht für internationale Verflechtung und gegen internationale Kapitalbeteiligung, für die Aufhebung exportbeschränkender Maßnahmen des Auslands (V. 13) und gegen die Zulassung ausländischer Importe zugleich sein.

In V. 14.15 wird schließlich für den Mittelstand eine Sonderstellung gefordert. Die NPD weiß anscheinend nicht, daß der Mittelstand ein Teil der Wirtschaft ist und als solcher lediglich gleiche Rechte und gleiche Startmöglichkeiten wie die „Großindustrie" erreichen will. Der Mittelstand lehnt es ab, eine Sonderrolle innerhalb unserer Volkswirtschaft zu spielen. Wenn also schließlich dem Mittelstand von der NPD noch die Rolle des „Krisenvermeiders" und des „Bewahrers des Volkstums" zugewiesen wird, dann zeigt sich, wie schlecht durchdacht und wie unglaubwürdig derartige Forderungen sind und wie leichtfertig diese Partei allen alles und keinem etwas verspricht. Von wirtschaftlichem Sachverstand und von wahrer Besorgtheit um den Wohlstand des deutschen Volkes kann bei der NPD also keine Rede sein.

VI. Steuer- und Finanzpolitik

In den Thesen und Forderungen zur Steuer- und Finanzpolitik vertritt die NPD weitgehend die auch von anderen Parteien unterstützten Ziele. Ihre Forderungen sind also wiederum Selbstverständlichkeiten. Mit der Forderung nach Beschränkung der öffentlichen Ausgaben (VI. 1.2.) und einer öffentlichen Entschuldung (VI. 5.) versucht die NPD den gefühlsmäßigen Bereich des Staatsbürgers zu erreichen, der das, was für einen sparsamen Hausvater richtig und sinnvoll ist, auch für die Staatsfinanzen verwirklicht sehen will. Daß alle volkswirtschaftlichen Erkenntnisse und die Erfahrung längst gezeigt haben, daß bei einem Konjunkturrückgang der Staat Schulden machen und die Ausgaben erhöhen muß, um Schlimmeres zu verhüten, scheint der NPD entgangen zu sein bzw. nicht in ihr ideologisches Konzept zu passen. Bei einer modernen Wirtschaftspolitik muß der Staat zur Erreichung eines hohen Wachstums und zur Erhaltung der Preisstabilität seine Ausgaben erhöhen bzw. bei einer Konjunkturüberhitzung vermindern, damit ein Zuwenig oder Zuviel an privater Nachfrage nicht zu größeren Schwankungen der Konjunktur führt.

In VI. 7. („. . . Eine stärkere Progression ist angebracht . . .") setzt sich die NPD wieder einmal in Widerspruch zu ihren eigenen Aussagen: man kann nicht stärkere Progression bei der Besteuerung und „kapitalstarke Großindustrie" (V. 6.) zugleich fordern. Ohne ausreichende Gewinnmöglichkeiten ist die Industrie nicht in der Lage, ihr Kapital zu stärken und die für Investitionen und Erweiterungsmaßnahmen notwendigen Mittel selbst aufzubringen.

VI. Die deutsche Landwirtschaft

Zitat: VII. 1. „. . . ohne eine gesunde Landwirtschaft ist unser Volk ein Spielball der Politik fremder Mächte und Interessen."

VII. 2. „Die Bedeutung der Ernährungswirtschaft ist mit keinem anderen Teil der Volkswirtschaft vergleichbar. Für die Bedarfsdeckung eines Volkes gibt es eine natürliche Rangordnung, bei der seine Ernährung an erster Stelle steht."

VII. 3. „Aufgabe jeder Staatspolitik ist die Erhaltung der Ernährungsbasis, die im Frieden politische Handlungsfreiheit gewährt und in Krisenzeiten vor Hungersnot schützt."

VII. 6. „. . . Die Mehrzahl der Bauern nahm an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung nicht teil, sondern geriet in soziale Not und Verschuldung."

VII. 8. „Solange mehr als die Hälfte der Menschheit täglich hungert, ist jede Drosselung der Erzeugung verwerflich. Auch Deutschland ist in einem gefährlichen Umfang von Nahrungsmitteleinfuhren abhängig. Wir fordern daher die volle Ausschöpfung aller landwirtschaftlichen Produktionsreserven."

Diese Äußerungen der NPD zu Fragen der Landwirtschaft beweisen deutlich, daß ihnen nationalsozialistisches Gedankengut – Autarkiebestrebungen, Überwindung einer vermeintlichen Auslandsabhängigkeit, Schaffung eines „Reichsnährstandes" – zugrunde liegt. Die Landwirtschaft soll zur Verwirklichung dieser Ideale absolute Vorrangstellung haben (VII. 2.); der Preis spielt dabei keine Rolle (VII. 13: „Die gerechte Entlohnung aller Arbeit in der bäuerlichen Landwirtschaft findet grundsätzlich über den Preis statt").

Autarkie in der Ernährung würde aber einen ungeheuren Wohlstandsverzicht des deutschen Volkes zur Folge haben. Begründung: Völlige Aufgabe der internationalen Arbeitsteilung in einem Bereich würde bald Folgen in anderen Bereichen (Industrie, Kapitalmarkt) haben. Die exportorientierte deutsche Wirtschaft würde von Gegenmaßnahmen der anderen Länder betroffen. Produktionseinschränkungen und damit Arbeitsplatzverluste wären zu erwarten. Wie überhaupt die „Ernährungsbasis" im eigenen Lande noch besser „gesichert" werden könnte (VII. 8.), ist auch von der NPD nicht beantwortet; der Anteil der landwirtschaftlichen Eigenerzeugung am Verbrauch der Bevölkerung hält sich bisher immerhin in einer Höhe von etwa 75 Prozent. Sicherlich besteht ein Einkommensabstand zwischen Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft, aber von „sozialer Not und Verschuldung" (VII. 6.) kann trotzdem nicht gesprochen werden. Nie war der Lebensstandard in der Landwirtschaft so hoch wie heute in der Sozialen Marktwirtschaft. Eine autarkistische Wirtschaftsform, in der ökonomische Erwägungen dem nationalistischen Denken untergeordnet sind, würde diesen Stand kaum erreichen können; die Vorteile internationaler Arbeitsteilung wirken sich über eine Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes auch in der Landwirtschaft aus. Hohe Kaufkraft kommt in jedem Falle auch der Landwirtschaft zugute.

Die „Agrarpolitik" der NPD schadet also dem deutschen Bauern am meisten: keine agrarromantischen Vorstel-

lungen helfen darüber hinweg, daß sich die Landwirtschaft in die Industriegesellschaft einfügen muß.
Die Landwirtschaft kann und will nicht zum öffentlichen Fürsorgeempfänger degradiert werden. Die Landwirtschaft ist für die NPD Mittel zum Zweck einer nationalistischen Politik. Eine Verwirklichung der autarkistischen Bestrebungen, wie sie der NPD vorschweben, würde die Landwirtschaft um Jahrzehnte zurückwerfen.

VIII. Raumordnung und Verkehr

Es werden keine spektakulären Forderungen erhoben; Allgemeinplätze und Selbstverständlichkeiten überwiegen. Die Forderung in den Ziffern 3 und 4, daß eine dem Bundeskanzler direkt unterstellte Bundesstelle für Raumordnung sowie eine zentrale Bundesbehörde mit durchgehendem Verwaltungs- und Behördenaufbau geschaffen werden sollen, steht in Widerspruch zu der Forderung unter I. 13. (Sparsamkeit oberstes Gebot aller öffentlichen Verwaltung; erhebliche Verkleinerung des aufgeblähten Verwaltungsapparates sei notwendig). Die zur Herbeiführung eines koordinierten Vorgehens auf allen Ebenen bereits bestehender Einrichtungen sind ausreichend und zweckmäßig (interministerieller Ausschuß für Raumordnung, Kabinettsausschuß für Raumordnungsfragen etc.). Die NPD fordert also wiederum bereits Vorhandenes, d. h. sie kennt die Tatsachen nicht. Zudem würden zentrale Bundesstellen für Raumordnung und Verkehr dem im Grundgesetz verankerten Prinzip des Föderalismus widersprechen.

IX. Mensch und Arbeit

Zitat: IX. 1. „Der deutsche Arbeiter muß innerhalb unserer Volkswirtschaft vorrangigen Anspruch auf Sicherung seines Arbeitsplatzes gegenüber ausländischen Arbeitskräften haben."

Hier wird mit nationalistischen Empfindungen gespielt. Es ist festzustellen, daß die Gastarbeiter bei ihren steuerlichen und sozialen Abgaben wie auch arbeitsrechtlich den gleichen Pflichten unterliegen. Sowohl die Rücksichtnahme auf die Grundsätze unseres sozialen Rechtsstaates wie auch die mit den betreffenden Ländern abgeschlossenen internationalen Verträge verlangen, daß den Gastarbeitern die ihnen gesetzlich und vertraglich zugesicherten Rechte gewährleistet bleiben. In der EWG ist zudem die Freizügigkeit der Staatsbürger der Mitgliedsländer völkerrechtlich anerkannt worden. Daß die ausländischen Arbeitskräfte im übrigen gegenüber den deutschen Arbeitnehmern nicht bevorzugt werden, beweist die Tatsache, daß die ausländischen Arbeitnehmer von Freisetzungen prozentual stärker betroffen wurden.

Zitat: IX. 7. „Die Sicherung des Arbeitsfriedens ist darüber hinaus ihre (d. s. Gewerkschaften und Unternehmerverbände) vornehmste Pflicht, nicht aber Anmaßung politischer Vorrechte."

Zitat: IX. 18. „Streik und Aussperrung sind letzte Mittel des Arbeitskampfes. Sie dürfen jedoch nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden."

Ganz offenbar sind die autonomen Sozialpartner der NPD ein Dorn im Auge. Äußerungen, die die Sozialpartner machen, wenn in der politischen Diskussion Probleme zur Debatte stehen, die sie selbst, die Belange ihrer Mitglieder, ihre Beziehungen zueinander oder gesamtwirtschaftliche Belange betreffen, kann man nicht als „Anmaßung politischer Vorrechte" bezeichnen; sonst könnten die Sozialpartner ihrer Funktion nicht gerecht werden.

X. Soziale Sicherheit

Zitat: X. 1. „Wir brauchen eine Sozialpolitik, die sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Vernunft entspricht. Sie hat die Aufgabe, den Wohlstand des ganzen Volkes zu festigen, den einzelnen in allen Wechselfällen des menschlichen Lebens vor unverschuldeter Not zu bewahren und einen sorgenfreien Lebensabend zu sichern."

Die Einengung der sozialen Sicherung in den Wechselfällen des Lebens auf den Sachverhalt der „unverschuldeten Not" beweist entweder, daß Grundsätze sozialer Sicherung, wie sie in allen demokratischen Staaten verfolgt werden, aus mangelnder Sachkenntnis außer acht gelassen wurden oder aber bewußt verlassen werden. In letzterem Falle wäre hier die NPD in fataler Nähe zu den Methoden totalitärer Staaten, das Wohlverhalten des Staatsbürgers durch den Entzug der Gewährleistung sozialer Sicherung zu erzwingen. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten verschuldeter Not, die zweifelsfrei in einem Rechtsstaat der sozialen Sicherung anheimgestellt werden müssen, z. B. die verschuldete Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit bei Unfällen und dergleichen. Selbst in Fällen des verschuldeten Verlustes der Existenzgrundlage außerhalb der Sozialversicherung bietet die Sozialhilfe ergänzenden Schutz. Falls die NPD diesen Schutz aufheben will, sollte sie es deutlich sagen.

Zitat: X. 3. „Eine soziale Lohn- und Gehaltspolitik muß jedermann einen ausreichenden und gerechten Anteil am Volkseinkommen gewähren."

Ohne nähere Angaben darüber, was mit „ausreichend" und „gerecht" gemeint ist, ist diese Aussage nichtssagend. Im Zusammenhang mit anderen gesellschaftspolitischen Formulierungen liegt beim Begriff „soziale Lohn- und Gehaltspolitik" der Verdacht nahe, daß die NPD staatlichen Maßnahmen zur Lohn- und Gehaltsfestsetzung zuneigt, die die Autonomie der Tarifpartner in Frage stellen würden (vgl. IX, 17). In unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bestimmt jedoch nicht der Staat, sondern die Leistung die Höhe des Einkommens. Wie unsicher und wenig durchdacht die NPD in ihrem Programm Formulierungen verwendet, wird an dem Widerspruch deutlich, der sich in dieser Aussage zu der in Ziffer IX, 2 ergibt, wo die NPD den leistungsgerechten Lohn fordert.

Zitat: X. 14. „Den älteren oder erwerbsunfähig gewordenen Staatsbürgern muß eine gesetzliche Mindestrente zustehen."

Zitat: X. 15. „Die gesetzliche Mindestrente aus der Sozialversicherung soll mindestens ein Fünftel über dem Fürsorgerichtsatz liegen."

Mit der Einführung einer Mindestrente würde der freiheitliche Charakter unserer gesetzlichen Rentenversicherungen zerstört und der Weg in ein totalitäres Versorgungssystem eröffnet. Wesentliches Merkmal unserer Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen ist ihre Leistungsbezogenheit. Die Rentenbemessung geschieht zwar gleichzeitig durch eine Orientierung an der allgemeinen Einkommensentwicklung; die Solidarität der Versichertengemeinschaft wäre aber überfordert, wollte man dem einzelnen ohne Rücksicht auf seine Beitragsleistung eine Rente zusichern, die auf Kosten anderer geht. Hier tritt vielmehr ergänzend die Sozialhilfe ein, deren moderner Rechtsanspruchscharakter nur von denen verkannt werden kann, die noch oder wieder in totalitärem Fürsorgedenken verhaftet sind.

XI. Kriegsfolgen – Entschädigungen

Zitat: XI. 4. „Die Eltern, Witwen- und Waisenrente ist so zu bemessen, daß sie der Bedeutung und Würde ihres Opfers gerecht wird."

Kriegsopferrenten sollen die materiellen Beeinträchtigungen wiedergutmachen. Den Verlust von Menschen durch Renten abgelten zu wollen und zu können, ist materialistisches Denken. Die Rente kann nicht der „Bedeutung und Würde des Opfers" gerecht werden, abgesehen davon, daß dieser Sprachgebrauch aus einem Wortschatz stammt, nach dem das „Kriegsopfer" nationale Ehre und Pflicht ist.

Zitat: XI. 7. „In ihm soll die Haftentschädigung so geregelt sein, daß der Anspruch vom ersten Tag der Gefangenschaft an gilt. Sie ist zumindest der der politischen Häftlinge gleichzusetzen."

Die Forderung, daß die Kriegsgefangenen-Entschädigung „zumindest" derjenigen der politischen Häftlinge gleichzusetzen sei, sagt im Grunde aus, daß die NPD den politischen Häftling gegenüber dem Kriegsgefangenen abwertet. Solche Formulierungen verraten ein nationalistisches Denken, das den um seiner politischen Überzeugung willen zur Staatsführung im Widerspruch Stehenden als einen unerwünschten Menschen zweiter Klasse abstempelt.

XII. Familie und Volksgesundheit

Zitat: XII. 2. „Die Familie ist Lebenszelle von Volk und Staat. Ohne gesunde Familien – kein gesundes Volk."

Hier wird die Bedeutung der Familie ausschließlich biologisch gesehen. Wie in Ziffer XII, 11 und 12, taucht der Begriff der sogenannten Volksgesundheit auf, der von der CDU/CSU abgelehnt wird. Gesundheit muß im Hinblick auf den einzelnen Menschen gesehen werden.

Zitat: XII. 5. „Die Steuerpolitik muß der Familie förderlich sein. Staatliches Kindergeld ist ebenso selbstverständlich wie Ausbildungshilfe für den Nachwuchs aus großen Familien."

Daß hier Ausbildungshilfe nur für den „Nachwuchs aus großen Familien" gefordert wird, macht deutlich, daß die NPD aus ihrer bevölkerungspolitischen Befangenheit heraus verkennt, daß die Chance zur Entfaltung seiner Fähigkeiten jedem gegeben sein muß.

Zitat: XII. 15. „Jede Gesundheitspolitik muß in der Vorsorge ihre vornehmste und in der Heilung ihre nächste Aufgabe sehen. Hierzu sind folgende Maßnahmen erforderlich: . . ."

Es ist richtig, daß Vorsorge heute vielfach deswegen mehr betont wird, weil sie gegenüber der Heilung z. Z. noch in den Hintergrund tritt. Es gibt aber keinen Vorrang der Vorsorge. Ein solcher könnte dazu führen, daß die Gesellschaft ihr positives Verhältnis gegenüber dem kranken Menschen vernachlässigen würde, wie dies von totalitären Systemen her bekannt ist.

XIII. Die junge Generation

Zitat: XIII. 1. „Deutschland braucht eine Jugend, pflichtbewußt, weltoffen und gebildet. Diese Jugend muß vorbereitet und befähigt sein, ihre zukünftigen Aufgaben innerhalb der Gesellschaft zu bewältigen."

XIII. 2. „Wir fordern daher intensive Begabtenförderung ohne Rücksicht auf das Herkommen."

XIII. 5. „Eine verantwortungsbewußte Staatsführung muß ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Heranbildung körperlich gesunder Staatsbürger richten."

Bei diesen Forderungen handelt es sich wieder um typisch phrasenhafte Wendungen der NPD ohne große Aussagekraft. Nähere Erläuterungen werden nicht gegeben. Daß es schon lange eine großzügige Begabtenförderung in der BRD gibt, unterschlägt die NPD. Die Gesundheit der Staatsbürger zu fördern, ist Ziel aller Parteien. Im Zusammenhang mit anderen Forderungen bekommt dieses nationaldemokratische Ziel aber den „Geruch" vergessener und vergangen geglaubter Gedanken des Dritten Reiches oder der Sowjetzone.

XIV. Verteidigung

Zitat: XIV. 1. „Die Wehrpolitik muß auf eine europäische Verteidigung gerichtet sein. Sie hat dem Ziel zu dienen, durch ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte in Europa den Frieden zu erhalten."

XIV. 2. „Da es in Europa keinen Krieg mehr geben darf, benötigen wir eine militärische Kraft, stark genug, jeden möglichen Gegner abzuschrecken. Dieses Ziel ist bei einer gemeinsamen europäischen Kraftanstrengung erreichbar."

XIV. 3. „Nationale Wehrpolitik ist auf das Ziel der Ablösung der Truppen fremder Kontinente auszurichten. Selbständige militärische Sicherung der europäischen Existenz ist Voraussetzung für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands und der Überwindung der europäischen Spaltung."

XIV. 5. „Deutsche Streitkräfte dürfen nicht Mittel internationaler Großmachtpolitik sein. Die NPD hält die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems für unerläßlich."

Die im Einleitungskapitel herausgestellten Gedanken zur Außen- und Verteidigungspolitik werdern im Kapitel XIV. des NPD-Programms konkretisiert bzw. ergänzt. Es wird noch einmal unterstrichen, daß ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte in Europa ohne Beteiligung der USA herbeigeführt werden könnte. Dabei findet die militärisch-geographische Lage Europas keinerlei Berücksichtigung. Konkrete Vorschläge, wie eine engere politische und militärische Zusammenarbeit der europäischen NATO-Länder und woher die zum Aufbau einer rein europäischen Verteidigungsstreitmacht notwendigen finanziellen Mittel kommen sollen, werden von der NPD nicht gemacht. Im Gegenteil fordert die NPD im Kapitel IV. ihres Programms, daß zugunsten des notwendigen Ausbaus der deutschen Universitäten rigorose Kürzungen des Verteidigungshaushaltes vorgenommen werden sollen. Hier wie auch an anderen Stellen treten die Widersprüche im Programm der NPD deutlich hervor.

Zitat: XIV. 6. „Die NPD sieht in einer allgemeinen Wehr- und Dienstpflicht die einzige Lösung einer wirksamen Verteidigung und ein wertvolles Mittel der Erziehung zum Staatsbürger."

XIV. 7. „Verantwortungsfreude, hervorragendes Können, untadeliges persönliches Vorbild und unermüdliche Fürsorge waren früher und sind heute die Voraussetzungen militärischen Führertums. Die NPD hält daher alle Maßnahmen für ungeeignet, die scheinbar dem Wesen der Demokratie entsprechen, auf den militärischen Bereich übertragen aber zur Störung von Ordnung und Disziplin führen müssen."

Die NPD bekennt sich hier, wie auch im Kapitel XII/10, für die Einführung einer allgemeinen Wehr- und Dienstpflicht. Die Dienstpflicht will die NPD auch auf alle Mädchen ausgedehnt wissen. Darüber hinaus hat es den Anschein, daß die NPD die Bundeswehr als „Schule der Nation" offiziell herausstellen will.

Aus dem zweiten Absatz des obigen Zitats geht hervor, daß die NPD von dem „Leitbild der inneren Führung" nichts hält. Stellungnahmen der NPD-Wehrpolitiker bestätigen dieses Urteil. Damit setzt sich die NPD wiederum von wichtigen demokratischen Grundsätzen unseres Staates ab.

Zitat: XIV. 10. „Die Bundeswehr muß außerhalb des Einflusses parteipolitischer Interessen stehen. Für Interessenverbände, gleich welcher Art, ist innerhalb der Kaserne kein Raum."

Die NPD muß erklären, was sie unter „Einfluß parteipolitischer Interessen" versteht. Im Zusammenhang mit anderen Äußerungen ist anzunehmen, daß die NPD für ein Verbot jeglicher parteipolitischer Mitarbeit ist. Gleiches trifft auch für die gewerkschaftliche Betätigung und Mitgliedschaft von Soldaten zu. Damit wird deutlich, wie sehr die NPD die Stellung des Soldaten in der heutigen pluralistischen Gesellschaft und parlamentarischen Demokratie verkennt und alten Vorstellungen über das Berufsbild des Soldaten nachtrauert.

Zitat: XIV. 11. „Der Oberbefehl über deutsche Soldaten muß in deutscher Hand liegen. Die Bildung eines deutschen Generalstabes ist erforderlich."

XIV. 12. „Die Verantwortung für die Verwaltung der Truppe ist den Befehlshabern und Kommandeuren zu übertragen. Eine Truppe kann nicht verwaltet, sondern muß geführt werden."

XIV. 13. „Die NPD fordert die Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit. Den Kommandeuren und Einheitsführern ist die zur Aufrechterhaltung der Disziplin notwendige Disziplinargewalt zu verleihen."

Die NPD stellt in den oben angeführten Sätzen ihres Programms konkrete Forderungen auf, die in einigen Kreisen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr begrüßt werden dürften. Hierzu ist im einzelnen folgendes zu sagen: Die Herbeiführung eines eigenen Oberbefehls über sämtliche deutsche Soldaten sowie die Bildung eines deutschen Generalstabs außerhalb des Bundesverteidigungsministeriums setzen nicht nur eine völlige Desintegration der NATO bzw. den Austritt der Bundesrepublik aus derselben, sondern auch eine tiefgreifende Neufassung unserer Wehrgesetzgebung voraus; die Überbetonung eines Zentralismus tritt auch in der Forderung nach Ausdehnung der Befehlsgewalt von Befehlshabern und Kommandeuren auf den Bereich der zivilen Verwaltung zu tage. Es darf hier nicht unterschätzt werden, daß die NPD mit dieser Forderung unter den Soldaten Sympathien für sich wecken kann. Eine Lösung vieler Probleme zwischen Truppe und Verwaltung, die ausschließlich sachlich bedingt sind, würde auch durch eine Änderung der jetzigen Struktur nicht herbeigeführt. Den gegenteiligen Eindruck möchte die NPD jedoch erwecken. Die NPD begreift nicht, daß es Aufgabe der Bundeswehrverwaltung ist, die Streitkräfte von den vielfältigen nicht-militärischen Tätigkeiten weitgehend zu entlasten. Andererseits würde sich die militärische Kraft der Armee im vor- oder außermilitärischen Bereich verzetteln. Im übrigen muß hier wieder festgestellt werden, daß die NPD eine Forderung erhebt, die eine Änderung des Grundgesetzes notwendig macht.

Dies trifft auch für die Forderung nach „Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit" zu.

Zitat: XIV. 15. „Die Soldaten der ehemaligen Waffen-SS haben Anspruch auf dieselbe Versorgung und dienstrechtliche Behandlung wie alle übrigen Soldaten der ehemaligen Wehrmacht."

Das eindeutige Eintreten der NPD für die Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS läßt auf eine starke Abhängigkeit gegenüber diesem Personenkreis schließen. Selbstverständlich geht es der NPD hier nicht nur um eine Versorgung und dienstrechtliche Gleichbehandlung mit den Angehörigen der deutschen Wehrmacht, sondern auch um eine allgemeine gesellschaftspolitische Aufwertung dieser ehemaligen Institution.

XV. Deutsche Einheit in Freiheit

In dem Kapitel XV. stellt die NPD 12 Thesen und Forderungen zur deutschen „Einheit in Freiheit" auf. Diese unterscheiden sich kaum von den früheren Aussagen der NPD, insbesondere von dem Manifest. Es werden lediglich einige allgemeiner gehaltene Forderungen des früheren Manifestes konkretisiert, indem die Ansprüche auf das Sudetenland, auf Ostdeutschland und auf Berlin eigens herausgestellt werden.

Dabei möchte die NPD den Eindruck erwecken, als ob die Bundesregierung bereits die ostdeutschen Gebiete in den Grenzen von 1937 abgeschrieben habe und deshalb nur die NPD den wirklich gesamtdeutschen Standpunkt noch vertrete. Tatsache dagegen ist, daß eine derartige „Verzicht-Politik" von keiner Bundesregierung betrieben worden ist und auch nicht betrieben werden kann, solange nicht das Potsdamer Abkommen durch eine gerechte Friedensregelung abgelöst wird.

Die „Deutschen Nachrichten”
Kurzanalyse und Dokumente

7. Die „Deutschen Nachrichten" (DN) - Kurzanalyse

von Dipl.-Politologe Karl-Joachim Kierey

7.1. Vorbemerkungen

Die „Deutschen Nachrichten" (DN) der NPD erfüllen als offizielles Parteiorgan der NPD eine bedeutende propagandistische Aufgabe. Die wöchentlich erscheinende Zeitschrift ist eine der wenigen Publikationen in der Bundesrepublik, die als Organ einer politischen Partei weitgehend über den öffentlichen Zeitschriftenhandel vertrieben wird. Gleichzeitig wird sie in hoher Zahl kostenlos an Interessierte verteilt, was die Bedeutung der Zeitschrift als Objekt der Propaganda der NPD unterstreicht.

Durch die personelle Verzahnung der Redaktion mit dem Parteivorstand (Adolf von Thadden als Bundesparteivorsitzender ist gleichzeitig Schriftleiter der DN) kann davon ausgegangen werden, daß die in den „Deutschen Nachrichten" abgedruckten Beiträge der Meinung des Parteivorstandes zumindest nicht zuwiderlaufen.

Dennoch hat sich von Thadden des öfteren von Veröffentlichungen in den Deutschen Nachrichten distanziert. Allerdings kann sicherlich zu Recht vermutet werden, daß hierfür ausschließlich taktische Gründe maßgeblich waren, da solche Distanzierungen nur dann vorgenommen wurden, wenn der Parteivorsitzende der NPD mit entsprechenden Artikeln in der Öffentlichkeit konfrontiert wurde. Es hat den Anschein, daß dadurch dem kritischen Betrachter ein Bild des parteipolitischen Wollens der NPD vermittelt werden sollte, das nicht dem wahren politischen Konsensus unter Mitgliedschaft und Anhängern der NPD entspricht. Es gibt zumindest nicht den geringsten Hinweis dafür, daß Artikel in den „Deutschen Nachrichten" gegen den Willen von Thaddens abgedruckt wurden.

Auffällig ist, daß die „Deutschen Nachrichten" im Vergleich zu anderen rechtsextremistischen Publikationen eine im Verhältnis gemäßigte Aufmachung aufweisen. Auch die Sprache hebt sich von diesen durch eine sehr viel vorsichtigere Wahl der Worte ab, allerdings gilt das nicht durchgängig. Insbesondere in Glossen und im Feuilleton nehmen die Begriffe aus dem Fäkalbereich an Häufigkeit zu. Dennoch ist die „Seriosität" der DN, vergleicht man sie etwa mit der „Deutschen National-Zeitung" des Dr. Frey, nicht zu übersehen.

Der Grund hierfür liegt auf der Hand: die NPD ist seit ihrer Gründung der Gefahr ausgesetzt, mit einem Verbotsantrag vor dem Bundesverfassungsgericht konfrontiert zu werden. Das zwingt die Partei dazu, ihre Verfassungskonformität nach Möglichkeit permanent unter Beweis zu stellen.

Für ihre publizistische Propaganda bedingt das ein Kaschieren ihrer möglicherweise verfassungsfeindlichen politischen Aussagen durch Formulierungen, die formal nicht oder nur schwer juristisch zu belangen sind, die andererseits jedoch dem Eingeweihten, also dem Parteimitglied oder dem Anhänger der NPD, hinreichend deutlich die gewünschte Information bezüglich der Stellung der Partei zu dem entsprechenden Thema zukommen lassen. So gesehen kann man die Beiträge in den „Deutschen Nachrichten" als „verschlüsselt" bezeichnen.

Dennoch bieten die in den „Deutschen Nachrichten" abgedruckten Veröffentlichungen hinreichend Aufschluß über die politischen Grundlagen der NPD. Wenn Kevenhörster im ersten Beitrag dieser Materialsammlung an Hand des Politischen Lexikons fünf dogmatische Leitsätze der nationaldemokratischen Ideologie aufzeigt, nämlich

Kulturkritischer Dogmatismus,
Plebiszitäre Willensbildung,
Ethnozentrismus,
Orientierung der Politik an nationalen Interessen,
Nationalistisches Geschichtsbild,

so lassen sich diese Grundsätze auch in den „Deutschen Nachrichten" ohne sonderliche Schwierigkeit nachweisen, wie es auch bei den hier abgedruckten Artikeln deutlich wird (siehe Dokumenten-Anhang).

Nun ist die Wochenzeitschrift einer politischen Partei naturgemäß stärker an tagespolitische Ereignisse gebunden, als es etwa grundsätzliche Aussagen in einem Parteiprogramm oder einem politischen Lexikon sind. Bei den angefügten Texten wird folglich insbesondere in der Kommentierung aktueller politischer Ereignisse die Anwendung von Ideologiebestandteilen deutlich.

7.2. Die wichtigsten Aussagen der „Deutschen Nachrichten" zur Politik der NPD

Aus der Lektüre der „Deutschen Nachrichten" ergeben sich die folgenden Schwerpunkte, wobei die entsprechenden Aussagen in jeweils unterschiedlichen Variationen aufgegriffen werden. In der Mehrzahl der Artikel werden verschiedene dieser Motive behandelt, so daß in einer Vielzahl von Fällen ein Konglomerat insbesondere der Anti-Haltungen anzutreffen ist:

1. Die Selbstdarstellung der NPD als einzige wirklich „nationale" Partei, die sich grundsätzlich von den „Altparteien" unterscheidet und damit die einzig echte Alternative zu diesen darstellt.
2. Historische Abhandlungen, die die Zeit des Nationalsozialismus behandeln und die sich von den Ergebnissen der führenden Geschichtsforschung abheben, um die „Wahrheit" über den Nationalsozialismus darzustellen. Ziel ist die bewußte Abschwächung nationalsozialistischer Verbrechen und damit letztlich die Rechtfertigung des Nationalsozialismus überhaupt.
3. Ein verzeichnetes Bild der innenpolitischen Situation der Bundesrepublik als Produkt einer von den Westmächten aufgezwungenen „Umerziehung", verbunden mit einer „Überfremdung" und „Kriminalisierung" der Gesellschaft der Bundesrepublik.
4. Ein ausgeprägter Anti-Amerikanismus, geschickt unauffällig verbunden mit antisemistischen Vorstellungen. Die Bundesrepublik erscheint hier als das Opfer einer internationalen Verschwörung, wobei die Bundesregierung den Ausverkauf nationaler Interessen duldet oder sogar absichtlich betreibt.
5. Die massive Ablehnung der sozialen Marktwirtschaft, die mit dem Sammelbegriff des „Liberalismus" abqualifiziert werden soll. Propagierung einer sogenannten „ganzheitlichen" Wirtschaftsordnung, wobei eine Konkretisierung dieses Begriffs nicht erfolgt.
6. Die Berücksichtigung von Spezialinteressen, insbesondere der Landwirtschaft, sowie weiterer Gruppen, bei denen sich die NPD Stimmengewinne erhofft.
7. Die Darstellung moderner Kunst als Pornographie oder als sexuell abartig, wobei gleichzeitig ein natio-

nales, insbesondere bäuerliches „Kunstschaffen" propagiert wird.

7.2.1. Die NPD als nationale Partei

Da sich die NPD in ihrem parteipolitischen Selbstverständnis als eine völlig neue Partei versteht, kann sie einen Konsensus unter der Mitgliedschaft in bezug auf die Rechtfertigung ihrer Existenz nur herstellen, indem sie die Umwelt verteufelt und ein gegen die NPD gerichtetes Komplott nachweist. Das kann nur dann gelingen, wenn vorhandene Differenzierungen der politischen Wirklichkeit aufgehoben werden. Gleichzeitig wird nachzuweisen versucht, daß eine gegen sie (und damit auch gegen die nationalen Interessen der Bundesrepublik) gerichtete Zusammenarbeit besteht, deren Bogen beispielsweise von der CDU bis zum jüdischen Weltkongreß reicht (1) [*]. So wird eine Welt konstruiert, in der es nur „Gute" (nämlich Anhänger der NPD) und „Schlechte" (nämlich ihre Feinde) gibt. Aus dieser völlig undifferenzierten Sicht der gesellschaftlichen Wirklichkeit heraus wird der antipluralistische Hintergrund der Partei deutlich.

Zum Nachweis ihrer Existenzberechtigung muß sich die NPD den Popanz einer bolschewistischen Verschwörung aufbauen, der gegenüber sich die NPD als einziges „Bollwerk" anpreist (2). Auch hier geht man möglichst undifferenziert vor, hier wird ein Bogen vom sowjetischen Einmarsch über die „umerzogene" Jugend bis hin zur SPD und den Gewerkschaften gespannt.

Aus vermutlich wahltaktischen Gründen werden bei dieser Polemik CDU/CSU und FDP nicht ausdrücklich erwähnt, wohl um vermutete Grenzwähler nicht zu verprellen, jedoch ist durch die Unterstellung einer prokommunistische Politik der Bundesregierung die propagandistische Stoßrichtung gegen diese auch hier offenkundig.

Zum Beweis für eine prokommunistische Verschwörung werden die Protestaktionen verschiedener Gruppen anläßlich von NPD-Veranstaltungen herangezogen, die als „linksradikaler Terror" gedeutet werden (Balkenüberschrift: „Jetzt wird den Roten Widerstand geleistet!"). Man scheut auch nicht davor zurück, einen Unglücksfall (ein NPD-Mitglied erlag bei einer Versammlung der „Demokratischen Aktion" einem Herzkollaps) auszunutzen, um den Versuch zu unternehmen, sich einen Märtyrer zu verschaffen (3). Besonders interessant ist hierbei der Versuch, die NPD-Mitglieder als Verteidiger des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten darzustellen, als Verteidiger von Verfassungsorganen also (als Beweis für die Verfassungskonformität der Partei), während üblicherweise gerade die Nationaldemokraten Politiker der demokratischen Parteien in massiver und oft ehrverletzender Weise beschimpfen.

7.2.2. Rechtfertigung und Verharmlosung des Nationalsozialismus

Zu der feindselig bestimmten Umwelt, von der sich die NPD umgeben sieht, gehört auch die maßgebliche Geschichtsschreibung, der die NPD glaubt Geschichtsfälschung nachsagen zu können (4). Um der „falschen" Geschichtsschreibung entgegenwirken zu können, werden oft lange, sich über mehrere Ausgaben erstreckende Abhandlungen gebracht, die in ihrer Tendenz deutlich die Absicht der Verharmlosung des Nationalsozialismus zum Ziel haben. Ein Beispiel dafür bietet die Artikelserie „Österreicher erzwangen den Anschluß" (4, 5), in der die nationalsozialistischen Putschisten von 1934 als nationale Helden dargestellt werden („Nahezu alle starben mit dem Ruf: Es lebe das deutsche Volk!") und in der Hitler als Vollstrecker des Volkswillens gefeiert wird, da er gleichsam gegen seinen Willen zur Einverleibung Österreichs in das Deutsche Reich gezwungen worden sei.

Neben dieser Art von Geschichtsklitterung werden des öfteren Berichte von militärischen Vorgängen im 2. Weltkrieg wiedergegeben, mit denen man dem „deutschen Soldaten" Genugtuung verschaffen will. Einzelne militärische Aktionen, die zumeist mit einem Erfolg der deutschen Truppen enden, werden in ihrer Bedeutung aufgebauscht und mit romantisierendem Beiwerk ausgeschmückt, wie beispielsweise der Bericht des SS-Hauptsturmführers Skorzeny von der Befreiung Mussolinis (6).

Darüber hinaus werden besonders häufig ausführliche Buchbesprechungen abgedruckt, die sich mit glorifizierenden Berichten über die deutsche Kriegsführung im 2. Weltkrieg befassen und die eine entsprechend positive Beurteilung erfahren.

7.2.3. Die Darstellung der innenpolitischen Situation der Bundesrepublik

Wären für einen unvoreingenommenen Betrachter die „Deutschen Nachrichten" die einzige Quelle für die Beurteilung der zweiten deutschen Republik, so müßte er zu dem Ergebnis gelangen, daß diese Republik von so ziemlich allen Gebrechen befallen sei, die einem Staatswesen überhaupt nur anhaften können. Eine gröbere, ins Negative zielende Überzeichnung ist wohl kaum noch vorstellbar. Auf die Bedeutung dieser Verteufelung der Umwelt für die Herstellung eines Konsensus unter der Mitgliedschaft ist schon oben hingewiesen worden. Hier seien aus der Fülle des Materials nur die am häufigsten und zielstrebigsten erhobenen Behauptungen aufgezeigt.

Die NPD beklagt das angebliche Fehlen eines Nationalgefühls, wobei sie diesen Mangel als Ergebnis einer Aufoktroyierung des staatlichen Systems der Bundesrepublik durch die Siegermächte des 2. Weltkriegs darstellt. Als Beweis für diese These werden gern andere Staaten als vorgebliche Vorbilder aufgezeigt. Insbesondere Japan wird hierbei angeführt, das sich dieser „Umerziehung" widersetzt habe (7). Sogar die wirtschaftlichen Erfolge Japans werden nicht den ökonomischen Fakten, sondern der „Kraft nationalen Wollens" zugeschrieben (8).

Der Begriff der „Umerziehung" ist einer der Schlüsselbegriffe nationaldemokratischer Propaganda. Er gilt als erklärendes Moment für alle möglichen Gegenstände der Kritik. Die Unruhe unter der jungen Generation wird mit dieser „Umerziehung" erklärt, wobei man ausschließlich auf den extremistischen Teil der Jugend eingeht und – mit nicht verhohlener Schadenfreude – Kommentare zu den Unruhen abgibt (9, 10). Der Versuch einer positiven Wertung wird nicht unternommen.

Ebenfalls wird hier das Problem der „Gammler" mit behandelt, wobei unter diesen Begriff alle diejenigen Jugendlichen subsumiert werden, die sich nicht in das von der NPD propagierte Ordnungsschema einfügen. Nach den Aussagen der DN sind die Straßen der großen Städte durch Gammler verunsichert, gehört der Mord zum alltäglichen Bild (11), was wiederum seine Ursache in den viel zu milden Urteilen der Gerichte findet (12).

---

*) Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf den jeweiligen Artikel in der Dokumentation.

Unüberhörbar steht hier die Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe im Hintergrund, wobei sich die NPD als die Partei anpreist, die dieses Thema in die politische Debatte zu bringen gedenkt (13).

In diesem Zusammenhang wird der Ethnozentrismus der NPD besonders deutlich, sind es doch nach Aussagen der „Deutschen Nachrichten" vor allem Gastarbeiter und amerikanische Soldaten, die solche Verbrechen begehen (14, 15, 16). Gastarbeiter werden fast ausschließlich im Zusammenhang mit negativ beurteilten Vorgängen erwähnt, von ihrer Bedeutung zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftskonjunktur wird nicht gesprochen.

7.2.4. Antiamerikanismus – Nationalismus

Eine der wesentlichen Gefahren für das deutsche Volk sieht die NPD in einer bereits weitgehend vollzogenen „Überfremdung", wobei dieser Vorwurf eine gezielte Tendenz gegen die USA beinhaltet (17, 18). Ein interessantes Konglomerat verschiedener bereits angesprochener Antihaltungen, verbunden mit einer insgesamt antiamerikanischen Grundtendenz, findet sich in dem Artikel „Amerikas trojanische Pferde" (19), in der die unterschiedlichsten Emotionen in einem historischen Überblick angesprochen werden.

Die bösartigste antiamerikanische Variante findet sich in der Verunglimpfung amerikanischer – aber auch deutscher – Politiker als „Morgenthau-boys". Für die rechtsextremistische Propaganda schlechthin ist die Überhöhung der Bedeutung des Finanzministers des früheren amerikanischen Präsidenten Roosevelt, insbesondere aber die Behauptung, daß amerikanische Politik auch heute noch in seinem Sinne durchgeführt werde, ein typisches Moment. Damit wird die amerikanische Politik seit dem 2. Weltkrieg als schlechthin deutschfeindlich dargestellt, die auch heute noch so fortgesetzt werde und sogar von führenden deutschen Politikern eine Übernahme erfahre (20, 21).

Sehr deutlich schimmert hier der antisemitische Charakter dieser Behauptungen durch, auch wenn der Vorwurf des Antisemitismus verbal zurückgewiesen wird. Er wird aber deutlich, wenn die Behauptung des Vorhandenseins eines „Weltjudentums" aufgestellt wird, das als solches bestimmte politische Interessen vertrete. In diesem Zusammenhang wird dann auch die Ablehnung einer deutschen Schuld am 2. Weltkrieg ausgedrückt, in dem Roosevelt als der eigentliche „Kriegsverbrecher" apostrophiert wird.

Diese Theorie der „Feindvermutung" bei anderen Völkern und Staaten findet seine Polarität in einem ausgeprägten Nationalismus, ein topos, der sich durch alle von den „Deutschen Nachrichten" behandelten Gegenstände zieht und z. T. kuriose Blüten treibt (22).

Eine der typischsten Varianten dieses Nationalismus ist die Behauptung, andere Nationen würden sich auf Kosten der Bundesrepublik bereichern (23, 24), wobei korrespondierend das Bild des angeblich so „fleißigen" Deutschen und der „faulen" anderen an die Wand gemalt wird (25). Die Erfolge der deutschen Wirtschaftspolitik, die wiederum in wirtschaftspolitischen Äußerungen der NPD von dieser geleugnet werden, spielt man hier gegen andere Länder aus.

Anzumerken ist noch, daß dieser Nationalismus gegenüber den osteuropäischen Nachbarn der Bundesrepublik seine immanent völkerfeindliche Tendenz in besonderer Weise zum Ausdruck bringt. Hier findet sich sowohl eine historische Variante in der Verharmlosung und damit Rechtfertigung des Einmarsches deutscher Truppen in die Tschechoslowakei (26) als auch eine aktuelle in der Behauptung, diese Nachbarn (im vorliegenden Beispiel die CSSR) seien auch heute noch gegenüber Deutschland aggressiv eingestellt (27).

7.2.5. Wirtschaftspolitische Vorstellungen

In den Wirtschaftspolitischen Verlautbarungen erweist sich als wesentliche Komponente ein ausgeprägter Anti-Liberalismus, an dem nach der Ansicht der Nationaldemokraten „die Völker verderben" (28). Mit diesem Ideologiebestandteil rückt die NPD in die unmittelbare Nähe faschistischer Vorstellungen. Die verschiedenen faschistischen Bewegungen beinhalteten als eine ihrer grundsätzlichen Motivationen immer einen ausgeprägten Anti-Liberalismus, so sehr sie sich auch sonst unterscheiden mochten. In der DN bleibt dieser „Liberalismus" unscharf formuliert, wenn er konkretisiert wird entsteht daraus zumeist eine Kampagne gegen die soziale Marktwirtschaft (29), wobei geleugnet wird, daß eine Verbindung von Marktwirtschaft und sozialen Eingriffen überhaupt möglich sei.

Eine eigene fundierte Wirtschaftstheorie wird jedoch nicht angeboten. Die Verbindung von der Betonung des Schutzes nationaler Belange der deutschen Wirtschaft – was immer darunter zu verstehen ist – und theoretischen vulgärsozialistischen Ansätzen führt zur Formulierung eines „deutschen Sozialismus", der allein schon vom Begriff her nicht weit vom Nationalsozialismus entfernt ist (30).

Über Allgemeinplätze kommt man nicht hinaus. Wenn in den Deutschen Nachrichten von einer „ganzheitlichen Wirtschaftsauffassung" die Rede ist, so erweist sich bei der Lektüre, daß hier kaum anderes als unverbindliche Phrasen verkündet werden und sich dahinter lediglich ein im Grunde unreflektierter Nationalismus verbirgt (31, 32).

Es wird vielmehr nach dem schon aufgezeigten Argumentationsschema ein Feindbegriff aufgebaut, indem aus der weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Verflechtung ein „Internationalismus" herausdestilliert wird, dem dann eine antinationale Komponente anhaftet. Über diesen Argumentationsumweg hat man sich damit einen Popanz geschaffen, auf den man glaubt ungehindert einschlagen zu können (33) und der folgerichtig in Autarkievorstellungen endet (34). Die ideologische Wurzel dieser Vorstellungen wird vollends deutlich, wenn die Verhältnisse in Portugal und Griechenland als vorbildhaft dargestellt werden (35, 36).

Auch die modernen wirtschaftspolitischen Hilfsinstrumente einer antizyklischen Wirtschaftspolitik werden abgelehnt (37, 38) und Emotionen z. B. gegen die Politik des deficit spending mobilisiert. Das geht bis zu einer totalen Ablehnung von „Wirtschaftspolitik" überhaupt, ohne zu erklären, wie die NPD nun Wirtschaftspolitik zu treiben gedenkt.

Im wirtschaftspolitischen Bereich werden einige der grundlegenden Tendenzen der NPD-Ideologie deutlich. Antiliberalismus, Autarkiedenken, Nationalismus, Feindprojezierung, Ständestaatromantik und Antimodernismus bilden ein Syndrom politischer Vorstellungen, das deutlich faschistische Züge aufweist.

7.2.6. Unterstützung von Spezialinteressen

Obwohl in den „Deutschen Nachrichten" eine deutliche Tendenz gegen eine pluralistisch strukturierte Gesellschaft zu bemerken ist, kann eine besonders gezielte Propaganda in Bezug auf bestimmte gesellschaftliche

Gruppierungen nicht übersehen werden. Bei genauer Betrachtung wird sehr schnell deutlich, daß es sich dabei in der Regel um Gruppen handelt, bei denen sich die Nationaldemokraten Stimmengewinne erhoffen.

Eine gezielte Propaganda wird für landwirtschaftliche Interessen durchgeführt, weiterhin wird der untere Mittelstand (Kleingewerbetreibende etc.) angesprochen, ebenso die Kriegsopfer, Gruppen also, die nur bedingt am wirtschaftlichen Aufschwung partizipiert haben und bei denen daher am ehesten eine politische Mobilisierung für eine extremistische Oppositionspartei zu erwarten ist.

Das Werben um Wähler aus dem landwirtschaftlichen Bereich steht hierbei an erster Stelle. In den „Deutschen Nachrichten" werden die vielfältigen Unterstützungs- und Subventionsmaßnahmen für die Landwirtschaft nicht erwähnt, vielmehr wird ein Bild entworfen, in dem die Bundesregierung als systematische Verderberin der deutschen Landwirtschaft dargestellt wird, die durch den Beitritt zur EWG die deutsche Landwirtschaft der Verelendung ausgeliefert habe (39, 40).

Bei der Darstellung ihrer eigenen Landwirtschaftskonzeption geht der NPD nach dem Motto des Allen Alles zu versprechen vor, wie z. B. die Erhöhung der Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte bei gleichzeitiger Senkung der Verbraucherpreise. Die Notwendigkeit von Strukturreformen wird nicht befürwortet, im Gegenteil, der Zwang, in größeren Betriebseinheiten rationell zu produzieren, wird von den DN mit der Zwangskollektivierung in der „DDR" gleichgesetzt (41). Allerdings ist der „freie Bauer" für die NPD mehr als lediglich einer der vielen am wirtschaftlichen Prozeß Beteiligten. Der Satz: „Wo es keine Bauern gibt, da gibt es keine Freiheit mehr!" (41) deutet auf eine emotionale Überhöhung der gesellschaftlichen Stellung eines Berufs hin, wie denn auch der Bauer als „Träger der Sitte" eine schlechthin standespolitische Bedeutung zugemessen wird (42), dessen kulturelles Schaffen so wesentlich sei, daß der „Ausverkauf bäuerlichen Kulturgutes" (43) am Bestand der deutschen Nation rüttele.

Gemessen an dem publizistischen Aufwand für die Bauern fallen alle anderen Gruppen nicht so sehr ins Gewicht. Als Beispiel seien daher nur die Kriegsopfer angeführt, weil hier – einmal mehr – die Unterstützung einer Gruppe benutzt wird, militaristische und nationalistische Propaganda zu betreiben (44).

Daß die Unterstützung von Partikularinteressen in Wirklichkeit ein taktisches Moment und kein grundsätzliches Einverständnis mit einer pluralistisch strukturierten Gesellschaft ist, beweist sich am Kampf der „Deutschen Nachrichten" gegen die Gewerkschaften. Sicherlich ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Ablehnung der NPD bei den Gewerkschaften eine besonders radikale Form angenommen hat, dennoch läßt sich nicht damit allein die Haltung der DN gegenüber diesen Organisationen erklären. Auch hier wird die sachliche Auseinandersetzung durch billigste Polemik ersetzt (46), wobei man nicht davor zurückschreckt, reinen Unsinn wie im vorliegenden Artikel als „Argumente" gegen die Gewerkschaften zu benutzen, wo die Behauptung aufgestellt wird, die „DAG zersetze die Arbeitsmoral" (47).

7.2.7. Kulturpessimismus

Im Gegensatz zu anderen politischen Wochenschriften nimmt das Feuilleton bei den „Deutschen Nachrichten" eine Schlüsselstellung ein. Durch die enge Verflechtung von Kulturkritik und Kritik an der Gesellschaft der Bundesrepublik erhält es einen hochpolitischen Akzent. Gleichzeitig bietet sich hier die Möglichkeit, alle aufgestauten Affekte gegen moderne gesellschaftliche Entwicklungen abzuladen, alle Antihaltungen potenziert darzustellen, ohne dabei Vorwände für ein Parteiverbot zu schaffen, da sich Kulturkritik als „unpolitisch" verkaufen läßt und damit scheinbar rechtlich-normativer Beurteilung entzieht.

Alle Unterstellungen, emotionalen Vorbehalte gegen die moderne Gesellschaft finden sich hier wieder. Am häufigsten wird die Behauptung wiedergegeben, daß sich in einer Art von Geheimbündelei unkontrollierte Mächte das gesamte kulturelle Leben an sich gerissen hätten, um durch als Kunst ausgegebene Pornographie das deutsche Volk zu zersetzen. Hier finden sich in verstärktem Maß Begriffe aus dem Fäkalbereich, um das Kulturleben der Bundesrepublik zu diffamieren, sei es auf dem Gebiet des Films (48), der Literatur (49), der bildenden Kunst (50).

Zur Personalisierung ihrer Antihaltungen werden Brecht und Grass benutzt, wobei Brecht als Beispiel für eine gezielte kommunistische Unterwanderung und Grass als angeblicher Pornograph zur Verifizierung ihrer Behauptungen benutzt werden (51, 52).

Damit wird von den „DN" behauptet, daß moderne Kunst – falls es sich überhaupt um Kunst handele – ausschließlich destruktiv sei, während die wirkliche – nationale – Kunst bewußt unterdrückt werde. Hier spiegelt sich unbewußt oder bewußt das Gesellschaftsbild der NPD wieder, denn auch in der politischen Wirklichkeit wird das „Nationale" unterdrückt, hat die Überfremdung, die Umerziehung, das dem deutschen Volk Wesensfremde die Macht erobert – zumindest nach den Aussagen der „Deutschen Nachrichten". Diese Spiegelbildlichkeit von Kunst- und Gesellschaftskritik macht die politische Bedeutung gerade des Feuilletons der „Deutschen Nachrichten" deutlich.

8. Dokumente

(1) DN Sonderdruck IV / 1968

Die NPD setzt sich durch

Das ist eine ganz natürliche Entwicklung. Keine Demokratie kann auf die Dauer ohne eine wirkliche Opposition auskommen. Die letzten Jahre haben es bewiesen: Man braucht sie. Sie ist jetzt da, die nationaldemokratische Opposition, die den alten Parteien auf die Finger sieht. Die SPD, die CDU/CSU, die FDP und der DGB wollen aber ungestört unter sich bleiben. Sie fürchten die Kontrolle. Deshalb bekämpfen sie die NPD. Ihr hysterisches Geschrei ist der Ausdruck ihres schlechten Gewissens. Ihr Verbotstheater um die NPD soll den Wähler verwirren. Der Wähler soll für dumm verkauft werden. – Die NPD verbieten? Die NPD wird nicht verboten, weil eine demokratische Partei nicht verboten werden kann. Ein Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht kann nur mit einem Sieg der NPD enden.

Erst vor vier Jahren, am 28. November 1964, wurde die NPD gegründet. Nun soll sie wieder „abgeschafft" werden. So verlangt es die Sowjetpropaganda. So will es der DGB, die APO, Minister Wehner und sein Berliner Genosse Schütz, die IG Textil und die IG Leder, Genosse Brenner und die Gewerkschaftsjugend nicht zu vergessen. Der Jüdische Weltkongreß und die internationale Vereinigung der Verfolgtenverbände, das (Deutsche) Fernsehen und die neue (D)KP, die Kampagne für Demokratie und Abrüstung, sie blasen in das gleiche Horn, ebenso wie die Ostermarschierer, die DFU, die AUSS, der AStA, der Stadtjugendring . . . Die versammelte Linke bläst zum Angriff . . .

Während aber CDU/CSU, SPD und FDP dem Volk versichern, sie beschützten es vor einer drohenden kommunistischen Gefahr, dulden und fördern sie eine fortschreitende Auflösung des Rechtsstaates von innen her. Sie dulden und fördern die Demontage aller staatlichen Autorität. Sie lassen Organe der Polizei zum Gespött der Öffentlichkeit und zum Freiwild frechen Pöbels werden. Aus der bloßen Angst, daß die wahlberechtigte Bevölkerung der Bundesrepublik hieraus bei den bevorstehenden Bundestagswahlen die Konsequenzen zieht, ruft man nach einem Verbot der nationaldemokratischen Opposition.

Freisprüche für schweren Land- und Hausfriedensbruch, öffentliche Belobigung derer, die die Formen der politischen Auseinandersetzung der letzten Jahre der Weimarer Republik mit Straßenschlachten wieder einführen und die Verhinderung einer ordentlichen Rechtspflege durch die gleichen Kreise, das ist die bundesrepublikanische Wirklichkeit des Jahres 1968. Bundesregierung und Bundestagsparteien irren, wenn sie glauben, diesen Terror als Kampfmittel gegen die NPD erfolgreich benutzen zu können. Sie werden selbst in absehbarer Zeit Opfer des gleichen Terrors sein, wenn nicht Wandel geschaffen wird!

Der Kommunismus hält sich dabei an ein Wort Lenins: „Wer Deutschland hat, der hat Europa." Unter diesem Leitwort hat der politische Angriff auf Deutschland begonnen.

Die Nationaldemokratische Partei wird vor keiner Gewalt und vor keiner Drohung mit Gewalt jemals kapitulieren. Es gibt keine Möglichkeit, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands verbieten zu lassen! Noch ist durch geduldetes Unrecht die rechtsstaatliche Ordnung unseres Landes nicht aufgehoben.

Wer Unordnung schafft, zerstört das Recht. Die NPD steht für Freiheit, Ordnung und Recht. Deshalb wird sie sich behaupten.

(2) DN Sonderdruck IV / 1968

Die NPD ist das Bollwerk gegen Zersetzung und Chaos

Die Nationaldemokratische Partei ist das einzige Bollwerk gegen diese Entwicklung. Mit aller Kraft will sie sich gegen Auflösungserscheinungen und Bolschewisierungsversuche zur Wehr setzen. Deswegen wird sie von ihren Gegnern so gehaßt und bekämpft.

Das heißt:

Wer die Ultralinken fördert, fördert die Bolschewisierung Deutschlands. Wer die NPD bekämpft, fördert gleichfalls die Bolschewisierung Deutschlands. Die Gewerkschaften und die SPD in ihrem Schlepptau leisten hier Handlangerdienste.

Wollen Sie unter keinen Umständen ein bolschewistisches Deutschland? – Dann seien Sie sich der Gefahr bewußt. Denken Sie an die Tschechoslowakei! Glauben Sie, daß sich unsere umerzogene Jugend so verhielte, wie es die Jugend in Prag tat?

Vor 15 Jahren wurde die KPD verboten. Der Regierungskurs war damals eindeutig antikommunistisch. Heute wird die neue Kommunistische Partei gefördert, und zwar von den Gewerkschaften und der SPD und deren Justizminister Heinemann. – Die Gefahr kalter Bolschewisierung ist heute eine Realität. – Wer die NPD verbieten will, arbeitet den Roten in die Hand und bringt uns der Bolschewisierung näher.

. . .

(3) DN Nr. 6 vom 9. 2. 1968

Schluß mit dem linksradikalen Terror!

Das Gebot von München: Jetzt wird den Roten Widerstand geleistet!

In München ist der Nationaldemokrat Carl Hofmann das Opfer linksradikaler Terrormethoden geworden. Er büßte sein Leben ein, als er von seinem Recht Gebrauch machte, auf einer Hetzveranstaltung der linksradikalen „Demokratischen Aktion" mit Zwischenrufen offen seine politische Meinung zu sagen. Die im Saal anwesenden Nationaldemokraten machten ihrer Empörung Luft, als von der Bühne die Institution des Staatsoberhauptes und der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland mit kommunistischen Vokabeln unflätig beschimpft worden waren. Carl Hofmann wurde von „Saalordnern" – unter denen Mitglieder der Carl-Marx-Gesellschaft und auch der frühere KP-Bezirksvorsitzende von München beobachtet wurden – aus dem Saal geprügelt, stürzte hin und wurde abermals zusammengeschlagen, bis er im Vorraum des Kongreßsaales zusammenbrach und einem Herzkollaps erlag.

Den Kenner unserer bundesdeutschen Verhältnisse verwundert es kaum, wenn nahezu die gesamte Tagespresse – je weiter von München entfernt, um so heftiger – selbstverständlich sogleich eine Einheitsfront gegen die NPD bildete, getreu dem bewährten Grundsatz, daß der Tote schließlich selbst an seinem Unglück schuld sei.

Amtliche bayerische Stellen lieferten hierfür eilfertig das Stichwort, indem sie verlautbarten, bei Carl Hofmann seien „Anzeichen für äußere Gewaltanwendung" nicht festgestellt worden, der Mann sei eines ganz natürlichen

Herztodes gestorben und gleichsam selbst daran schuld, wenn er sich mit einem nicht ganz intakten Herzen in politisches Gedränge begebe.

Den Tiefstand journalistischer Geschmacklosigkeit lieferte einmal mehr Springers sonst so betuliches Renommierblatt „Die Welt", in der ein Rüdiger Dilloo den Vogel makabrer Frivolität abschoß, indem er den Lesern unter der Überschrift „Die NPD und ihr Märtyrer" das Märchen auftischte, die NPD sei bereits dabei, „ihr totes Mitglied zum Parteimärtyrer aufzubauen". Und auf der Münchner NPD-Geschäftsstelle „zerging" den Männern der Name Horst Wessel auf der Zunge . . .

Nun, über Geschmacklosigkeit braucht man bei Springer-Redaktionen, was die NPD anbelangt, nicht zu richten. Takt ist immer Glücksache, und Verlogenheit war schon zu allen Zeiten ein beliebtes Requisit mäßiger Journalisten.

Interessant an der Berichterstattung und Reaktion auf die Zwischenfälle ist allein das Phänomen, daß die bürgerlich-liberale Mitte in Deutschland von rechts und links sich stets mit der radikalen Linken einig weiß und deren Partei ergreift, wenn es gegen die nationalkonservative Rechte geht. Da wird dann gleich eine „demokratische Einheitsfront" gegen den selbstgebastelten Popanz Neofaschismus gebildet, wobei man sich nicht einmal scheut, mit den linksradikalen und kommunistischen Staatsfeinden gemeinsame Sache zu machen, die anderntags dann wieder Springer-Läden zertrümmern.

Unsere bürgerlichen Liberalen mucken nicht einmal auf, wenn die radikale Linke ihnen ins Gesicht schlägt. Sie reagieren hierauf bestenfalls mit weinerlichem Selbstmitleid, was sie für Gelassenheit halten, obwohl es nichts anderes ist als jämmerliche Feigheit. Vor großschnäuzigen Revoluzzern wird gekuscht, ganz gleich, ob diese nun unseren Regierenden „die Gräten brechen" oder Kultusminister „in die Leine werfen" wollen; bei Terror gegen Nationaldemokraten aber geben sie lauten Beifall. So ist das bei uns.

Ganz gewiß ist die Bundesrepublik Deutschland noch nicht reif für die Machtergreifung der Feinde unserer demokratischen Freiheit. Sie sind eine recht kleine Minderheit, aber sie sind entschlossener und frecher als andere und folglich nicht ungefährlich angesichts der allgemeinen Feigheit, die das Grundübel unserer Zeit ist. Die gutgeschulte Linke weiß das und handelt entsprechend.

Die NPD erfüllt es mit tiefer Trauer, daß ihr Mitglied Carl Hofmann ein Opfer des um sich greifenden linksradikalen Terrors wurde. Die NPD klagt sie an, die radikalen Täter und die liberalen Mitläufer!

Die NPD wird sich jedoch durch die staatsfeindliche, totalitäre Linke nicht provozieren lassen, ebensowenig sie sich dem linksradikalen Terror beugen wird. Die radikale Linke, die Kommunisten und ihre Helfershelfer aber müssen jetzt wissen, daß sich die Nationaldemokraten entschlossen dem Versuch widersetzen werden, in der Bundesrepublik Deutschland eine permanente Kulturrevolution nach chinesischem Muster zu veranstalten, um unseren freiheitlichen Rechtsstaat für den sozialistischen Umsturz sturmreif zu machen.

Aus den Erfahrungen der letzten Wochen wissen wir, daß von den im Staat und in der Öffentlichkeit bislang tonangebenden Kräften weder Widerstand noch Hilfe zu erwarten ist. Denn das Establishment – von den Regierenden angefangen über die Meinungsmacher bis hin zu den Professoren – kuscht und winselt vielmehr vor den Schwarmgeistern des Umsturzes.

Um so notwendiger ist diese NPD, die dem Ungeist der Anpassung an das scheinbar Unabänderliche den Kampf ansagt. Entrüstung genügt nicht – es muß jetzt Widerstand geleistet werden!

D a s ist die Lehre, die wir aus dem Münchner Ereignis ziehen. Märtyrer aufbauen, das können wir getrost anderen überlassen. Selbstmitleid ist nicht unsere Sache.

Unser toter Parteifreund Carl Hofmann hat Widerstand geleistet gegen die unverschämte Anmaßung der Linken. Er setzte ein Zeichen.

Wir aber wollen niemals müde und niemals feige sein.

Hans-Joachim Richard

(4) DN Nr. 13 vom 29. 3. 1968

Österreicher erzwangen den Anschluß

Vor 30 Jahren jubelten die Österreicher den deutschen Truppen zu / Von Erich Kern

Die Affäre um den aus dem Schwarzensee in Böhmen geborgenen Brief Dr. Kurt von Schuschniggs an Adolf Hitler oder die Reichsbehörden zeigt, wie schwer nach 30 Jahren eine echte Wahrheitsfindung ist. Im Falle des Österreichanschlusses haben die Umerzieher dies- und jenseits der staatlichen Grenze ihre Brotkörbchen niedriger hängen müssen. Ihre betrügerische Methode, Geschichte im Nachhinein zu verfälschen, ist zumindest in diesem Falle mißlungen. Heute weiß man, daß dieser Anschluß auch für Österreich tragische Folgen hatte. Neben dem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich durch die ehemaligen Hermann-Göring-Werke, die jetzigen Voest-Werke, und andere modernisierte oder neu errichtete Industrieunternehmungen bis in die heutigen Tage in Österreich auswirkt, kam, für die Österreicher viel zu früh, der Kriegsausbruch. Nach einem kurzen Jahr wirtschaftlicher Blüte ging es in einen Kampf auf Leben und Tod, in dem österreichische Soldaten an allen Fronten Schulter an Schulter mit den Deutschen aus den anderen Stämmen hervorragend ihre Pflicht erfüllten. Die Namen Rendulic, Gollob, Nowotny, Skorzeny – um nur wenige zu nennen – gehören zu den strahlendsten der soldatischen deutschen Geschichte des zweiten Weltkrieges. Dafür dürfen alle jene Soldaten, die heute im österreichischen Bundesheer dienen, nicht mal ihre entnazifizierten Tapferkeitsauszeichnungen tragen!

4. Fortsetzung

Bis zu diesem Augenblick war von einem Anschluß an das Deutsche Reich noch keine Rede. Aus den Telefongesprächen zwischen Hermann Göring und der nun an die Macht gekommenen Gruppe Seyss-Inquart geht dies auch klar hervor. Globocnik bat Göring dringend, die österreichische Legion doch vorläufig nicht nach Österreich zurückkehren zu lassen, und Dr. Seyss-Inquart trat unmißverständlich dafür ein, daß die staatliche Unabhängigkeit Österreichs bewahrt würde.

Doch davon wollten die Massen nichts mehr wissen. Sie wollten jetzt nachholen, was ihnen durch das Friedensdiktat von Versailles und St. Germain verboten worden war: die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich.

Diese fiebrige Erregung, dieser eruptive Ausbruch des Willens breitester Massen riß auch Adolf Hitler mit fort.

In wenigen Stunden veränderte sich das Ziel seiner Österreichpolitik: Nunmehr wollte er genau das, wofür die Illegalen in Österreich jahrelang gekämpft und wofür letzten Endes ihr Führer Hauptmann Leopold von Österreich verbannt worden war – den totalen Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich.

. . .

Am 15. März rief die NSDAP auf dem Heldenplatz vor der Hofburg zu einer Befreiungsfeier, bei der Adolf Hitler das Wort ergreifen würde. In seiner Einleitung sagte Dr. Seyss-Inquardt: „Das Reich ist wieder erstanden, das volksdeutsche Reich ist geschaffen."

In einer mitreißenden Rede, zu der unübersehbare Menschenmengen von Hunderttausenden und Hunderttausenden, die hier zusammengeströmt waren, sprach Adolf Hitler und endete seine Ausführungen: „Ich kann somit in dieser Stunde dem deutschen Volk die größte Vollzugsmeldung meines Lebens abstatten. Als Führer und Kanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der deutschen Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich." Die Wirkung war unbeschreiblich. Der Beifall fand kein Ende.

. . .

Solchermaßen vorbereitet ging die österreichische Bevölkerung am 10. April zur Abstimmung. 4 474 138 Österreicher waren stimmberechtigt. 4 460 788, also 99,7 Prozent, gingen zur Wahl.

4 455 015 gültige Stimmen wurden abgegeben, wovon 4 443 208 mit Ja, 11 807 mit Nein stimmten. 5773 Stimmen waren ungültig.

Wenn heute im nachhinein der klägliche Versuch unternommen wird, das Ergebnis der Volksabstimmung anzuzweifeln, und die „Salzburger Nachrichten" z. B. durch ihren famosen Wolfgang Hammer schreiben lassen: „Niemand wird eruieren, wie weit das Ergebnis geschönt war", so ist dies ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Heute noch leben viele Tausende, wenn nicht Zehntausende, Beisitzer der Abstimmungskommissionen, die von der Flut der Ja-Stimmen so überwältigt waren, daß ein „geschönen" wahrhaftig nicht notwendig war.

Die österreichische Bevölkerung, die letztlich gegen die Pläne Adolf Hitlers und den Versuch Dr. Kurt von Schuschniggs den Anschluß zu verhindern, diesen erzwungen hatte, dokumentierte mit dieser Abstimmung weit mehr als ein Bekenntnis zur damaligen nationalsozialistischen Weltanschauung. Es war der Ausbruch der jahrhundertelangen Sehnsucht aller Deutschen, in e i n e m Staate vereinigt zu sein. Darum stimmten in Österreich nicht nur Nationalsozialisten, sondern auch viele Nicht-Nationalsozialisten, vor allem die ehemals sozialistische Arbeiterschaft, geschlossen für den Anschluß ans Deutsche Reich.

(5) DN Nr. 10 vom 8. 3. 1968

Die Wahrheit über Österreich

Vor 30 Jahren jubelten die Österreicher den deutschen Truppen zu / Von Erich Kern

. . .

Am 25. Juli 1934 schlugen die Männer der illegalen SS-Standarte 89 in Wien zu und versuchten die Regierung festzunehmen, den Rundfunk in Besitz zu nehmen und den am Wörther See weilenden Bundespräsidenten Wilhelm Miklas zu verhaften. Einer der Putschisten, Paul Hudl, lief sofort in die Privatwohnung eines Polizeikommissars und verriet den ganzen Plan. Auch der Polizeirevierinspektor Johann Dobler, der ebenfalls der Standarte 89 angehörte, verriet dem 5. Wiener Heimwehrregiment den Putsch. Obwohl Kanzler Dollfuß den Denunzianten keinen Glauben schenkte, brach er doch vorsorglich den noch tagenden Ministerrat sofort ab und schickte seine Minister in ihre Dienststellen.

Damit war der Putsch praktisch schon gescheitert. Wohl glückte es, das Bundeskanzleramt einzunehmen, aber es befanden sich nur mehr Dollfuß und Minister Fey darinnen. Wohl glückte es, das Rundfunkgebäude in der Johannesstraße 4 zu stürmen, aber während der Kämpfe traf eine MG-Garbe den Verstärker des Senderaums, die Putschisten konnten nicht mehr senden. Die dritte Aktion, die Festnahme des Bundespräsidenten, ging völlig schief. Ehe noch die Putschisten an Ort und Stelle anlangten, wurden sie verhaftet. Im Bundeskanzleramt war überdies Kanzler Dollfuß durch ein tragisches Versehen von den Putschisten angeschossen und so schwer verletzt worden, daß er starb.

In der Steiermark und Kärnten, in Salzburg und Oberösterreich kam es wohl noch zu Kämpfen zwischen den austrofaschistischen Regierungstruppen und den aufständischen SA-Einheiten. Aber ohne einheitliche Führung und vor allem durch das klägliche Versagen verantwortlicher Funktionäre, die für die Verständigung zuständig gewesen waren, verzettelte sich auch dieser Putsch und wurde schließlich von Dr. v. Schuschnigg, der die Regierung nach dem Tode Dollfuß' ergriffen hatte, blutuig niedergeschlagen. Die aufständischen Nationalsozialisten verloren allein im offenen Kampfe 400 Tote und 800 Verwundete. 13 NS-Putschichten wurden gehenkt. Nahezu alle starben mit dem Ruf: Es lebe das deutsche Volk!

Im Galgenhof des Wiener Landesgerichtes herrschte Hochkonjunktur. Scharfrichter Karl Lang mit seinen Henkersgesellen vermochte kaum die grausige Arbeit zu bewältigen. Am Schluß reichte das Tageslicht nicht mehr aus, und die Hinrichtungen mußten im flackernden Schein der Fackeln vollzogen werden.

. . .

(6) DN Nr. 37 vom 13. 9. 1968

Der Sprung auf den Gran Sasso

Vor 25 Jahren hielt die Welt den Atem an / Von Otto Skorzeny

. . .

Hier nahm mich der Hauptsturmführer der Waffen-SS G. in Empfang, Hitlers Adjutant, wie ich später erfuhr. Ich wurde fünf Offizieren vorgestellt, die wartend herumstanden. Es waren ein Oberstleutnant und ein Major des Heeres, zwei Oberstleutnante der Luftwaffe und ein Sturmbannführer (Major) der Waffen-SS. Ich ärgerte mich, daß der Hauptsturmführer meinen Namen falsch betont aussprach, und verbesserte ihn: „So schwierig ist er doch gar nicht. Man muß meinen Namen nur ordentlich deutsch aussprechen, Skorzeny. Es geht doch ganz einfach!" Ich weiß nicht, wie ich dazu kam, gerade hier darauf Wert zu legen, daß man meinen so oft verballhornten Namen richtig aussprach. Scheinbar hatte man nur noch auf mich gewartet. Der Hauptsturmführer war eben verschwunden, und ich zündete mir eine Zigarette an. Ich wollte meinen Kameraden von der Waffen-SS nochmals um seinen Namen fragen – denn wie bei den meisten Vorstellungen hatte ich keinen einzigen Namen richtig verstanden –, als der Offizier schon zurückkam: „Ich bringe Sie jetzt zum Führer, meine Herren. Sie werden ihm vorgestellt und haben ihm in

einigen Sätzen Ihren militärischen Werdegang zu schildern. Vielleicht hat er dann noch einige Fragen an Sie. Kommen Sie bitte!"

Ich glaubte nicht richtig zu hören! Mir fuhr der Schreck in die Glieder. Jetzt, in wenigen Augenblicken, würde ich Adolf Hitler, dem „Führer des Großdeutschen Reiches und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht", zum erstenmal gegenüberstehen! Das war ja eine gewaltige Überraschung! Wahrscheinlich würde ich mich in meiner Aufregung irgendwie falsch oder dumm benehmen! Na, wenn das nur gut ging! Daheim in Berlin hielten mir jetzt meine Männer den Daumen. – Unterdessen gingen wir vielleicht hundertfünfzig Schritte. Wohin, in welche Richtung, darauf achtete ich nicht.

Wir betraten einen anderen Holzbau und sahen uns wieder in einem großen Vorraum, ähnlich wie im Teehaus. Wir hatten kurze Zeit zu warten. In der angenehmen indirekten Beleuchtung des Raumes warf ich einen Blick auf die Wand und sah ein kleines Bild in schlichtem Silberrahmen: „Das Veilchen" von Dürer. Es ist eigenartig, daß mir diese Kleinigkeit noch im Gedächtnis blieb, während mir andere, viel wichtigere Eindrücke kaum mehr in Erinnerung sind.

Wir wurden links durch die Tür geführt und betraten einen großen Raum von etwa sechs mal neun Metern. An der rechten Längswand waren einige Fenster mit einfachen Vorhängen. Ein großer Kartentisch stand vor den Fenstern. Links sah ich in der Mitte einen Kamin, davor einen runden Tisch mit vier bis fünf bequemen Sesseln. Anschließend ein freier Raum, in dem wir Aufstellung nahmen. Ich stand als Rangjüngster am linken Flügel. Mein Blick fiel auf einen Schreibtisch schräg an einem der Fenster. Auf der hellbraunen Platte fielen die in exakter Ordnung liegenden zahlreichen Bleistifte auf. „Hier werden also die großen Entscheidungen unserer Zeit gefällt!" überlegte ich. Da öffnete sich links eine Tür.

Mit kurzem, hörbarem Ruck standen wir still, Blickrichtung zur Tür. Mit langsamen Schritten betrat Adolf Hitler das Zimmer. Er grüßte uns mit der typisch angewinkelt erhobenen Hand, wie wir es von Fotografien her kannten; er trug einen einfachen feldgrauen Rock, der das weiße Hemd und die schwarze Krawatte sehen ließ. Auf der linken Brustseite erspähte ich das Eiserne Kreuz I. Klasse aus dem ersten Weltkrieg und das schwarze Verwundetenabzeichen.

Da Adolf Hitler sich zuerst vom Adjutanten, der uns hergebracht hatte, den rechten Flügelmann vorstellen ließ, konnte ich ihn genau sehen und beobachten.

Jeder der vor mir stehenden Offiziere schilderte soldatisch knapp seinen militärischen Werdegang. Dann stand Adolf Hitler vor mir und reichte mir bei der Vorstellung die Hand. Ich dachte gespannt daran, ja keine zu tiefe Verbeugung zu machen. Ich glaube, meine militärische Verbeugung war richtig, kurz und knapp. In fünf Sätzen gab ich Geburtsort, Studien, militärische Karriere als Reserveoffizier und jetzige Verwendung an. Während ich sprach, stand ich mit ihm Auge in Auge.

. . .

Jetzt trat Adolf Hitler zurück, blickte noch einmal von einem zum anderen. Dann kam plötzlich die Frage: „Wer von Ihnen kennt Italien?" Ich meldete mich als einziger. „Ich habe Italien in zwei Privatreisen mit dem Motorrad bis Neapel bereist, mein Führer!" Noch eine Frage an den ersten von uns: „Was halten Sie von Italien?" Diese Frage kam überraschend und galt für uns alle. Nur zögernd kamen die Antworten: „Italien – Achsenpartner"; „Mitglied des Antikominternpaktes"; „Bundesgenosse" . . . Nun war ich dran: „Ich bin Österreicher, mein Führer!" Ich glaubte, damit alles gesagt zu haben; denn die Abtrennung des deutschen Südtirols, des schönsten Fleckchens Erde, das wir besessen hatten, wird einen echten Österreicher immer schmerzen.

Adolf Hitler sah mich lange und prüfend an. Wenigstens erschien es mir so. Dann sagte er: „Die anderen Herren können abtreten. Mit Ihnen, Hauptsturmführer Skorzeny, habe ich noch zu sprechen!" Mir fiel auf, daß Hitler meinen Namen richtig betont aussprach. Irgendwie freute mich das innerlich. Ob ihm sein Adjutant etwas erzählt hatte?

. . .

(7) DN Nr. 50 vom 15. 12. 1967

Revision in Japan

Von Dr. Herbert Bruns

Das Schicksal des besiegten Japans glich in vieler Hinsicht dem des geschlagenen Deutschlands. Zwar erlitt Japan nur die Besetzung durch e i n e Siegermacht, zwar wurde es nicht wie Deutschland nach Ost und West zerrissen, aber auch Japan wurde der „bedingungslosen Kapitulation" unterzogen. Auch Japan wurde total besetzt. Auch Japan wurde in völkerrechtswidriger Weise der totalen Verwaltung durch die Okkupanten unterworfen. Auch Japan erlitt Kriegsverbrecherprozesse, die alles geltende Recht mit Füßen traten. Auch Japan verlor wichtige Teile seines Herrschafts- und Einflußgebietes. Und auch Japan wurde von der psychologischen Nachkriegsführung in Arbeit genommen.

Anders aber als die Deutschen gaben die Japaner in keinem Augenblick ihre Selbstachtung preis. Bis auf die japanischen Kommunisten, die aus handgreiflichen Gründen an der Demontage von Staat und Nation teilnahmen, gab und gibt es keinen Japaner, der dem Sieger hilfreich die Hand bei der charakterlichen Verkrüppelung seines Volkes bot. Die Monarchie wurde als hierarchische Spitze des Gemeinwesens in zähem Widerstand gegen die Besetzer erhalten. Kein Redakteur, kein Rundfunksprecher predigte Unterwerfung und Verzicht auf geraubten Besitz. Kein Richter fand sich, der der Welt das klägliche Schauspiel einer Nation gegeben hätte, die den Gegner mit Selbstanklage und Selbstverurteilung noch zu übertreffen sucht.

Die Japaner haben sich gegen die Flut der feindlichen Propaganda zur Wehr gesetzt. Sie haben die Tore der „Kriegsverbrecher"-Gefängnisse geöffnet, ohne sich um die Bestimmungen des Friedensvertrages von San Franzisko zu kümmern, und haben die Überlebenden dieser Rachejustiz wieder in die Nation aufgenommen. Die Hingerichteten ehrten sie durch eine Gedenkstätte auf dem Berg von Nagoya. Einer der Verurteilten im ostasiatischen „Nürnberg" wurde sogar zum Außenminister ernannt.

Diese innerpolitische Revision des Urteils von 1945 hatte heilsame Folgen auch in der Außenpolitik. Das ist nicht verwunderlich. Jeder Mensch mit ein wenig Lebenserfahrung weiß, daß eine Nation nicht dadurch Achtung gewinnt, daß sie sich im Staub der eigenen Niederlage wälzt und auf den Plätzen der Welt Schuld- und Reuegefühle herausplärrt. Und jeder Politiker sollte wissen, daß außenpolitische Aktion erst möglich ist, wenn die inneren Voraussetzungen dafür gegeben sind.

. . .

(8) DN Nr. 40 vom 4. 10. 1968

Japans Weg zur Industriemacht

Bundesrepublik vom dritten Platz der Weltrangliste verdrängt – Die Kraft nationalen Wollens

Von Dr. Michael Weiss

Die Bonner Politiker geben es unverblümt zu: Japan, das bis vor kurzem noch im unteren Drittel der Wirtschaftsmächte rangierte, wird die Bundesrepublik in diesem Jahr von ihrem Platz als drittgrößter Industriestaat der Welt verdrängen. Damit hat Japan, dessen Wirtschaftspolitik sich wesentlich von der unseren unterscheidet, der Bundesrepublik eine empfindliche Niederlage zugefügt.

Für den kritischen Beobachter kommt dies keineswegs überraschend. Japan verdankt seine Erfolge gegenüber der Bundesrepublik, welche durch ihre lange industrielle Erfahrung, durch den relativen Reichtum an Bodenschätzen, durch die bessere innerstaatliche Erschließung und durch die günstige geographische Lage innerhalb der Welthandelsströme an sich deutlich bevorzugt ist, ausschließlich der besseren Berücksichtigung nationaler Belange durch seine Politiker. Das gesunde japanische Nationalbewußtsein ist bei jeder einzelnen wirtschaftspolitischen Entscheidung, bei allen internationalen Verhandlungen und bei jedem Vertragsabschluß zu spüren.

So weigert sich Tokio seit vielen Jahren mit großer Hartnäckigkeit, ausländische Waren oder ausländische Industrie ins Land zu lassen, während es selbst alle Anstrengungen unternimmt, in fremden Ländern Fuß zu fassen. Es ist japanische Taktik, bei Wirtschaftsverhandlungen mit fremden Mächten alles zu fordern und nichts zu bieten und auf diesem Standpunkt so lange zu beharren, bis der Gegner in Augenblicken der Resignation und Erschöpfung die gewünschten Zugeständnisse macht. Damit treiben die Japaner ihre Verhandlungspartner zwar oft zur Verzweiflung, aber gleichzeitig ihre Produktionsziffern in die Höhe, während man von bundesdeutschen Politikern leider genau das Gegenteil gewöhnt ist.

Ab 1. Juli 1967 gestattete das Industrie- und Handelsministerium in Tokio auch Ausländern, Beteiligungen an japanischen Firmen zu erwerben. Allerdings beschränkte sich diese Genehmigung auf 50 ausgewählte Wirtschaftszweige; darüber hinaus wurde genau festgelegt, in welcher Branche eine hundertprozentige und in welcher Branche eine höchstens neunundvierzigprozentige ausländische Beteiligung zulässig ist. Bis heute hat allerdings noch keine einzige nichtjapanische Firma von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, da Tokio für seine „Liberalisierung" sorgfältig jene Wirtschaftszweige aussuchte, die für das Ausland ohne Interesse sind, oder in denen die heimische Industrie eine besonders starke Position besitzt.

Als die USA dieses Vorgehen als „Provokation" bezeichneten, wurde verlautbart, bis zum Jahre 1972 würden „umfangreiche weitere Industrien für ausländische Investitionen freigegeben". Dies ist eine absichtlich vage Umschreibung. Internationale Fachleute sind deshalb der Meinung, daß es auch nach 1972 Auslandsbeteiligungen an japanischen Firmen allenfalls bis zu einer Höhe von 49 Prozent des Aktienkapitals geben dürfte. Ausländischer Alleinbesitz wird eine seltene Ausnahme bleiben. In Wachstums- und Schlüsselindustrien, wie etwa der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energieversorgung einschließlich der Kernkraftwerke, der chemischen Industrie und der Herstellung elektronischer Rechenanlagen, wird es überhaupt keinen fremden Einfluß geben. Ebensowenig in den sogenannten „Sicherheitsindustrien" Flugzeugbau, Rüstung und Raumfahrt.

Den japanischen Maßnahmen liegt die vernünftige und auch in der Bundesrepublik viel diskutierte, leider jedoch von unserer Regierung nicht entsprechend berücksichtigte Befürchtung zugrunde, vom Ausland beherrschte Firmen würden

- fremde Interessen den nationalen vorziehen,
- wichtige Forschungsaufgaben überwiegend der ausländischen Zentrale zuweisen,
- durch extrem egoistische Personalpolitik Unruhe in den Arbeitsmarkt bringen,
- die innerstaatliche Wirtschaftspolitik stören.

Mit großem politischen Geschick behaupten die Japaner allerdings in der Öffentlichkeit, ihre Wirtschaft müsse erst „reorganisiert, finanziell und technisch gestärkt und rationalisiert" werden. Dann erst sei sie in der Lage, „die Konkurrenz der ausländischen Großunternehmen in einem liberalisierten Japan zu überstehen". Dabei weiß Tokio ganz genau, daß die heimische Industrie den ausländischen Großunternehmen seit geraumer Zeit sogar auf dem Weltmarkt erfolgreich Paroli bietet und sich ihre Erzeugnisse überall, wo man dies versuchte, mit großem Erfolg durchsetzen konnten.

(9) DN Nr. 11 vom 14. 3. 1969

Umerziehung

Ihr habt's gehegt und gegossen,
Das Pflänzchen der Anarchie!
Nun ist es ins Kraut geschossen,
Und wie!

Ihr hattet es ja so eilig:
In den Dreck mit Treue und Ehr!
Nun ist ihnen nichts mehr heilig,
Wirklich nichts mehr!

Geschändet, gefälscht, gelogen,
Es war eine furchtbare Saat!
Nun sind sie umerzogen.
Da wackelt der Staat!

Die Beau's von den hohen Schulen,
Und der Mob ist grölend dabei.
Und die Dirnen und die Schwulen
Prügeln die Polizei!

Das Dasein ist schal und fade,
Drum nimm eine Bombe mit . . .
Vom Krawall zur Barrikade
Ist's nur ein Schritt!

Alma mater und Gosse,
Wie gut sie sich verstehn!
Im Hintergrund feixen die Bosse,
Die's drehn!

So weit ist es nun gediehen,
So weit, ihr Herrn, ist zu weit!
Für ein neues Umerziehen
Wird's Zeit!

Blitz

(10) DN Nr. 13 vom 29. 3. 1968

Gammler oder Grenadiere

v. Th. In einer Rede vor nationalen Jugendlichen gab Hans Hertel unter diesem Thema eine Analyse unserer

politisch-psychologischen Situation. Ausgehend von der militärischen Kapitulation 1945, setzt er sich mit dem Phänomen auseinander, daß die Jugend eines geschlagenen Volkes nicht für die Wiederaufrichtung des Vaterlandes auf die Straße geht, sondern demonstriert, um auch noch die politische Kapitulation zu fordern. Eine Folge der „Umerziehung", der die Erwachsenengeneration fassungslos gegenübersteht.

Hertel nimmt die unappetitlichen Gammler auf unseren Straßen nur als Symbolfiguren:

„Wir sind ein Volk von politischen Gammlern geworden, und das muß provokativ ausgesprochen werden, um die Schlafmützen in der Erwachsenengeneration aufzuwecken."

So ist auch der Satz zu verstehen, der geradezu als „Kurzbericht zur Lage der Nation" bezeichnet werden könnte:

„In jedem gesunden Volke, das eine Niederlage hinnehmen mußte, pflegten die Menschen aller Generationen gemeinsam wiederaufzubauen. Über alle Spannungen erkannten sie instinktiv, daß nun alle die Hemdsärmel aufkrempeln und von vorn anfangen mußten, während Streit untereinander nur den Interessen der fremden Mächte dient, die das geschlagene Volk für immer in Sklaverei halten wollen. Bei uns ist es gelungen, die Erwachsenengeneration politisch abstinent zu machen, wirtschaftlichen Wohlstand aufzubauen und damit eine trügerische Ruhe zu verbinden. Das oberste, geradezu als Weltanschauung vertretene Gesetz der Gammler ist das Nichtstun. Das Gesetz der politischen Gammler ist das Fernhalten von der Politik. So wie die Gammler im Schmutz ersticken und von Läusen befallen werden, gestattet die politische Gammelei die Ansiedlung von Fäulniserregern, Giftpilzen und Schädlingen in unserem Gemeinwesen. In dieser Atmosphäre gedeihen die politischen Strömungen, die weitaus gefährlicher sind als die Gammler an den Straßenecken."

Hertel setzt sich dann mit den anarchistischen Angriffen auf unsere demokratische Grundordnung auseinander, aber er begnügt sich nicht damit, die Wühlarbeit der Dutschkes auf ihre leninistischen Quellen hin zu untersuchen. Ebenso schildert er die Ahnungslosigkeit, mit der weite Kreise unserer intellektuellen Schichten, einschließlich vieler Pastoren, auf den Versuch reagieren, jede Autorität zu zerstören. Hertel bemüht sich immer wieder, über die Tagespolitik hinaus die politischen Ereignisse in eine höhere Schicht über längere Zeitabschnitte einzuordnen. So analysiert er auch den Grund für das militärische Stillhalten der kommunistischen Staaten:

„. . . sie haben gar keinen Anlaß für einen militärischen Angriff. Die erste Welle erreichte die Elbe, die zweite Welle steht bereits in der Bundesrepublik. Sie sagen es auch ganz offen, ‚unser Vietnam ist hier!', und die notwendige Folgerung heißt für uns: Die Vietkongs sind unter uns!"

Dieser Schrift ist eine weite Verbreitung zu wünschen entsprechend ihrem Schlußsatz:

„Die Aufgabe aller verantwortungsbewußten Deutschen ist es, unser Volk wachzurütteln und gerade denen, die sich angeblich Sorgen um die ganze Welt machen, aber unser Vaterland vergessen haben, provokativ unseren Mahnruf entgegenzuhalten: Deutschland!"

(11) DN Nr. 49 vom 8. 12. 1967

Der Terror des Verbrechertums

Es gehört zu den Phänomenen unserer Zeit, daß der langsame, aber trotz allem spürbare Abbau des offenen Terrors in totalitären (kommunistischen) Staaten einhergeht mit einem rapiden Ansteigen des individuellen, ungesetzlichen Terrors in den demokratisch-parlamentarischen Ländern der sogenannten freien Welt. Die Verbrechensstatistiken der USA, Englands und der Bundesrepublik belegen dieses Faktum auf furchteinflößende Weise. Das Verbrechen, begangen von Einzelgängern oder „Gangs", breitet sich heute in hochzivilisierten nichtkommunistischen Staaten wie die Pest des Mittelalters aus. Man scheint macht- und ratlos gegen sein Vordringen zu sein. Mord und Totschlag, Kidnapping und Bankraub, Notzucht und Rauschgiftschmuggel beherrschen die Schlagzeilen nicht nur der Lokalteile, und die Berichterstattung darüber findet nicht nur in Boulevardblättern statt.

Doch seltsam – die Welle des Verbrechens wird von den politischen Organen unseres Landes, den Ministerien wie den Parteien, kaum zur Kenntnis genommen. In keiner Rede und in keiner Erklärung von Bundeskanzler Kiesinger findet sich auch nur der geringste Hinweis auf den unleugbaren Tatbestand des Anstiegs von Kapitalverbrechen im „freien Teil Deutschlands", als ob Sexualmord, Kindesentführung, Raub und Notzucht lediglich Angelegenheiten „zuständiger" Polizeidienststellen und der Polizeireporter von Presse und Rundfunk wären. Mit Schweigen werden auch die unschuldigen Opfer des kriminellen Terrors in der Bundesrepublik bedacht – Tausende von gesunden Kindern, Frauen, arbeitenden Menschen, Bürger dieses Staates –, Tausende im Laufe eines Jahres! Eisiges Schweigen der Staatsführung: Den Terror der kriminellen Unterwelt gibt es einfach nicht . . .

(12) DN Nr. 9 vom 1. 3. 1968

Gnade für die Mörder

Vor 17 Jahren ermordete der Homosexuelle Joseph Ludy ein Kind und wurde zu acht Jahren Jugendgefängnis verurteilt. Er kam natürlich bald wieder auf freien Fuß. Was er in der Zeit bis zum heutigen Tage alles verbrach, ist mit Sicherheit nicht festzustellen. Wenigstens bis heute nicht. Im Dezember 1967 entführte der begnadigte Mörder den fünfjährigen Michael Prozner aus Mannheim, schlug ihn mit einem Hammer nieder und warf den Schwerverletzten auf der Autobahn Frankfurt–Würzburg aus dem Wagen. Das Kind überlebte. Nunmehr ermordete Joseph Ludy in Hamburg den siebenjährigen Gerald Landwehr; nachdem er ihn mißbraucht hatte, erschlug er ihn mit einem Zinkrohr. Da der Mörder auf der Sexualmörderkartei registriert ist, konnte er diesmal festgenommen werden.

Zweifellos wird er wieder verurteilt, und es ist zu erwarten, daß er noch vor Ablauf seiner sicherlich milden Strafe wieder in Freiheit kommt.

(13) DN Nr. 6 vom 9. 2. 1968

Bundestagsparteien gegen Volksmeinung

69 Prozent für die Todesstrafe

Alle im Bundestag vertretenen Parteien sind gegen die Todesstrafe, und so gut wie alle maßgebenden Politiker lehnen es ab, sich dafür einzusetzen. Die Diskussion ist

also rein theoretischer Natur. Dennoch sollte die Entwicklung nicht übersehen werden, die das EMNID-Institut auf Grund von Meinungsumfragen ermittelt hat: Die Zahl der Befürworter der Todesstrafe steigt in der Bundesrepublik. Nicht weniger als 69 Prozent der Befragten sprachen sich für die Todesstrafe aus, als im Herbst 1967 die letzte Befragung durchgeführt wurde. Das waren zwei Prozent mehr als bei der vorausgegangenen Befragung 1964. Als eindeutiger Gegner der Todesstrafe bekannten sich nur noch 20 Prozent der Befragten gegenüber 27 Prozent 1964. Der Rest konnte sich nicht entscheiden. Besonders zu beachten ist hierbei, daß die Befürworter der Todesstrafe am häufigsten in den Jahrgängen von 1917 und älter zu finden sind, die also aus eigener Anschauung wissen, welche Problematik mit der Todesstrafe verbunden sein kann. So nennen denn auch die Gegner der Todesstrafe zumeist die Furcht vor Fehlurteilen als Begründung ihrer Ablehnung. Der politisch beachtenswerte Aspekt dieser Meinungsumfrage ist freilich der klaffende Unterschied zwischen der Ansicht der im Bundestag vertretenen Parteien und der des Volkes. Während sonst diese Parteien bemüht sind, sich in möglichst allen Fragen der vorherrschenden Meinung der Bevölkerung anzupassen (so daß es gelegentlich schwerfällt, überhaupt noch Parteiunterschiede zu erkennen), besteht in puncto Todesstrafe zur Zeit nicht einmal die Möglichkeit einer neuerlichen Parlamentsdebatte. Die dürfte erst nach der Bundestagswahl 1969 zu erwarten sein . . .

(14) DN Nr. 12 vom 22. 3. 1968

. . .

Bayerns Hauptstadt liegt nicht am Illinois River, und Al Capone stammt nicht aus dem Allgäu. Trotz der geographischen Unterschiede gibt es eine überraschende Gemeinsamkeit zwischen dem Chicago der 30er Jahre und dem Freistaat Bayern 1968: Das rapide Ansteigen des Verbrechertums. Aus einer Veröffentlichung des bayerischen Landeskriminalamtes geht hervor, daß die Kriminalität im vergangenen Jahr um 6,6 Prozent zugenommen hat, wobei Verkehrsdelikte in der Statistik unberücksichtigt blieben. Um acht Prozent stieg die Raubkriminalität an. Die Bevölkerungszahl in Bayern stieg 1967 nur um 0,7 Prozent an. Auf hundert Einwohner dieses Bundeslandes kamen drei Verbrechen. Die Aufklärungsquote betrug 67,5 Prozent, bei schwerem Diebstahl nur 33 Prozent. Das Verbrechertum breitet sich vor allem in den Großstädten aus, in den Zuständigkeitsbereich der Landpolizei entfielen lediglich 39 Prozent der Straftaten, in den der Grenzpolizei gar nur drei Prozent. Die städtischen Polizeizentralen vermelden dagegen einen Kriminalitätsanstieg von 9,1 Prozent!

. . .

Ein Fünftel aller festgesetzten Verbrecher sind der Sparte „überörtliche Täter" zuzuzählen. Mit Vorliebe spezialisieren sich reisende Verbrecher in bayerischen Städten auf die Herstellung und Verbreitung von Falschgeld; Raub, Urkundenfälschung, schwerer Diebstahl und Rauschgifthandel sind weitere Schwerpunkte der „Überörtlichen". Zehn Prozent der ermittelten Verbrecher in Bayern waren 1967 Ausländer, an ihrer Spitze stehen Landsleute Al Capones: Angehörige der amerikanischen militärischen Schutzmacht. An zweiter Stelle folgen „Gastarbeiter" aus dem Lande Marschall Titos. Raub, Notzucht, Totschlag, Zuhälterei, Sexualverbrechen, Haschisch-Handel und Falschgeldverbreitung sind bevorzugte Arbeitssparten unserer „Gäste" aus dem befreundeten Ausland.

(15) DN vom 11. 11. 1966

Scharf und die Gastarbeiter

Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Dr. Kurt Scharf, läßt keine Gelegenheit vorübergehen, sich zu blamieren und der evangelischen Kirche zu schaden.

So erklärte er vor 6000 Teilnehmern einer Reformationsfeier in Essen, die Gastarbeiter kehrten zwar mit viel Geld und Wissen in ihre Heimat zurück, aber viele von ihnen seien dann auch potentielle Kommunisten, weil wir Deutschen angeblich kulturellen und sozialen Hochmut zur Schau tragen, der andere zutiefst verletze. Außer in den USA, Afrika und Lateinamerika gebe es auch bei uns in Deutschland tiefgreifende Rassengegensätze. Wir Deutschen gingen angeblich der menschlichen Begegnung mit den Gastarbeitern aus dem Wege.

Wir wissen nicht, in welcher Welt Herr Dr. Scharf lebt, aber die Bundesrepublik kann es nicht sein. Sonst wüßte Herr Scharf längst, wie vielfach die menschlichen Begegnungen von Deutschen mit den Gastarbeitern aussehen. Er könnte es in jedem Polizeibericht lesen und in fast jedem Gerichtssaal erfahren. Der Verfassungsschutz könnte ihn außerdem darüber belehren, wieviel zugelassene kommunistische Organisationen es unter den Gastarbeitern gibt und welche massive Propaganda sie entfalten.

An all diesen Dingen den Deutschen die Schuld zu geben und dann noch zu behaupten, bei uns seien Rassengegensätze vorhanden, daß heißt Wasser auf die Mühlen derjenigen treiben, die jede Gelegenheit zur Hetze gegen Deutschland benutzen und sich besonders freuen, wenn sie sich dabei auf das Fehlurteil eines Bischofs berufen können.

(16) DN Nr. 8 vom 23. 2. 1968

Amerikanische Mörder finden milde Richter

Die „Bestie von Bayreuth", der US-Oberleutnant Werner, der bekanntlich seine 19jährige Geliebte ermordete und zerstückelte, verbringt seine Tage, weil das Gericht ihn nicht für seine Tat verantwortlich einstufte, in der Heil- und Pflegeanstalt Ansbach. Wie wir erfahren, soll er überdies demnächst nach Amerika überführt werden, was seiner Freilassung gleichkäme. Die beiden Taximörder, die US-Soldaten Burt und Plaster, die in Schweinfurt einen Taxifahrer ermordeten und in die USA flüchteten, wurden wegen eines „Formfehlers" außer Verfolgung gesetzt. Der Mörder des Würzburger Taxifahrers Wehnert, der US-Soldat Gary McGuiere, wird von den deutschen Behörden gar nicht verfolgt, weil die Amerikaner ihn für geisteskrank erklärten.

Der Mord wird in der Bundesrepublik immer billiger, besonders wenn der Mörder ein Amerikaner ist . . .

(17) DN Nr. 5 vom 31. 1. 1969

Fortgang der Überfremdung

Wie bisher: die Amerikaner an der Spitze

Nach einem Bericht des „Blick durch die Wirtschaft" der „Frankfurter Allgemeinen" vom 13. 1. sind im Jahre 1968 fast 170 Firmen im Bundesgebiet und in West-Berlin in der Rechtsform der GmbH von ausländischen Unternehmen neu gegründet worden. In dieser Zahl sind die Niederlassungen von Kreditinstituten im wesentlichen nicht enthalten. Hinzuzurechnen wären außerdem jene ausländischen Betriebe, die 1968 in der Bundesrepublik nur als Niederlassung, nicht jedoch mit eigener Rechtspersönlichkeit nach dem deutschen Gesellschaftsrecht gegründet worden sind, und gerade diese Gruppe, die

statistisch kaum zu erfassen ist, darf nicht zu klein angesetzt werden.

Wie bisher führten bei den Neugründungen die Amerikaner; ein knappes Drittel aller neuen Auslandsfirmen sind amerikanische Tochtergesellschaften. Würde man noch alle jene Firmen hinzurechnen, die von den Amerikanern einfach gekauft worden sind, so läge der US-Anteil noch höher. Doch auch ohne diese Käufe ist die Zahl von fast 50 Tochtergesellschaften durchaus eindrucksvoll. Großbritannien, die Niederlande und Frankreich folgen in weitem Abstand, aber ziemlich mit der gleichen Zahl von je 22 bzw. 23 Gesellschaften.

Der Schwerpunkt der Auslandsgründungen lag in den Bereichen Elektrotechnik und Elektronik sowie im Maschinenbau.

(18) DN Nr. 20 vom 17. 5. 1968

Wirtschaftspolitische „Kooperation“

OECD und deutsche Konjunkturforschungsinstitute an einem Strang – Bundesrepublik soll sich für die USA ruinieren

Von Dr. Horst Arnold

Also verkündete die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): Die Wachstumsrate, welche sich die Bundesrepublik für 1968 zum Ziel gesetzt habe, nämlich 4 Prozent des realen Bruttosozialproduktes, gewährleiste wohl ein hohes Maß der Kosten- und Preisstabilität, würde aber Kapazitäten ungenutzt lassen und die Arbeitslosigkeit wie den Zahlungsbilanzüberschuß in laufender Rechnung nicht wie gewünscht beseitigen. Deshalb und im Hinblick auf die Weltwirtschaft sei ein schnelleres Wachstum der bundesdeutschen Wirtschaft zu empfehlen. Die Maßnahmen, welche Großbritannien und die USA ergriffen hätten und noch zu ergreifen gedächten, würden auf die Welt eine konjunkturdämpfende Wirkung haben, und die führenden Industriestaaten mit starker außenwirtschaftlicher Stellung hätten dem entgegenzuwirken. Ein Wachstum von 5 bis 5½ Prozent sei für die Bundesrepublik angemessen. Stärkere Lohnerhöhungen würden dabei zu einem großen Teil durch Produktivitätssteigerungen ausgeglichen. Die Bundesrepublik solle sich, so rät die OECD in diesem Zusammenhang, um weitere Fortschritte auch in der Einkommenspolitik bemühen.

Einen Tag vor dieser Verlautbarung hatten die deutschen Konjunkturforschungsinstitute in einer gemeinsamen Prognose u. a. festgestellt, daß der hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuß ohne eine Veränderung der Wechselkurse nur ungenügend abgebaut werden könne, wenn das inländische Preisniveau wie in den letzten beiden Jahren weniger steige als im Durchschnitt der Industrieländer, wenn also der Kaufkraftverfall der Mark geringer sei als der anderer Währungen. Man solle 1969 nicht vor der Konsequenz zurückschrecken, daß in jedem Fall ein stärkeres Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik zu einem besseren außenwirtschaftlichen Gleichgewicht führe. Das gelte sowohl bei einer Änderung der Währungsparitäten als auch bei einer deutschen Preisanpassung an die allgemeine internationale Entwicklung. Und im völligen Einklang mit der OECD findet sich der Satz: Es werde den USA um so leichter fallen, ihr Zahlungsbilanzdefizit abzubauen, je besser die westeuropäischen Staaten der Forderung nach einem angemessenen Wirtschaftswachstum nachkommen.

Die Regie hat also wieder einmal vorzüglich geklappt. Was die OECD empfiehlt, ist Wachstum auch um den Preis der Kaufkraftstabilität, weil steigende Preise in Europa die Exporte erschweren und die Importe erleichtern, und was die deutschen Konjunkturforschungsinstitute vorschlagen, läuft auf dieselbe Menschenfreundlichkeit hinaus. Die unsolide Politik, die Großbritannien und die USA zu ihren derzeitigen Schwierigkeiten verholfen hat, sollen andere Länder mit einer weiteren Verschlechterung ihrer Währung bezahlen, konkreter, die westdeutschen Sparer bezahlen mit ihren Ersparnissen die Pleite unserer famosen Leitwährungsländer, wobei die Drohung kaum verhüllt in den Raum gestellt wird: Wollt ihr nicht, muß der Dollar abgewertet werden, und dann werdet ihr sehen, was dieser Exportdruck für euren Wohlstand und eure Wirtschaft bedeutet.

Wenn irgendwo, dann zeigt sich hier, daß unsere gelobte weltwirtschaftliche Verflechtung nicht nur eitel Segen ist; wenn irgendwo, dann zeigt sich aber hier auch, wie sehr die heutige Welt bereits eine amerikanische Welt ist. Preisstabilität? Gesunde Währung? Wenn sie die USA nicht für „opportun“ halten, dann gibt die amerikanisch inspirierte OECD eine entsprechende Empfehlung heraus, und die deutschen Konjunkturforschungsinstitute kooperieren ergebenst. Gegenüber dieser großen Koalition versinken alle anderslautenden Erklärungen der großen Koalition ins Nichts.

Rät die OECD, damit das Wachstum in der Bundesrepublik ordentlich in Schwung komme, im Bedarfsfall zu zusätzlichen expansiven Maßnahmen, d. h. zu weiteren Schulden der öffentlichen Hand, so sind die Konjunkturforschungsinstitute, ergebenst kooperierend, dafür, daß der Bund im Jahre 1969 seine Schulden nicht verstärkt tilgt, denn das könne dem Bruttosozialprodukt schaden; der Bund soll lieber die für 1969 beabsichtigte verminderte Neuverschuldung korrigieren. Daß einmal eine mittelfristige Finanzplanung als Heilmittel gegen die Finanzmisere gerade des Bundes geschaffen und gepriesen wurde, das ist vergessen. Weil diese mittelfristige Finanzplanung ohnehin aus dem Leim ist oder weil der große Bruder von jenseits des Atlantiks es so wünscht? Kleiner Moritz, dreimal darfst du raten!

Die kleine Bundesrepublik ist aufgefordert, sich zugunsten des Großraums USA ins Unglück zu stürzen, zugunsten eines Wirtschaftsgebietes, das dank seiner Bodenschätze und vermöge seines unvergleichlich starken Binnenmarktes bei halbwegs vernünftiger Wirtschaftspolitik mühelos imstande ist, auch die härtesten Weltwirtschaftskrisen ohne sonderliche Schäden zu überstehen. Und es gibt Leute bei uns, die finden eine solche Hilfe auch noch ganz in Ordnung!

Da schwamm einmal ein Schiff auf hoher See, „Weltwirtschaft“ war es getauft, das lag infolge eines Wassereinbruchs gar schief im Wasser, etwa wie ein alter Seemann nach einer Flasche Rum. Die Reisenden lehnten es ab, in die Rettungsboote zu gehen, sondern halfen dem würdigen Käptn, da der Kahn auf der einen Seite so wasserdurchlässig war, auf der anderen Seite ein ähnliches Loch zu schlagen, damit auch dort Wasser einströme und dem Stolz der Meere zu gerader Haltung verhelfe. Die also emsig Werkenden hatten leider in ihrem Eifer übersehen, daß der Wogenbezwinger zwar leidlich aufrecht, aber nunmehr sehr viel tiefer im Wasser lag, weshalb er denn auch bei der nächsten See, wenn auch stolz gerichtet, doch absoff. Mitsamt den Rettungsbooten. Das heißt mit einer Ausnahme. Der würdige Käptn hatte sich eins reserviert, worin er die Krise überstehen konnte. Seine willigen Reisenden allerdings lagen im Bach und sollen recht dumm geschaut haben, wie sie da auf einmal so baden gingen.

(19) DN Nr. 47 vom 24. 11. 1967

Amerikas trojanische Pferde

Der Dollarimperialismus unterwandert Europas Wirtschaft

Von Heinrich Härtle

Der Dollarimperialismus hat einen Kassandraruf ausgestoßen; Wilson fordert die sofortige Integration der europäischen Industrie. Die europäischen Staaten sollten nicht mehr warten, bis England der EWG beitreten könne: denn es dürfe keine Zeit mehr verlorengehen, „wenn die Amerikaner nicht die völlige Herrschaft über die Schlüsselindustrien" in Europa erobern sollten. Europa werde dann nicht mehr Herr seiner eigenen Geschicke sein. Verblüffende Erkenntnisse bei einem Politiker, dessen Regierungen seit über einem Jahrzehnt alles getan haben, um die wirtschaftliche Einigung Europas zu sabotieren. Eine Warnung vor der amerikanischen Vorherrschaft über Europa – aus England, dessen Regierungen in zwei Weltkriegen mit den USA gegen Europa gekämpft haben!

Spät kommt Mister Wilson, vielleicht schon zu spät. Die wirtschaftliche Überfremdung Europas ist doch nur die Folge seiner politischen und militärischen Entmachtung. Wer aber wäre daran mehr schuldig geworden als die Politiker der „balance of power", die 1914 das Kaiserreich und 1939 das Dritte Reich zerschlagen wollten, weil diese das „Gleichgewicht der Kräfte" störten; jenes „Gleichgewicht", das den Kontinent lähmen sollte, damit das Empire bei seinen Raubzügen über die Erde gesichert war – Paralyse des Festlandes zur Sicherung der insularen Weltherrschaft: die „Englische Krankheit" Europas.

Als stärksten Bundesgenossen gegen ein einiges und unabhängiges Europa haben die Lords stets die USA betrachtet. Keine Intrige war ihnen zu perfide, keine Verleumdung zu infam, keine Lüge zu ordinär, um von 1914 bis 1917 so lange in den USA zu hetzen, bis London und Washington die amerikanische Bevölkerung in den Krieg gegen das Reich treiben konnten. Sogar Churchill mußte später eingestehen, daß ohne die Einmischung der USA 1917 in Europa der Friede möglich geworden wäre.

Amerika hat dann englischen Freunden so lange geholfen, bis es aus einem Schuldnerland der Gläubiger Europas – und Englands – geworden war.

Dennoch hat die englische Regierung von 1939 bis 1941 die Politik von 1914/17 wiederholt. In der Konspiration der Deutschenhasser in den USA mit den Dogmatikern der antieuropäischen „balance of power" in England wurde zum zweitenmal ein europäischer Krieg in einen Weltkrieg verwandelt, Europa innerhalb einer Generation zum zweitenmal niedergeworfen.

Nach der militärischen die wirtschaftliche Eroberung

In meinem Buch „Die Kriegsschuld der Sieger" kam ich zu dem Ergebnis: „1941 gab es so wenig ehrliche Gründe für einen Krieg der USA gegen das Reich wie 1917." Wer konnte annehmen, daß eine imperialistische Macht, die sich nicht scheute, zwei europäische Kriege in zwei Weltkriege gegen Europa zu verwandeln, darauf verzichten würde, Europa auch wirtschaftlich auszubeuten? Für die USA war Politik schon immer der Umweg zum Geschäft gewesen, in Europa genauso wie in Lateinamerika.

Von den Nachfolgern des „Kameraden Stalin" bedroht, mußten die Erben Roosevelts darauf verzichten, den Morgenthauplan restlos durchzuführen oder die Tributpolitik von Dawes und Young zu wiederholen. Man operiert jetzt mit indirekten Tributen. Die Bundesrepublik zahlt Reparationen durch Aufkauf von militärischem Schrott, durch die Unterstellung der deutschen Wehrkraft unter amerikanischen Oberbefehl; zahlt Tribute durch wirtschaftliche Überfremdung.

Bereits 1945/46 hatte man durch den Raub deutscher Warenzeichen, Patente und Erfindungen unausrechenbare Werte erbeutet, die auf Billionen geschätzt werden. Die geheimsten, aber vorteilhaftesten Reparationen jedoch kassierten die USA durch Währungsmanipulationen. Zwar waren die Sieger von 1918 und 1945 auch wirtschaftspolitisch so unfähig, daß sie den Dollar um 54 Prozent entwerten ließen. Doch nur in den USA. In der Bundesrepublik wird der Dollar, der drüben 1,80 DM Kaufkraft hat, immer noch mit 4 DM bezahlt. Auf diesem Umweg treiben die USA indirekt Reparationen ein, die jene Tribute des Dawes- und Youngplanes weit übersteigen.

Durch diese Währungstricks können die Manager des US-Kapitalismus europäische, besonders deutsche Industrien zur Hälfte ihres effektiven Wertes zusammenraffen und Riesengewinne erzielen. Ein französischer Schriftsteller, Jean Jacques Servan-Schreiber, hat diesen Zustand auf die klassische Formel gebracht:

„Wir zahlen dafür, daß man uns kauft . . ."

Servan-Schreiber, Herausgeber des Nachrichtenmagazins „L'Express", hat darüber ein Buch veröffentlicht: „Le Défi Americain" („Die amerikanische Provokation"). Er hat darin bereits vor der amerikanischen Plutokratie kapituliert und betrachtet es als unabwendbar, daß die USA – über die Vorherrschaft in den modernsten Zweigen der Industrie (Elektronik, Atomenergie, Aeronautik) – die Hegemonie über die gesamte europäische Wirtschaft erobern werden: „Europa selbst wird zum Satelliten", prophezeit er, und dies ohne Bedauern. Big Busineß werde in absehbarer Zeit Europa beherrschen. „In fünfzehn Jahren wird die dritte industrielle Weltmacht nach den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nicht mehr Europa sein, sondern die amerikanische Industrie in Europa."

Durch den währungspolitischen Sonderrabatt von über 50 Prozent konnten die amerikanischen „Befreier" seit 1958 für 56 Milliarden DM Betriebe in Westeuropa aufkaufen. 1966 vermehrten die Yankees ihre Investitionen im Gebiet der EWG um 40 (vierzig) Prozent.

Big Busineß regiert

Vermutlich wär es zweckmäßiger gewesen, wenn die USA dieses Geld angelegt hätten, um nicht von der sowjetischen Atom- und Raketenrüstung überrundet zu werden, und zwar genau zu der Zeit, da man Deutschland dem Atomsperrvertrag unterwerfen will.

Doch Big Busineß geht seine eigenen Wege. Clevere Bundesbürger haben das begriffen, wie Exkanzler Erhard und Exvizekanzler Mende. Nachdem sie in der Amerikanisierung der deutschen Politik nicht mehr verwendungsfähig sind, dienen sie gegen gute Dollars der Amerikanisierung der deutschen Wirtschaft (via Bauer und Cornfield).

Vielleicht sind diese Figuren die „Europäer" der Zukunft?

(20) DN Nr. 3 vom 19. 1. 1968

Ein Kommunist entwarf den Morgenthau-Plan

Neue Enthüllungen über die Kriegsverbrechen Roosevelts / Von Heinrich Härtle

Als Theodor Nathan Kaufmann sein Buch veröffentlichte, „Germany must perish" (Deutschland muß sterben), und die Sterilisierung der deutschen Bevölkerung forderte, wurde dies als Hirngespinst eines krankhaften Hassers verharmlost. Aus den neuen Untersuchungen von Professor Blum über Ursprung und Auswirkung des Morgenthau-Planes wissen wir aber, daß selbst Präsident Roosevelt ähnliche Pläne befürwortete. Auch der Morgenthau-Plan hätte die gleichen Folgen haben müssen. Er entsprach der Rachepolitik des Präsidenten. Zwar berichtet Professor Blum auch von Widerständen. So habe der Kriegsminister Stimson protestiert: „Stimson dagegen konnte den Morgenthau-Plan nur als Funktion der jüdischen Rache ansehen." Doch das ist zu einfach und einseitig gesehen.

Ohne Morgenthau wäre Roosevelt durchaus denkbar, nicht aber Morgenthau ohne Roosevelt. Das zeigt, wen die Hauptschuld an der Morgenthau-Politik trifft. Zugleich wird damit bewiesen, daß es zu simpel wäre, diese Politik nur auf „jüdische Rachsucht" zurückzuführen. Im Gegenteil, Morgenthaus Haßprogramm widersprach den richtig verstandenen jüdischen und auch den zionistischen Interessen. Da in den USA mehr als die Hälfte der Juden lebt, war der größte Teil der Juden am Wohlstand und an der Sicherheit der USA unmittelbar interessiert. Eine Schwächung des amerikanischen Lebenstandards und Sicherheitsbedürfnisses konnte auch den Juden in Amerika schaden. Eine Bolschewisierung Europas mußte also die jüdischen wie die nichtjüdischen Bürger der USA bedrohen. Die Durchführung des Morgenthauplanes aber hätte mit Deutschland auch Europa den Sowjets ausgeliefert. Durch ein bolschewistisches Europa aber wären dann Wohlstand und Sicherheit der USA gefährdet worden.

Die Morgenthau-Politik hätte sich also zum Nachteil auch des Weltjudentums auswirken müssen. Das gilt noch stärker für die zionistischen Interessen. In einem Deutschland, in welchem 30 Millionen zum Verhungern, viele Millionen zur Deportation verdammt worden wären, hätten niemals jene Milliarden aufgebracht werden können, die entscheidend mitgeholfen haben, den jüdischen Staat zu erhalten und zu entwickeln. Der Morgenthauplan mußte sich also auch für die existentiellen Interessen des Zionismus negativ auswirken.

Churchills Mitschuld

Schließlich sollte man nicht vergessen, daß nicht nur jüdische und amerikanische, sondern vor allem auch englische Politker am Morgenthauplan mitschuldig wurden. Bei seinem Besuch in London notiert Morgenthau, er habe von Churchill den Eindruck bekommen, „daß er für eine strenge Behandlung Deutschlands eintrat". Zwar habe es konservative Kräfte gegeben, die überzeugt waren, eine Zerstörung Deutschlands werde zur bolschewistischen Herrschaft über Europa führen, doch die alte Kriegspartei der Churchill, Eden usw. erhoffe sich von der Vernichtung des deutschen Industriepotentials die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz im Welthandel. Für diesen Preis wären sie bereit, die Morgenthau-Politik zu unterstützen.

Churchills Leibarzt, Lord Moran, hat darüber in seinen Erinnerungen einiges verraten. Sicher hat die amerikanische Milliardenanleihe, die Morgenthau an die Bedingung knüpfte, daß Churchill seinen Plan unterzeichne, Churchills Zustimmung erleichtert. Doch Lord Cherwell, alias Lindemann, bot seinem Premier noch einen einleuchtenderen Grund. „Ich habe", berichtet Cherwell-Lindemann, „Winston erklärt, der Morgenthauplan würde durch Ausschaltung eines gefährlichen Konkurrenten England vor dem Bankrott retten." Das hat, wie Morgenthau notiert, gewirkt. Churchill hat auch dann noch, als sogar Roosevelt von Skrupeln geplagt wurde, ob der Vernichtungsplan seines Finanzministers mit den amerikanischen Interessen noch vereinbar wäre, an der Morgenthau-Politik stur festgehalten: „Jedenfalls besprach er in Moskau mit Stalin ganz ernsthaft die Aussichten dieses Planes", berichtet Lord Moran.

Roosevelts Nachfolger Truman wurde wie seine Vorgänger von Baruch beraten und zum Festhalten am Morgenthauplan ermuntert. Baruch war damals gerade von seiner Englandreise mit ähnlichen Zielen in die USA zurückgekehrt. Er schilderte Truman, daß man in London stärker als je zuvor an der Zerstückelung Deutschlands interessiert sei. Morgenthau fand Baruch „unglaublich gut".

Später witzelte Truman über Roosevelt, weil er sich in Quebec so sehr auf Morgenthau und Baruch verlassen hätte. Doch als ihn Morgenthau vor der Abreise zur Potsdamer Konferenz nach seinem Plan fragte, antwortete Truman lächelnd: „Oh, ich habe ihn gelesen, und ich kenne alle Punkte. Und ich halte ihn für sehr gut."

Die berüchtigte Anweisung JCS 1067/6 für die alliierte Militärdiktatur in Deutschland enthält das Todesurteil Morgenthaus über Mitteleuropa. Es sollte in den ersten Nachkriegsjahren vollstreckt werden. Noch in seinen Erinnerungen stellt Morgenthau triumphierend fest:

„Seit der Konferenz von Quebec haben die grundlegenden Prinzipien dieses Programms die amtliche Stellungnahme der Regierung der Vereinigten Staaten gebildet."

Morgenthau hat daran festgehalten, auch noch, als der amerikanische Außenminister Hull erklärte: „Das bedeutet, daß nur 60 Prozent der deutschen Bevölkerung eine Lebensmöglichkeit hätten, die übrigen 40 Prozent müßten Hungers sterben . . ."

Im Solde Moskaus

Diese vernichtende Auswirkung war es gerade, die den Kreml veranlaßte, Morgenthaus Fanatismus zu unterstützen. (Er hatte selbst erklärt: „Es ist ganz unvernünftig, anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten in Rußland oder im Kommunismus eine Gefahr sehen müßten.") Die Sowjets aber konnten sich ausrechnen, wann ihnen das verhungernde und verzweifelnde Deutschland in die Fänge geraten mußte.

Es gibt ernsthafte Untersuchungen, die nachweisen wollen, daß der Morgenthauplan weniger ein „Racheakt des Weltjudentums" gewesen sei als vielmehr ein Werkzeug der bolschewistischen Welteroberung. Wenn man überlegt, wem dieser Zerstörungsplan nützen konnte, ergibt sich diese Schlußfolgerung zwingend. Die Sowjets wollten zwar in ihrem Beuteraum die deutsche Industrie nicht ausrotten, sondern in den Dienst ihrer Tributpolitik stellen. Wenn aber der Westen in seinem Besatzungsgebiet nach der Morgenthau-Anweisung JCS 1067/6 zerstören wollte, konnte es sich für den Kreml nur günstig auswirken, weil dann die Westzone für den Kommunismus bald sturmreif werden mußte.

Fest steht, daß Morgenthaus engster Handlanger, Harry Texter White aus Litauen, den Morgenthauplan entworfen hat. Ebenso sicher ist, daß dieser White vor einem Untersuchungsausschuß des US-Senats überführt wurde, „im Dienst der sowjetischen Spionage gestanden zu haben". Professor Dr. Anthony Kubek, Dozent an der Universität Dallas, hat dem Senat das Ergebnis seiner Untersuchungen des Morgenthauplanes mitgeteilt. Kubek stellt dabei fest: Morgenthau und White hätten „die Bolschewisierung der besiegten deutschen Nation" geplant.

Schon am 2. November 1945 hatte der FBI-Chef Joseph Edgar Hoover in einem Geheimbericht an Truman festgestellt, White sei eine „Hauptfigur des sowjetischen Spionagerings". Über Nathan G. Silvermaster und Ullmann habe er mit dem Sowjetagenten Jacob M. Golos zusammengespielt, ergänzt Hoover am 1. Februar 1946 in einer Meldung an das Weiße Haus.

Im April 1947 hat sich der Sowjetspion und Morgenthau-Gehilfe White durch getarnten Selbstmord seinen Richtern entzogen.

Dennoch: Die Dienste, die Morgenthau und White den Sowjets bewußt oder unbewußt geleistet haben, sind bescheiden, verglichen mit jener Hilfe, die der Kreml Roosevelt selbst verdankt.

Morgenthau ist tot, die Morgenthau-Boys leben weiter. In der Presse, im Film, in den Massenmedien, in der Wirtschaft und auch in der Militärpolitik der USA. Der Atomsperrvertrag ist ihr gegenwärtig gefährlichstes Projekt. Adenauer mußte wissen, was er meinte, als er diesen Entmachtungsplan für das Deutschland von heute und morgen als „Morgenthauplan im Quadrat" kennzeichnete. Vor einigen Tagen forderte der Londoner „Economist", Bonn solle endlich „den Sperrvertrag schlucken".

(21) DN vom 11. 11. 1966

Morgenthau über der Ruhr

Nach der Kohlen- die Stahlkrise – Bonner Wirtschaftspolitik im Dienste Morgenthaus / Von Dr. Horst Arnold

Seitdem Klöckner und Thyssen verkündet haben, die Dividenden zu kürzen, seitdem beim Bochumer Verein und im Stahlwerk Rheinhausen Arbeitszeitverkürzungen anstehen und auch andere Stahlwerke Kurzarbeit erwägen, geistert eine böse Prognose durch die Wirtschaftsteile der deutschen Presse: Zur Kohlenkrise gesellt sich die Stahlkrise. Als Ursachen werden genannt: Der hohe deutsche Kohlepreis, die hohen deutschen Löhne und die Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Montan-Union.

Es fällt auf, daß von beiden Krisen besonders jenes Gebiet betroffen wird, das immer als die Stärke der deutschen Wirtschaft galt und das deshalb im Morgenthau-Plan zerstört werden sollte; es fällt besonders auf, daß es sich bei allen oben genannten Krisenursachen um Versäumnisse handelt, die letzten Endes die Bonner Wirtschaftspolitik zu vertreten hat, und dies fällt erst recht und vor allem auf in einer Zeit, in der für die Umstrukturierung des Ruhrgebietes keine Kosten gescheut werden. So unglaubwürdig uns auch jene Munkeleien böser Zungen sind, daß dies alles nur geschehe, auf daß Herrn Kienbaums Unternehmensberaterei floriere, so fest sind wir davon überzeugt, daß in den kommenden Monaten und Jahren der Geist Morgenthaus über den Wassern der Ruhr schwebt, um das unheilige Triumvirat der Herren Erhard, Schmücker und Kienbaum zu segnen.

Bonn hat die expansive Lohnpolitik des DGB geduldet, obwohl es eine alte Erfahrung ist, daß jedes Land ein bestimmtes Kostengefüge hat, das ihm gleichsam von der Natur vorgegeben ist, und das behutsam so gesteuert werden muß, daß die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt – für eine Veredelungswirtschaft bekanntlich lebenswichtig! – nicht Schaden nimmt. Die Löhne und Gehälter können also nur in dem Maße steigen, wie Einsparungen auf anderen Gebieten erzielt werden, Einsparungen, die aber keinesfalls zu Lasten der Eigenständigkeit gehen dürfen.

Was die Löhne und Gehälter betrifft, so beschränkte sich Bonn alibibeflissen auf Maßhalteappelle, was nicht ausschließt, daß es in puncto Maßhalten stets das schlechteste Beispiel gab. Und für die Eigenständigkeit hatte es nicht einmal einschlägige Appelle übrig, im Gegenteil, es war im Schutze der liberalistischen Wirtschaftsdogmatik sein heißestes Bemühen, jede Eigenständigkeit zu untergraben.

Bonn tat ferner nichts, um wenigstens innerhalb der Montan-Union die steuerlichen Wettbewerbsverzerrungen besonders gegenüber dem französischen Stahl zu beseitigen. Warum unternahm es nichts? Die Stahlindustrie hatte doch oft und deutlich genug mehr Aktivität gefordert! Wie war es möglich, daß die Bundesrepublik bei ihrer gewichtigen Stellung innerhalb der Montan-Union hier genau so wenig erreichen konnte wie in der EWG?

Weil Bonn gar nichts erreichen wollte! Deutlich tritt dies in diesen Tagen ans Licht. Der Morgenthau-Plan sollte den deutschen Kohlebergbau und die deutsche Stahlindustrie zerstören. Bonn ließ das deutsche Kostengefüge sich so entwickeln, daß heute der billige Auslandskoks über die Existenz unserer Stahlindustrie entscheidet. Daß diese Kostensenkung nicht zur „Förderung des deutschen Wohlstandes", wie uns immer wieder erzählt wird, geschieht, dafür ist kein Geringerer Zeuge als Mr. George McGhee, Botschafter der USA in der Bundesrepublik. Vor dem Export-Club in München wies er kürzlich darauf hin, daß die Arbeitskosten in Deutschland jährlich um etwa drei Prozent stiegen, und daß deshalb der kostenmäßige Ausgleich zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit eben über die billige Auslandsenergie erreicht werden müsse. Andernfalls könnte es der deutschen Industrie „leicht passieren, daß ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten – und selbst auf dem deutschen Markt – nachläßt, wenn es ihr nicht gelingt, sich die benötigte Energie so billig zu verschaffen wie die Industrie anderer Länder". Und mit einem deutlichen Blick auf das Ruhrgebiet sagte der Botschafter: „Jedes Hinausschieben der erforderlichen Anpassung kommt die deutsche Wirtschaft als Ganzes teuer zu stehen."

So ist es denn erreicht: Muß die Stahlindustrie weiter hohe Kokspreise zahlen, geht sie vor die internationalen Hunde, ohne daß dem deutschen Kohlebergbau nachhaltig geholfen wird, im Gegenteil, er leidet unter dem Niedergang der Stahlindustrie. Kann die Stahlindustrie auf billige Importkohle zurückgreifen, ist es endgültig um unseren Bergbau geschehen, ohne daß im Grunde der Stahlindustrie nachhaltig geholfen ist; denn die Löhne werden weiter steigen und die Steuern nicht minder; gegen das eine wird Bonn nichts tun und für das andere sorgt in bewährter Weise die Finanzpolitik. Den Morgenthau-Plan in der reinen Form seines Hun-

gerelends zu verwirklichen, war einmal nicht opportun. Man schaltete auf „Wohlstand" um, und die Arbeitgeber – politisch nicht minder unbedarft als die Arbeitnehmer – machten mit. Keiner sah im Wohlstandsnebel, wohin die Reise ging. Das Ziel hieß von Anfang an: Kohle und Stahlkrise zur Umstrukturierung des Ruhrgebietes und damit zur Zerstörung der deutschen Wirtschaftsgrundlagen und der deutschen Wirtschaftskraft.

„Vor eineinhalb Jahrhunderten wurde Indien ‚umstrukturiert': Um die Textilindustrie von Lancashire zu förnern, verboten die Engländer die hochentwickelte indische Heimindustrie, dehnten sie zur Versorgung ihrer Fabriken zugleich den indischen Baumwollanbau entsprechend aus. Und von dieser ‚Wirtschaftspolitik' hat sich Indien nie wieder erholt." Diese Parallele führt Anton Zischka in seiner Schrift „Die Ruhr im Wandel" zur Warnung an.

Herr Erhard als einer der Hauptverantwortlichen des Morgenthau-Planes im Wohlstand hat einmal nach einer formierten Gesellschaft gerufen. Es ist höchste Zeit, daß sich das deutsche Volk formiert, um die Bonner Morgenthau-Gesellschaft vom Platze zu fegen!

(22) DN Nr. 9 vom 1. 3. 1968

Die Deutschen in Grenoble

Die Olympischen Winterspiele in Grenoble haben einmal mehr gezeigt, wohin ein Volk kommt, wenn es seinen politischen Instinkt unter amtlicher Narkose verliert. In drei Mannschaften (nicht in zwei, wie allgemein gesagt wurde) traten die deutschen Sportler an. Eine Deutsche errang ihre Goldmedaille für das Konto Italiens, die Südtirolerin Lechner. Einmal wurde sie in der Berichterstattung des Fernsehens auch richtig als Tirolerin benannt. In der Nationenwertung sah dann das Ergebnis der deutschen Zerrissenheit so aus:

5. Platz Österreich	3	4	4
8. Platz Bundesrepublik	2	2	3
11. Platz Mitteldeutschland	1	2	2
außerdem Lechner-„Italien"	1		
Deutsche	7	8	9

Die Deutschen standen also in Grenoble auf dem ersten Platz (Norwegen an zweiter Stelle mit 6, 6, 2). Wir stellen das hier nicht fest, um nach außen nationale Überlegenheit zu dokumentieren. So wichtig sind die Olympischen Spiele nun auch wieder nicht, zumal die Wertungen oft die Objektivität vermissen lassen. Wir wollen aber nach innen diesen Tatbestand deutlich machen. Das olympische Ergebnis ist nur ein Symbol. Wir wären auf Platz 1, wenn die Deutschen die Führung hätten, die sie verdienen.

(23) DN Nr. 68 vom 29. 11. 1968

Die Deutschen zahlen alles

Über Nacht ist am vergangenen Montag die unverständliche Euphorie der Bonner Politik zusammengebrochen. Sonnte sich Bundeswirtschaftsminister Schiller (SPD) am Wochenende noch in dem zweifelhaften Glanz seines „Erfolges" auf der Zehnerkonferenz, so zerstörte der französische Staatspräsident jäh den Überschwang der Bonner Technokraten mit einer politischen Entscheidung, die von unseren Experten offenbar gar nicht ins Kalkül gezogen worden war. Hatte „Bild" großmaulig und dumm dem staunenden Bundesbürger am Sonnabend noch in Riesenlettern verkündet, wir seien nun „Nr. 1 in Europa", so mußte dieses Blatt mit seiner törichten Spießergesinnung am Montag bereits kleinlaut eingestehen, daß man sich gründlich getäuscht hatte: „Der große Charles tat wieder einmal das Unerwartete . . .", resümierte „Bild" und gestand damit ein, daß man in Bonn in rein finanztechnischen Kategorien gedacht hatte, während alle anderen Beteiligten in politischen Koordinaten dachten und handelten. Deutschland zahlt alles. So lautete die Absicht unserer wieder einmal festalliierten Freunde. Und Deutschland wird tatsächlich alles zahlen. So und nicht anders ist das Ergebnis des währungspolitischen Tauziehens der letzten Tage zu bewerten, das noch längst nicht abgeschlossen ist.

Erst die nächsten Monate werden auch zeigen, wie sehr sich unser Bundeskanzler verkalkuliert hat, als er dem Fernsehpublikum anvertraute, solange er Kanzler sei, werde es niemals zu einer Aufwertung der Deutschen Mark zugunsten der anderen schwächeren Währungen kommen. Böse Zungen bemerkten hierzu, offenkundig rechne der Kanzler nicht mehr mit einer längeren Amtszeit, womit sie ebenso das Richtige getroffen haben dürften wie jene Kritiker, die zu dem Kanzlerwort gemeint hatten, ein Politiker dürfe niemals niemals sagen. Die Lösung des Problems, die Wirtschaftsminister Schiller zur Umgehung der geforderten DM-Aufwertung in einer Verteuerung der deutschen Exporte und einer Verbilligung unserer Einfuhren sah, war ohne Zweifel ein recht origineller Gedanke. Doch hat der mit spielerischer Leidenschaft in seinem Fach denkende und handelnde Professor dabei gänzlich übersehen, daß es sich bei dem ganzen Komplex primär um eine politische und nur sekundär um eine finanz- und wirtschaftstechnische Frage handelte.

Seine Verhandlungspartner hingegen verhandelten unter der politischen Prämisse, daß man als Sieger schließlich nicht zulassen könne, daß die Deutschen noch im Zustand der Teilung durch ihren Fleiß und ihre Tüchtigkeit imstande seien, auf dem „Kriegsschauplatz" des Welthandels eine Schlacht zu gewinnen. Und darin waren sie sich alle einig: die Deutschen und kein anderer hätten die Zeche der verfehlten Enwicklung zu zahlen. Und wir werden zahlen, zahlen und nochmals zahlen, womit dem 21. August in Prag nun der 21. November von Bonn nur unter veränderten Vorzeichen gefolgt ist. Noch ist die kommende Entwicklung noch nicht zu übersehen, doch lassen sich bereits heute folgende Fakten feststellen:

— Für das britische Pfund haben wir in den letzten 12 Monaten bei zwei Stützungsaktionen bereits 1.6 Milliarden DM aufbringen müssen.

— Unsere französischen Nachbarn erhalten nunmehr zur Stützung ihres durch Cohn-Bendit und seine Garden strapazierten und ramponierten Franc 2,4 Milliarden DM.

— Die deutschen Ausfuhrgüter werden künstlich um 4 Prozent verteuert, während unsere Wettbewerbspartner ihre Exporte durch Subventionen und Präferenzen forcieren.

— Der deutsche Binnenmarkt wird mit gewaltsam verbilligten Gütern aller Art überschwemmt werden.

Es gibt nicht den geringsten Zweifel, daß bereits diese Maßnahmen ernste Belastungen unserer Staatsfinanzen wie auch der gütererzeugenden Wirtschaft mit sich bringen, deren Ausmaß numerisch noch nicht zu taxieren ist.

Doch ist das noch nicht alles: für das kommende Jahr ist zu erwarten, daß wir

— durch die USA stärker als je zuvor zur Kasse gebeten werden, sobald dort die neue Regierung fest im Sattel sitzt;
— mit weiteren Forderungen der Engländer rechnen müssen, die in einer Pfundabwertung die einzige und aus politischen Gründen sehr unbeliebte Alternative haben;
— möglicherweise mit einer kaum noch zu umgehenden Dollarabwertung zu rechnen haben, bei gleichzeitiger Verschärfung des Drucks auf Bonn und Frankfurt, endlich eine kräftige Aufwertung des Außenkurses der Deutschen Mark vorzunehmen.

In Bonn ist das alles nicht unbekannt. Aber man hofft, daß unsere Freunde der Regierung noch eine Galgenfrist bis zur Bundestagswahl gewähren, was wiederum höchst unwahrscheinlich ist, weil sich eine einmal in Gang gesetzte Lawine – rollt sie erst einmal – kaum nach Belieben abbremsen läßt.

Man hat bei unseren Freunden nichts dagegen, daß hier bei uns härter gearbeitet wird als anderswo. Man ist aber sehr dagegen, daß wir auch die süßen Früchte unserer Arbeit ernten. Das ist der Tatbestand, sine ira et studio.

(24) DN vom 18. 11. 1966

Parasiten

Der deutsche Michel nährt sie alle

200 Mill. DM zahlt die Bundesrepublik alljährlich an den Europäischen Entwicklungsfonds. Aus ihm werden bekanntlich Entwicklungsprojekte in afrikanischen, mit der EWG assoziierten Ländern finanziert. Bis Ende 1965 haben deutsche Baufirmen aus diesem Fonds – er besteht immerhin seit 1958 – Aufträge im Werte von etwa 52 Mill. DM erhalten. Man kann dies mildestenfalls als ein Mißverständnis bezeichnen.

Die NATO verlegt ihr Hauptquartier nach Casteau bei Brüssel. Für den ersten Bauabschnitt wurden Aufträge in Höhe von rund 770 Mill. DM vergeben. An belgische Firmen. Hier besteht schon kein Mißverhältnis mehr, hier steht alles gegen nichts.

60 Mill. DM sind für den zweiten Bauabschnitt vorgesehen. Für diese Aufträge besteht eine Vergabefrist von fünf Tagen. Deutsche Firmen, die sich beteiligen wollen, müssen in einer belgischen(!) Qualifikationsliste eingetragen sein; außerdem erfolgt die Ausschreibung lediglich in französischer Sprache. Belgien ist nämlich unser EWG-Partner und Verbündeter. Es denkt absolut europäisch, zumindest in den offiziellen Verlautbarungen. Die Vergabe von Bauaufträgen gehört nicht in diese Rubrik. Daher der feine Unterschied.

Auf den EWG-Agrarfonds sei nur hingewiesen, um zart anzudeuten, daß die Liste der Schröpfköpfe am deutschen Wirtschaftsleben noch weiter geht. Man kann auch an Parasiten denken, die sich so verwünscht schnell einnisten und vermehren, wenn ihnen nicht gleich von Anfang an energisch gewehrt wird. Die Bundesrepublik hat dies bekanntlich nicht getan. Es sei dahingestellt, ob sie sich nicht traute, oder ob sie sich in der Rolle des spendablen Onkels wohlgefiel. Man hatte es ja! Heute aber hat man es nicht mehr. Doch die Parasiten wollen weiter leben; ihnen ist es egal, wie es um die Gesundheit ihres Wirtes bestellt ist.

Den gegenwärtigen Kräften in Bonn nimmt man ernsthafte Gegenwehr nicht ab. Also müssen neue Kräfte nach Bonn, die gewillt und fähig sind, sich zu wehren. Denn Parasiten fallen erst ab, wenn für sie nichts mehr zu holen ist. Und so weit soll es mit uns doch wohl nicht kommen. Oder?

(25) DN Nr. 7 vom 14. 2. 1969

Zu Tode gemästet?

Immer mehr Wachstum für die Bundesrepublik – Der Fleißige und die Faulpelze / Von Gottlieb Schultze

Man kann einen Menschen mit einer Axt erschlagen, man kann es auch – nach Heinrich Zille – ebenso gut mit einer Wohnung. Man kann ihn auch zu Tode mästen. In feiner Gesellschaft erschlägt man nicht, sondern mästet. Das wirkt nicht so brutal und hat auch den beabsichtigten Erfolg. Für den Betroffenen ist alles gleich widerlich. Das Mitglied der EWG-Kommission Barre hat vor dem Europäischen Parlament die Bundesrepublik zu einer Wachstumsrate von mindestens 5 Prozent verdonnert. Der Anstieg des Privatverbrauchs, die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben und die Erhaltung eines umfangreichen Kapitalexports müßten die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik einen ihrer wirtschaftlichen Stärke entsprechenden Beitrag für die Gemeinschaft und die übrige Welt leisten kann. Andernfalls, so meinte Barre, bliebe das Problem des deutschen Zahlungsbilanzüberschusses akut und würde zu neuen Schwierigkeiten auf EWG- und internationaler Ebene führen.

Womit denn klar wäre, warum unsere Wirtschaft wie unser Einkommen und damit – das hat Barre nicht gesagt – liegt aber auf der Hand – unser Wohlstand so fulminant wachsen soll, nicht auf daß es uns wohl ergehe, sondern damit unser Zahlungsbilanzüberschuß verschwindet, was wiederum bedeutet, daß es hier einzig um die Inflationsrate geht, die ein Wachstum des Bruttosozialprodukts um 5 Prozent in sich schließt. Man sagt nun einmal nicht: Ihr müßt eure Währung inflatieren, sondern man verordnet Wachstumsraten, die notwendig zur Inflation führen müssen. Würde sich Bundeswirtschaftsminister Schiller freiwillig zu einer Inflationsrate von 4 Prozent verstehen, das Wachstum unserer Wirtschaft wie unser Privatverbrauch und Wohlstand wäre unseren treuen Freunden und Verbündeten völlig egal.

Wir fürchten, in den nächsten Monaten noch mehreren Empfehlungen vom Kaliber Barre ausgesetzt zu sein. Denn wir arbeiten fleißig, während die anderen streiken, und Streik schädigt jede Wirtschaft. Und wie in der Schule ist der Musterknabe allzu oft der Prügelknabe; denn Erfolg erregt Neid, und Neid prügelt, besonders wenn der Erfolgreiche einen Krieg verloren hat und eigentlich ganz unten auf der letzten Bank sitzen müßte.

In den USA liegen zur Stunde 425 Schiffe in den Häfen von Maine bis Texas fest, weil die Hafenarbeiter seit Dezember streiken. Immer empfindlicher werden die Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft. „Wallstreet Journal" schätzt den bisherigen Schaden für die USA auf mehr als 600 Mill. Dollar.

In Großbritannien laufen etwa ein Dutzend Streikbewegungen, darunter bei der Post, in der Stahl- und in der Automobilindustrie. Es sind das ziemlich konjunkturwichtige Bereiche. England wird das zu spüren kriegen, wie ja die peinliche Lage des Pfundes nicht zuletzt eine Folge der ewigen Streiks ist. Doch auf der glückseligen

Insel scheint niemand bereit zu sein, aus der Vergangenheit zu lernen, sind doch nach amtlichen Angaben trotz aller Pfundkrisen der letzten Jahre in den ersten 9 Monaten von 1968 nicht weniger als 3 874 000 Arbeitstage durch Streiks verlorengegangen. Allein die Automobilindustrie erlitt Exportverluste von umgerechnet 600 Millionen DM.

Wir fürchten, noch viel mehr als von Herrn Barre verordnet „wachsen" zu müssen, um mit unserer Wachstumsinflationsrate die Streikfreudigkeit unserer Partner zu kompensieren. Was bei denen die Streiks, muß bei uns die Inflation zerstören, damit wir im wirtschaftlichen Gleichschritt bleiben. Dabei sind die Konsequenzen für die Devisenkurve unserer streikwütigen Freunde noch nicht einmal berücksichtigt. Dann wird die Geschichte noch trüber; denn je arbeitsamer wir sind, desto mehr ziehen wir das Geld aus den streikenden Ländern an. Fleißige Leute sind nun einmal vor allem kreditwürdig.

Weshalb wir denn, um die Gemüter unserer Freunde und Verbündeten zu beruhigen, gleich auch solche faulen Streikpelze werden sollten wie sie. Denn ihre Sorgen um unser Wachstum sind nicht anders als der heiße Wunsch, daß wir uns überfressen mögen, damit wir den Kollaps kriegen. Dann sind sie einen lästigen Konkurrenten auf „anständige" Weise los!

(26) DN Nr. 36 vom 6. 9. 1968

Michel meint:

Am Rande der großen Geschehnisse begab sich in Bonn das Gewohnte; die ersten Nachrichten über den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei waren bekannntgeworden und erforderten deutsche Stellungnahme; die Suche nach einer „Formel" begann. Das war in diesem Fall gar nicht so einfach; einerseits machen wir in „Entspannung", wollen weder den Russen noch den Polen, Ungarn oder Bulgaren – genauer gesagt: deren derzeitigen Potentaten – etwas Böses mitteilen, andererseits gilt es an den Ufern des Rheins für ausgemacht, daß in Erklärungen westdeutscher Politiker eine Zutat deutscher Zerknirschung so unerläßlich ist wie das Amen in der Kirche.

Die Chance zu einer Deklamation, die diesen Rücksichten Rechnung trug, ward schließlich in dem Umstand entdeckt, daß auch einige Einheiten der DDR-„Volksarmee" von den sowjetischen Befehlshabern zum Einmarsch nach Prag mit herangepfiffen worden waren. Die ganze Welt weiß freilich, daß dies ein belangloses Merkmal des Geschehens war, daß Ulbrichts Befehlsverweigerung kaum zumutbar war und daß die mißbrauchten DDR-Soldaten bei der Paroleausgabe ganz gewiß nicht über die deutsche Vergangenheit von Eger und Karlsbad belehrt worden sind.

In Bonn aber war das Stichwort gegeben: „Wie 1939" klagten die einen, andere wußten sogar den Oktober 1938 – als deutsche Truppen nach dem Münchner Abkommen den Sudetenlandanschluß vollzogen, ohne auch nur einen Meter tschechischen Volksbodens zu betreten – zu nennen, um „bittere Erinnerungen" zu beschwören; „erneut finde ein Geschehen statt, unter dem wir Deutsche alle wieder zu leiden haben werden". Diese in Bonn angestimmte Melodie hat freilich in der gewohnten antideutschen Propaganda nicht die übliche Aufmerksamkeit gefunden. Nur aus Peking meldete sich das Echo, die Kremlgenossen hätten sich „wie Hitler" benommen. Überall sonst hat man sich wohl etwas genauer an die in diesem Zusammenhang allein erwähnenswerten Vorgänge des März 1939 erinnert und hat erfaßt, daß der Vergleich sogar zu diesen umstrittenen Geschehnissen zuungunsten der heutigen Kremlmachthaber ausfällt. Immerhin war damals das tschechoslowakische Staatswesen auf Grund innenpolitischer Experimente (die im Januar 1939 mit einem Eingriff in die Autonomie der seinerzeitigen „Karpatho-Ukraine" begonnen hatten) nach der durch das Preßburger Parlament verkündeten Selbständigkeitserklärung der Slowakei staatsrechtlich auseinandergebrochen; erst nach diesem Vorgang hatte sich der heute vielbeschimpfte Staatspräsident Hacha nach Berlin begeben, dort Hitler erklärt, er wolle das tschechische Schicksal „in seine Hand legen", sich dessen überstürzt formulierten Bedingungen gebeugt, den Protektoratsvertrag geschlossen und die Einwilligung zum deutschen Truppeneinmarsch erteilt, der sich dann bekanntlich ohne jeglichen Zwischenfall vollzog. Man mag aus heutiger Sicht diese Episode politisch kritisieren und sie Hitlers Fehlentscheidungen zurechnen, bei der Heranziehung zu Gegenwartsvergleichen können zwei Tatsachen nicht hinwegdiskutiert werden (und das weiß man in Bonn auch).

Erstens: die damalige CSR hatte auch nach München ihr Bündnis mit Moskau nicht aufgekündigt, sie stellte also für die deutsche Wehrmacht ein militärisches Problem dar – wie es für die Russen heute nur der Fall wäre, wenn Prag einen Beitritt zur NATO vollzogen hätte.

Und zweitens: die im März 1939 in Berlin erteilte Protektoratszusicherung wurde deutscherseits eingehalten, das tschechische war das einzige mittel- und osteuropäische Volk, das während des ganzen zweiten Weltkrieges keinen einzigen Mann ins Feld zu stellen hatte – während heute die Russen von ihren Warschauer-Pakt-Staaten das Antreten und Marschieren fordern, wo immer es die Sowjetmarschälle verlangen –, und es sei auf Umwegen, wo die Bulgaren in die CSSR gelangten. Michel meint: Wer antideutsche Stichworte in die Welt posaunt, der sollte zuerst darüber nachdenken, was wirklich einst war und heute ist – der gewohnte Ritus der Bonner Bußübungen beginnt zu langweilen.

(27) DN Nr. 49 vom 8. 12. 1967

Bayerisches Grenzland in Gefahr

Abgeordneter Walter Bachmann warnt vor tschechischen Sirenentönen

Die Grenzräume zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volke waren immer schon Spannungsgebiete. Insbesondere waren sie dies nach dem Zusammenbruch des Reiches der Habsburger. Der tschechische Nationalismus hatte damals durch die Schaffung der Tschechoslowakei die Machtmittel in die Hand bekommen, um sein auf lange Sicht geplantes Hochziel, die Beseitigung des deutschen Elements aus Böhmen, zu erreichen.

Aber damit ist nur ein Ziel des tschechischen Nationalismus angesprochen. Er war sich seiner geopolitischen Sonderlage stets voll bewußt: Bis zur Vertreibung der Deutschen aus Schlesien war der tschechische Volkskörper von drei Seiten vom deutschen Siedlungsraum umgeben. Vernünftigerweise hatte er keine Chance, aus dieser Umklammerung loszukommen. Und trotzdem versuchten die Prager Nationalisten, an einer Stelle den Durchbruch auf deutsches Gebiet zu erzwingen, nämlich dort, wo das sudetendeutsche Siedlungsgebiet auf tschechoslowakischem Boden am schmalsten war: gegenüber Furth im Wald.

Sehr bald nach der Gründung der CSR war zu erkennen, daß jenseits der bayerischen Grenze die Vorbereitungen für den Durchbruch anliefen. Man versuchte die sudetendeutsche Engstelle zu erweitern und siedelte national zuverlässige Tschechen an. Sie wurden durch die Errichtung eines gutfunktionierenden Genossenschaftswesens und anderer Maßnahmen wirtschaftlich gestärkt.

Zum tschechischen Sprung auf deutsches Siedlungsgebiet kam es durch die politischen Vorgänge nach 1933 nicht mehr. Aber der Gedanke, in Bayern Fuß zu fassen, blieb und wird gegenwärtig mit den Mitteln moderner Industrialisierung wieder in Gang gesetzt. Und wie es den Anschein hat, ist die bayerische Staatsregierung drauf und dran, den Tschechen dabei zu helfen, weil sie offenbar nationalistische Pläne nicht durchschaut.

Einen anderen Schluß läßt die Äußerung des bayerischen Wirtschaftsministers Dr. Otto Schedl nicht zu, die er dem NPD-Abgeordneten Walter Bachmann (Regensburg) auf eine schriftliche Anfrage an die Staatsregierung gegeben hat. MdL Bachmann hatte im Zusammenhang mit Problemen des deutsch-tschechoslowakischen Grenzverkehrs u. a. gefragt, ob es zutreffe, daß die Ansiedlung tschechischer Betriebe im ostbayerischen Grenzland geplant wird. Die Antwort des Wirtschaftsministers bestätigt die ganze Gefährlichkeit der Lage:

„Der bayerischen Staatsregierung ist bekannt, daß die Ansiedlung tschechischer Betriebe im ostbayerischen Raum diskutiert wird." (Siehe Beilage 518 des Landtags.) Die Gefahr besteht darin, daß die bayerische Staatsregierung auf den östlichen Partner hereinfällt und ihm selbst das Tor nach Bayern öffnet.

Das Lebensinteresse Bayerns verlangt daher, daß die Verhandlungen nicht weitergeführt werden. Vielmehr muß auf der bayerischen Seite in dem fraglichen Raum alles getan werden, um deutsche Betriebe anzusiedeln und vor allem der Landwirtschaft mindestens die gleiche Förderung angedeihen zu lassen, wie sie jenseits der Grenze aufgewendet wird.

(28) DN vom 30. 9. 1966

Es ist der Liberalismus, an dem Völker verderben

Gerhard Kienbaums Wirtschaftspolitik gegen Deutschland

Die Aktionsgemeinschaft Deutsche Steinkohlenreviere ist ein Fiasko. Allzu mühsam muß der relativ niedrige Zeichnungsbetrag von 200 Millionen DM zusammengestottert werden. Man macht es sich zu leicht, wenn man hier nur eine Auswirkung der gegenwärtigen Liquiditätsklemme vermutet. Stützungsaktionen sind nicht zuletzt eine Angelegenheit des Vertrauens in die Zukunft, und gerade dieses Vertrauen nicht aufkommen zu lassen, ist das heißeste Bemühen des Wirtschaftsministers von Nordrhein-Westfalen, Gerhard Kienbaum.

Dieser Primitivliberalismus aus der geistigen Altstadt Manchesters hat nicht nur durch seine Intervention im Landtag Zugeständnisse von mehreren 100 Millionen Mark für den Steinkohlenbergbau verhindert, er schießt neuerdings auch gegen die Stahlsubventionen als eine „neue Variante der Subventionen für den Steinkohlenbergbau". Der deutsche Kohlebergbau wie die deutsche Grundstoffindustrie müssen verschwinden, und die arbeitenden Menschen des Ruhrgebiets müssen, so will es Herr Kienbaum, „noch stärker als in der Vergangenheit von den Grundstoffindustrien zu den verarbeitenden Industrien und den Dienstleistungen überwechseln".

Wir geben gern zu, daß Subventionen ein – auf Dauer gesehen – schlechtes Mittel sind, Wirtschaftszweige am Leben zu erhalten. Sie sind aber immer noch besser als gar nichts und können zumindest so lange hingenommen werden, bis eine fähige nationale Regierung in Bonn und Düsseldorf die geistigen Nachfahren Ricardos dahin schickt, wohin sie gehören, nämlich ins Panoptikum wirtschaftspolitischer Unfähigkeit.

Was man jedem Entwicklungsland nicht nur zugesteht, sondern mit allen Listen und Tücken anzufördern trachtet, die eigene Energieversorgung und die eigene Grundstoffindustrie, das wird dem deutschen Volk unter dem Schlagwort „Umstrukturierung" zerstört! Noch mehr als Herr Erhard ist Herr Kienbaum ein Beweis für die Wahrheit des Wortes, daß es der Liberalismus ist, an dem die Völker verderben.

(29) DN Nr. 45 vom 10. 11. 1967

Primat der Politik oder Primat der Nation?

Flickarbeiten am Liberalismus – Es geht um die Alternative / Von Dr. Horst Arnold

Mit dem Amtsantritt des gegenwärtigen Bundeswirtschaftsministers ist die soziale Marktwirtschaft, die in ihrer Kopplung von liberalistischem Konkurrenzhickhack mit sozialen Vorstellungen an sich schon ein Widerspruch in sich ist, um eine weitere, dem Grundgedanken des Liberalismus widersprechende Besonderheit bereichert worden: die Globalsteuerung, mit deren Hilfe bestimmte Ziele erreicht werden sollen. Versuchte die soziale Marktwirtschaft dem Manchestertum mit seinem rücksichtslosen Ausschöpfen der Marktchancen durch soziale Bremsen zu wehren, so will die Globalsteuerung eine Synthese zwischen staatspolitischem Einfluß und Unternehmerfreiheit erreichen.

Es soll nicht untersucht werden, wieweit die gegenwärtig geübte Globalsteuerung den Vorstellungen Prof. Schillers entspricht. Es geht vielmehr darum, daß der Liberalismus je länger desto mehr bekennen muß, wie unmöglich es ist, aus dem Chaos seines atomistischen Wettbewerbs die Ordnung gemeinschaftsbewußten und -bezogenen Handelns zu schaffen. Chaos und Ordnung sind nun einmal unvereinbare Gegensätze; es gibt zwischen beiden keine Brücke.

Sowohl in dem Eigenschaftswort „sozial" des Begriffes soziale Marktwirtschaft wie in der „Globalsteuerung" beugt sich der Liberalismus dem, was man den Primat der Politik nennen kann, indem er anerkennt, daß die wirtschaftliche Tätigkeit nicht ausschließlich der Gewinnmaximierung überlassen sein kann, sondern daß sie sich bestimmten, außerhalb ihrer selbst liegenden Zwecken unterzuordnen hat. So richtig das ist, es muß die Frage gestellt werden, ob ein Kompromiß zwischen Keynes und Eucken tatsächlich die Lösung des Problems ist oder ob es nicht besser ist, die Wirtschaft von vornherein in eine der Gemeinschaft dienende Stellung zu verweisen.

Denn so unbestreitbar ein Primat der Politik auch ist – die Beschränkung der liberalistischen Freiheit allein aus ihm zu begründen, heißt im Verstehen des wirtschaftlichen Prozesses nicht über ein „Ja – aber" hinauskommen; läßt doch der Primat der Politik die vorgebliche Richtigkeit der liberalistischen Wirtschaftsgrundsätze unangefochten, er verhindert nur ihre reine Wirksamkeit. Er ist der Einfluß der argen Welt, die hier wie so oft die Heilslehre verwässert. So wäre denn die Hemmungslosigkeit der liberalistischen Wettbewerbswirtschaft

grundsätzlich richtig; aber politische Rücksichten verbieten, sie schrankenlos gewähren zu lassen. Grundsätzlich, d. h. nach der reinen Lehre, hätten also unser Kohlebergbau, unsere Landwirtschaft, unsere Textil- und Schuhwarenindustrie zu verschwinden; aber politische Belange – vom zaghaften Eingeständnis einer bescheidenen Sicherheit bis zur befristeten Erhaltung von Arbeitsplätzen – lassen dies nicht zu. „Ja – aber", dazu führt liberalistische Wirtschaftssicht unter dem Primat der Politik.

Der politisch denkende Mensch wird sich daran nicht stoßen; für ihn ist ein Primat der Politik eine in der Geschichte seit eh und je bestehende Tatsache. Nichtsdestoweniger wird er sich stets vom Wirtschaftstheoretiker sagen lassen müssen, daß ohne die Querschüsse der Politik die Leistung der Wirtschaft höher wäre und damit die Korrekturen durch die Politik auf eine Schmälerung des Wohlstandes hinauslaufen. Es ist der alte Gegensatz zwischen Theorie und Praxis in anderer Gestalt. Daß er weit verbreitet ist, macht ihn nicht fruchtbarer.

Der Primat der Politik vereint nicht Politik und Wirtschaft, sondern er macht den im wirtschaftlichen Liberalismus von Anfang an bestehenden Gegensatz zwischen Staat und Wirtschaft erst recht deutlich. Die angeblich freie Wirtschaft sieht sich unter seiner Herrschaft unter ein Diktat gezwungen; kein Wunder, daß sie immer wieder dagegen aufzustehen versucht. So richtig es ist, daß Freiheit ohne Bindung denkunmöglich ist, so notwendig ist die organische, nicht gewaltsame Verbindung zwischen diesen beiden. Diese organische Verbindung kann nur die Eingliederung der Wirtschaft in die Ganzheit der Nation geben, oder anders gesagt: die Ausgliederung der Nation und ihres Staates in Lebensbereiche, deren einer eben die Wirtschaft ist. Dann kann die Freiheit des Unternehmers nicht weiter gehen, als es der gliedhaft dienenden Stellung der Wirtschaft entspricht, d. h. die Begrenzung der Freiheit aus der Bindung an das Ganze ist schlichtweg selbstverständlich, weil kein Glied für sich allein, sondern stets nur in Bindung an das Ganze und in Entsprechung zu anderen Gliedern wirken kann. Hier allein wird die Freiheit sinnvoll, weil sie reduziert ist auf das Eigenleben des Gliedes und seinen Dienst am Ganzen, und dieses Eigenleben ist andererseits auch wieder die Gewähr dafür, daß das Glied nicht erdrückt und ausgeschaltet wird, eine Gefahr, die beim ausschließlichen Primat der Politik zweifellos besteht. Die gesamte Ostblockwirtschaft möge als Beispiel dafür gelten. Der ausschließliche Primat der Politik endet leicht in der Kommandowirtschaft; denn ihn sinnvoll zu begrenzen ist ebenso schwer, wie es beim Eigeninteresse des in liberalistischer Freiheit handelnden Unternehmers ist. Bisher ist man da nicht weiter als zu dem Eigenschaftswort „wohlverstanden" gekommen. Was aber ist „wohlverstandener Eigennutz"? Dieses „wohlverstanden" ist im Grunde nicht mehr als ein Erhardscher Maßhalteappell, erbaulich zu hören, aber grundsätzlich unverbindlich. Es kann auch gar nicht anders sein, weil der einzelne Unternehmer, für den der „wohlverstandene Eigennutz" verbindlich sein soll, auf Grund seiner Stellung im Wirtschaftsgeschehen gar nicht den notwendigen Überblick für ein solches Handeln hat. Sein Handeln in diesem Sinne zu leiten ist vielmehr eine der vornehmsten Aufgaben einer Organisation der Wirtschaft.

Ob soziale Marktwirtschaft, ob Globalsteuerung, alle sind nur Versuche, die Grundsätze liberalistischer Wirtschaft zu modifizieren, d. h. der kläglichen Gestalt ein gewinnendes Gewand umzuhängen. Sie sind keine Alternative, und vor allem um die geht es heute. Diese Alternative wird einzig gestellt durch den Primat des Lebens der Ganzheit, der Nation, in Gegenwart und Zukunft wie auf allen Ebenen.

(30) DN vom 30. 9. 1966

Ungezielte oder gezielte Geldpolitik

Das Gießkannenprinzip des Liberalismus – Differenzierung des Kreditwesens und Abstufung des Diskontsatzes / Von Dr. Horst Arnold

In ihrem jüngsten Monatsbericht weist die Deutsche Bundesbank darauf hin, daß der weitere Erfolg ihrer Stabilisierungsbemühungen weitgehend davon abhängt, ob die Kreditpolitik auch künftig die Last der Nachfragedämpfung allein zu tragen hat. „Die Kreditpolitik", so schreibt die Notenbank, „kann die Gesamtnachfrage immer nur indirekt, nämlich durch Beschränkung der Investitionen und damit schließlich auch der Beschäftigung, beeinflussen. Die Dämpfung der Investitionen aber hat, insbesondere wenn sie lange anhält, den offenkundigen Nachteil, daß damit zugleich die Möglichkeiten der Produktionssteigerung in der Zukunft beschnitten werden. Es ist daher unerläßlich, daß die öffentliche Finanzpolitik, anders als bisher, in die gleiche Richtung wie die Kreditpolitik zielt und insbesondere den privaten und öffentlichen Verbrauch stärker unter Kontrolle nimmt. Nicht zuletzt wird aber auch viel davon abhängen, ob die Sozialpartner in ihrer Einkommenspolitik den Erfordernissen der Eindämmung des Preis- und Kostenanstiegs mehr als bisher Rechnung tragen."

Man ist leicht versucht, hierin nur ein resignierendes Eingeständnis zu sehen, daß der Notenbank heute der entscheidende Einfluß auf das Konjunkturgeschehen genommen ist. Tatsächlich aber rührt hier die Bundesbank an ein Problem, das für die ganzheitliche Wirtschaftslehre schon immer von wesentlicher Bedeutung gewesen ist, das Problem der Ein- und Ausströmungswege des Geldes. Währungspolitik auf dem Binnenmarkt ist hiernach weit weniger ein Problem der Geldmenge und seiner Regulierung als vielmehr die Frage, an welcher Stelle das Geld in das Wirtschaftsleben strömt bzw. herausgenommen wird.

Es ist hier mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die Wirtschaftssteuerung über das Geld nach der liberalistischen Methode ein höchst unzulängliches Verfahren ist; es gleicht jener Brutalität, welche Aktivität und Ruhe eines Menschen über Aderlaß und Bluttransfusion regeln will. Alle monetären Maßnahmen der Notenbank müssen vermöge der zentralen Stellung dieses Instituts im Geldwesen einer Volkswirtschaft notwendig, auch wenn sie sich primär „nur" auf dem Investitionssektor auswirken, einen höchst allgemeinen, ungezielten Gießkannencharakter haben, bei dem der Schwache stets schlechter wegkommt als der Starke, und dies um so mehr, je stärker es die Liberalisierung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen ermöglicht, die Maßnahmen der Notenbank durch Ausweichen auf das Ausland zu unterlaufen. Es ist mehr als ein Schönheitsfehler, daß auch hier der große, wirtschaftlich bedeutungsvolle Betrieb eindeutig in der Vorhand ist.

Wenn schon über das Geld gesteuert wird – und dies liegt beim Geld als einem wichtigsten Organisationsmittel der Wirtschaft besonders nahe –, dann muß die Organisation des Geldwesens der unterschiedlichen Ertragsstruktur der einzelnen Wirtschaftsbereiche ange-

paßt sein. Die Erträge in der Wirtschaft sind bereichsweise höchst unterschiedlich. Ein Zinssatz, der beispielsweise für die chemische Industrie durchaus annehmbar ist, kann für die Landwirtschaft der Tod sein. Heute greift man hier zum Ausgleich durch Subventionen. Besser wäre es, die Geldschöpfung der Kreditinstitute den Belangen der Wirtschaftsbereiche anzupassen und den Diskont, der im Zeichen des Liberalismus von der Notenbank einheitlich für alle festgesetzt wird, entsprechend abzustufen. Das würde weiter bedeuten, den einzelnen Verbänden und Teilbereichen weit mehr als heute Fachbanken und genossenschaftlich-gemeinnützige Kreditinstitute zur Verfügung zu stellen.

Wir betonen: Dies aussprechen, bedeutet keine Absage an die Großbanken. Die moderne Großindustrie kann unmöglich von Nasenpips & Co. finanziert werden. Wohl aber ist es eine Absage an eine übermäßige Expansion und Konzentration der Großbanken.

Wir übersehen keineswegs die Gefahren, mit denen die hier erörterte Differenzierung verbunden sein kann. Es muß sowohl einer Zerfaserung der Kreditorganisation vorgebeugt werden als auch einer mißbräuchlichen Weiterleitung von Krediten, indem diese da, wo sie billig sind, aufgenommen werden und gegen ein geringes Entgelt dorthin verschoben werden, wo das Geld teuer ist. Doch dem könnte eine berufsständische Organisation der Wirtschaft vorbeugen, und der Einwand der Zerfaserung kann dadurch entkräftet werden, daß die Kreditpolitik ja nicht das einzige Mittel einer Wirtschaftsführung ist, sondern jederzeit durch gezielte andere Maßnahmen ergänzt werden kann. Die Differenzierung braucht also gar nicht so sehr weit getrieben zu werden, vielmehr würde gerade das Zusammenspiel mit einer derart abgestuften Kreditpolitik die hier in grobem Griff als „andere Maßnahmen" zusammengefaßten wirtschaftspolitischen Einwirkungen der Gefahr der Bürokratisierung überheben.

In Zeiten, wo wie heute die Budgetpolitik der öffentlichen Hand eine ständig steigende Bedeutung für die Konjunkturpolitik bekommt und die Politik der Notenbank geradezu durchkreuzen kann, wäre es vor allem notwendig, das Wirken dieses Instituts durch eine Organisation des Kreditwesens zu ergänzen, welche die Geldpolitik der Notenbank gezielt wirksam werden läßt, so daß nicht wie heute der Schwache stark und der Starke schwach von ihr betroffen wird. Eine solche Diskrepanz fordert nicht nur die scharfe Kritik der Leidtragenden heraus, sondern kann weit schlimmer in einzelnen Branchen Rezessionserscheinungen heraufbeschwören, deren Ausmaß und Ausstrahlung unter Umständen recht ungewiß ist.

Es ist selbstverständlich, daß Überlegungen, wie sie hier angestellt wurden, nicht in die „wirtschaftspolitische Landschaft" einer vorgeblich sozialen Marktwirtschaft passen und daher aus dieser Sicht des Teufels sind; sie sind vielmehr von den Vorstellungen eines deutschen Sozialismus, der jedem das Seine gibt, und einer der Nation verpflichteten Wirtschaftslenkung geprägt. Gerade das aber scheint uns ihr großer Vorzug zu sein.

(31) DN Nr. 47 vom 29. 11. 1967

Wirtschaftsminister – Verbraucherminister

Liberalistische und ganzheitliche Wirtschaftsauffassung

Als Auftakt zur „Woche des Verbrauchers und der Hausfrau" hat sich Bundeswirtschaftsminister Schiller als den gegebenen Offizialverteidiger der Verbraucher und den eigentlichen Verbraucherminister bezeichnet. Diese Auffassung vom Amt eines Wirtschaftsministers der höchsten Instanz hat uns zunächst etwas verblüfft, indessen ist sie folgerichtig. Getreu dem Leitzsatz aller Liberalisten, daß das Individuum das Maß aller Dinge ist, ist für die Wirtschaft das Maß eben das Individuum und sein Verbrauch.

Nach ganzheitlicher Auffassung wäre es das Leben und die Zukunft der Nation, wäre es, die Nation für die ihr bevorstehenden Aufgaben allseitig in Form zu bringen, alle Entspannungsstörungen zu beseitigen, kurz, die Wirtschaft rundum und kreuz und quer zu gesunden und zu stärken, damit es der Nation dank ihrer gesunden Wirtschaft wohlergehe.

Doch wir leben nun einmal im Zeitalter des Liberalismus, in dem nicht mehr die Gemeinschaft, sondern nur noch der einzelne und sein Recht gelten. Man braucht in der Anerkennung dieses Rechts gar nicht einmal so weit zu gehen wie der selige Max Stirner, es genügt schon, daß ein Wirtschaftsminister sich zum Offizialverteidiger der einzelnen macht und die Nation und ihre Wirtschaft zerstört . . . ar.

(32) DN Nr. 46 vom 15. 11. 1968

Volkswirtschaft und Eigentum

Fortschrittliche oder reaktionäre Wirtschaftsgesinnung – Wieder zwei! – Nicht das römische Recht, sondern die Nation muß in der Wirtschaft lebendig sein / Von Gottlieb Schultze

Wenn je etwas geeignet gewesen ist, schwarzen Pessimismus über die deutsche Zukunft zu erregen, dann sind es die Reden, die auf dem deutschen Bankierstag in Düsseldorf gehalten wurden. Sie waren eine Parade ödester branchenbezogener Gschaftelhuberei, und das ist verzweifelt wenig für einen Wirtschaftszweig, der mit Recht sich als Exponent der Volkswirtschaft fühlt. Wer von den in Düsseldorf gehaltenen Reden auf den Geist, der unsere Wirtschaft beseelt, schließt, weiß nunmehr, daß in diesen Kreisen nicht nur die Nation, sondern auch jedes gemeinschaftsbezogene Denken und damit wahre Gemeinnützigkeit tot ist. Man denkt nur noch in den Kategorien des eigenen Bereichs und des höchst privaten Eigentums.

Dabei müßte gerade das Bankgewerbe immer auf den Allzusammenhang des Wirtschaftsgeschehens aufmerksam machen, daß dieser Allzusammenhang nicht nur die Grundlage des Verdienens, sondern ebenso des Dienens ist, und die Banken müßten daraufhin gemeinnütziges Denken und Handeln nicht nur fordern, sondern erst recht vorleben, wie es einem obersten Führungsbereich der Wirtschaft ohnehin zukommt. Ganz in diesem Sinne hat vor 36 Jahren Hjalmar Schacht immer und immer wieder gemeinnütziges Denken im Bankgewerbe gefordert. Er könnte es heute nur noch nachdrücklicher tun, fehlen doch Leute vom Schlage eines Solmssen, Fischer oder Reinhardt völlig.

Natürlich gibt man sich im Bankgewerbe, tritt man redend an die Öffentlichkeit, „volkswirtschaftlich", vertritt „deutsche Interessen". Doch das will alles nur dem eigenen Profitstreben ein moralisches Mäntelchen verpassen. In Wahrheit fühlt man sich in der vollendeten Preisgabe von Volkswirtschaft wie Nation pudelwohl. Und eminent fortschrittlich dazu. Man ist doch modern, wenn man europäisch, ja atlantisch ist! Und modern sein ist Fortschritt! In Wahrheit ist man in dieser Modernität

stockreaktionär; denn schon die alten Manchesterliberalisten haben einem derartigen „Fortschritt" das Wort geredet. Nur hatten sie für ihre „Weltoffenheit" dasselbe für sich wie die heutigen Apologeten dieser Geisteshaltung in den USA, nämlich Vertreter der Weltmacht zu sein, und vom Standpunkt der Weltmacht sehen sich manche Dinge erheblich anders an als aus der Perspektive eines politischen Nonvaleur.

Stockreaktionär ist dieses wirtschaftliche Weltbürgertum. Stockreaktionär ist aber noch etwas anderes und nicht minder Gefährliches: die Einstellung zum Eigentum und sein Gebrauch. Prof. Rodenstock deutete diesen Problemkreis an, als er vor Wochen in München sagte, man könne wie von einem Gesetz der steigenden Staatsausgaben auch von einem Gesetz der abnehmenden Selbstfinanzierungsquote in der Wirtschaft sprechen; die Nettoinvestitionen könnten nur noch zu einem immer kleiner werdenden Prozentsatz aus einbehaltenen Gewinnen finanziert werden, den Rest müsse die Außenfinanzierung bringen. Was besagt: Das eigene Eigentum bedarf immer mehr der Unterstützung des Eigentums anderer oder der Gemeinschaft. Und das bringt Verpflichtungen gegenüber diesen anderen, dieser Gemeinschaft, Verpflichtungen, die sich nicht in Zinsen oder Dividenden abgelten lassen.

Immer weniger ist es der vom Liberalismus in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellte einzelne und sein Eigentum, sein Kapital, das das Wirtschaftsgeschehen bestimmt, sondern es ist die Gemeinschaft. Das liberalistische Zerrbild, das die einzelnen sich im sogenannten Markt vereinigen läßt, bedarf zumindest dieser Ergänzung, daß die Gemeinschaft diese einzelnen mehr und mehr erst in den Stand setzt, auf dem Markt zu erscheinen. Damit ist der einzelne mit seinem Kapital nicht mehr ausschließlich seinem Gewinnstreben und dem Kadi, sondern zunehmend eben auch dieser Gemeinschaft verantwortlich. Die Riesenkapitalien der Großbanken, die Kapitaldisposition, die sie verleihen, sie sind gewachsen aus den Bedingungen, welche die Nation dafür gegeben hat, und die Nation hat ein Recht darauf, daß dies alles nicht nur dem privaten Gewinnstreben, sondern auch ihrem Leben in Gegenwart und Zukunft dient.

Nicht anders ist es mit dem Eigentum. Auch dies ist unter dem Schutz der Nation und ihres Staates gewachsen, und deshalb hat auch das Eigentum seine Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft der Nation, und dies um so mehr, je größer es ist, je stärkeres Gewicht am Volksvermögen es hat. Ist es so gesehen vertretbar, daß – wieder zwei! – die Triumphwerke und die Adlerwerke von Grundig ausgerechnet an die amerikanischen Litton Industries verkauft wurden? Es geht nicht darum, daß und warum Grundig verkaufte; die von ihm genannten Gründe, sich von der Büromaschinensparte zu trennen, sind stichhaltig. Es geht darum, daß erhebliches Eigentum eines Deutschen und damit deutsches Volksvermögen in Auslandshand überführt worden ist und daß es nicht möglich war, dieses Volksvermögen dem deutschen Volk zu erhalten. Gewiß, nach römischem Recht kann Grundig wie jeder mit seinem Eigentum machen, was er für richtig hält. Aber gilt heute noch, heute, wo der einzelne und sein Kapital in der Wirtschaft nicht mehr die Stellung haben wie vor 150 Jahren, der alte Begriff des aus dem Allzusammenhang nationalen Lebens gerissenen Privateigentums? Ist das nicht ein genauso extremes Zerrbild wie das Volkseigentum jenseits von Stacheldraht und Mauer? Liegt nicht vielmehr die Wahrheit und damit die Zukunft zwischen diesen beiden Polen, d.h. im gemeinschaftsverpflichteten Gebrauch des Eigentums?

Wir beklagen jene Bauern, die einst mit dem Boden auch den Herrn wechseln mußten, weil sie „adscripti" waren. Wir entsetzen uns über gewisse Fürsten, die ihre Regimenter an andere Potentaten verkauften. Ist es wirklich so ein großer Unterschied, wenn deutsche Arbeiter von heute auf morgen für einen Ausländer arbeiten müssen, weil das Werk und der Arbeitsplatz verkauft wurde?! Gewiß, der Arbeiter, dem der Eigentumswechsel nicht paßt, kann gehen. Aber wird er, besonders wenn er älter ist, einen adäquaten Arbeitsplatz finden? Gar nicht davon zu reden, daß man in deutschen Landen auch nach 20 Jahren Umerziehung noch immer ganz unakademisch an seinem Arbeitsplatz hängt.

Unsere Wirtschaft dünkt sich wunder wie gescheit und fortschrittlich mit ihrer „Weltoffenheit", die ihr für alle nationale „Sentimentalität" nur ein Lächeln läßt. Sie gleicht dem Sohn, der das Vermögen seines Vaters verzehrt und diesen dafür mit Füßen tritt! Wenn eine Zeit das Verwobensein des Menschen in die Gemeinschaft auch in der Wirtschaft zeigt, dann ist es die unsere; wenn eine Zeit die Verpflichtung, das Privateigentum nicht zum Schaden der Gemeinschaft zu gebrauchen, offenbart, dann ist es die unsere. Der einzelne mit seinem römischen Recht auf den Gebrauch seines Eigentums war denkbar vor 150 Jahren. Wer heute noch in diesen Kategorien denkt, ist hoffnungslos veraltert. In der modernen Wirtschaft hat nicht das römische Recht, sondern die Ganzheit der Nation lebendig zu sein. Wer wissen will, wie wenig dies bei uns der Fall ist, der braucht sich nur die Reden vom XI. deutschen Bankierstag zu besorgen.

(33) DN vom 7. 10. 1966

Die Zerstörung der Nation

Die Kohlehydrierung wird interessant – Jetzt sind die Unternehmer schuld – Herr Schmücker decouvriert sich

Von Dr. Horst Arnold

Unsere Lizenzpresse wirtschaftlichen Genres hat das entdeckt, was wir schon bis zum Überdruß wiedergekäut haben, nämlich daß sich unsere Steinkohle zu Öl und Benzin hydrieren läßt. Plötzlich weiß man in den Redaktionsstuben, daß Deutschland auf diesem Gebiet bahnbrechend gewesen ist, ja die „Börsen-Zeitung" fand es am 17. 9. merwürdig, „daß die Krise des Ruhrkohlenbergbaues keinen Anlaß gegeben hat, die eigenen alten Verfahren aufzugreifen und auf ihnen weiter zu bauen. Es mußte erst ein Anstoß aus den USA kommen, um die Kohleverflüssigung wieder aktuell zu machen. Das scheint der Unterschied zwischen deutscher und amerikanischer Unternehmensführung zu sein, daß drüben ununterbrochen nach neuen Produktionsmethoden gesucht wird, hier aber manches Interesse an zukünftigen Möglichkeiten, die sich nicht alsbald realisieren lassen, erlahmt – vielleicht aus Mangel an Kapital."

Jetzt reicht es uns aber wirklich! Ist den Herren tatsächlich unbekannt, in welche finanzielle Bedrängnis allein der Montanvertrag den deutschen Steinkohlenbergbau gebracht hat? Ist es ihnen weiter nicht zur Kenntnis gekommen, daß die Erdölschwemme gerade in der „maßgebenden" Presse den Ruf nach immer größeren Rationalisierungsinvestitionen im Bergbau ertönen ließ, damit

sich dieser nach den Grundsätzen der Marktwirtschaft behaupten könne? Wissen sie nicht, wie diese Investitionen die Kapitaldecke beanspruchten? Haben sie nicht selbst unsere Kohle stets nur als Energieträger anstatt als Rohstoff bezeichnet? Und erinnern sie sich vollends nicht, wie kaltschnäuzig sie Ende 1963 die endgültige Stillegung des letzten deutschen Hydrierofens und damit das Ende der deutschen Kohle als Rohstoff kommentierten?

Damals, nach dem Auslaufen der Hydrierpräferenzen, erfüllte sich, so wurden wir belehrt, nicht mehr als das Gesetz der Marktwirtschaft an einem Verfahren, das dem Erdöl kostenmäßig unterlegen war; heute, nachdem die nationale Opposition immer wieder das Problem zur Diskussion gestellt hat, schiebt man scheinheilig und miserabel den deutschen Unternehmen die Schuld in die Schuhe mit der halben Entschuldigung, das Interesse sei „vielleicht aus Mangel an Kapital" erlahmt.

Selbst wenn dem so wäre, die Bundesregierung hätte das Notwendige veranlassen müssen! Dazu gibt es nämlich eine Wirtschaftspolitik, und diese Wirtschaftspolitik hätte das Interesse der Unternehmen hervorreizen und dem Kapitalmangel steuern müssen. Doch hierfür war in Bonn weder der Wille noch für die einschlägigen Forschungsarbeiten Geld vorhanden; dafür finanzierten sich seine dem Internationalismus ergebenen Parteien ungehemmt aus dem Steuersäckel. Ein Bruchteil dieser Gelder hätte wahrscheinlich genügt, die deutschen Hydrierverfahren ergiebiger und damit wirtschaftlicher zu machen.

Wäre die nationale Opposition nicht, kein Hahn würde heute nach der Kohlehydrierung krähen. Es würden keine Fachleute aus dem Bundeswirtschaftsministerium und aus Herrn Kienbaums liberalistischer Steinzeitklause in die USA reisen, um Möglichkeiten einer deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit in der Kohlehydrierung zu untersuchen. Jahrelang war diese Hydrierung verächtliche Ausgeburt fluchwürdigen nationalistischen Autarkiedenkens gewesen. Das alleinige Heil war das billige ausländische Erdöl, dem nicht nur die Hydrierung, sondern auch die deutsche Kohle geopfert wurde. Jetzt, wo die nationale Opposition drängt, sucht Bonn sich ein Alibi zu verschaffen, nicht ohne dabei die Amerikaner ins deutsche Hydriergeschäft zu bringen.

Hier ist die böse Absicht mit Händen zu greifen! Erst wurde nichts, jetzt wird es mit den Amerikanern getan! Wirtschaftspolitik gegen die Nation, hier ist sie Ereignis!

Zeit seines Bestehens hat Bonn nicht anders gehandelt und wird es weiter tun. Sein Wirtschaftsminister, Kurt Schmücker, sagte es anläßlich der Eröffnung der Industrieausstellung in Berlin frei heraus, daß die Nation nicht gefragt ist. „Unsere wirtschaftspolitische Chance", so mußte man hören, „liegt nach wie vor nicht in der Renationalisierung, sondern in der europäischen und weltweiten Integration." Worein sich denn auch zwanglos die weltweit integrierte und nicht etwa renationalisierte Hydrierung der deutschen Kohle fügt!

Während alles um uns sich auf die Kraft der Nation besinnt, erteilt der Wirtschaftsminister einer Regierung, die für sich das Alleinvertretungsrecht einer geteilten Nation beansprucht, der Nation eine offene Absage, liefert er den westlichen Teil dieser Nation kalt lächelnd dem Internationalismus aus: „Wir würden der deutschen Wirtschaft einen Bärendienst erweisen mit einer dirigistischen Abschirmung des Außenhandels und des internationalen Kapitalverkehrs." Eine solche Haltung sei nicht nur wirtschaftspolitisch richtig, sondern auch allgemeinpolitisch notwendig.

Hier kann es keinen Kommentar mehr geben, und erschöpfte er sich auch nur in einem „Pfui Teufel!" Hier kann die einzige Antwort nur grimmige Verachtung sein und der Schwur, diesen Geschöpfen und Handlangern des Internationalismus einmal doch die Macht zu entreißen, um die Nation vor ihnen zu schützen. Was in Bonn getrieben wird, hat mit Wirtschaftspolitik nichts mehr zu tun; das ist bewußte Zerstörung der Nation unter wirtschaftspolitischer Maske. Dies zu verhindern, ist keiner zu gut! Hierzu sind alle gerufen!

(34) DN Nr. 7 vom 16. 2. 1968

Die Herrschaft der Zahl

Echte und gezüchtete Strukturkrisen – Hebung der volkswirtschaftlichen Fruchtbarkeit oder Verarmung

Von Dr. Horst Arnold

Wie Gottlieb Ottilienfeld sich einst über die Herrschaft des Wortes in der Nationalökonomie ereiferte, so kann man heute über die Herrschaft der Zahl bei der Erörterung volkswirtschaftlicher Probleme klagen. Wo auch immer über Wirtschaft gesprochen wird, zunächst wird einmal ein Regen von Zahlen versprüht, als wäre nicht bekannt, daß gerade Zahlen am wenigsten etwas beweisen, ganz einfach weil mit ihnen alles bewiesen werden kann. Wer je auf dem Gebiete der Statistik tätig gewesen ist, weiß, wie hier, ohne mit der Verpflichtung zur Wahrheit zu brechen, ganz wunderschön „gebogen" werden kann.

Die Zahl, die Quantität regiert; der Massenwahn unserer Tage tobt sich auch in der wirtschaftlichen Diskussion aus. Was hinter der Zahl steht, was sie hervorbringt, bleibt im Hintergrund. Selbst im letzten Jahresbericht der Bundesregierung, gefertigt nach einem Jahr der Rezession, welche eigentlich auf die wirklichen Probleme hätte aufmerksam machen müssen, ist der Angelpunkt immer wieder die Quantität. Quantitäten müssen geschaffen werden! Die reale Entwicklung des Bruttosozialproduktes wird für die Jahre 1968 bis 1971 mit einem jeweiligen Jahreswachstum von vier Prozent angesetzt. Die nominale Entwicklung – also einschließlich der Preissteigerungen – lautet für 1968 auf 6,5 Prozent, für 1969 auf 5,5 Prozent, für 1970 und 1971 auf je 5 Prozent. Um Zahlen geht es; rein quantitative Ziele müssen erreicht werden. Daraufhin werden die Maßnahmen ergriffen. Das „Wie" ist nicht gefragt.

Mengenmäßig, quantitativ wachsen muß die Wirtschaft unserer Zeit. Wie es um ihre innere Verfassung, ihre Gesundheit, ihre Qualität bestellt ist, ist uninteressant. Bringt sie ausreichend Mengen hervor, ist das Rennen gelaufen. Kommt es bei dieser Mengenproduziererei zu Verwerfungen innerhalb der Wirtschaft, zu Entsprechungsstörungen, so werden diese „Strukturkrisen" dadurch zu heilen versucht, daß „Produktionsfaktoren in anderer Kombination" herbeigezerrt werden, auf daß sie den mengenmäßigen Ausstoß wieder heben. Stimmt nur die Quantität, braucht man nach der Qualität nicht mehr zu fragen, sie ergibt sich von selbst. Im wirtschaftlichen Liberalismus schlägt Quantität genauso in Qualität um wie bei Karl Marx. Das Ergebns ist entsprechend. Ganz zweifellos wird ein Haufen Geld vertan; doch wenn je auf diese Weise eine Strukturkrise behoben wird, dann ist das reiner Zufall, weil man das Glück hatte, an eine echte Strukturkrise zu geraten. Aber die Dinger sind ziemlich selten.

Eine solche echte Strukturkrise war es zum Beispiel, als die Hufschmiede durch das Vordringen des Kraftfahrzeuges mehr und mehr verdrängt wurden. Hier brach etwas Neues ein und bildete die Struktur des Alten grundlegend um. Es war ein Ergebnis vorgetriebener Forschung, welches den Berufszweig der Hufschmiede in Schwierigkeiten brachte; aber gerade weil die Forschung hinter dieser Umgestaltung stand, war diese Strukturkrise im Endeffekt verbunden mit einer Hebung der volkswirtschaftlichen Fruchtbarkeit. Der Fächer des technischen Wissens erweiterte sich, das geistige Kapital nahm zu.

Was heute bei uns als Strukturkrisen ausgegeben wird – im Bergbau, in der Landwirtschaft und so weiter –, ist aber nicht durch neue Forschungsergebnisse, sondern durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik heraufbeschworen. Die Landwirtschaft wird nicht wie die Hufschmiede durch ein neues Forschungsergebnis verdrängt, sondern von billigen Auslandserzeugnissen, wobei nicht einmal gefragt wird, ob diese Preise ehrlich zustande gekommen sind. Ähnlich ist es bei der Kohle. Die Kohle – namentlich als Rohstoff – ist nicht schlechter als das Erdöl, nur ist sie bewußt in der Forschung benachteiligt worden, um dem ausländischen Erdöl den Einbruch zu ermöglichen.

Der Unterschied dieser gezüchteten Strukturkrisen gegenüber den echten liegt am Tage. Weil hinter diesen von der Wirtschaftspolitik verursachten Entsprechungsstörungen nicht die Zukunftsträchtigkeit der Forschung steht, führt ihre Behebung zu Verlusten, wie nun einmal jede Schadensbeseitigung etwas kostet. Hat man das Dach verwahrlost, muß es grundlegend repariert werden, und das ist teuer.

In der Volkswirtschaft bedeuten solche Reparaturen nicht nur Verluste an Geld bzw. materiellem Kapital, sondern auch an geistigem Kapital. Denn mit den Wirtschaftszweigen, die sich – wie heute – im Dienste angeblich wirtschaftlichen Wohlstands zu Tode schrumpfen, schwindet auch ihre geistige Potenz, das Fachwissen, das in ihnen verkörpert ist, die Anregungen, die von ihnen auf ihre Lieferanten ausgehen, weil diese sich ja mit den Problemen ihrer Abnehmer auseinandersetzen müssen. Brachte der Einbruch des Kraftfahrzeugs dank der Vielgestaltigkeit dieses Erzeugnisses eine Vermehrung des Geistkapitals, so ist die Beseitigung unserer Strukturkrisen mit einer Verarmung verbunden.

Der Große Kurfürst und Friedrich Wilhelm I. waren sicher sehr darauf aus, den, wie es so schön staubig heißt, „Gewerbefleiß" ihrer Lande zu heben; doch sie dachten nicht daran, einzig auf diesen „Gewerbefleiß" zu setzen und seinetwegen ihre Landwirtschaft verkommen zu lassen. Im Gegenteil, sie importierten für diese Landwirtschaft technisches Wissen, und sie errichteten Mustergüter als Vorbilder. Die Bruttosozialproduktrechnung war damals eben noch nicht erfunden, die Wirtschaft stand noch nicht unter der Herrschaft der Zahl, sondern unter dem Gebot der höchstmöglichen Fruchtbarkeit und damit unter der Weckung all ihrer Möglichkeiten und Fähigkeiten. Damals förderte man die Qualität der Wirtschaft, damit diese Qualität sich in der Quantität niederschlage. Eigene Wirtschaftszweige zugunsten fremder Zufuhren verkommen zu lassen, die Quantität über die Qualität zu stellen, das Wachstum des Bruttosozialprodukts über die wirtschaftliche Gesundheit, dies als höchste wirtschaftliche Vernunft auszugeben, das blieb dem Liberalismus vorbehalten.

Man täusche sich nicht über die Tiefe, in die dieser Stachel gedrungen ist. Selbst bei nur zu vielen Nationalen ist er nur sehr schwer zu entfernen. Wer es versucht, gilt nur zu leicht als bemitleidenswerter Außenseiter. Und doch muß es gewagt werden, soll die deutsche Wirtschaft und mit ihr die Deutschen nicht zu Heloten jener werden, welche über die Zahlen die Dinge beherrschen, weil eine verdrehte Zeit die Zahl für das A und O aller Wirtschaft hält.

(35) DN Nr. 41 vom 11. 10. 1968

Dem Volkswirt Antonio de Oliveira Salazar
Ständischer Aufbau der Wirtschaft

Antonio de Oliveira Salazar ist von der politischen Bühne abgetreten. Wenn je in unserer Zeit ein Mann bestes Preußentum des Geistes verkörpert hat, dann der Portugiese Salazar, der gleich einem Moltke stets bestrebt war, mehr zu sein als zu scheinen. In serviendo consumor, diesem Wort hat auch er nachgelebt.

Aus einem Land der Anarchie, der Korruption und des Elends führte er sein Portugal zu der heutigen politischen und wirtschaftlichen Höhe, nicht indem er alles Heil von der Maximierung des Sozialprodukts und vom Welthandel erwartete, sondern indem er die Nation sich auf sich selbst besinnen ließ. Die Interessen der Erzeugung hatten sich den geistigen Zielen, der höheren Vollendung der Nation und ihrer Bürger, unterzuordnen. Die Wirtschaft, sie war für Salazar wahrhaft die Welt der Mittel für die vielgestaltigen Ziele des Staates als Willensträger der Nation. Diese Welt der Mittel voll der Nation dienstbar zu machen, schuf Salazar den ständischen Aufbau der Wirtschaft.

Die Wirtschaft ständisch zu organisieren, ist immer wieder in der Neuzeit versucht worden. Salazar ist der einzige, dem Erfolg beschieden war und beschieden sein mußte, weil er nichts überstürzte, sondern schrittweise den als richtig erkannten Weg ging, wie es der politischen Reife seiner Nation entsprach.

Seine Nation, das war das Zentrum, um das alles Tun dieses einzigartigen Mannes kreiste, auch als es „modern" wurde, die Nationen im Wege überstaatlicher Zusammenschlüsse auszulöschen. „Ich bleibe davon überzeugt", so sagte er einmal, „daß die Nation diejenige Organisationsform der menschlichen Gesellschaft ist, die am besten ihrem derzeitigen Stande entspricht und für viele Jahrhunderte der Zukunft entsprechen wird, und daß bessere und schnellere Erfolge von einer engen Zusammenarbeit der Nationen als von ihrer allgemeinen Fusion oder Konfusion zu erzielen wären."

Und wie auf uns Deutsche gemünzt, fuhr er fort: „Wenn dies unsere Überzeugung ist, wollen wir, was uns anbelangt, die Probleme vereinfachen, indem wir trachten, daß die Nation, so gut sie es vermag, eine wirtschaftliche Einheit sei. Sie muß nicht autark sein und kann sich mit anderen, sie ergänzenden Wirtschaften vervollständigen. Aber es ist für die bessere Ordnung, in den internationalen Beziehungen notwendig, daß sie ein Ganzes sei und eine einheitliche Führung besitze."

Mit Salazar ist ein wahrer Volkswirt, ein echter Wirt seines Volkes abgetreten. Nicht nur die Portugiesen, auch wir Volkswirte, die wir mehr sein wollen als Makroökonomen und Ökrometriker, haben viel verloren. Aber über aller Trauer erfüllt uns Dank an das Schicksal, daß es uns in diesen wirren Zeiten ein solches Vorbild für heute und immerdar gegeben hat.

Dr. Horst Arnold

(36) DN vom 4. 11. 1966

Rettet die Marktwirtschaft
Bezeichnende Wünsche um das Stabilisierungsgesetz

„Die Marktwirtschaft, die uns den großartigen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht hat, ist in der Lage, mit den jetzt vor uns stehenden Problemen, die nicht aus der Not, sondern aus dem stürmischen Wachstum geboren sind, fertig zu werden." Also tönte Präsident Fritz Dietz vom Verband des Groß- und Außenhandels. Als sei es bestellt, kam das Echo aus Duisburg, allwo Dr. Münchmeyer vom Deutschen Industrie- und Handelstag erklärte, das Stabilisierungsgesetz dürfe nur ein Instrument sein, um die Marktwirtschaft wieder funktionsfähig zu machen, und nicht etwa ein Werkzeug, um die Marktwirtschaft außer Kraft zu setzen.

Rettet, o rettet uns unsere Marktwirtschaft! Wir kennen das so gut, wie wir die Loblieder auf die Marktwirtschaft kennen. Die Auswirkungen dieses Systems auf die Wirtschaftsgrundlagen unserer Nation – auf den Boden mit Landwirtschaft und Bergbau wie auf die Forschung – sehen wir alle Tage. Wahrhaftig, die Marktwirtschaft wird mit allem fertig!

Das Stabilisierungsgesetz soll die Bundesregierung in den Stand setzen, Wirtschaftspolitik zu einem bestimmten Ziel, nämlich der Konjunktur- und Währungsstabilisierung, zu treiben, anstatt alles dem marktwirtschaftlichen „freien Spiel der Kräfte", dem marktwirtschaftlichen „Gesetz von Angebot und Nachfrage" und dem marktwirtschaftlichen „Preiswettbewerb" zu überlassen. Das Stabilisierungsgesetz soll Wirtschaftspolitik ermöglichen, und Politik ist nun einmal Lenkung oder, mit einem Fremdwort, „Dirigismus".

Wenn nun das Stabilisierungsgesetz dazu dienen soll, die Marktwirtschaft eines Tages wieder zu inthronisieren, dann heißt das, daß, wenn die Wirtschaft wieder gesund ist, der Liberalismus fröhliche Urständ feiern soll. Wir lassen dahingestellt, ob das Stabilisierungsgesetz tatsächlich zu einer wirklichen wirtschaftlichen Gesundung ausreicht, ganz sicher sind wir uns jedoch, daß bestimmte Kreise an der Marktwirtschaft und ihrer Zerstörung der nationalen Wirtschaftsgrundlagen Unsummen verdienen müssen. Andernfalls würden sie unmöglich derart auf diesem System bestehen.

(37) DN Nr. 19 vom 10. 5. 1968

Scharfer Protest der griechischen Gastarbeiter

„Wir wollen der Gastfreundschaft, die uns Deutschland gewährt, gerecht werden"

Die griechischen Gastarbeiter protestieren auf das schärfste gegen die Haltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gegenüber Griechenland.

Der DGB wird von den griechischen Kommunisten mißbraucht.

Der DGB unterstützt leichtsinnig die politischen Zwecke einer elenden kommunistischen Minderheit von Griechen, die er gutgläubig als Demokraten bezeichnet. Es sind im Höchtfalle 1500 Griechen gegenüber 150 000 griechischen Gastarbeitern und Studenten, deren Wille und Wunsch für eine bessere Zukunft Griechenlands ignoriert wird.

Die griechischen Gastarbeiter wollen keine Beiträge mehr an den DGB leisten, die für die Spaltung der Griechen und die Finanzierung der politischen Zwecke von einigen fanatischen Kommunisten verwendet werden.

A. Papandreou ist genausowenig Grieche wie Ulbricht Deutscher ist.

Wir verbieten Papandreou, im Namen der Griechen zu sprechen.

Der DGB sollte sich besser über die griechischen Verhältnisse informieren. Ist es ihm bekannt, daß die Kommunisten 150 000 Griechen bestialisch ermordet haben? Ist es ihm bekannt, daß die Kommunisten 30 000 griechische Kinder entführt und zu den Ostblockstaaten verschleppt haben? Wir bitten Herrn Stephan vom DGB, seinen Freund Papandreou danach zu fragen!

Der DGB mischt sich in die inneren Angelegenheiten Griechenlands, anstatt sich mit den Problemen der griechischen Arbeitnehmer zu beschäftigen, von denen er Beiträge bezieht. Geht diese Einmischung so weit, daß er einen neuen Bürgerkrieg, ein neues Blutbad, ein neues Vietnam in Griechenland wünscht, wie dies von unverantwortlichen Griechen wie Papandreou und M. Merkouri angestrebt wird?

Zum ersten Male nach Jahrzehnten herrscht in Griechenland Ruhe, Ordnung und Zufriedenheit.

Zum ersten Male nach dem zweiten Weltkrieg ist das griechische Volk wieder vereint.

Zum ersten Male hofft man in Griechenland auf eine bessere Zukunft.

Warum versuchen gewisse Kreise im Ausland, uns Griechen diese Chance zu verbauen? Die griechischen Offiziere, die uns diese Chance zu geben versuchen, haben selbst dreimal gegen den Faschismus gekämpft: Gegen den schwarzen, den braunen und den roten Faschimus. Papandreou dagegen fehlte hierbei jedoch an allen Ecken und Enden. Er verbrachte sichere und angenehme Studienferien in Amerika, wo er die amerikanische Staatsangehörigkeit annahm und hierbei auch den Eid leistete, gegen sein Vaterland zu kämpfen.

Wir wollen der Gastfreundschaft, die uns in Deutschland gewährt wurde, gerecht werden. Diese Gastfreundschaft wird von wenigen Anarchisten für die Zwecke des Weltkommunismus mißbraucht.

Helfen Sie uns, diese terroristische Tätigkeit, die auch den Grundstein der deutschen demokratischen Ordnung zu sprengen versucht, zu unterbinden.

Diese Leute gehören nicht hierher, sondern drüben zu ihren kommunistischen Auftraggebern.

Sie sollen uns endlich in Ruhe lassen.

Wir wollen uns, genau wie Sie, dem Aufbau der Ideale widmen, die unsere und Ihre Welt bedeuten.

Der vorstehende Protest der griechischen Gastarbeiter ist wörtlich einem vom „Verband der Griechen in der Bundesrepublik Deutschland ‚Nationale Widergeburt' in Frankfurt (Main) herausgegebenen Flugblatt entnommen. Den Inhalt sollten vor allem die Funktionäre des DGB zur Kenntnis nehmen, vor allem aber Herr Papandreou, der mit Hilfe des DGB sein „Hauptquartier" in der Bundesrepublik zu errichten beabsichtigt, um von hier aus seine subversive Tätigkeit gegen die griechische Regierung zu organisieren. Auch die deutschen Politiker, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen hätten Grund genug, sich über die Meinung national denkender Griechen zu informieren und nicht zu einer einseitigen Meinungsmache mißbrauchen zu lassen. Selbstverständlich kann es nicht Sache der deutschen Politik sein, sich in innenpolitische Angelegenheiten Griechenlands einzu-

mischen – die deutsche Politik hat im eigenen Lande genug Aufgaben zu bewältigen. Tatsache aber ist, daß die deutsche Anerkennung kommunistischer Regierungen – die schließlich alle konsequent eine gegen die Bundesrepublik gerichtete Politik betreiben – logischerweise auch die Respektierung jeder anderen sich „anders" konstituierenden Regierung verlangt, wenn sie, wie es immer wieder betont wird, mit ihren „Anerkennungen" zur Entspannung der weltpolitischen Lage beitragen will.

(38) DN Nr. 29 vom 29. 7. 1968

Immer munter weiter mit den Schulden

10 Mrd. DM sind der öffentlichen Hand jährlich als Kredit zugestanden – Wachsendes Sozialprodukt bedeutet Berechtigung zu noch höherer Verschuldung Vor dem Bundestag hat Bundesfinanzminister Strauß den Staatskredit als legitimen Teil der Staatsfinanzierung bezeichnet. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn es recht verstanden wird. Herr Strauß indessen, durch die Schule der modernen Wirtschaftslehre gegangen, scheint höchst gefährliche Vorstellungen von dieser Legitimität zu haben, denn er meinte, bei normaler Wirtschaftsentwicklung könnten Bund, Länder und Gemeinden jährlich netto 10 Milliarden DM Kredit aufnehmen.

Eine Nettoverschuldung von jährlich 10 Mrd. DM heißt den Schuldenturm Jahr für Jahr um 10 Mrd. DM erhöhen. Das ist schon hart, wenn es dabei bleibt. Denn 10 Mrd. DM neue Schulden jährlich erhöhen den Schuldendienst zunächst um die entsprechende Verzinsung und dann um die fälligen Tilgungsraten. Doch mit der Tilgung nimmt man es heute nicht so genau; dafür hat man das „debt management", d. h. man zahlt die alten Schulden durch die Aufnahme von neuen. Das fällt nicht unter die Netto-Neuverschuldung, sondern ist brutto. Das muß man wissen, um ermessen zu können, welche Lieblichkeiten sich hinter der konzedierten Neuverschuldung verbergen.

Wir fürchten, es wird nicht dabei bleiben, weil ja nach den Anschauungen bemeldeter moderner Wirtschaftslehre, die Herr Strauß sich zu eigen gemacht hat, die Tragbarkeit der Staatsverschuldung an ihrem Verhältnis zum Bruttosozialprodukt gemessen wird. Wächst dieses Monstrum aus der Retorte einer wildgewordenen Statistik, dann darf auch die öffentliche Hand mehr Schulden machen. Nach einer Projektion des Bundeswirtschaftsministeriums soll das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik bis 1972 um 24 Prozent wachsen. Jeder kann sich nun ohne Logarithmentafel ausrechnen, welch blühenden Zeiten der öffentliche Kredit entgegengeht. Steigendes Einkommen berechtigt heute dazu, noch mehr zu pumpen, und verpflichtet nicht etwa dazu, endlich soliden Boden unter die Füße zu bekommen.

Es ist noch gar nicht so sehr lange her, da erregten sich gewisse Stellen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit über die angeblich so unsoliden Finanzierungsmethoden, mit denen die Sowjetzone ihre Planziele zu erreichen suchte. Oh, was wußte man nicht alles an Unheil zu prophezeien! Inzwischen ist es darum still geworden. Nicht nur ist das Unheil ausgeblieben, sondern es wird von Tag zu Tag offenbarer, daß das eigentliche Wirtschaftswunder jenseits der Elbe Ereignis geworden ist, wo man sich unter unsäglichen Mühen wahrhaft hochgedarbt hat. Und möglicherweise ahnt man bei uns, daß diese Leute uns in ein paar Jahren auslachen werden, wenn nämlich hier die debt-Managerei wie jede Schuld zur Abrechnung ansteht. Je aussichtsloser dann die Schuldenlage des Staates ist, desto leichter wird er sich dazu verstehen, seine Verpflichtungen durch Inflation zu erleichtern. Es gibt nur sehr wenige Staaten, die diesen Weg verschmäht haben, und was sich in der Bundesrepublik bisher maßgebend nennt, sieht nicht gerade nach dieser Art Askese aus.

Man kann schwerlich behaupten, daß unsere Finanzpolitik ein Beitrag zur Wiedervereinigung ist, es sei denn, man hat es bei uns darauf angelegt, drüben das Verlangen zu wecken, uns zu zeigen, was ein echtes, nicht gepumptes deutsches Wirtschaftswunder ist.

gs

(39) DN – Wahlzeitung für Bayern – Ausgabe O

Gerechtigkeit für den Bauern!

Unsere Bauern und Landwirte bewahrten unser Land während des Krieges vor Hunger und nach dem Kriege vor dem Verhungern. Ohne eine gesunde Landwirtschaft ist unser Volk ein Spielball der Interessen und der Politik fremder Mächte.

Solange die Hälfte der Menschheit täglich hungert, ist jede Produktionsbeschränkung verwerflich. Die Gefahr einer Ausbreitung des Kommunismus in der Welt wird am besten durch Bekämpfung des Hungers gebannt. Deshalb können wir es uns nicht leisten, daß irgendein Stück deutschen Ackers brachliegt.

Das Problem unserer Landwirtschaft ist nicht die Gefahr einer Überproduktion, sondern einer gerechten Verteilung der Lebensmittel, die den Verbraucher vor ungerechtfertigten Preissteigerungen schützt und der Landwirtschaft den ihr zukommenden Ertrag in unserer modernen Industriegesellschaft gibt.

Unsere Landwirtschaft muß auf der Grundlage moderner Verbundwirtschaft in ihrer gesunden Teilung kleiner, mittlerer und großer Betriebe erhalten bleiben. Unsere Landwirtschaft wird sich nie „gesundschrumpfen" können, sondern nur bei entsprechender Entlohnung allen bäuerlichen Fleißes bestehen können. Unsere Landwirtschaft hat daher ein Recht auf Preise, die nicht nur kostendeckend sind, sondern auch zu einer angemessenen Kapitalverzinsung führen.

Die angeblich „soziale Marktwirtschaft" der Bundestagsparteien will unsere Landwirtschaft marktwirtschaftlichen Gesetzen unterwerfen, die auf die zum Beispiel von Klima und Witterung abhängige Landwirtschaft nicht anwendbar sind.

Wir fordern, daß durch energisches Auftreten in der EWG endlich jene Wettbewerbsverzerrungen im Gemeinsamen Markt beseitigt werden, die allein unsere Bauern und Landwirte trotz ihres Fleißes immer wieder benachteiligen. Dies gilt für Steuern, Abgaben und zusätzliche Belastungen unserer Produktionsmittel.

Wir fordern, daß die Folgen der aus politischen Gründen hingenommenen Senkung der Getreidepreise, des „Ecklohnes" unserer Landwirtschaft, voll ausgeglichen werden. Hierzu gehört der unerläßliche Schutz der Veredelungswirtschaft.

Wir fordern, daß durch die Bildung entsprechender Marktinstrumentarien die Marktordnungen der EWG endlich ihre Entsprechung auf unserem Binnenmarkt finden.

Alle weiteren agrarpolitischen Maßnahmen stellen wir unter den Gedanken, daß zu den Grundlagen eines gesunden Staates auch ein froh schaffender Bauernstand gehört.

(40) DN vom 4. 11. 1966

Bauern klagen an!

Entschließung des 1. NPD-Agrarkongresses zur Lage der deutschen Landwirtschaft

Zur Lage der deutschen Landwirtschaft faßte der am 29. Oktober 1966 in Kassel tagende Agrarkongreß der NPD folgende Entschließung:

Ausgehend von der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage, in der sich die deutsche Landwirtschaft seit Jahren befindet und die sich besonders in jüngster Zeit weiter verschärft hat, klagen wir die Bundesregierung und alle Bundestagsparteien an und werfen ihnen vor:

I. Durch eine falsche Agrar- und Wirtschaftspolitik die heutige Lage der deutschen Bauern leichtfertig verschuldet zu haben. Mittels Preisfestsetzungen und negativer Marktbeeinflussung durch immer wieder überhöhte Einfuhren auf der einen Seite und ständige Kostensteigerungen auf der anderen Seite ist die Rentabilität der deutschen Nahrungsmittelerzeugung seit Jahr und Tag nicht mehr gegeben. Das Resultat ist eine erdrückende Verschuldung der gesamten Landwirtschaft von z. Z. über 20 Milliarden DM. Die daraus entstandene Zinslast von über einer Milliarde DM jährlich kann von den Betrieben nicht getragen werden. Die jüngsten Maßnahmen der Deutschen Bundesbank wirken hier nur negativ und treffen die Unschuldigen am meisten.

Neben dieser enormen Verschuldung ist bereits jetzt ein Verlust an Vermögenswerten in den Betrieben und ein Schwund an betrieblicher Substanz eingetreten, der in Milliarden DM kaum noch zu messen ist.

II. Durch diese Politik wird seit Jahren ein ganzer Teil unseres Volkes in wirtschaftlicher Not und Bedrängnis gehalten und bei längster und schwerster Arbeitsleistung Jahr für Jahr um einen großen Teil seines Lohnes betrogen.

Damit aber hat die Regierung gegen den Grundsatz der Chancengleichheit aller Bürger im Staate und der Gerechtigkeit gegenüber jedermann seit Jahren gröblich verstoßen. Die deutschen Bauern und ihre Familien sind ausgebeutet worden. Die Einkommensdisparität, von der Bundesregierung selbst seit 1956 in den grünen Berichten nachgewiesen, beweisen dies.

III. Mit der Schwächung der deutschen Landwirtschaft ist zugleich dem ganzen Volke in seiner Position in der Welt schwerer Schaden zugefügt worden. So wie die eigene Energiewirtschaft sträflich vernachlässigt wurde, ist auch die eigene Nahrungsmittelerzeugung geschwächt und geschädigt worden. Immer höhere Nahrungsmitteleinfuhren belasten unsere Zahlungsbilanz von Jahr zu Jahr mehr. Eigene Nahrungsmittelproduktion und eigene Energieerzeugung aber sind die Grundpfeiler zur Entwicklung wirtschaftlicher Sicherheit und damit Voraussetzung zur Entfaltung politischer Kraft, die unser Volk zur Überwindung seiner Notlage dringend braucht.

Wir machen die heutige Bundesregierung für diese schädliche Entwicklung voll verantwortlich.

IV. Allen Bonner Parteien werfen wir vor, ihre politischen Ziele nicht in erster Linie nach den Erfordernissen unseres Volkes, sonder nach den Gesichtspunkten der eigenen Machterhaltung ausgerichtet zu haben. Dabei hat die SPD ebenso wie die Regierungsparteien völlig versagt, da sie als Opposition keinerlei Alternativen zur Politik der CDU/CSU und FDP anzubieten hat. Zur Bildung einer neuen Regierung ist sie daher nicht geeignet.

Demgegenüber fordern die Nationaldemokraten eine Agrarpolitik, die darauf aufgerichtet ist, die deutsche Nahrungsmittelproduktion zu steigern und zu sichern. Neben rein nationalen Erfordernissen zwingt der Hunger in der Welt zu einer solchen Politik.

Dazu ist erforderlich:

A. Eine gerechte Entlohnung aller Landarbeit mittels Anhebung der Preise für landwirtschaftliche Produkte auf der Erzeugerebene bis zu einem Punkt, bei dem die Einkommensdisparität der in der Landwirtschaft tätigen Menschen beseitigt ist und bei der den Betrieben eine angemessene Rente zur Erhaltung und Steigerung ihrer Produktion ermöglicht wird. Die heutige Politik der Subventionen ist der falsche Weg, der zu keinem Ergebnis führt, außer zu dem der Diskriminierung unserer Bauern. Eine Verbilligung von Nahrungsmitteln, die heute durch allgemeine Subventionen erreicht wird, kommt auch Bevölkerungsschichten zugute, die auf Grund ihres Einkommens sehr wohl in der Lage wären, einen kostengerechten Preis für Nahrungsgüter zu bezahlen, auch wenn dadurch ein überhöhter Luxuskonsum eingeschränkt werden muß.

Entsprechend sollte ein großer Teil der heute an die Landwirtschaft gegebenen Mittel den einkommensschwachen Bevölkerungsteilen wie Rentnern und kinderreichen Familien zugeführt werden, damit jene die Nahrungsmittel leichter kaufen können. Die heute angewandte Methode ist ungerecht und unsozial. Sie rührt aus einer Politik, die auf Stimmenfang bei Wahlen ausgerichtet ist.

B. Die Eingliederung der deutschen Wirtschaft in die EWG hat so zu erfolgen, daß nicht bestimmten Wirtschaftszweigen wie der Landwirtschaft schwerer Schaden zugefügt wird. Keinesfalls sind politische Zugeständnisse der Partner oder gar dritter Staaten durch Preiszugeständnisse unsererseits zu erkaufen.

Entsprechend sind die Getreidepreise, so wie sie 1964 beschlossen wurden, wie auch die vorgesehenen Preise für Rinder, Schweine und Zuckerrüben zu revidieren.

Da, wo eine sofortige Preisangleichung wegen allzu großer Unterschiede nicht möglich ist, müssen Übergangsregelungen gefunden werden, bis eine Harmonisierung auch der Produktionskosten im EWG-Bereich stattgefunden hat.

C. Die Struktur der deutschen Landwirtschaft muß verbessert werden, indem den Kleinbetrieben die Produktion von Veredelungsgütern mehr als bisher zugeordnet wird. Nur eine innere Aufstockung dieser Betriebe und nicht die Zuteilung von mehr oder weniger Fläche, die nicht vorhanden ist, kann sie gesunden lassen. Zugleich ist der Entstehung von „Veredelungsfabriken", gleich ob in gewerblicher oder landwirtschaftlicher Hand, im Rahmen aller gesetzlichen Möglichkeiten entgegenzuwirken. Durch eine solche Entwicklung wird unsere Nahrungsmittelprodukton nicht billiger, sondern nur unsicherer und krisenanfälliger werden.

Als dringende Sofortmaßnahme fordern wir von der Bundesregierung:

1. Schnellste Ergreifung aller gesetzlich möglichen Maßnahmen gegen das weitere Vordringen gewerblicher Großveredlungsfabriken, auch in landwirtschaftlicher Hand, soweit sie das normale Maß landwirschaftlicher Produktion übersteigen.

2. Revision des Getreidepreissenkungsbeschlusses vom 15. Dezember 1964 mit dem Ziele, den derzeitigen deutschen Getreidepreis zu erhalten.

3. Schutz der am Geldentwertungsprozeß völlig unschuldigen Landwirtschaft vor den Auswirkungen der heutigen Kreditpolitik durch Ausweitung der Zinsverbilligung auf alle landwirtschaftlichen Betriebskredite.

4. Sofortige Einstellung der enormen Rindfleischeinfuhren, die den Zusammenbruch des deutschen Rindermarktes bewirkt haben. Stabilisierung der Rinderpreise in Höhe des siebenfachen Betrages des von der EWG-Kommission festgelegten Milchpreises.

5. Keine Kürzung der Dieselölbeihilfen, der Zuschüsse für Unfallrenten und Altersversorgung sowie der Einkommensteuerfreibeträge.

6. Festsetzung nationaler Mindestpreise unter Zugrundelegung des amtlich festgelegten Vergleichslohnes für die Bauern und ihre Familienangehörigen am Modell eines „Normalhofes".

. . .

(41) DN Nr. 35 vom 30. 8. 1968

Agrarpolitik endet mit Ulbrichts Weisheit!
Stalinistische Methoden im Westen

Nach der Währungsreform wurde die „freie Marktwirtschaft" und damit das Wirtschaftswunder geboren . . . kann man überall nachlesen. Leider widerspricht das den Tatsachen, denn der Lebenswille des gesamten deutschen Volkes schuf den Wiederaufbau aus den Trümmern, während das „Wirtschaftswunder" erst eine Folge negativer Art wurde. Ausgenommen wurde von der „freien Marktwirtschaft" die Landwirtschaft, denn ihr wurden die Preise diktiert. Um Verbraucher und Gewerkschaft zu beruhigen, schuf man die „Subventionen", denn auch mit dem Fortschreiten des „Wirtschaftswunders" verwehrte man der Landwirtschaft aus politischen Gründen den gerechten, kostendeckenden Preis. Mit der Subvention machte man eine Verbeugung vor dem Verbraucher und gleichzeitig eine Zwangsjacke für die landwirtschaftliche Entwicklung, denn die Landwirtschaft mußte die Masse der Mittel selber aufbringen, die Subvention war lediglich eine „Restfinanzierung"! – Die Agrarpolitiker bestimmten die weitere Entwicklung der Landwirtschaft. Zuerst nahm man ihr die Arbeitskräfte und stockte mit ihnen die Industrie auf, den Bauern zwang man zur „Rationalisierung", um gleichzeitig zum Ausgleich der Industrieausfuhren landwirtschaftliche Erzeugnisse einzuführen.

Um den Mangel an Arbeitskräften und die damit steigenden Lohnkosten zu beheben, zwang man die Landwirtschaft zur restlosen Mechanisierung und peitschte mit neuen Subventionen diese Entwicklung. Gleichzeitig erhielt die Industrie damit neuen Aufschwung. Der kostendeckende Preis wurde weiter verweigert.

Nunmehr wurde die Landwirtschaft gezwungen, sich zu spezialisieren.

Besonnene Köpfe sahen die damit entstehenden Gefahren voraus. Mit gemachtem Optimismus führten die Agrarpolitiker die Landwirtschaft weiter auf diesem Weg, an dessen Ende Geflügel- und Kaninchenmast standen. Der Unterschied zwischen Aufwand und Einnahme wurde damit aber nicht verkleinert, im Gegenteil, der Preisverfall setzte sich in jeder Weise fort.

Nun peitschte man die Landwirtschaft zum höchsten Aufwand und der höchsten Leistung, diese sollte der Weisheit letzter Schluß sein, das Einkommen wurde damit aber nicht gesteigert. Im Gegenteil, es wurde unsicherer und ungünstiger.

Hatte man bisher immer seine „Bauernfreundlichkeit" und den „Familienbetrieb" betont, Herrn Ulbricht als Teufel an die Wand gemalt, so machte man plötzlich eine Kehrtwendung, wollte von allen bisherigen Lenkungen nichts wissen und strebte das an, was Herr Ulbricht schon lange getan hatte: die Bauernvernichtung – „Gesundschrumpfung", die Förderung von „Gruppenlandwirtschaften" – Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG bei Herrn Ulbricht genannt), „Gemeinschaftsställen", „Maschinengenossenschaften".

Der bäuerliche Betrieb und der Nebenerwerb sollen verschwinden, der Großbetrieb, möglichst der unter der Leitung eines „Genossen", wird empfohlen. Der Weg dazu soll von der Landwirtschaft mit neuen Investitionen und der üblichen Subventionseinpeitschung beschritten werden, denn erst ab 50 ha sei ein „Betrieb" rentabel. Herr Höcherl schuf dazu einen neuen Begriff, den „Submarginalienbetrieb" (Unterrandbemerkungsbetrieb), dessen Größe nach seiner Angabe sich ständig erweitern wird. Was 50 ha und heute Vollerwerbsstelle, das ist morgen nur noch „Submarginalienbetrieb".

Herr Stalin schuf „Agrarstädte", Bonns Agrarkonstrukteure eifern ihm nach, Herr Ulbricht kann seinen Genossen beweisen, daß seine Handlungsweise schon immer richtig war.

„Der Freie Bauer" war einmal der Titel eines „DDR-Blattes" seligen Andenkens. Heute gibt es in Ulbrichts Reich keinen freien Bauer mehr, wohl aber „LPG-Funktionäre".

Dem Ziel strebt man in Bonn ebenfalls zu, denn wo es keine Bauern gibt, da gibt es keine Freiheit mehr. Schön in Einheitswohnungen und Einheitshochhäusern einsortiert, mit der Mattscheibe der Massenmedien gelenkt, nähern wir uns einem Staat von Parteiidioten, denn wer noch selber denkt, der stellt eine Gefahr für die Funktionäre dar! Demokratie ade!

Agrarius

(42) DN Nr. 8 vom 23. 2. 1968

. . .

„Panorama"-Chef Merseburger sprach auch das Schlußwort. Er räumte pauschal ein, daß die Klagen der Bauern nicht ganz unberechtigt seien, aber das Grundübel bestehe darin, daß niemand den Bauern gesagt habe, daß „wir zu viele Bauern haben . . ." Das sei zwar schlimm für sie, da die Betroffenen ja nun von ihren Höfen müßten, aber so sei es nun einmal. Wundert sich Herr Merseburger noch darüber, daß die unschuldig zum Tode Verurteilten ihre Hinrichtung nicht widerstandslos hinnehmen wollen? Es würde vermutlich viel weniger „überzählige" Bauern geben, wenn die Bundesregierung eine richtig verstandene Agrarpolitik betrieben und wenn das Fernsehen mit seinem kaum meßbaren publizistischen Einfluß sich für eine solche Politik auch eingesetzt hätte. Aber vermutlich gibt es dafür zu viele Fernsehredakteure.

Der eigentliche Grund für die Mißhandlung der landwirtschaftlichen Interessen im Deutschen Fernsehen liegt freilich tiefer. Diesem Massenmedium ist das Bauerntum wesensfremd, wie denn auch dem Bauern als dem Träger von Sitte die moralische Verderbtheit in weiten Teilen der Fernsehprogramme etwas Neues unter der Sonne ist.

Cato

(43) DN Nr. 47 vom 24. 11. 1967

Ausverkauf bäuerlichen Kulturgutes
Geschäftemacher verderben unsere Volkskunst
Von Luise Reinmüller

. . .

Landschaft und Bauweise, Hausrat und Tracht, der ganze bäuerliche Lebenskreis war eine Einheit, geprägt von ihrer aller Mutter, der göttlichen Natur! Wer darum die deutsche Seele töten wollte, wer das deutsche Volk in seinem Wesenskern treffen wollte, der mußte dieses Bauerntum vernichten!

Und dieses Ziel haben die Feinde unseres Volkes unbeirrt und brutal verfolgt, unterstützt von kurzsichtigen oder ihnen hörigen Elementen unseres eigenen Volkes! Bedroht ist nun die wirtschaftliche Lebensgrundlage für ein gesundes Bauerntum, ausgeblutet sind seine Familien, abgehetzt und zusammengeschunden seine Mütter, die einst das Herz des Hofes und die Trägerinnen seiner Kultur waren. Die stete Unterbewertung ihres Lebensbereiches und bewußte Zersetzungsarbeit hatte ihren inneren Halt und ihre seelische Widerstandskraft gebrochen.

Nun konnte die letzte Etappe, der große Ausverkauf bäuerlichen Kulturgutes beginnen!

Dieselben Kreise, die bislang alles Bäuerliche in Acht und Bann getan, machten nun auf allen Gebieten ihres eigenen inhaltslosen Daseins Anleihen bei eben diesem vielgeschmähten Bauerntum, um ihre verlogene Scheinwelt mit Vorzeichen „rustikaler" Herkunft aufzuputzen und aufzuwerten.

Dabei ist ihnen nichts heilig, kein Gebiet bleibt verschont! Da werden herrliche Kompositionen unserer großen Meister verjazzt und unsere innigen, vertrauten Volkslieder durch eine vom Ausland gelenkte Schlagerindustrie verstümmelt. War einst in der Musik Erhabenheit und Freude verankert, so wurde sie jetzt ihres Wesens beraubt und zum Anruf aller niedrigen Instinkte, sprich „Sex", entwürdigt. Entsprang einst aus der bäuerlichen Geselligkeit das Gespräch, die Erzählung, ja im G'stanzel-Singen schlagfertige Rede und Antwort in Reimen – so wird heute jede eigenschöpferische Aussage in Wort, Musik und Handfertigkeit erstickt durch die Massenmedien unserer Zivilisation.

. . .

In den Schaufensterauslagen der modernen „Boutique" trauert ein zierliches gedrechseltes uraltes Spinnradl zwischen Minikleidern oder Kosmetikartikeln oder ein hohes Butterfaßl als Regenschirmbehälter. Reiche Städter, die ihren Straßenkreuzer nie mit dem Pferdewagen tauschen möchten, hängen rostiges Zaumzeug, Kuhglocken, ungeschlachte Wagenräder und allen nur erreichbaren alten bäuerlichen Hausrat zu Dekorationszwecken an die Wand. Wo das Alte fehlt, wo nichts Echtes mehr aufzutreiben ist, schafft man Ersatz – es kann ruhig Kitsch sein –, so genau ist das nicht!

Daneben gibt es freilich auch jenen Städter, dessen tiefinnere Verbundenheit mit der verlorenen oder verlassenen Bauernheimat das alte Erinnerungsstück gleichsam als Talisman liebevoll bewahrt und bei dem der herrliche alte Schrank vielleicht in teueren Händen ist als in jenen, die ihn um billiges Geld verschacherten.

Solange nur vereinzelt solche Stücke bäuerlichen Hausrates vom Dachboden des Bauernhofes in die Wohnung eines solchen kunstsinnigen Städters wanderten, war diese Entwicklung wohl bedauerlich, doch nicht beängstigend.

Katastrophale Ausmaße nahm sie jedoch an, als gewissenlose Elemente das große Geschäft witterten und den restlosen Ausverkauf des alten bäuerlichen Kulturgutes sytematisch organisierten und betrieben.

Diese widerlichen Händler und Schieber durchkämmen nun Dorf für Dorf, der entlegenste Wald- oder Bergbauernhof ist vor ihnen nicht sicher. Mit dreistbiederem Auftreten überrumpeln sie die ahnungslosen Landleute, durchstöbern die Räume und Dachböden und verstauen die ihnen brauchbar scheinenden Gegenstände gleich im Kombi oder Lkw, den Besitzern ein Spottgeld für das „wertlose Zeug" hinterlassend. Ganze Wagenladungen dieses unwiederbringlichen alten Volksgutes verlassen solcherweise die Heimat.

Billigst eingekauft, zum Teil aufgefrischt, werden damit von diesen Kulturhyänen im Wiederverkauf enorme Gewinne erzielt. Ausländische Firmen sind mit dem Aufkauf des bäuerlichen Kulturgutes beschäftigt und verschicken allwöchentlich große Sendungen ins westliche Ausland, denn vor allem Amerikaner sind ganz versessen auf solche Beute aus „Old Europa" und bezahlen jede Summe dafür.

Diese Ausplünderung unseres Landes ist damit keine Angelegenheit des einzelnen Betroffenen mehr, denn was hier unwiederbringlich verschleudert und entführt wird, ist kostbares Volksgut!

All diese in langen Geschlechterfolgen durch Handarbeit von unseren Vorfahren entwickelten Gegenstände des täglichen Lebens und Wohnens und ihrer Arbeit sind Zeugen der geschichtlichen landschaftsgebundenen Entwicklung der einzelnen Gegenden und für Forschung und Sammler von unschätzbarem Wert. Außerdem öffnet der restlose Abverkauf von altem bäuerlichem Hausrat, der für eine zeitentsprechende Neugestaltung richtungweisend sein müßte, einer seelenlosen Nivellierung des Wohnstils Tür und Tor. Ebenso wie Stadtväter heute vor der schweren Aufgabe stehen, ihre einmalige Altstadt vor dem Verfall zu bewahren und dem Leben zu erhalten und Wege zur Erhaltung und einer wesensgetreuen Erneuerung auch finden, so muß auch das weite Land sein Gesicht und seine Seele bewahren!

Unsere bäuerliche Bevölkerung muß sich leidenschaftlich gegen jeden weiteren Ausverkauf ihres wertvollen überlieferten Eigentums zur Wehr setzen! Vor allem in der Jugend muß der Wunsch zum Erhalten und Bewahren geweckt werden. Sie muß solchen Besitz als Glück empfinden und als Anreiz und Verpflichtung, das Althergebrachte mit dem notwendigen Neuen zu verbinden. Es gibt in vielen Bauernhöfen schöne Beispiele dafür, wie das vorhandene Alte in harmonischen Einklang mit zweckmäßigem und zeitgemäßem Wohnen gebracht wurde. Ein solches Bauernhaus hat sich seinen schönsten Schmuck und seine Seele bewahrt und damit die heimliche Kraft, seine Menschen zu beglücken. Es ist Hüter der Werke unserer Ahnen, aus ihm spricht die Stimme der Heimat!

Möge dies doch jeder erkennen und danach handeln, ehe es für immer zu spät ist!

(44) DN Nr. 42 vom 18. 10. 1968

Der Skandal der deutschen Kriegsopferversorgung

Während Löhne und Gehälter unter dem Druck der Gewerkschaften praktisch Jahr für Jahr hochgetrieben werden und die Bundestagsabgeordneten in den Erhöhungen ihrer Diäten keineswegs kleinlich sind und jetzt sogar noch auf eine Altersversorgung hinausgehen,

werden die berechtigten Forderungen der Kriegsopfer auf die lange Bank geschoben. Über sechs Wochen blieb der erste Vorsitzende des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Rudolf Kleine, von Bundeskanzler Kiesinger ohne jegliche Antwort auf seine fernschriftliche Bitte um ein Gespräch über die Behandlung der Kriegsopferfrage durch die Bundesregierung. Diese Nichtachtung der Kriegsopfer durch den Kanzler, der selbst während des Krieges bekanntlich auf einem nicht schlecht bezahlten Posten sicher in der Heimat saß, während im Felde Hunderttausende ihr Leben ließen und Millionen Blut und Gesundheit opferten, kann nicht anders als unqualifizierbar bezeichnet werden.

Es muß einmal in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Versorgung der deutschen Kriegsopfer die miserabelste nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt ist. Und dieser Zustand beginnt langsam untragbar zu werden. Genau besehen wird man das Gefühl nicht los, daß Bundestag und Bundesregierung die Diffamierung des deutschen Frontsoldaten als Kriegsverbrecher offiziell auch dadurch unterstreichen wollen, daß die Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen der Gefallenen mit System auf den allerletzten Platz im Bundeshaushalt geschoben beziehungsweise nicht behandelt wird. Und dies nach dem Motto: „Sie haben ja schließlich für Hitler und die NSDAP gekämpft!", ein Motto, das ebenso verlogen ist wie das Geschichtsbild der Gesamtschuld des deutschen Volkes an allem, was zwischen 1933 und 1945 in Deutschland und in den besetzten Gebieten geschah.

Während beispielsweise in verschiedenen Staaten, darunter Frankreich, jeder Frontkämpfer ohne Ausnahme nach Erreichung einer bestimmten Altersgrenze einen Ehrensold der Nation erhält, müssen sich im Lande des Wirtschaftswunders Kriegsversehrte und Hinterbliebene mit Renten abfinden, die noch nicht einmal an das Existenzminimum heranreichen und die damit praktisch eine Verletzung der Menschenwürde und damit auch des Grundgesetzes darstellen.

Immer und immer wieder klagen die verantwortlichen Männer in der Bundesregierung über den Mangel an Wehrwilligkeit in unserer Jugend, und sie klagen auch über die in die Zehntausende gehenden Fehlstellen im Offiziers- und Unteroffizierskorps. Glauben sie denn allen Ernstes, daß diese Jugend blind ist oder gar dumm? Wissen sie denn nicht, daß diese Jugend zum Teil kriegsversehrte Väter hat, die mit steigender Verbitterung schon seit Jahren die unwürdige Behandlung hinnehmen, die ihnen seitens der Bundesregierung und des Bundestages zuteil wird? Können sie sich nicht denken, daß diese Jugend – nachdem man ihr alle Ideale, wie Vaterlandsliebe, Treue, Tapferkeit, nicht nur genommen, sondern darüber hinaus in den Dreck gezogen hat – nun auch erkennt, daß sie im Verteidigungsfall bei einer Verwundung oder sonstigen Dienstbeschädigung noch nicht einmal wirtschaftlich sichergestellt ist, von ihren Hinterbliebenen erst gar nicht zu reden, und darum auf diese Laufbahn verzichtet in der stillen Hoffnung, daß sie nicht zum Militär gezogen wird?

Natürlich kann man weder Gesundheitsschäden noch Verluste an Menschenleben durch Geld aufwiegen. Dennoch wurden Milliarden ausgegeben, um Wiedergutmachung an den Opfern des Nationalsozialismus zu leisten. Die Kriegsbeschädigten hat man im Vergleich dazu noch nicht einmal mit einem Taschengeld abgespeist. Und dennoch sind auch diese letzten Endes Opfer einer Politik, für die man sie nicht verantwortlich machen kann, denn – Nationalsozialismus hin oder her – niemand wird allen Ernstes behaupten können, daß sie diesen Krieg gewollt haben. Sie haben ihre Pflicht als Soldaten erfüllt, genau wie ihre Kameraden in den anderen kriegführenden Ländern, von denen sie bekanntlich mehr geachtet und geehrt werden als dies in ihrem eigenen Lande der Fall ist.

Und eben deswegen ist es ihr gutes Recht, daß sie zumindest genauso entschädigt werden wie alle anderen auch. Und ebenso ist es ihr Recht, daß auch der Bundeskanzler zumindest die allergewöhnlichste Höflichkeitsform ihrem Vertreter gegenüber wahrt, die unter wohlerzogenen Menschen üblich ist und ihn nicht wie einen lästigen Bettler mehr als sechs Wochen ohne Antwort läßt. Diese Nichtachtung Rudolf Kleines ist eine Beleidigung aller Kriegsopfer in der Bundesrepublik, und sie werden dem Kanzler zu gegebener Zeit mit dem Wahlzettel in der Hand dafür die gebührende Antwort zu erteilen wissen.

–ff–

(45) DN vom 30. 9. 1966

Auch die Werften von Bonn genarrt

Schöne Worte statt Taten

Dank nachdrücklicher Unterstützung durch die Regierung ist Japan auf dem besten Wege, sich über die Hälfte der Weltschiffbaukapazität zu sichern. Auch die Werften Großbritanniens und Schwedens erfreuen sich wertvoller staatlicher Hilfen. Die deutschen Werften indessen sind infolge der Kapitalmarktmisere nicht einmal in der Lage, ihre Rationalisierungsinvestitionen durchzuführen, geschweige denn daß sie jene Vorhaben verwirklichen können, die den steigenden Schiffsgrößen gerecht werden. Ein Wirtschaftszweig, der ganz allgemein zu den Wachstumsindustrien gerechnet wird, geht in der Bundesrepublik auf diese Weise den Krebsgang.

Dabei hatte noch 1964 die Bundesregierung den deutschen Werften ihre Hilfe zugesichert. Es war von Kredithilfen für den Exportschiffbau wie von Krediten und Bürgschaftshilfen für innerbetriebliche Anpassungs- und Umstellungsmaßnahmen die Rede gewesen. Die Praxis sieht so aus, daß die deutschen Werften gegenüber ihren Konkurrenten auf dem Weltmarkt ganz eindeutig durch höhere Zinsen benachteiligt sind. Darüber hinaus stellt der Verband Deutscher Schiffswerften fest, daß keine Maßnahmen für die erforderlichen Anpassungsinvestitionen getroffen wurden, und sei es auch nur, daß die Bundesregierung sich für eine gemeinsame Struktur- und Investitionspolitik innerhalb der EWG eingesetzt hätte.

Dafür ist die Bundesregierung bemüht, zur leichteren Abwicklung der Großbritannien zugesicherten Devisenhilfe, den englischen Werften Aufträge zuzuschanzen. Die Bonner Wirtschaftspolitik besteht nun einmal in leeren Versprechungen für die eigenen und hilfreichen Taten für die ausländischen Wirtschaftszweige.

(46) DN Nr. 48 vom 1. 12. 1967

Der DGB strebt jetzt nach diktatorischer Alleinherrschaft

Unter dem Deckmantel der Mitbestimmung – Die CDU versucht im trüben zu fischen / Von Kurt Knüpper MdL, Vorsitzender des Arbeitskreises für Sozialpolitik und Gewerkschaftsfragen der NPD

Die CDU/CSU-Fraktion hat am 10. 10. 1967 sehr widerwillig – nur um bei der nicht DGB-gebundenen Arbeitnehmerschaft weiterhin im trüben fischen zu können – den Gesetzentwurf zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes (Drucksache V/2234) eingebracht. Während der farblose Vorschlag der CDU/CSU lediglich eine begrenzte Verbesserung der Wahlvorschriften und einen gewissen Schutz gewerkschaftlicher und beruflicher Minderheiten im Betrieb vorsieht, wurde gleichzeitig betont, daß diese Novelle nichts mit dem Gesamtkomplex der Mitbestimmung zu tun habe. Mit diesen Verbeugungen den Arbeitgebern sowie dem Koalitionspartner SPD/DGB gegenüber glaubte man, sich weitgehend politisch-taktisch abgesichert zu haben. Doch haben die Christdemokraten hierbei die Rechnung vollkommen ohne den Wirt gemacht. Die Industriellen-Zeitschrift „Der Arbeitgeber" (Nr. 21/67) reagiert sehr verärgert und bezeichnet den CDU/CSU-Gesetzentwurf als „höchst zweifelbar und sachlich anfechtbar".

Der DGB hat sofort das Doppelspiel der Christdemokraten durchschaut und überreichte postwendend den Fraktionen des Bundestages einen formulierten Gesetzentwurf zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes. Die erste Reaktion zu den DGB-Forderungen im Bundeshaus war der Ausspruch: „Das ist ein ganz dicker Hund."

Der DGB begründet seinen Schritt damit, daß ihn der Beschluß der CDU/CSU-Fraktion vom 10. 10. 1967 zu seiner Vorlage gezwungen habe. Der DGB hat in seinem Text nunmehr all das zusammengefaßt, was seitens des DGB in den letzten Jahren an Forderungen erhoben wurde. Mehr als 70 Paragraphen des Gesetzes sollen geändert, ergänzt oder völlig neu formuliert werden. Nur wenige und unbedeutende Paragraphen haben den DGB-Funktionären keinen Anlaß zu Abänderungen gegeben. Es handelt sich also schon rein äußerlich um eine umfassende Gesetzesumgestaltung.

Wichtiger ist indessen, daß der DGB auch einen völligen Umsturz des geltenden Betriebsverfassungsgesetzes anstrebt, um auf diesem Wege den in jeder Beziehung unbegründeten Monopolanspruch der DGB-Gewerkschaften nunmehr auch gesetzlich zu verankern.

Der DGB wendet sich gegen eine Erweiterung des Minderheitenschutzes laut „Welt der Arbeit" mit der fadenscheinigen Begründung, daß der Betriebsrat damit „zu einem Klub debattierender Vertreter unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Prägung" werde. Diese „Weisheit" hindert die Gralshüter der Demokratie aber nicht daran, ihrerseits skrupellos zu verlangen, daß in Paragraph 51 der letzte Satz „Arbeitgeber und Betriebsrat haben jede parteipolitische Betätigung im Betrieb zu unterlassen" ersatzlos gestrichen werden soll.

Der DGB macht damit deutlich, was er wirklich unter einer „Ausweitung der Mitbestimmung" versteht: zunächst Ausschaltung aller gewerkschaftlichen und beruflichen Gruppen, die nicht die Gnade des DGB-Bosses finden, und anschließend die DGB-Einheitspolitisierung, die auf diese Art zustande gekommenen Einheitsbetriebsvertretungen. Damit werden die Betriebsräte weitgehendst zu Befehlsempfängern der „allmächtigen" DGB-Befehlszentrale degradiert.

Darüber hinaus soll durch weitgehende Änderungsvorschläge die Abhängigkeit der Betriebsangehörigen von den DGB-Zentralen eingebaut werden, insbesondere im personellen Mitbestimmungsrecht.

So sollen in Zukunft Einstellungen von Arbeitnehmern nur noch nach vorheriger Zustimmung des Betriebsrates möglich sein. Die Bewerbungsunterlagen sind dem Betriebsrat vorzulegen, und der Bewerber hat sich dem Betriebsrat vorzustellen.

Bei dieser Gelegenheit wird dann der Bewerber die Mitgliedschaft zur Monopolgewerkschaft nachzuweisen bzw. zu erwerben haben. (Was waren doch die DAF-Größen s. Z. dagegen für Stümper.)

Wir aber sollten dem DGB für seine veröffentlichten Gegengesetzentwürfe dankbar sein. Enthüllen sie doch ganz einwandfrei, was er sich unter „Ordnung" vorstellt, und welches Zusammenleben im Betrieb er anstrebt.

Ein Betriebsverfassungsgesetz nach diesem „Plan" wäre weder von einem totalitären – gleich welcher Schattierung – oder syndikalistischen System, höchstens in Nuancen, zu unterscheiden. Mit dem DGB gesprochen: „Wehret den Anfängen."

Demgegenüber müssen nun die diversen Gruppierungen innerhalb der CDU/CSU ihr Doppelspiel aufgeben und unter Beweis stellen, wie weit sie überhaupt noch in der Lage sind bzw. bereit sind, dem DGB-Betriebsverfassungsgesetzentwurf mit Alternativen entgegenzutreten. Wir werden diese bedrohliche Entwicklung sehr genau beobachten und die deutsche Arbeitnehmerschaft immer wieder auf die Machenschaften der Kartellparteien hinweisen, weil wir es mit der Demokratie ernst meinen.

(47) DN Nr. 46 vom 15. 11. 1968

DAG zersetzt die Arbeitsmoral

Arbeitszeitverlängerung durch Zuspätkommen

Bekanntlich leben wir im Zeitalter der Arbeitszeitverkürzung. Von der 48-Stunden-Woche kamen wir auf 45 Stunden, und bald wird auch die 40-Stunden-Woche in allen Betrieben zur Norm werden. Einzelne Gewerkschaften haben sich nur 36 Arbeitsstunden pro Woche als vorläufiges Ziel gesetzt. Bei vollem Lohnausgleich natürlich und zu Lasten der Arbeitgeber. Die durch die Arbeitszeitverkürzung entstandenen und weiter entstehenden Produktionsausfälle haben dazu geführt, daß wir Hunderttausende von Gastarbeitern anwerben mußten, um leistungs- und konkurrenzfähig zu bleiben. Die dadurch entstehende Devisenverlagerung ins Ausland geht jährlich in die Milliarden, von den Sozialleistungen ganz abgesehen, deren Opfer auf die Dauer unsere eigenen bundesdeutschen Rentner sein werden, dann nämlich, wenn die Kassen wegen der Auslandszahlungen leer sind. Und die Schwierigkeiten in der Aufrechterhaltung der gleitenden Rentenversorgung bestehen ja heute schon, wie jedes Kind weiß.

Daß sich aus diesen Gründen und noch anderen dazu die Arbeitgeber gegen weitere Arbeitszeitverkürzungen wehren, ist nur allzu verständlich. Nun ist die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft auf den glorreichen Gedanken verfallen, daß man das, was man auf dem Verhandlungswege über die Tarifabsprachen nicht erreichen kann, eben durch die Hintertür erreichen könnte: Ihr neues Motto ist: „Arbeitszeitverkürzung durch Zuspätkommen." So verkündet die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft in Frankfurt: „Leider führen viele Chefs ein sehr strenges Regiment. Die Pünktlichkeit wird stark überbewertet. Sie reagieren schon sauer, wenn sich die Leute nur ein paar Minuten verspäten." Hierzu der Personalberater Volker L. Novic (Frankfurt) wörtlich: „Ein Angestellter oder Beamter, der fünf nach acht angstschlotternd im Büro erscheint, hat den falschen Chef."

Um sich für ihre Theorie die notwendige Rückendeckung zu verschaffen, hat die DAG die Gilde der sogenanten Betriebspsychologen eingeschaltet, die das Schlagwort prägte: „Pünktlichkeitsfanatiker vermiesen das Betriebsklima!"

Wir wollen das Thema doch einmal sachlich betrachten. Angenommen, der oder die Angestellte erscheint pünktlich um 8 Uhr im Büro, dann vergehen mindestens fünf bis zehn Minuten, bis man sich mit den Kollegen einen guten Morgen gewünscht, die Büromaschinen abgedeckt, die Schreibtische geöffnet und das Arbeitsmaterial zurechtgelegt hat. Von den Manipulationen der weiblichen Angestellten mit Bürste, Kamm, Puder und Lippenstift, die etwas länger dauern, ganz abgesehen. Diese durchschnittlich zehn Minuten in Anspruch nehmenden Verrichtungen sind für den Arbeitgeber bereits verlorenes Geld, denn sie gehen von der reinen Arbeitszeit, auf die er laut Tarif Anspruch hat, ab. Zehn Minuten pro Tag und Kopf bei einem Betrieb, der 500 Angestellte mit einem Durchschnittsgehalt von 700 DM im Monat beschäftigt, bedeuten umgerechnet und unter Zugrundelegung der 45-Stunden-Woche einen täglichen Verlust von rund 83,5 Arbeitsstunden, die sich finanziell in 1316 DM auswirken. Bei einem Durchschnitt von 24 Arbeitstagen im Monat ergibt dies rund 2004 verlorene Arbeitsstunden zu insgesamt 35 563 DM und innerhalb von zwölf Monaten 24 048 verlorene Arbeitsstunden zu insgesamt rund 426 756 DM. Wohlgemerkt: Dies sind die Zahlen, die der Arbeitgeber im Durchschnitt stillschweigend in Kauf nimmt, wobei er allerdings voraussetzt, daß seine Angestellten auch das Pflichtgefühl aufbringen, zumindest rechtzeitig an ihrem Arbeitsplatz zu sein.

Nun aber kommt die DAG und will von sich aus die ohnehin meist laxe Arbeitsmoral weiter dadurch untergraben, daß sie dem Chef das Zeugnis eines Sklaventreibers ausstellt, der Pünktlichkeit von seinen Angestellten verlangt. Man kann die Dinge drehen wie man will, diese Untergrabung der Autorität ist nichts weiter als bewußte Sabotage am gesamten Volksvermögen. Denn die verlorenen Arbeitsstunden und das damit verlorene Kapital gehen nicht nur zu Lasten des einzelnen Arbeitgebers, sie gehen zu Lasten des gesamten Volkes. Auf die Millionen von bundesdeutschen Arbeitnehmern umgerechnet, gehen diese Beträge jährlich in die Milliarden DM.

Diese Dinge haben die Betriebsberater und Volkswirte in anderen Ländern, insbesondere aber auch in den USA, schon längst und sehr wohl erkannt, von den diktatorischen Staaten des Ostblocks ganz abgesehen. Arbeitnehmer, die in den sogenannten „sozialistischen Staaten" laufend zu spät zur Arbeit kommen, werden wegen „Sabotage" gerichtlich belangt und wandern in Arbeitslager. In den USA werden sie zweimal verwarnt und beim dritten Mal gefeuert. Hier aber setzt sich keine Gewerkschaft für sie ein, im Gegenteil, gerade die Gewerkschaften, die in den USA bekanntlich auch die Arbeitsvermittlung besorgen, haben überall ihre Kontrolleure, die nicht nur darauf achten, daß die Angestellten pünktlich zur Arbeit kommen, sondern auch darauf, daß während der Arbeitszeit gearbeitet und daß nicht außerhalb der tariflich festgesetzten Pausen Kaffeeklatsch betrieben wird. Arbeitnehmer, die „schludern", werden von ihrer Gewerkschaft nach der dritten Beanstandung einfach nicht mehr vermittelt und sitzen auf der Straße, es sei denn, sie lassen sich umschulen und kommen in einem anderen Beruf durch Vermittlung der für diesen Beruf zuständigen Gewerkschaft unter. Eine Gewerkschaft in den USA, die – wie bei uns die DAG – es wagen würde, die Arbeitsmoral in der oben erwähnten Form zu zersetzen, würde dort ohne weiteres ihr Gesicht verlieren und von den Dachgesellschaften der Arbeitnehmerverbände ausgestoßen werden. Denn: so hart auch die Trade-Unions den Arbeitgebern gegenüber in ihren Lohnkämpfen sein mögen, so fair sind sie den gleichen Arbeitgebern gegenüber in der Überwachung der Einhaltung der Tarifbestimmungen seitens der Arbeitnehmer und insbesondere in der Einhaltung der Arbeitszeiten.

So sieht die Zusammenarbeit der Arbeitnehmerverbände mit den Arbeitgebern in einer wirklichen Demokratie aus. Wir sind dafür bekannt, daß wir bestimmt nicht alles gutheißen oder gar anhimmeln, was aus Amerika zu uns kommt. Wenn sich aber auch bei uns einmal die Gewerkschaftsfunktionäre um ihre eigentlichen Obliegenheiten, nämlich um die pünktliche Einhaltung der Arbeitszeiten durch die Arbeitnehmer – dies nur unter anderem – kümmern würden, anstatt eine Politik zu treiben, die sie erstens nichts angeht und uns zweitens an den Rand des Bolschewismus führt, dann wäre wenigstens ein Anfang zur Gesundung unseres Volkes zu bemerken. So aber versuchen sie die ohnehin schon nicht mehr gefestigte Arbeitsmoral weiter zu untergraben, mit dem Endziel, Wählerstimmen zu fangen und dadurch die Arbeitnehmer insgesamt und nicht nur ihre zahlenden Mitglieder in jenen „demokratischen Sozialismus" zu treiben, der uns aus den Beispielen östlich des Eisernen Vorhangs ein nur allzu bekannter Begriff ist.

Was sich diese Funktionäre dabei für sich selbst für Vorteile ausrechnen, ist uns allerdings schleierhaft. Denn sie sollten doch eigentlich wissen, daß ihre Vorgänger in den Satellitenstaaten des Kremls sämtlich entweder den Weg nach den Kellern der Lubjanka oder zumeist in die Steppen Sibiriens antreten mußten. Und weder von da noch von dort gab es bisher eine Wiederkehr.

–ff–

(48) DN Nr. 11 vom 14. 3. 1969

Die Welle der Porno-Filme
Von der sexuellen zur politischen Anarchie
Von Jochen Ernst

. . .

Vorwiegend Unzuchtfilme aus Schweden und jetzt vor allem aus der Bundesrepublik vorgesetzt zu bekommen, das war kein Zufall. Anarchie wird bei uns mit Freiheit gleichgesetzt, Unzucht auf der Leinwand mit revolutionärer Befreiung. In Wahrheit ist es ein Selbstbetrug. Davon profitieren nur die Spekulanten. Die USA und England verhalten sich noch reserviert. Die Angelsachsen wissen, daß Freiheit nicht mit Hinwendung zur Anarchie zu verwechseln ist. Und die kommunistischen Ostblockstaaten, die sonst bei uns auf allen künstlerischen Gebieten gepriesen werden, sind, was den Sexfilm anbelangt, enthaltsam. Sie berechnen die Folgen. Aufweichung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung durch Sex-Überfütterung fördert die kommunistische Welteroberung. Gesundes Volksempfinden pflegen die Kommunisten gegen dekadente Auflösungserscheinungen. Zum Sturm auf die kapitalistische Bastille benötigen sie gesunden Geist und Tatendrang. Was hat die Bundesrepublik dagegen einzusetzen? Nur den „Grafen Porno"?

(49) DN Nr. 9 vom 1. 3. 1968

Kultur-Maoisten

Vielleicht wird noch deutlicher, was ich meine, wenn man unsere linksradikalen Literaten kurz beleuchtet, Günter Grass z. B.: Ich habe in der Rede vor dem Parteitag nicht zufällig „Kulturbolschewisten, Pornographen, halbstarke Politiker und Funktionäre" in einer Reihe genannt (Sie scheinen nur „Kulturbolschewisten" gehört zu haben). Die literarischen Zerrbilder des SPD-Blechtrommlers schädigen die seelische Gesundheit unseres Volkes und schwächen seine Widerstandskräfte gegen die bolschewistische Infiltration. „Alles Deutsche ist hündisch verzerrt", urteilt ein bekannter Literaturhistoriker über Grass. Ähnlich die Produkte eines anderen Brecht-Epigonen, Enzensbergers, der die Entstellung zum Prinzip erhebt: „deutschland, mein land, unheilig herz der völker, ziemlich verrufen von fall zu fall." Von da über Herbert Marcuse und Blochs „ubi Lenin, ibi Jerusalem" führt eine krumme Linie bis zu den Dutschkes und Teufels und den „Kultur-Maoisten".

Das sind Lenins „nützliche Idioten" im Kulturleben des Westens.

Auf diese habe ich mit dem Schlagwort „Kulturbolschewisten" gezielt, ohne diesen Begriff zu eng aufzufassen. Vielleicht aber stört Sie gerade die maoistische Variante, denn im gleichen Heft, in welchem Sie auf fünf Seiten gegen das überholte Wort „Kulturbolschewismus" protestieren, zitieren Sie unvorsichtigerweise positiv das Idol unserer Kultur-Maoisten, den rotchinesischen Diktator. Welche er von seinen „hundert Blumen" für die Kultur blühen läßt, hat er inzwischen verdeutlicht. Seine Kulturrevolutionäre haben so manche Blume altchinesischer Kultur abgeschnitten. Das hätten Sie Ihrem Mao-Sprüchlein hinzufügen müssen, um nicht in den Verdacht zu geraten, Deutsche zu diffamieren, Maos diktatorische Barberei aber zu verherrlichen und so den Tendenzen der „Kulturbolschewisten" zu dienen.

Künstlerische Freiheit

Darüber werden wir uns wohl nicht verständigen können. Einig bin ich aber mit jedem, der für die Freiheit des künstlerischen Schaffens eintritt. Diese Freiheit ist bei uns heute nicht durch den öden Akademismus der sowjetischen Polit-Kunst bedroht, sondern von einer Clique avantgardistisch gestikulierender Retourgardisten, die sich ein Meinungsmonopol in den Massenmedien, Akademien, Lehranstalten, Ausstellungen usw. geschaffen haben und diktatorisch jeden boykottieren, der eine konservative oder in einem anderen Sinne moderne Kunstauffassung vertritt.

(v. Thadden)

(50) DN Nr. 49 vom 8. 12. 1967

Förderung der Abartigen
Viel Gunst für schlechte Kunst
Von Richard W. Eichler

Im Alleingang hat es ein Schriftsteller gewagt, dem korrupten modernistischen Kunstbetrieb entgegenzutreten. Die kulturkritischen Bücher von Richard W. Eichler „Könner, Künstler, Scharlatane" und „Künstler und ihre Werke", besonders auch „Der gesteuerte Kunstverfall", beginnen sich bereits so stark auszuwirken, daß sie nicht mehr totgeschwiegen werden können. Auf seinen theoretischen Grundlagen aufbauend hat der mutige Autor nun in Praktiken der sogenannten Kunstförderung hineingeleuchtet. Was dabei erkennbar wird, sind skandalöse Zustände einer Cliquenwirtschaft, einer Verschleuderung von öffentlichen Mitteln zur Stützung und Monopolisierung des Absurden, Krankhaften, Perversen und der Boykott aller gesunden und zukunftsträchtigen Schöpfungen der Gegenwartskunst. Mit freundlicher Genehmigung des Verlages bringen wir als Auszug Eichlers Abrechnung mit der „Förderung junger Künstler", die in Wirklichkeit nur Abartiges und Zersetzendes unterstützt.

Starthilfen für junge Künstler sind eine geradezu geheiligte Einrichtung, ihre Berechtigung anzuzweifeln setzt den Fragenden sogleich ins Unrecht. Aber lassen Sie uns bedenken: Als noch weitgehende Einmütigkeit darüber bestand, was unter Kunst zu verstehen sei und Begabungsunterschiede leidlich bestimmbar waren – in jenen glücklichen Zeiten war das Unterfangen der Förderung aus öffentlichen Mitteln vertretbar. Heute jedoch, da selbst im Kreis der Fachleute gegensätzliche Meinungen darüber bestehen, was alte gültige Kunst unserer Zeit angesehen werden kann, ja sogar darüber, ob weite Bezirke zeitgenössischer Bildnerei überhaupt Kunst sind, wird Kunstförderung zu einem anfechtbaren Unternehmen.

Es ist hier weder Raum noch Notwendigkeit (da in meinen kritischen Büchern eingehend dargetan), zu beweisen, daß sich absurderweise ein seit den zwanziger Jahren überlebter Manierismus als „offiziöse Zeitkunst" aufspielt. Diese Vormachtstellung wurde nicht mit künstlerischen, sondern politisch-moralischen Argumenten (insonderheit durch die In-Bausch-und-Bogen-Glorifizierung der ehemals „Entarteten") errungen.

Die Merkmale dieser begünstigten Bildnerei sind
- Gegenstandslosigkeit (in Nachfolge von Kandinsky und Mondrian),
- Miserabilismus (als erwünschter Gegenpol zur positivistischen, idealistischen Kunst),
- Absurdität, Antikunst (Pop-art als Neuauflage des kunstverneinenden Dada).

Der Gegenstandslosigkeit, die uns seit 1910 abwechselnd lyrisch-musikalisch, geometrisch-gezirkelt und tachistisch-spontan geboten wurde, braucht kein Abgesang mehr gehalten zu werden. Sie hat längst ihren Platz als die ornamentale Dekoration des zwanzigsten Jahrhunderts gefunden. Sich ihr hinzugeben, ist seit langem kein künstlerisches Wagnis, nicht einmal ein Abenteuer mehr. Wer diesen Spielplatz heute noch aufsucht oder nicht zu verlassen wagt, ist zu harmlos, um Beachtung zu verdienen. Diese Machart weiterhin zu lehren, ist absurd.

Aktuell hingegen ist die Flut des Ordinären, Häßlichen und Weltverneinenden, die neuerdings dem Zeitgenossen entgegenbrandet, ja selbst in die Provinzgalerien schwappt. Rechtfertigung erfährt dieser Kult des Zersetzenden durch die Umerziehungsideologen von der Gattung der Adorno, Brock und Rhode, die uns die Unkultur verordnen als eine Art Serum gegen nationale Selbstüberschätzung, die nach ihrer Meinung aus Ethos und Schönheitsstreben erwächst.

Die neue Parole ist ausgegeben: Die Zukunft (durchschnittliche Dauer einer „Zukunft" in der „modernen Kunst": zwei bis fünf Jahre) gehört den Perversen. Die Antinatur (Gegenstandslosigkeit) wurde von der Unnatur überrollt. Die alte Garde der Unfigürlichen, die Winter, Nay, Werner, Schumacher, Cavael, ist bereits historisch, sie muß sich mit dem vorletzten Raum der öffentlichen

Schaustellungen bescheiden (groteskerweise bildet sie noch abstrakten Nachwuchs aus).

Sexualpathologie

Letzter Schrei ist nunmehr die Sexualpathologie, ihre Stars heißen Uwe Lausen, Reiner Schwarz, Georg Baselitz; gegen sie ist Paul Wunderlich schon ein älteres Semester, Hans Bellmer und Schröder-Sonnenstern gar sind altgediente Mal-Lust-Greise. Die internationalen Leitsterne sind Francis Bacon und Graham Sutherland. Wer sich noch beweglich genug fühlt, schwenkt auf die neue Richtung ein.

An Beispielen aus der in der Bundesrepublik geübten Förderung (etwa dem „Deutschen Kunstpreis der Jugend") wird ablesbar, wie die miserabilistische Produktion angetrieben wird, sobald man den Geldstrom auf ihre Dynamos leitet. Wenn einige weltfremde Philosophen im Ernst glauben, daß nur tiefe, elementare geistige Entwicklungen bildnerische Formen und Strömungen auszulösen vermögen, hier müssen sie sich eines Besseren – oder besser Schlechteren – belehren lassen. Verleihen Sie einem notorischen Pornographen wie Paul Wunderlich und einem Exkrementeplastiker wie Jochen Hiltmann den „Deutschen Kunstpreis der Jugend", und Sie können sicher sein, daß ein Teil des cleveren Jungvolks in die gleiche unappetitliche Richtung werkeln wird.

Die Kunstförderung von heute ist weitgehend Lenkung, Geschmacksdirigismus im Sinne einer „prästabilierten Ästhetik". Wirkliche Erneuerer sind unerwünscht. Unterwerfung unter den modernistischen Konformismus ist der Preis für Wohlgelittenheit.

Welche Erholung für die Kritiker, wenn sie nach den Jahren der gegenstandslosen Dürre endlich wieder ins volle, „saftige" Leben greifen dürfen: „Seit 1933 – angeblich aus Protest gegen den Faschismus(!) – ist Bellmer von der Idee besessen, die seitdem leitmotivisch sein Oeuvre durchzieht, die Puppe . . . Die Hannoveraner Ausstellung (Kestner-Gesellschaft, Direktor Wieland Schmied) zeigt mehrere dieser Nackedeis; aus Pappmaché, aus Holz, aus Metall. Eine sexuelle Komponente ist unübersehbar, der Betrachter müßte blind sein, um die mehrfach angebrachten Genitalien nicht zu bemerken . . . die Demonstration der einzelnen Teile mit all ihren saftigen Funktionen assoziiert nicht nur Ekstase, sondern diese Körper sind auch vom Verfall bedroht, zwischen Vereinigung und Auflösung scheinen sie in sinnloser Balance gehalten. Diese Körper sind Gefängnis und Ruine zugleich . . . Bellmer beginnt mit Sozialkritik in der Art eines Dix: Nutten mit Ausschlag, dazwischen ein junger Mann – ein Selbstbildnis, wie der Katalog belehrt . . . Was ist die Wiener Schule dagegen? Kitsch. Und wie muten Janssen und Wunderlich dagegen an? Provinzieller, als wir je für möglich hielten. Die insgesamt 39 verkäuflichen Zeichnungen werden in der Liste der Kestner-Gesellschaft zwischen 1800 und 9600 Mark offeriert . . . Die psychologischen Voraussetzungen dieser manischen Enthüllungszeremonie sollen hier außer Betracht bleiben."

Kunstschwätzer

Von diesem Schmutzschwall hochgespült wurden sogar Spinner wie Friedrich Schröder-Sonnenstern, der es vom Melker zum Gesundbeter, Irrenhausinsassen und Pop-Pornographen gebracht hat, den Galerien wie Springer in Berlin, Sydow in Frankfurt a. M. und Cordier in Paris ausstellen. „. . . eine Grandma Moses der Obszönität . . . Seine Bilder sind von überdeutlicher Penetranz und können dennoch durch überraschende (und eher routinierte als naive) Aussparungen verblüffen. Verblüffung dürfte denn auch das Geheimnis seines inzwischen unbestrittenen internationalen Erfolges sein." So Berlins Unkunstfachmann Heinz Ohff.

Was die meisten nicht wissen: Schröder-Sonnenstern hat nur die „Ideen" geliefert, ausgemalt hat Wolfgang Simon, der sich inzwischen mit seinem wohlhabend gewordenen Meister zerstritten hat und neuerdings auf eigene Rechnung pornographiert.

Es kann uns wenig trösten, daß ähnliche Entgleisungen auch im Ausland geschehen. Beruhigend nur, daß dort das natürliche Empfinden der Bevölkerung ebenfalls gegen die mit einem Teil der Presse verbündeten Abartigen steht. Jedes Zeitalter hat seinen Götzen – unser heißt Freiheit –, dem die Feigen opfern.

Was wir dem Ausland voraushaben, ist die Breite der Produktion, die nahezu vollkommene Ausrichtung und die Unterwürfigkeit der Kunstschwätzer. Die letzteren finden stets eine Floskel, mit der sie selbst noch den offensichtlichen Unrat anbieten zu können glauben. „Die überdimensionierten Fruchtbarkeitszeichen verdecken die malerische Leistung. Der Künstler bleibt im Schatten seiner breit ausgemalten pubertären Träume." Durch solche orakelhaften Sprüche wurde der Hann-Trier-Schüler Georg Baselitz dem Publikum interessant gemacht. „Janssens Erfolg ist für Außenstehende spektakulär . . . Bei Janssen geht es dabei nicht ohne Vivisektion ab. Er unterwirft ihr die platte Anatomie und psychisches Dunkel, die Irrungen des Instinkts und die seelische Verwirrung . . . Völlig anders sind die Bildnisse seiner Frau Verena und seines vierjährigen Sohnes Philipp . . . sind zarteste Zeugnisse innerer Sicherheit."

Die gleiche Schizophrenie also wie bei Picasso: Welthaß für die verachtete Umwelt, Idylle für den Hausgebrauch.

Nur gelegentlich wagt ein Kritiker offene Worte, wie etwa Kotschenreuter, der über Professor Paul Wunderlichs Ausstellung in der Berliner Galerie Diogenes schrieb, dort nach dem Anblick seiner Lueskadaver und zermanschten Embryonen könne man nur noch in Lysol baden.

Bordell-„Kultur"

Neben der Schützenhilfe durch Rundfunk und Lizenzpresse ist eine zweite Macht für das Gedeihen dieser Bordellkultur wichtig: willfährige hohe Richter, die für juristische Abschirmung sorgen. Besondere Verdienste hat sich auf diesem Gebiet der verstorbene Hamburger Generalstaatsanwalt Ernst Buchholz erworben. In einem eigenartigen Verfahren hatte er die Freigabe eines von homosexuellen Perversitäten strotzenden Romans des siebzehnmal wegen Betruges, Diebstahls und Zuhälterei bestraften Jean Genet erreicht. Prompt berief sich der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Berlin auf dieses „bahnbrechende Hamburger Urteil" und sprach Kunsthändler frei, die eindeutig unzüchtige Bilder öffentlich ausgestellt hatten.

Eine Hoffnung bleibt uns: die Langeweile nach so viel „Pornographie als Pflichtfach". Die schamlosen Tabuzertrümmerer werden einsehen müssen: Das Grobsexuelle gibt auf die Dauer wenig her. Kurt Lothar Tank hat gleiches für die entsprechende Literatur festgestellt: „Wer aber nun glaubt, sich einem sinnlich-sinnfrohen Vergnügen hingeben zu können wie bei der Lektüre eines Boccaccio oder Rabelais, eines Balzac oder Maupassant, erlebt eine arge Enttäuschung. Die Lektüre

wird zur Qual. Ach, sie macht so müde, diese pflichtschuldig und stumpfsinnig geübte und beschriebene Unzucht. Der Rezensent gähnt."

Die Wirkung wird möglicherweise eine ganz andere sein, als von den Förderern solcher geistigen und seelischen Aufweichung mittels Afterkunst erhofft. Die wertvollen Vertreter einer jungen Generation werden die helle Klarheit der Erdenwirklichkeit jener schwülen Schaubudenatmosphäre vorziehen. Perversität ist steril, fortpflanzen kann sich nur Lebensfähiges.

Die dritte Manier, die einem auf Erfolg bei den Kunstmeinungsmachern erpichten Kunstjünger empfohlen werden könnte, ist Pop-art. „Pop-art ist der natürliche Feind der Kultur, der Freund der Bedrückten und Entrechteten, das Signal für die Massen, die Notbremse im Omnibus der fliegenden Jahre. Pop-art ist die Zerstörung der Malerei mit ihren eigenen Mitteln. Pop-art ist gerecht. Pop-art darf nicht sterben . . . Pop-art ist frech wie ein Plakat, rostig wie eine Konservendose, idiotisch wie eine Kurbelwelle, aggressiv wie ein Kotflügel, platt wie eine Klarsichtfolie." Wolfgang Christliebs Stellungnahme ist charakteristisch für ein durchtrieben-hinterhältiges Verfahren: Eingeständnis unleugbarer Tatsachen, zugleich augenzwinkerndes Leugnen des Ernstes der Aussage.

Dagegen ist Frau Dr. Juliane Roh von einer zwar rührenden, aber unerlaubten Naivität: „In Deutschland verbindet Alvermann Mittel der Pop-art mit moralischem Engagement . . . Dieser nachdenksame (welch alberne Geziertheit) Künstler, der eine lesenswerte Abhandlung über „Die Kunst als moralische Anstalt" geschrieben hat, möchte zeitkritisch ins Leben wirken, obwohl er sich darüber klar ist, daß soziale Zustände nicht durch Kunstwerke interpretiert werden können . . . Die Objekte wurden in derselben noblen Ordnung(!), die sie selbst auszeichnet, im Zimmer arrangiert, fein abgestimmt nach Form und Farbe . . ."

Eine verantwortungsvolle Kritik, die ihren Namen verdient, würde den Küstlern helfen, aus ihrer Sackgasse herauszufinden. Kunstschwätzer wie die zitierten, gleich ob pfiffig-verschlagen wie Wolfgang Christlieb oder einfältig-beflissen wie Juliane Roh, liefern nur die bezahlte Begleitmusik zu einer schlechten Posse.

Werkzeuge der Kunsttyrannei

Wer sich der drei vorgenannten Strömungen anschließt, kann einer Vorgabe an Wohlwollen beim Management sicher sein. Denn es ist dem modernistischen Clan gelungen, die Schlüsselpositionen in bestehenden Einrichtungen einzunehmen (Traditionalisten lassen sich mit der Drohung, als Reaktionäre abgestempelt zu werden, leicht an die Wand drücken), neue, nur Extremisten vorbehaltene Institutionen werden geschaffen. So befinden sich (um uns eines dem militanten „Avantgardismus" entsprechenden Wortschatzes zu bedienen) folgende Bastionen fest in modernistischer Hand:

der „Deutsche Kunstrat",
die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes,
die „documenta" in Kassel,
der „Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie",
die deutsche Sektion der „Biennale in Venedig",
der „Deutsche Kunstpreis der Jugend",
der „junge westen"
im „Deutschen Künstlerbund" (inzwischen aufgelöst) überwog ihr Einfluß ebenso wie in zahlreichen örtlichen Zusammenschlüssen, etwa in der „Kestner-Gesellschaft" Hannover, der „Gesellschaft der Freunde junger Kunst" und im „Galerie-Verein" München.

Diese Liste bietet nur scheinbar ein Bild der Vielfalt deutscher Kunstpflege. In Wahrheit ist es wenig mehr als ein halbes Dutzend Männer, die jeweils auf mehreren Stühlen sitzen und für den Gleichtakt des bildnerischen Geschehens sorgen. Wenn man von persönlichen Eifersüchteleien absieht, kann der Betrieb als vollsynchronisiert gelten. Nicht zu übersehen ist auch die Vermengung von Bereichen, die korrekterweise säuberlich getrennt sein müßten:

Wissenschaft und Lehramt,
Kunstpflege und neutrale Nachwuchsförderung,
Kritik in Presse, Rundfunk und Fernsehen,
Tätigkeit der Kunsthändler.

Hier und heute indessen werden diese Bereiche so unentwirrbar vermengt, daß eine gegenseitige Kontrolle nicht mehr stattfindet – typisches Merkmal der Diktatur.

Junge Managerteams drängen nach. Sie haben einen Vorteil – sie sind nicht wie die meisten jetzt amtierenden mit der Bürde „unbewältigter Vergangenheit" belastet, sind also weniger politischer Erpressung und geistiger Gängelung unterworfen. Sie sind jedoch zugleich mit einem schweren Nachteil behaftet: Sie kommen bereits aus dem konform-modernistischen Drill, haben die Brille einer Antiästhetik verpaßt bekommen und kennen kaum noch etwas von der verbindlichen, gültigen Kunst unseres Jahrhunderts.

Diesem großen Anteil verängstigter alter Herren einerseits und einseitig geschulter Nachwuchs-Kunstprofessionalisten andererseits entspricht genau die Förderungspolitik. Mit verblüffender Eingleisigkeit wird der Strom der Steuergelder in die Taschen eines abgrenzbaren Günstlingsklüngels gelenkt.

(51) DN Nr. 6 vom 9. 2. 1968

Das kommunistische Idol des Westens
Bert Brecht zum 70. Geburtstag / Von Dr. Hans W. Hagen

. . .

Zerstörer der künstlerischen Form

Das nächste Problem bei der Übersicht über Brechts Werk kann als ästhetische Frage gestellt – und muß dann ebenso verneint werden wie die vorangegangenen Komplexe und Probleme. Denn seine Verteidiger wichen, wenn sie zur moralischen und politischen Ablehnung seiner Gestalten sich gezwungen sahen – denn eine Verbrüderung mit Zuhältern, Lügnern und Kloakenbewohnern ist ja nicht möglich, ohne daß man sich selbst zum Schwein macht –, in die letzte Ausflucht aus: „Ja – aber die Brechtschen Stücke sind sehr theaterwirksam."

Und da muß entgegnet werden: was nun eigentlich den Pseudoeffekt ausmache. Denn als Theaterstücke sind sie schlecht. Das mag der Grund dafür sein, daß man für den „größten Dramatiker unserer Tage" die bisherige Ordnung der Poetik und die zu ihrem Zweck eingeführte (und seit den Griechen auch bewährte!) Unterteilung in Lyrik, Drama, Epos aufhob und für Brecht den Begriff seines „epischen Dramas" schuf.

Nun, wir können es abwarten, bis diese Modetorheit, die doch nur dazu dienen sollte, seine billigen Tendenzstücke auf die Bretter zu bringen, mit der künstlich über den Tod des Autors noch am Geisterdasein gehaltenen Macht mit seinen Erben aus dem deutschen Geistesleben wieder verschwindet. Und wenn die Beseitigung

nicht von uns geschieht, dann werden es die Träger jener Mächte besorgen, denen er zwar dazu verholfen hat, die aber Leute seines Schlages nur als „nützliche Idioten" für ihren Vormarsch angesehen haben und so zu gebrauchen gedenken. Sie waren gut, die bestehende Moral und ihre geltenden Wahrheiten untergraben zu helfen. Aber beim Aufbau neuer Welten und ihrer Gedankengebäude kann man Menschen, die ihre (nicht nur die künstlerische) Aufgabe im Verneinen und in der Destruktion sehen, nicht mehr verwenden. Da sind dann selbst Brechts „Mutter Courage" als Hurenweib und sein feiger, willensschwacher „Galilei" nicht mehr Vorbilder. Ihre Verzeichnung war ein gut brauchbares Mittel zur Zerstörung einer überständigen Welt, die selbst eine andere Vorstellung von ihnen hatte. Aber zur Errichtung einer neuen idealen Welt braucht es dann andere und willensstarke Vorbilder und Charaktere.

(52) DN Nr. 12 vom 21. 3. 1969

Protest gegen Günter Grass

Pornograph und Kulturbeirat

Die Erniedrigung der deutschen Kultur wächst sich zu einer derartigen Schande für das ganze deutsche Volk aus, daß wir nicht länger schweigen können. Wir nahmen mit Erschrecken Kenntnis, daß der Schriftsteller Günter Grass als Kulturbeirat für die Olympischen Spiele 1972 berufen wurde, und drückten hiermit für viele Tausende Deutscher Protest und Empörung aus. Es ist einfach ungeheuerlich, von Repräsentanten eines Volkes, das sich rühmen darf, Goethe der Menschheit geschenkt zu haben, und selbst bemüht bleiben sollte, in seinem Geiste den Geist Olympias zu erfahren, einen Mann eingesetzt zu wissen, der nachweisbar in seinem Schaffen Pornographie betreibt und Werte stürzen hilft, die unsere Nation im besten Sinne kennzeichnen. Wir erinnern hier nicht nur an die sattsam bekannten Stellen aus seinem Buch „Katze und Maus", an die aufwieglerischen Reden mit dem Tenor, daß wir kein Volk seien. Hier hätte der Staatsanwalt als Hüter der Verfassung längst einzugreifen Gelegenheit gehabt. Scheinbar aber wurden derartige Stellen, die Presse und Fernsehen lauthals verbreiteten, nicht bekannt. Wir sehen uns deshalb nicht nur genötigt, auf derartige Ungeheuerlichkeiten wie etwa in seinem Buche „Die Blechtrommel" hinzuweisen, darin eine Krankenschwester auf dem Abort von der mißgebildeten Hauptperson, einem Kretin (schwachsinnigen Trottel) in widerlichster Weise vergewaltigt wird, die in christlicher Nächstenliebe und aufopfernder Menschlichkeit Gutes tut, sondern mehr noch: Wir zitieren eine Stelle wörtlich, um deutlich die ekelerregende Darstellungsweise in Gedächtnis und Gewissen zu rufen:

„Als die Gören eines Tages, wie die Kinder es tun, neben seinem Schuppen eine Suppe kochten, bat Nuchi Eyke den alten Heilandt, dreimal in die Suppe zu spucken. Der Alte tat es von weit herholend, verschwand dann in seinem Kabuff und klopfte schon wieder Nägel, als Axel Mischke der Suppe eine weitere Zutat, einen zerstoßenen Ziegelstein beimengte . . .

Als das Ziegelsteinmehl aufkochte, entleerte Hänschen Kollin seine Taschen und stiftete zwei lebende Frösche für die Suppe . . . Zuerst machte Nuchi Eyke seine Hose auf und pinkelte, ohne auf Susi Rücksicht zu nehmen, in das Eintopfgericht. Axel, Harry und Hänschen Kollin taten es ihm nach . . ."

Und so eine Schweinerei nach der anderen. An anderer Stelle heißt es über Jesus:

„Glauben Sie mir, daß ich betete! Mein süßer Vorturner nannte ich ihn, Sportler aller Sportler, Sieger im Hängen am Kreuz unter Zuhilfenahme zölliger Nägel . . . Schon putzten in der Sakristei etwas schmutzige Meßdienerfinger die ihm gebührende Goldmedaille . . . Als Oskar das Gießkännchen des Jesusknaben, das fälschlicherweise nicht beschnitten war, eingehend betastete, streichelte und vorsichtig drückte, als wollte er es bewegen, spüre er auf teils angenehme, teils neu verwirrende Art sein eigenes Gießkännchen."

Soll die Olympiade durch solche Schmutzfinken entehrt werden? Ich füge hinzu, daß gegen die Verleihung des Heuss-Preises an Grass genau so protestiert werden sollte.

Friedrich Schlegel

Bibliographie

9. Bibliographie

A. C.
Tolerierte NPD.
in: NZZ. vom 26. 4. 1969.
af.
Gefährliche Logik.
in: Badische Zeitung, Freiburg, vom 19. 12. 1968.
Allemann, Fritz René
Adolf und die Bengel.
NPD-Parteitag.
in: Die Weltwoche, Zürich, vom 28. 2. 1969.
Auclères, Dominique
L'Allemagne de dorite d'Adolf von Thadden (1).
in: Le Figaro, Paris, vom 21. 2. 1968.
Anrich, E.
Denkschrift zum Problem der deutschen Universität.
Hannover 1968.
Anrich, E.
Mensch – Volk – Staat – Demokratie.
Hannover 1966.
Anrich, E.
Was haben wir nötig, um die Krise zu bestehen?
Seeheim 1968.
A. C.
Einbruch der Rechtsradikalen in Deutschland.
in: NZZ, vom 30. 4. 1968.
Anderson, George
La degration politique de la RFA s'accentue.
in: Combat, Paris, 29. 4. 1968.
Aronsfeld, C. C.
The new nazis and the old.
Contemporary Review, London
Vol. 210, 1967, n. 1214, p. 119–123
„Augustus"
Gefährliche Gleichgültigkeit.
in: Frankfurter Allgemeine, vom 2. 2. 1968.
Arß, Jochen
Hitler oder Dutschke? Wer bedroht unseren Staat?
in: National-Zeitung und Soldatenzeitung, 18 Jg., Nr. 19, vom 10. 5. 1968.
Auf dem Prüfstand der Demokratie. Zur Analyse und geistigen Auseinandersetzung mit der NPD.
Mainz 1966.

Dem Neonazismus den Weg versperren (H. B.)
in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Leipzig, Jg. 134, 1966, Nr. 7, S. 125–127.
Bachem, Hans
Radikale Parteien im demokratischen System. Bedingungen für Erfolg oder Mißerfolg.
in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", Bonn, B. 49/67 vom 6. Dezember 1967.
Bährwaldt, Helmut
Scheffler, Herbert
Rechts-Links. Bemerkungen über den Rechtsradikalismus in Deutschland.
Bad Godesberg 1967.
Barth, Dieter
Zehn Jahre Prozeß um die NPD?
in: Allgemeine Zeitung, Mainz, vom 19. 11. 1968.
Barth, Heinz
Ein Vertrauens-Kredit.
in: Die Welt, vom 18. 11. 1968.
Bauer, Rudolf
Gefährliches Drängen.
in: Rheinische Post, vom 24. 9. 1968.
Bavendamm, Dirk
Die „Saalschlacht" der NPD.
in: Die Zeit, vom 28. 2. 1969.
Becker, Kurt
Was tun mit der NPD.
in: Die Zeit, vom 20. 12. 1968.
Behörde für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg. (Hrsg.)
NPD von A–Z. Loseblattsammlung.
Hamburg, o. J.
Benda, Ernst
Verbot der NPD.
in: Deutsches Monatsblatt, Oktober 1963.
Bernhard, Rudolph
Verbot und Irrtum.
in: Stuttgarter Nachrichten, vom 14. 12. 1968.
Bernstorf, Martin
Das NPD-Verbot als Alibi.
in: Christ und Welt, vom 20. 9. 1968.
Bernstorf, Martin
Ist die NPD nun verfassungswidrig?
in: Christ und Welt, vom 11. 10. 1968.
Bernstorf, Martin
NPD auf dem Aussterbe-Etat?
Verfrühte Euphorie in Bonn.
in: Christ und Welt, vom 25. 10. 1968.
Bernstorf, Martin
Wer schaukelt? Immer noch kein NPD-Verbotsantrag.
in: Christ und Welt, vom 17. 1. 1969.
Bernstorf, Martin
Adolfs Romantik. NPD-Parteitag appelliert an die deutsche Seele.
in: Christ und Welt, Jg. 22, Nr. 20, S. 5.
Bessel-Lorek, Lorenz
Gippel, Heinrich
Götz, Wolfgang
National oder radikal?
v. Hase u. Koehler, Mainz 1966.
Bockemühl, Christian
Retter der deutschen Sittlichkeit.
in: Beiträge zur politischen Bildung. Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.)
Jg. 68, H. 3, S. 6–8, 15.
Böhm, Anton
Wohin mit der NPD?
in: Rheinischer Merkur, vom 19. 7. 1968.
Böhm, Anton
Nationaldemagogie und Nationalsozialismus. (NPD)
in: Wort und Wahrheit, Freiburg, Jg. 22, 1967, H. 1, S. 7–8.
Böhme, Günther
Neonazis, natürliche Kinder der Kiesinger und Strauß.
in: Neues Deutschland, Berlin, vom 28. 9. 1968.
Böhme, Günther
Neue Naziwelle rollt in Westdeutschland.
in: Neues Deutschland, vom 23. 1. 1969.
Bölker, Peter
Bumerang.
in: Spandauer Volksblatt, vom 9. 10. 1968.
Bölling, Klaus
Die tönende Leere.
in: Westfälische Rundschau, vom 26. 2. 1969.
Bolewski, Hans
Nation und Nationalismus.
Stuttgart 1967.
Bracher, Karl Dietrich
Historische Komponenten des Rechtsradikalismus in Deutschland.
in: Die neue Gesellschaft, Bielefeld. Jg. 14, 1967, H. 4, S. 281–291.
Bröder, Friedrich J.
DN. Ein Sprachrohr des Rechtsradikalismus, Mainz 1969
Braunbuch
Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und Westberlin.
Berlin 1968. (In der Bundesrepublik verboten)
Braune Feldgraue NPD-Soldaten.
in: Der Spiegel, Nr. 2, 1968, S. 29.
Brandt, Rudolf H.
Die Militärpolitik der NPD, Stuttgart 1969
Brüdigam, Heinz
Der Schoß ist fruchtbar noch.
Frankfurt am Main 1964.
Bühl, Dieter
NPD-Verbot.
in: Westfälische Rundschau, vom 13. 11. 1968.
Cole, T.
Neo-Fascism in Western-Germany.
in: The American Political Science. Review 49, 1955.
Cramer, Dettmar
Flucht in die Selbsauflösung. Nach dem Beschluß der Berliner NPD ist der Verbotsantrag des Senats hinfällig.
in: FAZ, vom 19. 10. 1968.
Cramer, Dettmar
Thadden rechnet mit zwölf Prozent.
in: FAZ, vom 12. 5. 1969.
Crossland, Norman
Bonn fears Russian intervention. Concern over NPD.
in: The Guardian, London, vom 5. 1. 1968.
Crossland, Norman
Bonn opens way for NPD.
in: The Guardian, London, vom 12. 1. 1968.
Crossland, Norman
NPD seeks blessing of courts.
in: The Guardian, vom 15. 1. 1968.
Crossland, Norman
Bonn inquiry on Rightwing party.
in: The Guardian, London, vom 21. 9. 1968.
Crossland, Norman
NPD's high hopes for elections.
in: The Guardian, London, vom 7. 3. 1969.
Dalberg, Claus
Kommunale Stadthallenhysterie. Wie man die NPD nicht bekämpfen sollte.
in: Deutsche Tagespost, vom 26. 2. 1969.

Dahrendorf, Ralf
Mit der NPD politisch fertig werden. in: Der Volkswirt, Nr. 6, vom 7. 2. 1969.
Davy, Richard
Bonn aid for splinter parties annoys NPD.
in: The Times, London, vom 6. 12. 1968.
Delcour, Roland
Violents incidents a Bonn au cours d'une réunion publique du parti NPD.
in: Le Monde, Paris, vom 3. 10. 1968.
Delcour, Roland
Le gouvernement ne semble pas disposé à demander l'interdiction du NPD.
in: Le Monde, vom 14. 11. 1968.
Delcour, Roland
Une forte pression va s'exercer sur Bonn pour obtenir l'interdiction du NPD.
in: Le Monde, vom 22. 9. 1968.
Delcour, Roland
Le NPD (nationaliste) sera représente dans le Bundestag élu en 1969.
in: Le Monde, Paris, vom 13. 1. 1968.
Dennert, J.
Am Zapfhahn der Verdrossenheit.
Deutschlands Poujadisten – ihr Geld und ihre Geltung.
in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt. 1968, Nr. 21, S. 8.
Deutscher Informationsdienst. Hrsg.
Freiheiten und Tatsachen. Material zur Auseinandersetzung mit der NPD.
Bonn 1966
Deutsches Institut f. Zeitgeschichte. Hrsg.
Die westdeutschen Parteien 1945–1965.
Handbuch S. 417–425.
Dietz Verlag, Berlin 1966.
Dexheimer, Hermann
Ruf nach dem Richter.
in: Allgemeine Zeitung, Mainz, vom 21. 9. 1968.
DN-Verlagsgesellschaft (Hrsg.)
Politisches Lexikon. 6 Bände, Loseblattsammlung, 1966 ff.
Donath, Annerose
Die Wahlerfolge der NPD im Echo internationaler Kommentare.
in: Monitor-Dienst, Deutsche Welle, vom 15. 2. 1968.
Dreher, Claus
Bonn erwägt Antrag auf NPD-Verbot.
in: Münchner Merkur, vom 21. 9. 1968.
Drummond, Stuart
West Germany: Land Elections, the NPD, and the Grand Coalition.
in: The World Today. Vol. 23, 1967, No. 9, S. 385–395.
Duden, Wilhelm
Drei innenpolitische Entscheidungen.
in: Industrie Kurier, Düsseldorf, vom 21. 12. 1968.
Duve, Freimut (Ed.)
Die Restauration entläßt ihre Kinder oder Der Erfolg der Rechten in der Bundesrepublik.
Reinbek bei Hamburg 1968.
rororo aktuell. 990.

Ebert, Wolfgang
Nazis im Bundestag?
in: Stern Nr. 4, vom 28. 1. 1968.
Eggert, Ulrich
Schwere NPD-Schlappe.
in: Vorwärts, vom 6. 3. 1969.
Eichhöfer, M.
Auf Bauernfang mit falschen Zahlen. Wer Bescheid weiß, bringt NPD-Redner leicht aus dem Konzept.
in: Die Welt, vom 4. 11. 1968.
Eichhöfer, Manfred
Verfängliche Diskussionen waren nicht zugelassen.
in: Die Welt, vom 24. 1. 1969.
Eichler, Willi
Einheit vor Freiheit im Programm der NPD.
in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament". Bonn, B 15/69 vom 12. April 1969.
Ein Blick hinter das NPD-Programm.
Seit April 1968 fortgesetzt.
in: Stimme der Freiheit, Jg. 11, Nr. 2, S. 4.
Eisenberg, D.
Fascistes et Nazis d'aujourd'hui.
Paris 1963.
Eliasberg, George
Die NPD im Urteil des Auslands.
in: Beiträge zur politischen Bildung. Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.)
Jg. 68, H. 3, S. 12.
Ellis, Harry B.
Bonn ponders legal action to outlaw right-wing party.
in: The Christian Science Monitor, vom 16. 11. 1968.
Ellis, Harry B.
Neo-Nazi dispute inches West.
in: The Christian Science Monitor, Boston/London, vom 15. 3. 1968.
Ellis, Harry B.
Right-wingers top Bonn factions.
in: The Christian Science Monitor, vom 10. 4. 1968.
Ellis, Harry B.
Bonn Squeezed.
Political struggle of extremists puts government in the middle.
in: The Christian Science Monitor, vom 14. 12. 1968.
Ellis, Harry B.
Bonn postpones issue of neo-Nazi party status.
in: The Christian Science Monitor, vom 21. 12. 1968.
Ellis, Harry B.
Europe awaits Bonn vote.
in: The Christian Science Monitor, vom 4. 1. 1969.
Eppler, Erhard
Was die NPD von der NSDAP unterscheidet.
in: Die Zeit, Hamburg, Jg. 21, 1966, Nr. 21, S. 9.
Erfahrungen aus den Beobachtungen und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1962.
in: Das Parlament. Hamburg, Jg. 13, 1963, Beil. 14, S. 3–21.
Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1963.
in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", Jg. 14, 1964, B. 26, S. 3–21.

Feder, Fritz
Kein Verbotsantrag. Politischer Kampf gegen Extreme.
in: Rheinpfalz, Ludwigshafen, vom 25. 4. 1969.
Feddersen, Jan
Soll Bonn klagen?
in: Neue Ruhrzeitung, vom 21. 12. 1968.
Fensterer, Wilhelm
Zwischen links und rechts.
in: Die Rheinpfalz, Ludwigfhafen, vom 5. 10. 1968.
Fetcher, Irving
Rechtsradikalismus.
Ffm. EVA, 1967.
Sammlung „Res Novae" Bd. 33.
Fetcher, Irving
Vorwort (zu: Rechtsradikalismus).
in: Res Novae, Bd. 13, 1967, S. 5–9.
Fetcher, Irving
Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik.
in: Res Novae, Bd. 13, 1967, S. 11–29.
Finkenzeller, Roswin
Solange manche mit der NPD nicht einmal Schafskopf spielen . . . Adolf v. Thadden über sich und seine Partei.
in: Süddeutsche Zeitung, vom 27./28. 7. 1968.
Finkenzeller, Roswin
„Politisches Lexikon" der NPD.
Drittes Reich, Deutsche Frage, Todesstrafe.
in: Süddeutsche Zeitung, vom 17./18. 1968.
Firnkorn
Das sonderbare Verhalten des Wilhelm Gutmann. Die Vorwürfe gegen den NPD-Vorsitzenden sind berechtigt.
in: Stuttgarter Zeitung, H. 23, S. 4, 1968.
Flügge, H.
NPD ohne Geldsorgen.
in: National-Zeitung, vom 11. 6. 1968.
Flügge, H.
NPD-Verbot und Aufhebung der Verjährungsfristen.
in: National-Zeitung, vom 14. 11. 1968.
Flügge, H.
Tanz um den heißen NPD-Brei.
in: National-Zeitung, vom 15. 11. 1968.
Flügge, H.
Die NPD gibt ihren Versammlungsstop auf.
in: Natonal-Zeitung, vom 17. 12. 1968.
Flügge, H.
Die NPD profitiert vom Bonner Zaudern.
in: National-Zeitung, vom 20. 12. 1968.
Flügge, H.
Sicherheit durch Recht und Ordnung.
in: National-Zeitung, vom 26. 2. 1969.
Forster, Arnold
Violence on the fanatical left and right.
in: The annals of the American Academy of Political and Social Science. Philadelphia/Denn.
1966, n. 364, p. 141–148.
Frank, Sven Thomas
Verbote allein genügen nicht.
in: Berliner Morgenpost, vom 17. 10. 1968.
Frank-Planitz, Ulrich
NPD-Verbot des Auslandes wegen. Karlsruhe soll Bonn politisch entlasten.
in: Christ und Welt, vom 20. 12. 1968.
Frederik, Hans
NPD-Gefahr von rechts?

Politisches Archiv, München-Inning, 1966.

Frederik, Hans
NPD – Gefahr von rechts?
München 1966.

Frederik, Hans
Die Rechtsradikalen.
Humboldt Verlag, München-Inning, 1965.

Frederik, Hans
Die Rechtsradikalen.
München (1967).

Friedemann, Werner
Verbieten oder verkraften?
in: Abendzeitung, München, vom 7. 10. 1968.

Fritzsche, Klaus
NPD – Ein deutsches Schicksal. Eine Analyse mit neun Thesen.
in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik. Köln, Jg. 13, 1968, H. 7, S. 709–726, in Forts.

Fromme, Friedrich Karl
Und jetzt das Verbot?
in: FAZ, vom 28. 9. 1968.

Fromme, Friedrich Karl
Es wäre das erste Parteiverbot.
in: FAZ, vom 8. 1. 1969.

Gablentz, O. H. v. d.
Nationalismus und Nationalgefühl im heutigen Deutschland.
in: Neue Deutsche Hefte, Jg. 13, 1966, S. 3.

Gä.
Pläne der NPD in Deutschland.
in: NZZ, 15. 1. 1968.

Gä.
Der umstrittene NPD-Parteitag in Bayreuth.
in: NZZ, vom 11. 2. 1969.

Gä.
Resonanzarmer NPD-Parteitag.
in: NZZ, vom 25. 2. 1969.

Gä.
Ein Rückschlag für die NPD.
in: NZZ, vom 31. 2. 1969.

Ganser, Lothar
Der permanente Rechtsbruch.
in: DN, vom 14. 3. 1969.

Gaus, Günter
Wie demokratisch ist die NPD?
in: Christ und Welt, Jg. 19, 1966, Nr. 46, S. 3.

Gebhardt, Heiko
Die rechten Ganoven.
in: Der Stern, Nr. 40, vom 6. 10. 1968.

Gerke, Jürgen
Studenten lockern das Damoklesschwert.
in: Westfälische Rundschau, vom 5. 12. 1968.

Geschke, Günter
„Wir wollen sie total entlarven".
Beim Parteitag der NPD.
in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 2. 3. 1969.

Görlich, Joachim G.
Neuer Wahlschlager?
in: Deutsche Tagespost, Würzburg, vom 4. 10. 1968.

Götz, Christian
Die Zeit für ein Verbot ist reif.
in: Welt der Arbeit, vom 29. 11. 1968.

Götz, Christian
Ist die NPD ein Nutznießer unserer gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse?
in: Welt der Arbeit, vom 13. 12. 1968.

Götz, C. K. (Korrespondent)
Falsches Zögern in Bonn.
Offene Türen für den Einzug der NPD in den Bundestag.
in: Die Tat, Zürich, vom 16. 1. 1968.

Götz, W.
Zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus.
Mainz 1967.

Götz, W.
Bossle, L.
Parolen und Realitäten. Die NPD in Fragen und Antworten.
Mainz, ohne Jahr.

Graubuch
Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland.
Neonazismus in Westdeutschland.
Berlin 1967. (In der Bundesrepublik verboten.)

Greiner, Wilhelm
Politik mit der Wünschelrute.
in: Rhein-Neckar-Zeitung, vom 14. 11. 1968.

Grodmann, Wilhelm
Verbotsantrag?
in: Stuttgarter Zeitung, vom 31. 3. 1969.

Grosser, A.
Retour du nazisme.
in: Esprit, NS, Paris, a 35, 1967, n. 1, p. 3–9.

Grün, Siegfried
Der Freibrief für die braune Pest.
in: Neues Deutschland, vom 26. 4. 1969.

Habicher, Leopold
Thadden schafft nur ein Viertel.
in: Saarbrücker Zeitung, vom 3. 10. 1968.

Habicher, Leopold
Thadden im Hexenkessel.
in: Allgemeine Zeitung, Mainz, vom 3. 10. 1968.

Haerdter, Robert
Die historische Lektion.
in: Stuttgarter Nachrichten, vom 17. 1. 1968.

Haerdter, Robert
Die NPD ist noch da.
in: Vorwärts, vom 14. 11. 1968.

Hafner, Sebastian
Ich bin gegen ein NPD-Verbot.
in: Der Stern, Nr. 42, vom 20. 10. 1968.

Hafner, Sebastian
„Kampffront Schwarz-Weiß-Rot".
in: Der Stern, Nr. 12, vom 23. 3. 1969.

Hainzel, Emmerich
Kleinkarierte Routine.
in: Bayern-Kurier, vom 1. 3. 1969.

Hammer, Günter
Verbotsantrag.
in: Westfälische Rundschau, vom 20. 9. 1968.

Hammer, Günther
Verbot tut not.
in: Westfälische Rundschau, vom 14. 12. 1968.

Handt, Helmut
Eiskalt und heiß.
NPD-Parteitag: Warnglocke beim Deutschlandlied.
in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, vom 18. 5. 1969.

Haneit, Helmut
Wie vor 1933.
in: Schwarzwälder Bote, vom 12. 5. 1969.

Haungs, Peter
Gefahr von rechts?
in: Freiheit und Ordnung, 1967, Nr. 52, Mannheim 1967.

Hauptmann, Jerzy
The Reemergence of the German Radical Right.
in: The Central European Federalist. New York, Dezember 1967.

Heck, Bruno
Mit den Radikalen leben.
in: Politische Studien, Jg. 19, 1968, H. 182, S. 689.

Heck, Bruno
Verbot der NPD?
Extremismus ist eine Randerscheinung, die in allen Demokratien auftritt.
in: Neue Ruhrzeitung, vom 18. 12. 1968.

Heilmann, Sigmar
Wenn die NPD im Bundestag sitzt.
in: Handelsblatt, Düsseldorf, Jg. 26, 1968, H. 9.

Heilmann, Sigmar
Nur halb konsequent.
in: Handelsblatt, Düsseldorf, vom 25. 4. 1969.

Henkel, Rolf
Mit der NPD leben.
in: Schwarzwälder Bote, vom 4. 1. 1969.

Hermann, Kai
Wortführer der neuen Generation?
Die radikale Rechte versucht eine neue Sammlungsbewegung.
in: Die Zeit, Jg. 20, 1965, Nr. 20, S. 2.

Hermann, Lutz
NPD verlegt Parteibüro nach Bonn.
Mit sieben Mann draußen vor der Tür.
in: Süddeutsche Zeitung, vom 22. 4. 1969.

Hertz-Eichenrock, Wilfried
Die NPD als Herausforderung.
Es gibt keinen bequemen Weg mit ihr fertig zu werden.
in: Die Welt, vom 25. 9. 1968.

Herzog, Friedrich
Eine akute Aufgabe.
in: Frankfurter Neue Presse, vom 6. 1. 1968.

Heyde, Nils von der
NPD-Verbot. Die „heiße Kartoffel" des Herrn Bundesministers.
in: Die Welt, vom 1. 6. 1968.

Hirsch, Kurt
Signale von rechts.
Programme der Rechtsparteien.
Goldmann Verlag, München 1967.

Hirsch, Kurt
Kommen die Nazis wieder?
Desch Verlag, München 1967.

Hoffmann, Volkmar
Kein Verbotsantrag gegen die NPD.
in: Frankfurter Rundschau, vom 16. 7. 1968.

Hoffmann, Volkmar
Kabinett und NPD-Verbot.
in: Frankfurter Rundschau, vom 3. 10. 1968.

Hoffmann, Volkmar
Kabinett befaßt sich jetzt mit NPD-Verbot.
in: Frankfurter Rundschau, März 1969

Hoffmann, Wolfgang
Der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik und seine Quellen.
in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1967, H. 2.

Hoffmann, Wolfgang
Der neue Nationalismus.
in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1966, H. 7.

Hoffmann, Wolfgang
Eine Welle von rechts?
in: Der Monat, Jg. 18, 1966, H. 215, S. 90–92.

Hoffmann, Volkmar
Der radikale Redner erhielt den stärksten Beifall.
in: Frankfurter Rundschau, vom 24. 2. 1969.

Hoffmann, Wolfgang
Die Reihen fest geschlossen. (NPD)
in: Der Stern, Nr. 10, vom 9. 3. 1969.

Huber, Wolfgang
Die freiheitlich-demokratische Grundordnung nach dem Grundgesetz und dem NPD-Programm.
in: DN, vom 7. 3. 1969.

Hübener, Axel
Rechtsradikale Jugendgruppen in der Bundesrepublik.
in: Res Novae, Bd. 13, 1967, S. 125–157.

Huth, Wilhelm
Ausland, Bonn und NPD.
in: DN, vom 27. 12. 1968.

Hüttner, Ulrich
Widersinnig.
in: Mannheimer Morgen, vom 14. 11. 1968.

hy
CDU-Abgeordnete gegen NPD-Verbot.
in: Süddeutsche Zeitung, vom 3. 10. 1968.

Institut für Demoskopie Allensbach
Das politische Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung – Trendergebnisse 1949–1967.
Allensbach 1967.

Iserlohe, Norbert
Die NPD auf dem Marsch nach Bonn.
in: Kölnische Rundschau, vom 3. 4. 1968.

Jaesrich, H.
Old nazis, new nationalists in Germany.
in Listener, London. Vol. 76, 1966, p. 791–792.

Jahn, Hans Edgar
Extreme Rechte, extreme Linke – Bedrohungen unserer Sicherheit.
in: Politische Welt. Bad Godesberg, Jg. 11, 1968, H. 115, S. 2–9.

Jeloneck, Klaus
Weimar klopft an die Tür.
in: Welt der Arbeit, vom 28. 2. 1969.

Jenke, Manfred
Die nationale Rechte.
Berlin 1967.

Jenke, Manfred
Verschwörung von rechts?
in: Colloquium, Berlin 1961.

Jenke, Manfred
Die nationale Rechte.
Parteien, Politiker, Publizisten.
in: Colloquium, Berlin 1967.

Kaiser, Karl Christian
Verzicht auf den Bannstrahl?
Der umstrittene Verbotsantrag gegen die NPD.
in: Die Zeit, vom 28. 3. 1969.

Kallenberg, Fritz
Zum Geschichtsbild des Rechtsradikalismus in Deutschland.
Mainz 1967.

Katholische sozialwissenschaftliche Zentralstelle (Ed.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Eine Analyse der NPD. Mönchengladbach, Viktoriastr. 76, 1969

Kendzia, Rudolf
Die Hetze läuft leer.
in: Deutsche Nachrichten, vom 25. 10. 1968.

Keeping cool heads in Bonn.
in: The Christian Science Monitor, vom 11. 1. 1968.

Kergorlay, Henri de
L'eventuelle demande d'interdiction du NPD ne l'empêcherait pas de participer aux prochaines élections.
in: Le Figaro, Paris, vom 14. 12. 1968.

Kinnigkeit, Willi
Berliner NPD: aufreizend – doch am Ort bedeutungslos.
in: Süddeutsche Zeitung, vom 12/13. 10. 1968.

Kirsch, P.
In Hannover das Tor zum Bundestag aufgestoßen?
in: Vorwärts, vom 13. 11. 1967.

Klingemann, H. D.
Analysen zur Wählerschaft der NPD.
in: Jahrbuch der Universität Köln. Sonderdruck 1968.

Klingemann, H. D.
Rechtsradikalismusforschung.
in: Der Politologe 1967, H. 24.

Klingemann, H. D.
Pappi, F. U.
Möglichkeiten und Probleme bei der Kumulation von Umfragen.
Köln, 1968. (als Manuskript vervielfältigt)

Klingemann, H. D.
Pappi, F. U.
NPD's Success in Baden-Württemberg.
in: Patterns of Prejudice.
Vol. 2, No. 4, Juli-August, 1968.

Klose, Rainer
Die falsche Adresse.
in: Münchner Merkur, vom 3. 10. 1968.

Klunker, Heinz
Eine Partei zuviel.
NPD: Vor Jubel wird gewarnt.
in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, vom 6. 10. 1968.

Knorr, Hermann
DKP und NPD.
in: Rhein-Neckar-Zeitung, vom 5. 10. 1968.

Knütter, Hans Helmut
Das Sendungs- und Elite-Bewußtsein bei den Rechtsradikalen.
in: Politische Studien, München, Jg. 17, 1966, S. 59–66.

Knütter, Hans Helmut
Demokratische Institutionen in der Sicht rechtsradikaler Kreise der Bundesrepublik.
in: Politische Vierteljahresschrift. Zeitschrift der Deutschen Vereinigung der Politischen Wissenschaft. Köln. Jg. 7, 1966, H. 2, S. 189–207.

Knütter, Hans Helmut
Ideologie des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland.
in: Bonner Historische Forschung, Bd. 19, Röhrscheid, Bonn 1961.

Knütter, Hans Helmut
Der Rechtsradikalismus.
in: Neues politische Literatur, 1967, H. 1.

Koch, Dirk
Herr von Thadden will die deutsche „Seele" wecken.
in: Stuttgarter Zeitung, vom 12. 5. 1969.

Köhler, Otto
Unaufhaltsam. (Nationalzeitung)
in: Der Spiegel, Jg. 12, 1967, Nr. 16, S. 94.

König, Dieter von
Bonn und die NPD.
in: Rhein-Neckar-Zeitung, vom 3. 10. 1968.

König, Dieter von
Zu früh geplaudert.
in: Sonntagsblatt, vom 24. 11. 1968.

König, Dieter von
Nach Nürnberger Krawallen prüfen Juristen NPD-Verbot.
in: Kölner Stadtanzeiger, vom 20. 3. 1968.

Köster, Adolf
Betonte Distanz nach rechts.
in: Deutsche Tagespost, Würzburg, vom 24. 9. 1968.

Kohl, Herbert
Die Deutschen Nachrichten –
Eine politologisch-soziologische Analyse des publizistischen Organs der NPD.
in: Politische Vierteljahrsschrift 2/1967.

Kommen die Nazis wieder?
in: Civis. Bonn, Jg. 12, 1966, S. 12–17.

Konow, Gerhard
Zur parlamentarischen Methode der NPD.
in: Frankfurter Hefte. Frankfurt a. M., Jg. 23, 1968, H. 4, S. 227–234.

Konrads, Josef
Die Geister, die niemand gerufen haben will.
in: Werkhefte, München. Jg. 20, H. 12, S. 381–384.

Kopfinger, Hans
Ursachen und Auswirkungen. (NPD)
in: Passauer Neue Presse, vom 4. 5. 1968.

Koppe, Dieter
Nationalismus und Demokratie.
in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.
Jg. 12, 1967, S. 30–44.

Krems, Günther
Die Rechtsradikalen vor den Toren des Bundestages.
in: Die Welt, vom 11. 1. 1968, Nr. 9.

Krockow, Christian von
Zur Frage des Nationalbewußtseins.
in: Internationale Gruppenbeziehungen. Studienbüro für politische Bildung e. V. Frankfurt 1966.

Krockow, Christian von
Nationalstaat und Demokratie. Zur Geschichte und Gegenwart eines deutschen Strukturproblems.
in: Schweizer Monatshefte, Jg. 47, 1, 1967, S. 17–29.

Ks.
Statt Verbot politischen Kampf.
in: Münchner Merkur, vom 19. 12. 1968.

Kühne, L.
Die Nation im Recht.
Hannover 1965.

Kühnl, R.
Die NPD-Analyse rechtsradikaler Entwicklungen in der Bundesrepublik.
in: Frankfurter Hefte 1/1967.

Kühnl, Reinhard
Der Gefühlsaufstand der Spießbürger.
in: Welt der Arbeit, Jg. 20, 1967, H. 1.

Kühnl, Reinhard
Ist die NPD eine Ersatzorganisation für die SRP.
Die juristische und politische Problematik eines Parteiverbotes.
in: Stuttgarter Zeitung, vom 11. 10. 1968.

Kühnl, Reinhard
Niederlage des Rechtsradikalismus?
in: Frankfurter Hefte, Frankfurt am Main, Jg. 22, 1967, Nr. 6, 381–383.

Kühnl, Reinhard
Notes en marge d'un Programme.
in: Documents. Revue des Questions Allemands. Jg. 23. 1968, H. 1, S. 105–114.

Kühnl, Reinhard
Staatsgewalt und Rechtsradikalismus.
in: Frankfurter Hefte, 1967, H. 12.

Kühnl, Reinhard
Der Neofaschismus marschiert.
in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik. Köln, Jg. 13, 1968, H. 5, S. 450–457.

Kühnl, Reinhard
Der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Ein Literaturbericht.
in: Politische Vierteljahresschrift. Köln, Jg. 9. 1968, H. 3, S. 423–442.

Kühnl, Reinhard
Die NPD. Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei.
Voltaire, Berlin 1967.

Kühnl, Reinhard
Die NPD-Analysen rechtsradikaler Entwicklungen in der Bundesrepublik.
in: Frankfurter Hefte, Jg. 22, 1967, Nr. 6, S. 381–383.

Kühnl, Reinhard
Das neue Parteiprogramm der NPD. Einladung zum Verbot.
in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik.
Köln, Jg. 13, 1968, H. 1, S. 18.

Kühnl, Reinhard
Kein Verfahren gegen die NPD.
in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Köln, Jg. 13, 1968, H. 12, S. 1233.

Kühnl, Reinhard
Rechtsextremismus in der Bundesrepublik.
in: Politische Vierteljahrsschrift, Jg. 9, 1968, H. 3, S. 423–442.

Kühnl, Reinhard
Rilling, Rainer
Sager, Christine
Die NPD, Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei.
Frankfurt 1969.

Kühnl, Reinhard
Rilling, Rainer
Sager, Christine
Die Partei der deutschen Seele. Aus dem braunen Wurzelgrund der NPD.
in: Die Zeit, Hamburg, Nr. 14, vom 4. 4. 1969, S. 11–12.

Kühnl, Reinhard
Der Bürgerzorn entzündet sich an Minderheiten.
in: Frankfurter Rundschau, vom 11. 2. 1969.

Kühnl, Reinhard
Für die NPD sind Juden nicht gleichberechtigt.
in: Frankfurter Rundschau, vom 12. 2. 1969.

Kuhr, Dieter
Die nationale Faust im Nacken?
in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Köln, Jg. 18, 1967, H. 3, S. 153–161.

Kumpfmüller, Hermann
Der neue Nationalismus und die politische Bildung.
in: Deutsche Jugend 12/1966.

Kunze, Andreas
Der Ruf nach dem Artikel 21 des Grundgesetzes.
in: Frankfurter Rundschau, Jg. 27, 1968, H. 9.

Kuppel, Walter
Beate brachte Bubi Beifall.
in: Südwest Presse, Ulm, vom 24. 2. 1969.

Lamker, Karl
Machtmonopol durch Verfassungsmißbrauch.
in: DN, vom 7. 3. 1969.

Langhehn, Friedrich
Alarm . . .
in: Rheinische Post, vom 30. 4. 1968.

Lasky, Melvin J.
Germany hasn't changed.
in: Sunday Telegraph, vom 11. 2. 1968.

Lehmann, Klaus
Perspektiven.
in: Politische Studien, Jg. 19, 1968, H. 177, S. 3–6.

Lemberg, Eugen
Nation und Nationalismus.
in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B. 31 u. 32/1967 v. 28. u. 9. 8. 1967.

Lenk, K.
Motive rechtsradikalen Verhaltens.
in: Opposition in der Bundesrepublik. Das Nürnberger Gespräch 1968. Freiburg 1968.

Lenkau, M. C.
Umgang mit Radikalen.
in: Lübecker Nachrichten, vom 3. 10. 1968.

Leupold, Walter
Den Ruf Bayreuths schädigen die anderen.
in: DN, vom 31. 1. 1969.

Liepelt, Klaus
Anhänger der neuen Rechtspartei. Über das Wählerreservoir der NPD.
in: Politische Vierteljahresschrift, 1967, H. 2.

Liepelt, Klaus
Anhänger der neuen Rechtsparteien.
in: Politische Vierteljahresschrift, Köln. Jg. 8, 1967, H. 2, S. 237–271.

Lindemann, Helmut
L'attitude de la Jeunesse. (NPD)
in: Documents. Revue des Questions Allemands. Jg. 23, 1968, H. 1, S. 115–119.

Lindemann, Helmut
Warum wählen junge Leute die NPD?
in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Köln. Jg. 18, 1967, H. 3, S. 161–163.

Lindemann, Helmut
Die Sache mit der NPD.
in: Abendzeitung, München, vom 25. 4. 1969.

Löcher, Peter
Schlechte Antwort.
Die Gegendemonstration zum „Tag der NPD".
in: Rheinischer Merkur, vom 24. 5. 1968.

Löwenthal, R.
Renaissance des Nationalismus in Europa.
in: Der Politologe, Berliner Zeitschrift für Wissenschaft und Politik, Jg. 7, Ausg. 20, 1966, S. 3 ff.

Lohmar, Ulrich
National und demokratisch?
in: Neue Westfälische, vom 11. 10. 1968.

Lücke, Paul
Der Rechtsradikalismus paßt sich an. (BRD)
in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn. 1966, Nr. 28, S. 216.

Lücke, Paul
Bracher, Karl Dietrich
Proß, Harry
Scheuch, Erwin K.
Rechtsradikalismus in Deutschland.
in: Die neue Gesellschaft 4/1967.

Lukian
Bonns Ärger mit der NPD.
in: Nürnberger Nachrichten, vom 4. 10. 1968.

Lutz, Egon
NPD-Tagung in Schwabach; 300 Polizisten im „Niemandsland".
in: Nürnberger Nachrichten, vom 24. 2. 1969.

Mahrun, Siegfried
Das NPD-Verbot.
in: Westdeutsche Allgemeine, Essen, vom 2. 10. 1968.

Maier, Hans
NPD-Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei".
München 1967.

Maier, Hans
Bott, Hermann
Die NPD. Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei".
2., erw. Aufl., München 1968.

Mann, Golo
Umgang mit der NPD. Laßt die Rechtsradikalen mitregieren.
in: Christ und Welt, 1968, Nr. 17, S. 5.

Martini Winfried
Verbot der NPD mit Fragezeichen.
Rechtliche und politische Bedenken.
in: Bayern-Kurier, vom 12. 10. 1968.

Mayer, Daniel
Aidons les Demokrates Allemands.
in: Combat, Paris, vom 3. 5. 1968.

McKitterick, T.E.M.
Radicalism after 1964.
in: Political Quarterly, London.
Vol. 36, 1965, n. 1, p. 52–58.
Meinhard, Robert
Rückfall in den alten Trott.
in: Abendzeitung, vom 22. 10. 1968.
Menningen, Walter
Partei ohne Profil. (NPD)
in: Neue Ruhr Zeitung, vom 29. 11. 1968.
Mensendiek, Jürgen
Die NPD plant für Bonn. Autoritärer Führungsstil soll den Sieg im Wahlkampf bringen.
in: Vorwärts, vom 27. 3. 1969, S. 13.
Meyer, Claus Heinrich
Die Wähler geben kein Pardon.
in: Süddeutsche Zeitung, vom 30. 4. 1968.
Meyer, Rudolf
Benda und die NPD.
in: Baseler Nachrichten, vom 15. 11. 1968.
Meyer, Rudolf
NPD zurückgebunden.
in: Baseler Nachrichten, vom 2. 10. 1968.
Minssen, Friedrich
Perspektiven politischer Bildung in der Gegenwart. Zur Überwindung der deutschen antidemokratischen Tradition.
in: Res Novae, Frankfurt am Main, 1965, S. 141–165.
Montagu, Ivor
(Samuel Goldsmith)
Germany's new Nazis.
London, Panther, 1967.
Müller, Klaus
Bedenklich.
in: Mannheimer Morgen, vom 14. 12. 1968.
Müller, Ludwig
Die NPD. Eine Auseinandersetzung mit dem Neonazismus in der Bundesrepublik. Duisburg o. J. (1967).
Müller, M.
Kalkulierte Hetze. Untersuchung eines demagogischen Textes. Hrsg. von der hessischen Landeszentrale für politische Bildung. Wiesbaden o. J. (1967).

Nagel, Nils, O.
Staatstreu und radikal.
in: Vorwärts, vom 27. 2. 1969.
Naumann, Bruno
NPD-Verbot und Berlin-Statut.
in: Vorwärts, vom 17. 10. 1968.
Neemann, Georg
Ein Verbot der NPD ist gerechtfertigt.
in: Neue Ruhr Zeitung, vom 12. 10. 1968.
Neumaier, Eduard
An ihren Reden sind sie zu erkennen.
in: Publik, vom 22. 11. 1968.
Neumaier, Eduard
Angst vor Thaddens Bubis.
in: Publik, vom 27. 12. 1968.
Neumann, Werner
Warum NPD-Verbot?
in: Schwarzwälder Bote, vom 15. 11. 1968.
Neumann, Werner
Die NPD verbieten?
in: Lübecker Nachrichten, vom 15. 11. 1968.
NPD in Ost- und West-Berlin.
in: PSK, Bonn, Jg. 17, 1968, Nr. 21, S. 9–11.
Nationaldemokratische Partei Deutschlands. Parteivorstand. Zehn eiserne Gesetze zu der Vorbereitung und Durchführung von Versammlungen. Hannover Jg. 5, 1966, H. 9.
Nationaldemokratische Partei Deutschlands in der Landespolitik.
in: Die Zeit, Hamburg, Nr. 17, vom 26. 4. 1968, S. 14–15.
Neofaschismus an der Universität. Analyse des Deutschen Studentenanzeigers.
in: sine, sine, Sondernummer, H. 1. Marburg, o. J. (1967).
Neumann, E. P.
Die NPD im Spiegel der Meinungsforschung.
in: Die Zeit, Hamburg, Jg. 22, 1967, Nr. 11, S. 3.
Neumann, E. P.
Statistischer Steckbrief der NPD.
in: Die Zeit, vom 20. 1. 1967.
Neumann, Werner
Warnung vor Extremen.
in: Schwarzwälder Bote, vom 20. 5. 1968.
Niethammer, Lutz
Die NPD. Führer, Anhänger, Wähler.
in: Der Monat, Ffm. Jg. 19, 1967, H. 223, S. 21–35.
Noack, P.
Ein Panorama der extremen Rechten.
in: FAZ, vom 18. – 20. 12. 1967.
Noelle-Neumann, E.
Wer wählt die NPD? Diagnose einer nationalsozialistischen Partei.
in: Die politische Meinung, 1967, H. 4.
NPD, ein brauner Genosse
in: Civis. Bonn, Jg. 12, 1966, S. 8–9.
Die NPD. Partei noch ohne Gesicht. Ihre Abgeordneten: früher bei der FDP oder unpolitisch.
in: Industrie Kurier, Düsseldorf, Jg. 19, Nr. 175, S. 2, 1966.
NPD. Wotans Wähler
in: Der Spiegel, Jg. 20, 1966, Nr. 15, S. 30–44.

Oertzen, Peter von
Soziologie und psychologische Struktur der Wähler und Mitgliedschaft der NPD. Hannover 1967.

Palmer, Hartmut
Frandsen, Emmo
Beethovenhalle glich einem Hexenkessel.
in: Bonner Rundschau, vom 2. 10. 1968.
Parteien. NPD. Wer Adolf will.
in: Der Spiegel, Jg. 20, 1966, Nr. 49, S. 33–41.
Paschner, Günther
Falsches Gewissen der Nation. Deutsche Nationalzeitung und Soldatenzeitung. Mainz 1967.
Pawlowski, Harald
Rückmarsch nach Weimar.
in: Publik, Nr. 21, S. 5, vom 23. 5. 1969.
Peck, Reginald
Bavarian tale oft two Adolfs.
in: The Daily Telegraph, London, vom 27. 2. 1969.
Peickmann, Horst
Soll die NPD verboten werden? Vergleich mit dem Verbot über die SRP.
in: Die Zeit, Jg. 22, 1967, Nr. 13, S. 5.
Pirsch, Hans
Weiss, Martin
Das Bonner Herrschaftssystem – Wurzel der Renazifizierung Westdeutschlands. (NPD)
in: Deutsche Außenpolitik, Jg. 13, H. 11, S. 1303.
Piwitt, Hermann-Peter
Vaterlandslose Gesellen von rechts. (NPD)
in: Der Monat. Internationale Zeitschrift für Politik und geistiges Leben. Frankfurt am Main. Jg. 18, 1966, H. 211, S. 91.
Plankermann, Hermann
Zuhörer schrien: „Nazis raus!"
in: Rheinische Post, Düsseldorf, vom 2. 9. 1968.
Plum, G.
Der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik.
in: Innere Sicherheit. Informationen zu Fragen des Staatsschutzes, 1967, Nr. 4, Köln. BMI (Hrsg.)
Petit, Victor
Vorgehen gegen Rechts und Links.
in: Deutsche Tagespost, vom 10. 1. 1969.
Pragal, Peter
Hinterm Drahtverhau ein Bataillon harter Fäuste. NPD-Parteitag in Schwabach.
in: Süddeutsche Zeitung, vom 24. 2. 1969.
Pree, Barry
Shadow over German Youth. Why the neo-Nazi Party appeals to a girl like Sigrun.
in: Sunday Telegraph, vom 11. 2. 1968.
Preece, R. J. C.
A resurgence of nazism in West Germany.
in: Contemporary Review, London, vol. 210, 1967, n. 1214, p. 132–136.
Proske, Rüdiger
Verbietet die NPD.
in: Industrie-Kurier, Nr. 11, vom 15. 3. 1969.
Purwin, Hilde
Mit Politik kämpfen.
in: Neue Ruhr Zeitung, vom 12. 10. 1968.
Purwin, Hilde
Zu den NPD-Veranstaltungen am Wochenende. Kommentar der Deutschen Welle, vom 20. 5. 1968.
Purwin, Hilde
Hin und Her.
in: Neue Ruhr Zeitung, vom 21. 1. 1969.
Ra.
Wahlkongreß der NPD in Stuttgart.
in: NZZ, vom 12. 5. 1969.
Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1965.
in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parla-

ment", Bonn, B 11/66 vom 16. März 1966.
Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1966.
in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", 1967, Beil. 24. 1967, S. 14.
Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1967.
in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament". Beil. 15 vom 10. 4. 1968.
Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik.
in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", Hamburg, Jg. 12, 1962, Beil., S. 241–252.
Reddemann, G.
Leider im Alleingang.
in: Rheinischer Merkur, vom 21. 3. 1969.
Reiter, Klaus
Mit Artkraft voran. Phrasen statt Programm.
in: Bayern-Kurier, vom 21. 12. 1968.
Reiser, Hans
NPD-Verbotsantrag mit Risiko.
in: Süddeutsche Zeitung, vom 18. 12. 1968.
Richard, Hans-Joachim
Kampf für den Rechtsstaat.
in: Deutsche Nachrichten, vom 11. 10. 1968.
Richard, Hans-Joachim
Und jetzt muß sich Bonn entscheiden.
in: Deutsche Nachrichten, vom 25. 10. 1968.
Richard, Hans-Joachim
Das große Verbotstheater.
in: Deutsche Nachrichten, vom 6. 12. 1968.
Richard, Hans-Joachim
Auf ein Wort, Herr Benda.
in: DN, vom 13. 12. 1968.
Richard, Hans-Joachim
Sicherheit durch Recht und Ordnung.
in: DN, vom 3. 1. 1969.
Richard, Hans-Joachim
5 Millionen Mark gegen die NPD.
in: DN, vom 21. 3. 1969.
Richard, Fred H.
Die NPD. Alternative oder Wiederkehr? München 1967.
Richert, Fritz
Die Nationale Welle. Masche, Mythos und Misere einer neuen Rebellion von rechts. Seewald Verlag, Stuttgart 1966.
Richert, Fritz
Die alte nationale Masche. Mythos und Tradition einer deutschen Rechtspartei.
in: Stuttgarter Zeitung, vom 4. 5. 1966, S. 3.
Richert, Fritz
Die NPD und die Gründe ihres Aufstiegs.
in: Die Zeit, Jg. 21, 1966, Nr. 48, S. 32.
Richert, Fritz
Die Ersatz-Opposition. Hat eine deutsche Rechtspartei Chancen?
in: Stuttgarter Zeitung, vom 6. 5. 1966.
Richert, Fritz
Nur ein Verbot?
in: Stuttgarter Zeitung, vom 14. 12. 1968.
Richter, H. E.
Beckmann, P.
Untersuchung über die Psychologie der NPD-Anhänger.
in: Der Spiegel, Jg. 52, 1968.
Riehl, Hans-Herbert
Der Parteitag tanzt nach Adolfs Pfeife.
in: Mannheimer Morgen, vom 24. 2. 1969.
Riehl,-Heyse, Herbert
NPD-Prominenz tagte hinter Stacheldraht.
in: Münchner Merkur, vom 24. 1. 1969.
Rilling, Rainer
Zur antigewerkschaftlichen Ideologie der NPD.
in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik. Köln, Jg. 13, 1968, H. 4, S. 348–363.
Ritter, Waldemar
Eichengrün, Ernst
Informationen für Demokraten-NPD.
in: Schriftenreihe der Jungsozialisten. Bonn 1967.
Ritzel, Heinrich G.
Aus Erfahrung klüger werden. Anläßlich der Diskussion über ein NPD-Verbot: Erinnerung an 1952.
in: Vorwärts, vom 17. 10. 1968.
Röder, Erhard
„Nationale Würde". Thaddens eiskalte „Orgie der Emotion" auf dem Killesberg.
in: Vorwärts, vom 15. 5. 1969.
Rüstow, Fritz
Kann die NPD verboten werden?
in: Welt der Arbeit, vom 26. 7. 1968.
Ruhnau, Heinz
Évolution du NPD.
in: Documents. Revue des Questions Allemands. Jg. 23, 1968, H. 1, S. 82–102.
Rüstow, Fritz
Damokles abgerüstet.
in: Welt der Arbeit, vom 28. 3. 1969.
Saliger, Wilfried
Politik im Netz der Paragraphen.
in: Augsburger Allgemeine, vom 7. 12. 1968.
Ein Sammelbecken früherer Nationalsozialisten.
in: Frankfurter Rundschau, vom 10. 1. 1969.
S. H.
Wie die NPD bekämpfen.
in: Handelsblatt, Düsseldorf, vom 19. 11. 1968.
Sauer, Jürgen Heinrich
Ist national ein Unglück. (NPD)
in: Der Arbeitgeber. Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände. Düsseldorf, Jg. 18, 1966, S. 222–226.
Sieden, Wolfgang und Götz
. . . bis alles in Scherben fällt. Zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus. Mainz, 1967.
Siemons, Hans
Der Druck gegen Deutschlands Rechte verstärkt sich.
in: Feuerreiter, Nr. 20, vom 15. 10. 1968.
Smoydzin, Werner
Die NPD. Geschichte und Umwelt einer Partei. Ilmgau, Paffenhofen 1967.
Smoydzin, Werner
Hitler lebt. Vom internationalen Faschismus zur Internationale des Hakenkreuzes. Pfaffenhofen 1966.
Sobotta, Joachim
Hysterie um die NPD.
in: Rheinische Post, Düsseldorf, vom 3. 10. 1968.
Sommer, Theo
Sind die Nazis wieder da?
in: Die Zeit, Jg. 12, 1966, Nr. 46, S. 1.
Sontheimer, Kurt
Antidemokratisches Denken.
in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", Hamburg, B. 11/61, S. 662–667.
Sontheimer, Kurt
Zur Nationalismus-Disskussion in der Bundesrepublik. Die Wiederkehr des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik. Sonderdruck aus Tribüne, H. 18.
Sontheimer, Kurt
Stammler, Eberhard
Heigert, Klaus
Sehnsucht nach der Nation. Drei Plädoyers. München 1966.
Die Soziologie der NPD.
in: Zeitschrift für Staatssoziologie. Darmstadt, Jg. 13, 1966, Nr. 4, S. 19–20.
SPD-Pressedienst.
Die Gefahr von rechts. Eine Herausforderung an die deutsche Demokratie. P/XXIII/1, vom 2. 1. 1968, S. 2.
Spoo, E.
NPD-Ergebnis von 20 Jahren Nachkriegspolitik.
in: Hessische Blätter für Volksbildung, 1966, H. 4.
Sutter Fichtner, Paula
Protest on the right: The NPD in recent German politics.
in: Orbis, Philadelphia 1968, Vol. 12, No. 1, S. 185–199.
Schäfer, Gert
Die Chancen der Nationaldemokraten. Über das Verhältnis der rechtsextremen Randgruppen zur allgemeinen politischen Entwicklung in der Bundesrepublik.
in: Res Novae, Bd. 13, 1967, S. 67–94.
Schardt, Alois
Vernunft statt Verbot.
in: Publik, vom 1. 11. 1968.
Schelky, Sigmar
Unnötige Publizität.
in: Rheinischer Merkur, vom 16. 5. 1969.
Schelling, Sigmar
NPD-Scheingefecht in Demokratie.
in: Rheinischer Merkur, vom 28. 2. 1969.
Scheuch, Erwin K.
Die NPD in der Bundesrepublik.
in: Die neue Gesellschaft, Bielefeld. Jg. 14, 1967, H. 4, S. 292–301.
Scheuch, Erwin K.
Klingemann, H. D.
Materialien zur Entwicklung des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik 1966. Institut für vergleichende Sozialforschung, Köln, 1967.
Scheuch, Erwin K.
Wahlen 1966. Eine Analyse der Ergebnisse in Bayern und Hessen.
in: Süddeutsche Zeitung, Jg. 30, 1966, Nr. 12.

Scheuch, Erwin K.
Kommt eine Welle von rechts? Eine Analyse des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik.
in: Süddeutsche Zeitung, Jg. 11, 1966, H. 5.

Schiege, Dietrich
Auf den Wegen der Emotionen. „Nationaldemokraten" tragen Optimismus zur Schau.
in: Christ und Welt, Stuttgart. Jg. 19, 1966, Nr. 25, S. 5.

Schmelzer, H.
Materialien zur Auseinandersetzung mit der NPD. (Unveröffentlichtes Manuskript.) Köln, 1967.

Schmelzer, Robert
Die Abrechnung mit der NPD.
in: Frankfurter Neue Presse, vom 21. 9. 1968.

Schmidt, Giselher
Ideologie und Propaganda der NPD.
in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B. 7/68 vom 14. 2. 1968, S. 3–22.

Schmidt, Karl Heinz
Weil die NPD nicht eingelassen wurde.
in: Süddeutsche Zeitung, vom 11. 1. 1968.

Schmidt-Pola, Carl
Gefechtspause für die Schlägertruppe.
in: Münchner Merkur, vom 12. 5. 1969.

Schmöller, Carl
Bayreuth will keinen braunen Anstrich mehr.
in: Stuttgarter Zeitung, vom 24. 1. 1969.

Schmöller, Carl
Parteitag hinter Stacheldraht und Eisenbarrieren. (NPD)
in: Stuttgarter Zeitung, vom 24. 2. 1969.

Schneider, Fernand-Thiébaut
Le rendez-vous de insatisfaits d'Allemagne.
in: Revue de Paris, Paris. a. 74, 1967, n. 6, p. 51–59.

Schröder, Georg
NPD-Verbot.
in: Die Welt, vom 26. 11. 1968.

Man fühlt sich so ertappt. Spiegelreporter Hermann Schreiber in der NPD-Hochburg Leutershausen.
in: Der Spiegel, Jg. 20, 1966, Nr. 49, S. 42–44.

Schreiber, H.
Hinter dem Revers das Hakenkreuz. Der Karlsruher Parteitag der NPD.
in: Der Spiegel. Das deutsche Nachrichtenmagazin Hamburg. Jg. 20, 1966, Nr. 27, S. 31.

Schröder, Otto
Der westdeutsche Neonazismus in NPD und CDU/CSU.
in: Einheit. Theoretische Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus. Berlin, Jg. 22, 1967, S. 208–226.

Schroers, Gerd
Endlich den Auftrag stellen.
in: Vorwärts, vom 9. 1. 1969.

Schueler, Hans
Abgeblitzt. Die NPD und die Wahlkosten.
in: Sonntagsblatt, Hamburg, vom 7. 1. 1968.

Schueler, Hans
Plädoyer für Politik.
in: Sonntagsblatt, Hamburg, vom 29. 12. 1968.

Schueler, Hans
Die NPD verbieten?
in: Die Welt, vom 20. 12. 1968.

Schweden, Heinz
„Die Jungs hier sind ja geradezu zahm". (NPD)
in: Rheinische Post, vom 20. 1. 1968.

Schweizer, H.
Schleichwege der NPD. Verkappt in „freien" Wählerlisten.
in: Rheinischer Merkur, vom 27. 9. 1968.

Schulz, H. G.
Verbot nach beiden Seiten.
in: Passauer Neue Presse, vom 14. 1. 1969.

Schulz, Dietrich W.
Zuviel Gerede um NPD-Verbot.
in: Berliner Morgenpost, vom 28. 3. 1969.

Schulze-Rauschenbach
Die NPD und das Grundgesetz.
in: DN, vom 20. 12. 1968.

Schweden, Heinz
Gefahren von rechts und links.
in: Rheinische Post, vom 8. 1. 1969.

Stammler, Erhard
Verschwörung für die Demokratie. München 1966.

Stammler, Erhard
Versuchung der Vergangenheit. Beilage zur „Information für die Truppe", 1967, H. 2, BMV (Hrsg.).

Steger, Barbara
Die antigewerkschaftliche Haltung der NPD.
in: Beiträge zur politischen Bildung. Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.), Jg. 68, H. 3, S. 8–11.

Stein, Maria
NPD-Schlappe im Stammland.
in: Christ und Welt, vom 4. 10. 1968.

Steinhage, Walter
Der Kampf beginnt erst jetzt.
in: Bremer Nachrichten, vom 5. 10. 1968.

Steinhage, Walter
Bonn und die NPD.
in: Bremer Nachrichten, vom 21. 12. 1968.

Sternstein, Holm P. von
„Links" und „rechts".
in: Die neue Gesellschaft, Bielefeld. Jg. 12, 1965, H. 1, S. 558–562.

Strasser, Otto
Achtung! Demokratie in Gefahr!
in: Politische Studien, Jg. 18, 1967, S. 138–147.

Streit, W.
Der Neofaschismus.
in: Die neue Gesellschaft. 1956, H. 5.

Strothmann, Dietrich
Die Nationalen probten den Aufstand. Der Parteitag der NPD.
in: Die Zeit, Hamburg, Jg. 21, 1966, Nr. 26, S. 6.

Strothmann, Dietrich
Der Aufmarsch der Spießer. Das NPD-Programm: Gegen Gastarbeiter und Gammler.
in: Die Zeit, Jg. 21, 1966, Nr. 46, S. 3.

Strothmann, Dietrich
Der NPD-Kampf um die rechte Führung.
in: Die Zeit, Jg. 22, 1967, Nr. 11, S. 3.

Strothmann, Dietrich
„Adolf ohne Glück" nach dem geplatzten Nürnberger Parteitag.
in: Die Zeit, Jg. 22, Nr. 20, S. 3.

Strothmann, Dietrich
Thaddens Marsch auf Bonn.
in: Die Zeit, vom 9. 2. 1968, Nr. 6, S. 6.

Strothmann, Dietrich
Das Gespenst der NPD. Rechts gibt es viele Thaddens.
in: Die Zeit, Nr. 10, S. 5, 1968.

Strothmann, Dietrich
Lethargie.
in: Die Zeit, vom 29. 3. 1968.

Strothmann, Dietrich
Das Gespenst der NPD.
in: Die Zeit, Nr. 19, S. 3, vom 10. 5. 1968.

Strothmann, Dietrich
Bruderküsse für Thadden.
in: Die Zeit, vom 6. 9. 1968.

Strothmann, Dietrich
Die NPD verbieten? Es ist nicht so einfach, Thadden auszuschalten.
in: Die Zeit, vom 27. 9. 1968.

Strothmann, Dietrich
Der Berliner Eiertanz. Um das NPD-Verbot: Schütz, die Alliierten und Bonn.
in: Die Zeit, vom 11. 10. 1968, Jg. 23.

Strothmann, Dietrich
Nationaldemokraten in der Klemme.
in: Die Zeit, vom 20. 12. 1968.

Strothmann, Dietrich
Thaddens langer Marsch nach Bonn. NPD-Sonderkartei im Safe. Gepanzerter Mercedes. 400 Ordner pro Wahlversammlung.
in: Die Zeit, vom 9. 5. 1969.

Strothmann, Dietrich
Ohne Glanz und Gloria.
in: Die Zeit, vom 16. 5. 1969.

Taler, Conrad
Die NPD unter Adolf von Thadden.
in: Neue Rundschau, Frankfurt a. M., Jg. 79, 1968, H. 1, S. 100–111.

Taler, Conrad
NPD und Gewerkschaften.
in: Sozialistische Hefte, 1969, H. 1 u. 2.

Taler, Conrad
Resultate zweier Parteiverbote. SRP und KPD.
in: Stimme der Gemeinde zum kirchlichen Leben, zur Politik, Wirtschaft und Kultur. Frankfurt am Main, Jg. 19, 1967, Nr. 9, Sp. 289–296.

Taler, Conrad
Warum die NPD nicht verboten wird.
in: Stimme der Gemeinde, 1968, H. 22.

Thadden, Adolf von
Die Bonner Furcht vor der NPD.
in: DN, vom 4. 4. 1969.

Terry, Antony
Neo-Nazi party all set to make new advances in today's elections.
in: The Sunday Times, London, vom 28. 4. 1968.

Teufelskreis der NPD?
PSK, Jg. 15, 1966, Nr. 23, S. 9–12.

Thadden, Adolf von
Roter Terror mit staatlicher Duldung.
in: Deutsche Nachrichten, vom 22. 11. 1968.

Thadden, Adolf von (Hrsg.)
Nationaldemokratische Zeitung. Hannover 1965 ff.

Thelen, Dieter
Die Wähler der Nationaldemokratischen Parteien Deutschlands.
in: Res Novae, Bd. 13, 1967, S. 159–171.

Theodorescu, Stefan
Hexenküche. Die Hintergründe der NPD-Erfolge.
in: Christ und Welt. Jg. 19, 1966, S. 4.

Von der „Thule-Gesellschaft" des Jahres 1918 zum „Kritiker-Bund" des Jahres 1966.
in: gestern und heute. Sonderreihe Nr. 22.

Tut und tut. (NPD)
in: Der Spiegel, 22. Jg., Nr. 52, S. 25–32, vom 23. 12. 1968.

T. W.
Die Auseinandersetzung um ein NPD-Verbot.
in: NZZ, vom 3. 10. 1968.

Vaerting, M. I.
Die soziologische Situation der Demokratie und ihrer Parteien in der Bundesrepublik.
in: Zeitschrift für Staatssoziologie, Politik, Wirtschaft, Kultur, Darmstadt. Jg. 12, 1965, Nr. 1, S. 1–12.

Viefhaus, Erwin
NPD-Verbot – ein zweischneidiges Schwert.
in: Die Weltwoche, vom 11. 10. 1968.

Vlothoer Arbeitskreis
Feinde der Demokratie – Rechtsradikalismus. Bremen 1967.

Vogt, Hannah
Nationalismus gestern und heute. Opladen 1967.

Volkmann, Udo
Terror – der Demokratie letzter Schluß?
in: National-Zeitung und Soldatenzeitung, vom 25. 10. 1968.

Wagner, Wolfgang
Bonn nach den Wahlen in Baden-Württemberg.
in: Deutsche Welle, vom 29. 4. 1968. (Kommentar)

Wahl, Jürgen
Politisch kämpfen statt klagen.
in: Rheinischer Merkur, vom 20. 12. 1968.

Wallraff, Günter
Der Feind steht links. (NPD-Report)
in: Konkret, April 1968, H. 4, S. 24–27.

Wasser, Hartmut
Alter und neuer Rechtsradikalismus.
in: Die politische Meinung. Monatshefte für Fragen der Zeiten. Köln, Jg. 11, 1966, H. 114, S. 5–8.

Wasser, Hartmut
Die Renaissance des Rechtsradikalismus und Nationalismus in der Bundesrepublik. Schweizer Monatshefte, Jg. 47, 1, 1967, S. 30–44.

Wasser, Hartmut
Rechtsradikale Tendenzen in der Bundesrepublik.
in: Der Bürger im Staat, Stuttgart. Jg. 16, 1966, H. 2, S. 32.

Weger, Ernst
Brüchige Hochburgen des Rechtsextremismus.
in: Handelsblatt, vom 21. 10. 1968.

Weick, Edgar
Gibt es einen Rechtsradikalismus in der Vertriebenenpresse?
in: Res Novae, Bd. 13, 1967, S. 95–124.

Weis, Otto Jörg
Selbstauflösung nach hitziger Debatte. Die NPD-Landesorganisation führte immer nur ein Schattendasein.
in: Stuttgarter Zeitung, vom 18. 10. 1969.

Weisbecker, Manfred
Die historisch-politische Funktion des Neonazismus und der Nationaldemokratischen Partei in Westdeutschland.
in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 16, 1968, Nr. 7, S. 837.

Wenger, P. W.
Verbot der NPD.
in: Rheinischer Merkur, vom 27. 9. 1968.

Wer ist Schuld am schwarzen Mann? Ein Gespenst geht um.
in: Nürnberger Nachrichten, vom 27. 1. 1968.

Wer renitent ist, fliegt raus. Interview mit A. v. Thadden.
in: Der Spiegel, Jg. 21, 1967, Nr. 13, S. 60.

Westphal, R.
Psychologische Theorien über den Faschismus.
in: Argument, 1965, H. 32.

Wiest, Stephan
Rechtsradikale Strömungen und politischer Unterricht.
in: Die Gewerbeschule. Zeitschrift des gewerblich-fachlichen Unterrichts- und Bildungswesens. Karlsruhe. Jg. 57, Nr. 6, S. 139–142.

Wildemann, Rudolf
Die NPD und das „kleine Glück".
in: Publik, Nr. 1, S. 21, vom 27. 9. 1968.

Wilke, Jochen
Wohin mit der NPD?
in: Vorwärts, Bonn, vom 26. 9. 1968.

Wilke, Jochen
Die SO der NPD.
in: Vorwärts, Bonn, vom 19. 12. 1968.

Winter, Franz Florian
Ich glaubte an die NPD. Mainz 1968.

Winters, Peter Jochen
Schlegel, Dietrich
Was will die NPD.
in: Christ und Welt, Jg. 19, 1966, Nr. 48, S. 4.

Winters, Peter Jochen
Schwabachs verspäteter Karneval. Thadden spricht NPD-Leuten auf dem Parteitag Mut zu.
in: FAZ, vom 24. 2. 1969.

Wissenschaftliches Institut und Politische Akademie Eichholz (Hrsg.)
Konrad Adenauer Stiftung
Material zur Auseinandersetzung mit der NPD. April 1968.

Wiss-Verdier, A.
Neo-Nazi ou Extreme-Droite?
in: Documents. Revue des Questions Allemands. Vol. 23 a, 1968, H. 1, S. 73–81.

Wolf, Karl-Heinz
Viel Lärm um wenig.
in: Publik, vom 28. 2. 1969.

Wolff, Wolf-Christian
Tauziehen um ein Verbot.
in: Deutsche Tagespost, Würzburg, vom 18. 12. 1968.

Wrangel, Olaf von
Das Propagandainstrument NPD.
in: PSK, Jg. 17, 1968, Nr. 6, S. 6–8.

Zboralski, D.
Zur Rolle der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) in der Politik des westdeutschen Imperialismus.
in: Dokumentation der Zeit, 1967, Nr. 375.

Zeller, Karin
Ohne Eier und Tomaten. Bürgeraktion sagt der NPD den Kampf an.
in: Die Zeit, Nr. 21, S. 10, 23, 5, 69.

Ziegler, Gerhard
Aus der NPD-Schule geplaudert.
in: Welt der Arbeit, vom 24./25. 12. 1968.

Ziegler, Gerhard
Radikal-Phrasen ziehen immer noch.
in: Welt der Arbeit, Köln, vom 12. 4. 1968.

R. Zundel
Verbot oder nicht Verbot?
in: Die Zeit, vom 22. 11. 1968.